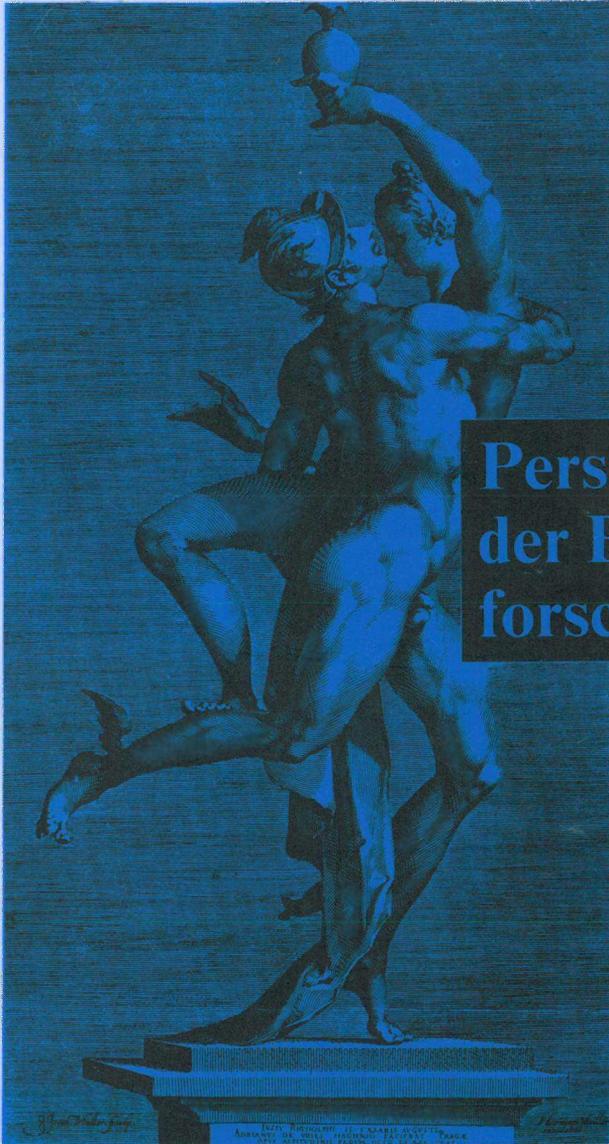


F O R S C H U N G S J O U R N A L

Neue Soziale Bewegungen

2/92
DM 12,50
1 P 2242 F



**Perspektiven
der Bewegungs-
forschung**



Schüren

Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen

Perspektiven der Bewegungsforschung

Fragestellungen • Anregungen • Kritiken



Schüren

I N H A L T

Editorial 5

Veit-Michael Bader

‘Grand Theories’, Empirismus oder Pro-Theorie?

Bewegungsforschung am Scheideweg 9

Dieter Rucht / Roland Roth

“Über den Wolken...”

Niklas Luhmanns Sicht auf soziale Bewegungen 22

Antje Wiener

Wider den theoretischen “Kessel”

Ideen zur Sprengung der binären Logik in der NSB-Forschung 34

Rainer Paris

Zum Dilemma neuer Weiblichkeit: eine Interaktionssequenz 44

Klaus Selle

Neue Institutionen für die Entwicklung städtischer Quartiere, oder:

Warum entstehen intermediäre Organisationen? 48

Frank-Olaf Brauerhoch

Kulturpolitik und städtische Bewegungen - Das Beispiel Frankfurt am Main 62

Hermann Voegen

Selbstgewählte Nachbarschaften

Gemeinsam wohnen in Hausgemeinschaften und Wohngruppen 68

Bibliothek

Zur Geschichte der Bewegungsforschung 76

Hubertus Buchstein

Soziale Bewegungen als Thema der westdeutschen Nachkriegspolitologie 77

Pulsschlag

Berichte:

Klaus Burmeister / Weert Canzler

“Entstehungsbedingungen und Bedeutung von Netzwerken” 86

Johan Galtung / Dieter Kinkelbur / Martin Nieder

Gewalt ist in! 90

Hans-Dieter Klingemann

Sektion Politische Soziologie der DVPW 93

I N H A L T

Treibgut

Material, Call for Papers, Termine 94

Bewegungsliteratur

Annotationen 99

Rezensionen 103

Aktuelle Bibliographie 106

I M P R E S S U M

Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen

5. Jahrgang - 1992 - Heft 2

Herausgeber: Forschungsgruppe
Neue Soziale Bewegungen

Redaktion: Ansgar Klein, Berlin; Hans-Josef Le-
grand, Bonn; Dr. Thomas Leif, Wiesbaden.

Redaktionelle Mitarbeit: Hans-Georg Golz, Clau-
dia Kemmer, Joachim Stephan, Raimund Wörde-
mann

**Verantwortlich für den Themenschwerpunkt
dieser Ausgabe:** Ansgar Klein (v.i.S.d.P.); Verant-
wortlich für die Rubrikenteile: Hans-Josef Legrand

Beratung und wissenschaftlicher Beirat: Dr. Ka-
rin Benz-Overhage, Frankfurt; Prof. Dr. Andreas
Buro, Bonn; Volkmar Deile, Bonn; Prof. Dr. Ute
Gerhard-Teuscher, Frankfurt; Prof. Dr. Robert
Jungk, Salzburg; Ulrike Poppe, Berlin; Prof. Dr.
Joachim Raschke, Hamburg; Wolfgang Thierse,
Berlin/Bonn; Dr. Antje Vollmer, Bielefeld; Heide-
marie Wieczorek-Zeul, Bonn/Wiesbaden; Vera
Wollenberger, Berlin/Bonn

Karikaturen: Gerhard Mester, Wiesbaden

Verlag: Schüren Presseverlag GmbH, Marburg

Redaktionsanschrift: Forschungsgruppe Neue So-
ziale Bewegungen, c/o Dr. Thomas Leif, Neubauer-
str. 12, 6200 Wiesbaden

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Bezugsbedingungen: Einzelheft DM 12,50; Jah-
resabonnement DM 48,- bzw. 40,- für Erwerbslose
und StudentInnen; erhältlich über: Schüren Presse-
verlag, Deutschhausstr. 31, 3550 Marburg

Copyright © Schüren Presseverlag GmbH/For-
schungsgruppe NSB

Alle Rechte vorbehalten. Namentlich gekennzeich-
nete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung
von Redaktion und Herausgeber wieder. Für unver-
langt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung
übernommen.

Druck: J. A. Koch, Marburg

Satz: mops Klemm & Wenner, Mainz

Anzeigenverwaltung: Schüren Presseverlag GmbH
ISSN 0933-9361

ISBN 3-89472- 122-7

Soziale Bewegungen sind zwar schon seit dem 19. Jahrhundert ein wichtiger Faktor des sozialen Wandels und der politischen Entwicklung. Sie waren dementsprechend auch Gegenstand von Diskussionen in der politischen Ideengeschichte und den historischen Wissenschaften, spielten eine Rolle bei der Beschäftigung mit insbesondere der Arbeiterbewegung und waren nicht zuletzt ein Bestandteil der Totalitarismusforschung. Die Herausbildung einer eigenständigen Bewegungsforschung ist jedoch in Westeuropa - anders als in den USA - erst neueren Datums. Hier hat sich die Bewegungsforschung historisch zusammen mit den Neuen Sozialen Bewegungen herausgebildet, die im linken Spektrum moderner westlicher Gesellschaften angesiedelt sind und auf die Ambivalenzen, Blindstellen und Risiken des gesellschaftlichen Fortschrittsprojektes aufmerksam machen. Die Eigentümlichkeiten dieses symbiotischen Entstehungszusammenhanges exponieren die Bewegungsforschung auch wissenschaftspolitisch, wobei als verschärfender Umstand zu bedenken ist, daß zahlreiche ForscherInnen dieses interdisziplinär angelegten Forschungsfeldes eine wissenschaftliche Beobachterperspektive biographisch mit der engagierten Teilnahme an den Aktivitäten der Neuen Sozialen Bewegungen verbunden haben. So steht die Bewegungsforschung in einem konfliktreichen Spannungsfeld: Als deren äußere Pole können zum einen die Erwartungen der Neuen Sozialen Bewegungen auf wissenschaftliche Legitimation ihrer Protestpraxis, zum anderen die wissenschaftsinternen Ansprüche auf methodisch - systematische wie empirisch fundierte Analyse verstanden werden. So ist es nicht verwunderlich, daß Bewegungsforschung als interdisziplinärer Forschungszweig sich mit dem Vorwurf politischer Parteilichkeit bzw. (von seiten der Bewegungen) der Kritik an unzureichender Parteilichkeit konfrontiert sieht und sich zugleich in gesteigertem Maße auf dem Prüfstand fachwissenschaftlicher Legitimierung wiederfindet. Erste Aufregungen bei der politischen Einschätzung der Neuen Sozialen Bewegungen haben sich mittlerweile gelegt - wobei nicht zuletzt das konjunkturelle Abflauen manifester Bewegungsaktivitäten bei manchen ihrer eher kritischen Beobachter zu einer Haltung größerer Gelassenheit beigetra-

gen haben dürfte. Zunehmend setzt sich eine politische Gesamteinschätzung der Neuen Sozialen Bewegungen als pragmatische Reformbewegungen durch¹.

Darüberhinaus lassen sich - worauf die Existenz von Gegenbewegungen hindeutet - Anzeichen einer Ausbildung von Bewegungshandeln auch im rechten politischen Spektrum ausmachen, die eine politische Vereinnahmung des Bewegungsbegriffs insgesamt erschweren. Die Tendenz zu Konstanz und Veralltäglichsung von Bewegungshandeln in den modernen Gesellschaften des westlichen Typs verhilft der Bewegungsforschung zwar zu einer gewissen Entlastung von den an sie herangetragen politischen Erwartungen bzw. Vorbehalten. Zugleich nimmt jedoch der wissenschaftliche Erwartungsdruck gegenüber der Bewegungsforschung weiter zu. Mit den Umbrüchen in Osteuropa sind parallel die dortigen Bürgerbewegungen, Demokratisierungsbewegungen, die nationalistischen Befreiungsbewegungen sowie ethnische und religiöse Separationsbewegungen ins Blickfeld des politischen wie auch des wissenschaftlichen Interesses geraten².

Zwar wird es sich erst noch erweisen müssen, wie geeignet die Instrumente der Bewegungsforschung für die Aufarbeitung des sozialen und politischen Wandels der osteuropäischen Länder sind³. Ähnliches läßt sich wohl auch insgesamt für den Rückgriff auf die Bewegungsforschung für lateinamerikanische Zusammenhänge vermuten⁴. Gewissere Auskünfte über die Leistungsfähigkeit der Bewegungsforschung für die Analyse sozialer und politischer Prozesse lassen sich freilich für den Zusammenhang westlicher moderner Gesellschaften erwarten. In den letzten Jahren hat ein verstärkter atlantischer Informations- und Meinungsaustausch zwischen westeuropäischer und amerikanischer Bewegungsforschung stattgefunden, innerhalb dessen die Reichweite der unterschiedlichen verfolgten theoretischen Ansätze einer eingehenderen Prüfung unterzogen worden ist⁵. Auf dieser Grundlage sind weitere Forschungsperspektiven entwickelt worden, die die unterschiedlichen Akzentsetzungen der US- amerikanischen und der europäischen Bewegungsforschung in Hinsicht auf deren komplementäre Leistungen stärker verzahnen.

Die europäische Bewegungsforschung hat sich vorwiegend mit makrotheoretischen Fragestellungen des strukturellen und kulturellen Wandels als Voraussetzungen für die Entstehung von Neuen Sozialen Bewegungen auseinandergesetzt (NSB-Ansatz) und deren Protestaktivitäten als Reaktionen auf einen ambivalenten Modernisierungsprozeß gedeutet. In diesem Zusammenhang gewinnt etwa ein tiefansetzender Wertewandel als Hintergrund des Protesthandelns hochgebildeter Mittelschichtangehöriger an Relevanz, werden Rückwirkungen der Dynamik ausdifferenzierter gesellschaftlicher Teilsysteme auf die soziale Lebenswelt zur Erklärung herangezogen ("Kolonialisierung der Lebenswelt") oder gewinnen auch die Diskussionen über die "Riskogesellschaft" Relevanz für die Bewegungsforschung.

Die US-amerikanische Bewegungsforschung neueren Datums stützt sich demgegenüber vor allem auf eine Theorie der Ressourcenmobilisierung. Diese ermöglicht auf mikro- und mesotheoretischer Ebene die Erklärung der Entstehung von Bewegungsorganisationen und Bewegungs"unternehmern". Vor allem auf deren vermittelnde Aktivitäten werden hier die breiteren Protestevents sozialer Bewegungen zurückgeführt. In Fortentwicklung dieses Ansatzes hin zu einer Verzahnung mit makrotheoretischen Fragestellungen wurde schließlich mit der Analyse von politischen Gelegenheitsstrukturen (political opportunity structures) das Augenmerk verstärkt auf die politischen Umweltbedingungen sozialer Bewegungen gelenkt. Die Fortentwicklung dieses Ansatzes soll die Hypothese absichern helfen, daß in hochmodernisierten Gesellschaften soziale Bewegungen im intermediären Bereich politischer Interessenvermittlung - neben Parteien und Verbänden - mittlerweile als ein konstanter Faktor etabliert sind. Die Bewegungsforschung soll mit dieser Fortentwicklung in die Lage versetzt werden, Auskünfte über Bewegungshandeln vor dem Hintergrund einer Analyse des Handlungsrahmens, der Bezugsgruppen und -institutionen soziopolitischer Bewegungen zu geben. Im Zusammenhang dieser Fragestellungen erntfallen auch Rational-Choice-Analysen im Ausgang von individuellen Nutzenkalkülen rationaler Akteure ihre Erklärungskraft in

besonderem Maße. Zudem lassen sich die Ergebnisse der Bewegungsforschung in die Diskussionen über die "civil society" einbringen, sofern diese vornehmlich auf die Demokratisierungsperspektive von westlichen Demokratien zielen. Darüberhinaus sind die Möglichkeiten der Zuarbeit anderer sozialwissenschaftlicher oder historischer Teildisziplinen für Fragestellungen der Bewegungsforschung noch bei weitem nicht erschöpft⁶.

Die Beiträge des hier vorgestellten Themenschwerpunktes setzen die größtenteils oben rekapitulierte Entwicklung der Bewegungsforschung voraus und/oder nehmen auf sie Bezug. **Veit-Michael Bader** hat jüngst (zusammen mit **Albert Benschop**) eine "Protheorie sozialer Ungleichheit und kollektiven Handelns" vorgelegt⁷. Mit ihr schlägt er ein ausgearbeitetes, methodisch reflektiertes theoretisches Stufenmodell der Analyse von kollektivem Handeln und sozialen Bewegungen vor. In seinem Beitrag stellt er die leitenden Thesen dieses integrativen Forschungsansatzes vor und spitzt die Konsequenzen zu, die sich daraus für die Bewegungsforschung ergeben.

Dieter Rucht und **Roland Roth** analysieren die systemtheoretische Verarbeitung und Bewertung der Neuen Sozialen Bewegungen an Hand der Texte ihres wohl prominentesten Vertreters, **Niklas Luhmann**. Zwar lassen sich halbherzige Aufwertungen der Neuen Sozialen Bewegungen in Luhmanns Analysen wiederfinden; dessen Reduktion der Neuen Sozialen Bewegungen auf angstmotivierte Protestbewegungen verkenne jedoch die wesentlichen Dimensionen ihres Protestes und die Gründe für dessen Stabilität. Letztlich sei Luhmanns reduktionistische Analyse des Bewegungsphänomens auf die systemtheoretische Grundentscheidung zurückzuführen, die funktionale Ausdifferenzierung moderner Gesellschaften als einen alternativenlosen Prozess zu bewerten.

Antje Wiener diskutiert die politischen Dimensionen des Bewegungshandelns und deren Umsetzung im politischen System vor dem Hintergrund einer Kritik der auch innerhalb der Bewegungsforschung zugrundegelegten Kategorien des politischen

EDITORIAL EDITORIAL

Raumes. Im Ausgang von einer feministischen Kritik der binären Logik des privaten und des öffentlichen Raumes - wie sie etwa von **Carol Pateman** in Auseinandersetzung mit der politischen Ideengeschichte entwickelt worden ist - wird eine Entradikalisierung der Bewegungsforschung auf deren unkritische Übernahme dieser binären Logik zurückgeführt. Demgegenüber komme es darauf an, die politischen Dimensionen des alltäglichen Bewegungshandelns in ihrer auch den Bereich des Privaten verändernden Radikalität in den Blick zu nehmen. Die Bewegungsforschung, so die Autorin, müsse sich von der letztlich patriarchalen Logik der liberal-demokratischen Theorietradition des politischen Denkens freimachen und erkennen, daß die Geschlechterdifferenz nur durch ein anderes Verständnis des politischen Raumes angemessen analysiert werden könne.

Die Leistungsfähigkeit mikrosoziologischer Interaktionsanalysen für die Bewegungsforschung demonstriert **Rainer Paris**. Der von ihm exemplarisch vorgeführte wissenssoziologisch-phänomenologische Ansatz ermöglicht Einsichten in die Bedeutung der Identitätssemantik von sozialen Bewegungen über die Aufdeckung der konfligierenden Relevanzsysteme und Sinnhorizonte von Mehrheiten und Minderheiten. Soziale Bewegungen werden dabei als kognitive Minderheiten begriffen, deren Wirklichkeitskonstruktion zu der der gesellschaftlichen Mehrheit im Widerspruch steht.

In einem zweiten Themenschwerpunkt des vorliegenden Heftes werden drei Beiträge zur Analyse von Aspekten städtischer Bewegungen vorgestellt. **Klaus Selle** untersucht den Beitrag intermediärer Organisationen für die Entwicklung städtischer Quartiere (Stadtteilbüros, alternative Sanierungsträger, Beratungsvereine, Beratungs- und Projektentwicklungsgesellschaften, Trägergesellschaften etc.). Diese stehen im Spannungsfeld von Selbsthilfegruppen und Bewohnerinitiativen, kommunalen bzw. staatlichen Verwaltungen und Privatunternehmen. Sie können in ihrer

vermittelnden Position dazu beitragen, Ansprüche einer demokratischen, sozial gerechten und zugleich effizienten Stadtteilentwicklung zu realisieren.

Frank-Olaf Brauerhohs Beitrag zum Verhältnis von Kulturpolitik und städtischen Bewegungen am Beispiel der Stadt Frankfurt/Main bietet den Verständnishintergrund für eine Konfliktstruktur, die sich unlängst erst wieder in einer öffentlich ausgefochtenen Kontroverse zwischen der Frankfurter Kulturdezernentin Linda Reisch und dem Frankfurter Institut für Sozialforschung entladen hat⁸. Die soziale Legitimität von Kulturausgaben wird aus einer Sicht, in der Kultur als weiches Begleitmedium einer sozial selektiven städtischen Modernisierungspolitik sowie als heimlicher Standortfaktor eines intellektuellen Arbeitsmarktes interpretiert wird, in Frage gestellt.

Hermann Voesgen analysiert Wohngruppen und Hausgemeinschaften als Erweiterungsformen des privaten Bereichs der Familie. Die dort geknüpften Beziehungsnetze und die dort bestehenden Entlastungspotentiale machen selbstgewählte Nachbarschaften zu einer zwar soziokulturell voraussetzungsreichen, jedoch zugleich leistungsstarken Wohnform.

Nicht zufällig eröffnet das Forschungsjournal im Zusammenhang mit der Frage nach den Perspektiven der Bewegungsforschung eine neue Rubrik: **„Bibliothek - Zur Geschichte der Bewegungsforschung“**. Zwar ist Bewegungsforschung als eigenständige politikwissenschaftliche und soziologische Forschungsdisziplin erst jüngeren Datums, aber die theoretische Auseinandersetzung mit sozialen Bewegungen reicht weit ins 19. Jahrhundert zurück. Die neue Rubrik soll in unregelmäßiger Reihenfolge wissenschaftliche AutorInnen vorstellen, die hier Beiträge geleistet haben und diese vor dem Hintergrund der neueren Bewegungsforschung bewerten. Die Koordination der Rubrik liegt bei **Frank Nullmeier**, der in einer kurzen Einführung die konzeptionellen Grundlagen der Rubrik erläutert. Die Rubrik eröffnet **Hubertus Buchstein** mit einer Untersuchung des

Beitrags der westdeutschen Nachkriegspolitologie zur Bewegungsforschung.

Im Februar dieses Jahres starb **Andreas Salmen** mit 29 Jahren an den Folgen von AIDS. Im ersten Jahrgang des Journals hatte er (zus. mit Albert Eckert) einen Beitrag über die neue Schwulenbewegung in der Bundesrepublik beige-steuert. Andreas Salmen arbeitete am Wissenschaftszentrum Berlin in der Forschungsgruppe "Gesundheitsrisiken und Präventionspolitik" und hat sich in besonderem Maße wissenschaftlich und journalistisch mit Problemen der AIDS-Prävention und mit der Diskriminierung HIV-Infizierter und homosexueller Männer auseinandergesetzt. Wir werden uns an ihn als einen engagierten und liebenswerten Kollegen erinnern.

Heft 3 des Forschungs-journals mit dem Schwerpunktthema "**Neue Soziale Bewegungen und Gewerkschaften**" erscheint im August.

Ansgar Klein, im Mai 1992

¹ Für einen Überblick und eine derartige Einschätzung etwa: *Rüdiger Schmitt-Beck*, A Myth Institutionalized: Theory and Research on New Social Movements in the Federal Republic of Germany, in: *European Journal of Political Research - Annual Review*, 1 (1992), hier zitiert nach dem Manuskript.

² Dazu siehe den Bericht des Forschungsschwerpunkts "Sozialer Wandel" des Wissenschaftszentrums Berlin, in: *WZB-Mitteilungen*, März 1992, S.32-35.

³ Themenheft 3/92 des Forschungs-journals wird sich u.a. mit Fragestellungen und Instrumenten der Bewegungsforschung für osteuropäische Zusammenhänge befassen.

⁴ Dafür etwa: *Susan Eckstein* (Hrsg.), *Power and Popular Protest. Latin American Social Movements*, Berkeley: University of California Press 1989.

⁵ Für einen Überblick insbesondere: *Bert Klenderman/Hanspeter Kriesel/Sidney Tarrow* (Hrsg.), *From Structure to Action: Comparing Social Movement Research Across Cultures*, Greenwich, Conn.: JAI Press; *Russell J. Dalton/Manfred Kuechler* (Hrsg.), *Challenging the Political Order: New Social Movements in Western Democracies*, Cambridge: Polity Press; *Dieter Rucht* (Hrsg.), *Research on Social Movements., The State of the Art in Western Europe and the USA*, Campus Verlag und Westview Press, Frankfurt/M. 1991.

⁶ Dazu *Friedhelm Neidhardt/Dieter Rucht*, *The Analysis of Social Movements: The State of the Art and Some Perspectives für Further Research*, in: *Dieter Rucht* (Hrsg.), *Research on Social Movements* (Anm. 5), S.421-464.

⁷ *Veit-Michael Bader/Albert Benschop*, *Protheorie sozialer Ungleichheit und kollektiven Handelns*, Teil I., Opladen 1989; *Veit-Michael Bader*, *Kollektives Handeln, Protheorie sozialer Ungleichheit und kollektiven Handelns*, Teil II., Opladen 1991.

⁸ Dazu etwa die *Frankfurter Rundschau* vom 9. April 1992, 23.

Veit-Michael Bader

‘Grand Theories’, Empirismus oder Pro-Theorie?

Bewegungsforschung am Scheideweg

Bewegungswissenschaft in der Diskussion

Manche Wissenschaften teilen das Schicksal der Philosophie: Wie die Eule der Minerva fliegen sie erst in der Dämmerung. So entwickelten sich intensive theoretische Diskussionen und Debatten um empirische Studien in der Bewegungsforschung der BRD zu einem Zeitpunkt, an dem zumindest die überzogenen Erwartungen im Blick auf die ‘neuen sozialen Bewegungen’ (im Folgenden NSB) sich zu erschöpfen begannen. Wenn auch nicht unbedingt mehr die NSB, so ist doch die ‘Bewegungswissenschaft’ erfreulicherweise in der Diskussion (vgl. Forschungsjournal 1988, 1989). Ebenso erfreulich wird sie recht unterschiedlich bewertet. In Grevens bewußt polemischer ‘Kritik der Bewegungswissenschaft’ wird ihr nach einleitendem wissenssoziologischem Geplänkel - ein einheitlicher Gegenstand abgesprochen, die erforderliche kritische Distanz und Fähigkeit zu unbestechlicher Analyse und Aufklärung aberkannt und ‘schlicht und einfach’ mangelndes Wissen vorgeworfen. Wie nicht anders zu erwarten war, folgten der polemischen Kritik interessierte Verteidigungen. Roth/Rucht und Brand versuchten plausibel zu machen, daß Grevens Kritik ins Leere laufe: Sie falle “hinter den (oft bereits seit Jahren) erreichten Diskussionsstand zurück”. Zudem lasse sie keine “konstruktiv-kritischen Anregungen” erkennen. In einer distanzierteren “Zwischenbilanz” der Entwicklung der NSB in der Bundesrepublik Deutschland meint Rucht, daß eine “distanzierte, stärker analytisch ausgerichtete Perspektive an Gewicht” gewänne. Dennoch bleibe “die Qualität der bundesrepublikanischen Bewegungsforschung deutlich hinter der eindrucks-

vollen Quantität ihrer Analysen zurück. Insbesondere fehlen theoriegeleitete, systematisch angelegte und mit methodischem Raffinement betriebene empirische Forschungen, wie sie insbesondere im angloamerikanischen Raum, aber auch in einzelnen europäischen Ländern betrieben werden.” (Rucht 1989: 165) Das systematische Wissen sei noch karg.

So scheinen sich - trotz unterschiedlicher Bewertungen - einige Gemeinsamkeiten in der Diagnose des ‘present state of the art’ herauszuschälen. Ganz gewiß hat die Bewegungsforschung in der BRD als relativ junge Forschungsrichtung ihre Probleme. Aber zu spezieller Krisenrhetorik ist kein Anlaß. Im gelobten Ausland ergeht es ihr nicht, auf jeden Fall nicht viel, besser, und die gepriesenen älteren und etablierten Disziplinen - etwa die Politikwissenschaft, die politische Soziologie oder genereller die Soziologie und die Geschichtswissenschaften - werden von vergleichbaren konzeptionellen, theoretischen, methodischen und empirischen Problemen geplagt. Wenn es schon um ein “Elend” geht, so ist dies nicht nur das der Bewegungsforschung (Stöß), sondern ein ziemlich chronisches der Sozialwissenschaften.

Strukturelle Engpässe gegenwärtiger Theorie und Forschung

Die Bewegungsforschung laboriert an denselben strukturellen Engpässen gegenwärtiger Theorie und Forschung, welche die Erforschung kollektiven Handelns generell, die Parteien- und Verbände-forschung, die Ungleichheitsforschung usw. auszeichnen:

- *Theoretische Dichotomisierungen als Blockaden.* Zunächst scheint die theoretische Großwetterlage der Entwicklung komplexer, informativer und empirisch gehaltvoller Theorien nicht ungünstig zu sein. Keine der vielen theoretischen Traditionen oder 'Schulen' ¹ in der Bewegungsforschung dominiert das Feld oder hat gar ein Monopol. Situationen unregelter Konkurrenz müßten - so die wissenschaftssoziologisch begründete Erwartung - wissenschaftlich fruchtbare Ergebnisse ermöglichen. Aber die dichotomisierende Logik intellektueller Rivalität ist auch in der gegenwärtigen Lage keineswegs überwunden. Nach wie vor werden als exklusive Alternativen miteinander konfrontiert: 'sozialpsychologische' vs. 'soziologische Theorien', 'Struktur'- versus 'Aktor-Theorien', 'Relative Deprivations'- versus 'Identitäts'- versus 'Ressourcenmobilisierungs-Theorien', 'kulturalistische' versus 'ökonomi(sti)sche' Theorien versus 'polity approach', 'Mikro - Meso - Makrotheorien' usw. Die sich im Prinzip bietenden theoriestrategischen Chancen werden also kaum genutzt und die Blickverengungen und blinden Flecken der jeweils zu 'Theorien' hochstilisierten Ansätze oder Erklärungsskizzen sind für jeden empirisch und historisch interessierten Forscher, der sich die Offenheit zum Material noch nicht durch 'theoretische' Scheuklappen hat nehmen lassen, recht offenkundig.
- Die in Theorien wie empirischer Forschung verwendeten *Grundbegriffe* sind nicht nur - begreiflicherweise und unvermeidlich - *umstritten*, sondern meist *ungeklärt und vieldeutig*. Man weiß nicht nur nicht genau, was andere unter sozialer Bewegung, kollektivem Protest, unter Organisation, Identität, Ideologie usw. verstehen; auch innerhalb bestimmter Theorietraditionen findet sich ein hohes Maß an Unbestimmtheit und Selbstwidersprüchlichkeit.
- Die zu untersuchenden Phänomene sozialer Wirklichkeit sind überkomplex: Bekannt ist die verwirrende Vielfalt der Faktoren, welche die Entstehung, Entwicklung, Veränderung, den Erfolg oder Mißerfolg wie das Verschwinden sozialer Bewegungen verursachen und beeinflussen. Alle irgendwie brauchbare Theorie muß diese Komplexität gliedern, bearbeiten und reduzieren, soll sie nicht zu einer nur mühsam gebändigten und kaum geordneten Hypothesenflut führen, welche den empirisch oder historisch interessierten Forscher eher zusätzlich verwirrt als anleitet. Aber das vorhandene Theorieangebot zeichnet sich durch drastische Vereinfachungen und *rabiate, nicht begründete Komplexitätsreduktionen* aus. Die Kluft zwischen theoretischen Modellen und der 'real world' ist riesig. Die immer bestehende Spannung zwischen logischer Kohärenz, Einfachheit und Eleganz einerseits, historisch informierten und empirisch erklärungskräftigen Aussagen andererseits wird recht einseitig und radikal durchbrochen. Schließlich scheint nur mehr die deduktive Eleganz und mathematische Gewißheit auf den inflationär konstruierten 'Inseln' zu interessieren.
- Die zu untersuchenden Phänomene sozialer Wirklichkeit gehorchen keiner deterministischen Logik: So ist z.B. die Entstehung und Entwicklung sozialer Bewegungen weniger strukturiert, offener und kontingenter als überlieferte Konzepte allgemeiner Theorie zulassen, welche mit Gesetzen oder gesetzesähnlichen Regelmäßigkeiten operieren. Großangelegte gesellschaftliche Strukturen und Entwicklungstheorien unterstellen Geschlossenheiten, systematische Interdependenzen und Logiken, welche sich in Gesellschaftsformationen und Geschichte schwerlich finden lassen. Aber auch in der Bewegungsforschung mit ihrer, vom Gegenstand her diktierten, Nähe zu Aktion, Politik und Geschichte haben Theorien die größten Schwierigkeiten, die prinzipiell zu fordernde *Öffnung für Kontingenz nicht schon im Ansatz zu versäumen*. Natürlich ist ein radikalisiertes 'it depends' der Tod aller Theorie. Als solches kann es empirischer und historischer Forschung keine sinnvollen Richtungen weisen. Es dient seinen Zwecken nur im Protest gegen Theorietypen, welche ihrem Gegenstand a limine unangemessen sind.
- Seit der Entstehung der empirischen Sozialforschung wird die tiefe und unfruchtbare *Kluft zwischen Theorie und Erfahrung* beklagt. Die

gegenseitige Abschottung von Soziologie und Geschichte war lange Zeit sprichwörtlich und auch in der Bewegungsforschung stehen Theorie und empirische Forschung in der Regel nicht in einem produktiven Wechselverhältnis zueinander. Sie erfüllen eher jeweils rhetorische und legitimatorische Funktionen. Die empirischen Befunde werden naht- und bruchlos zur Befestigung der jeweiligen 'Theorien' eingebaut, und was nicht paßt, wird nicht gesehen, fällt nicht auf, oder wird verdrängt. Umgekehrt erlaubt die generell konstaterbare *Unterdeterminiertheit der Theorie durch empirische Daten*, daß theoretische Versatzstücke ad libitum zur Legitimation der empirischen Forschung verwendet werden können.

- Das oft konstatierte Mißtrauen oder gar die sprichwörtliche Gleichgültigkeit von Historikern und empirischen Forschern ist angesichts eines derartigen Standes der 'Theorien' zumindest verständlich. Warum z.B. sollten Leser des 'Forschungsjournals' NSB an derartigen Theoriediskussionen interessiert sein? Dennoch ist bekanntlich die *Flucht in den Empirismus* (auch in der neuen, elektronisch verstärkten Version statistischer Korrelationsanalysen) und Historismus *kein wirklicher Ausweg*.

Pro-Theorie als Strategie

Der Glaube und die Hoffnung, daß diese Engpässe überwindbar seien, waren grundlegende Intuition und Leitmotiv eines breit angelegten Projekts einer 'Pro-Theorie sozialer Ungleichheit und kollektiven Handelns', deren zweiter Teil vor Kurzem erschienen ist. Ich möchte zunächst thesenhaft referieren, wie ich die skizzierten strukturellen Engpässe bearbeitet habe. Anschließend möchte ich die grundlegenden Thesen dieser Pro-Theorie kollektiven Handelns, sozialer Bewegungen und kollektiver Konflikte zusammenfassen. Abschließend möchte ich auf ein Thema der Diskussion im 'Forschungsjournal' zurückkommen und wenigstens umreißen, welchen

Nutzen diese Pro-Theorie für Theorie und Forschung der NSB erbringen kann.

- Die Forderung nach *Überwindung der theoretischen Dichotomisierungen*, nach Integration theoretischer Ansätze wurde natürlich schon oft gestellt. Sie gründet in der Einsicht, daß als exklusiv präsentierte Theorien, wenn man die Wut intellektueller Rivalität durchbricht, komplementäre Erkenntnisse enthalten können. Zu beachten ist allerdings, daß es nicht einfach um eine Integration konkurrierender 'Theorien' gehen kann. Vielmehr gilt es, fruchtbare Perspektiven und kognitive Erkenntnisbruchstücke aus der konfrontierenden Logik herrschender Rivalität und dem Prokrustesbett reduktionistischer Theorieauffassungen zu befreien. Sobald man erkannt hat, daß diese theoretischen Ansätze keine konsistenten Theorien sind, wird auch ersichtlich, daß die Forderung der Integration verschiedener Perspektiven und Erkenntnisse nicht dasselbe ist wie 'Integration von Theorien' und 'theoretischer Pluralismus', oder gar ein Plädoyer für katholischen Eklektizismus beinhaltet.
- Wie kann das Problem der 'Überkomplexität der Welt' und der 'Unterkomplexität von Theorien' angegangen werden, wenn weder rabiate Komplexitätsreduktionen noch Ertränken in Komplexität fruchtbare Perspektiven bieten? Der Grundgedanke dieser Pro-Theorie ist ein doppelter: Erstens gilt es, einen *hinreichend komplexen pro-theoretischen Bezugsrahmen* zu konstruieren, in welchem in einem Stufenmodell die relevanten Ebenen der Analyse kollektiven Handelns und sozialer Bewegungen skizziert werden.² Die dafür angemessenen pro-theoretischen Strategien sind einerseits die der begrifflichen Disaggregation (im Anschluß an Max Weber;³), andererseits das mühsame Geschäft der Differenzierung verschiedener Analyseebenen und ihre theoretisch begründete Strukturierung und Gliederung. Im Anschluß daran muß zweitens diese aufgebaute Komplexität kontrolliert, schrittweise und gestaffelt reduziert werden. Für den Entwurf von (Teil-)Theorien, wie für empirische Forschung, ist dabei das eigentliche Problem, *adäquate Ebe-*

nen der Komplexität zu wählen und zu begründen. Teiltheorien (der kollektiven Identität, der Organisation oder Mobilisierung, der externen Handlungschancen usw.) können dann relativ 'geschlossene Systeme' unter 'ceteris paribus'-Annahmen konstruieren und erwartbare Beziehungen zwischen darin relevanten Variablen begründen, welche als ex ante formulierte Hypothesen empirische Forschung leiten können. Der komplexe pro-theoretische Bezugsrahmen erlaubt also einerseits die Konzentration auf bestimmte Analyseebenen (man kann ja schließlich nicht Alles untersuchen!). Dabei gelingt es, die relative Berechtigung jener Perspektiven, welche im wissenschaftlichen Konkurrenzkampf zu einseitigen 'Theorien' überhöht werden, zu demonstrieren. Andererseits ist er ein wirksames Gegengift gegen unhaltbare theoretische Generalisierungen. In der empirischen Forschung bietet er einen Problemhintergrund, der es erlaubt, den Zusammenhang zumindest nicht zu vergessen, wenn man ihn schon nicht detailliert untersuchen kann.

- Das Problem der Komplexität scheint mir also durch den Entwurf eines tiefgestaffelten pro-theoretischen Bezugsrahmens und die schrittweise Erarbeitung erklärungskräftiger Teiltheorien zumindest bearbeitbar. Aber gerade bei der Konstruktion von Teiltheorien für die verschiedenen Ebenen und die Analyse 'struktureller', 'funktionaler' wie 'kausaler' Beziehungen muß beachtet werden, daß jene 'systemischen' Zusammenhänge lockerer strukturiert, offener und 'kontingenter' sind als traditionelle Theoriekonzepte einräumen.⁴ In meinem Entwurf der Pro-Theorie wird vielleicht noch zu oft protestierend 'it depends' gerufen in der doppelten, nicht klar unterschiedenen Bedeutung: Das Resultat hängt (einerseits) von anderen Analyseebenen ab, andererseits ist auch innerhalb der konstruierbaren geschlossenen Systeme von *nicht-deterministischen Beziehungen* und offener Zukunft auszugehen. Diese Unschärfe hängt damit zusammen, daß in 'Kollektives Handeln' für die Ausarbeitung von Teiltheorien nur jeweils erste Ansätze formuliert wurden. Sobald man sich wirklich an dieses Geschäft macht, und sobald man auf den jeweiligen Stufen

mit prinzipiell nicht-deterministischen Modi der Bestimmung operiert, wird das ständige Wiederholen von 'it depends' leicht kontraproduktiv; man will dann nicht nur wissen, 'wovon' die behaupteten Relationen abhängen, sondern auch inwieweit, 'in welchem Maße'.⁵

- Aus der Überzeugung, daß die Kluft zwischen Theorie und Empirie oder Geschichte nicht in einem Wurf überwunden werden kann, und motiviert durch die tiefe *Abneigung gegen 'Einleitungstheorie' und 'Fußnotengeschichten'* habe ich - scheinbar paradox - den Abstand zur Empirie noch erhöht. Dies ist vor allem begründet im verbleibenden Unbehagen am begrifflichen Instrumentarium und der theoretischen Problemstrukturierung auch noch in jenen beiden theorie-strategischen Reaktionen auf die erkannte Unfruchtbarkeit oder den nahenden Tod der 'grand theories', denen sich mein Ansatz am meisten verpflichtet weiß: erstens den empirisch gesättigteren 'middle-range theories', und zweitens jenen - seit sicher zwanzig Jahren erfreulicherweise immer stärker werdenden - Strömungen, welche Geschichte und Soziologie programmatisch zu verbinden suchen.⁶ Trotz der vermeintlichen Nähe meiner Pro-Theorie zur - zu Recht in Diskredit geratenen - 'formalen Soziologie' oder des tatsächlichen, kritischen Anschlusses an die - ganz und gar zu Unrecht so wenig produktiv in historischer wie empirischer Forschung verwendeten - Weberschen soziologischen Grundbegriffe hoffe ich, daß dieser pro-theoretische Bezugsrahmen neue und fruchtbarere Kontakte zur empirischen und historischen Forschung eröffnet.

Voraussetzung des Entwurfs eines derartigen Pro-Theorie war schließlich die Entwicklung eines Konzepts *relationaler kognitiver Autonomie*,⁷ das in der Lage ist, die eingerostete Konfrontation von 'wertfreier Wissenschaft im Elfenbeinturm' versus 'parteilicher', 'unkritisch-legitimatorischer Begleitforschung' zu durchbrechen, welche auch in der Diskussion im 'Forschungsjournal' angesprochen wurde. Gerade wenn man erkennt, daß es 'wertfreie' Theorie und Forschung im strikten Sinne überhaupt nicht geben kann, daß in Gegenstandswahl, Disziplinab-

grenzungen, Begriffswahl, Problemstrukturierung, in Theoriekonstruktion, Hypothesenbildung, Operationalisierung bis hin zur weiteren Richtung, der Fortsetzung oder des Abbruchs der Forschung selber unhintergebar normative und politische Bezüge eingehen,⁸ dann gilt es einerseits, diese Bezüge selber zumindest in Ansätzen zu explizieren, andererseits mit Argusaugen den Raum kognitiver Autonomie wissenschaftlicher Theorie und Forschung zu bewachen und zu präzisieren. Gerade bei überpolitisierten wissenschaftlichen Disziplinen wie der politischen Soziologie oder der Bewegungsforschung kann man zeigen, daß trotz aller berechtigten und unvermeidlichen Auseinandersetzungen um Begriffswahl usw. die normativen Festlegungen niemals hinreichend informativ sind für wissenschaftliche Begriffsbildung. Relationale kognitive Autonomie ist unabdingbare Voraussetzung jeder "sympathisierenden kritischen Wissenschaft", der in der Tat "die Funktion der unbestechlichen Analyse und Aufklärung.. und auch die Kritik unhaltbarer Ansprüche" zukommt (Greven 1988:56). Ohne die Überzeugung, daß Überpolitisierung und Normativismus überwindbar, und jene Auseinandersetzungen rationaler Diskussion und Kritik zugänglich sind, hätte diese Pro-Theorie nie geschrieben werden können (vgl. Bader/Benschop 1989:1 f., 25 f.).

Grundlegende Thesen der Pro-Theorie kollektiven Handelns, sozialer Bewegungen und kollektiver Konflikte

Nach diesem sehr verkürzten Aufriß der grundlegenden Intuitionen und der eher wissenschaftsstrategischen Thesen dieses neuen 'Theorietyps' Pro-Theorie möchte ich nun, zum Zwecke der Profilierung und höheren Transparenz des Spezifischen dieses Ansatzes, ihre leitenden sachlichen Thesen skizzieren.

(1) Kontinuität von alltäglichem Handeln und kollektiven Konflikten. Im Anschluß an Turner, Marx/Wood u.v.a. und in expliziter Kritik an dominanten Positionen in den massen- und sozialpsychologischen Theorietraditionen wird nichtinstitutionelles kollektives Handeln als häufiges soziales Phänomen thematisiert, welches keinen prinzipiell anderen theo-

retischen Bezugsrahmen verlangt als sog. 'normales', institutionelles oder organisatorisches kollektives Handeln.

(2) Rationale und strategische Orientierung kollektiven Handelns. Im Anschluß an 'theories of rational choice' und in expliziter Kritik an Ansätzen, welche die affektiven und normativen Motive kollektiven Handelns verabsolutieren, wird von der Rationalität kollektiven Handelns ausgegangen. Im Unterschied jedoch zur 'logic of collective action' wird ein breiter handlungsbegrifflicher Bezugsrahmen entworfen und wird Rationalität nicht auf kognitive oder gar strategische Rationalität verkürzt. Theoretisch und methodisch erlaubt dies die Analyse der faktischen Grade kognitiver und strategischer Rationalität und vermeidet die rationalistischen Vorurteile, welche jene Ansätze ins Abseits ihrer 'Modelle' geführt haben.

(3) Integration sozialer Ungleichheiten und kollektiven Handelns. Die disziplinäre wie faktische Trennung der Ungleichheitsforschung von der Bewegungsforschung ist eine der wesentlichen Schwächen der bisherigen Traditionen. Die Soziologie beschäftigt sich dabei mit dem System und der Struktur statischer Ungleichheiten, die Politikwissenschaft und Geschichte mit der Dynamik kollektiver Akteure und Aktionen. Die im Anschluß an Giddens, Bhaskar, Bourdieu u.a. entwickelte 'Theorie der Strukturierung des Handelns' erlaubt es, die rivalisierende Konfrontation von system- vs. aktorzentrierten Ansätzen, von Strukturalismus/Determinismus versus Aktionismus/Voluntarismus zu unterlaufen. Jede fruchtbare Analyse sozialer Bewegungen muß Aussagen über deren strukturelle Grundlagen, über die Herausbildung und Mobilisierung von Konfliktgruppen machen. 'Sociologie d'action' verliert die gesellschaftliche Bestimmung der Konfliktgruppen, die Differenzen ihres jeweiligen Ressourcenpotentials usw. aus dem Auge, und 'strukturalistische Theorien' verkennen die Bedeutung von Mobilisierung, Organisation und vor allem die Offenheit aller 'politics of conflict'.

(4) Integration sog. ökonomischer, kultureller und politischer Bedingungen. Soziale Bewegungen sind nicht grobmaterialistisch 'ökonomisch' erklärbar,

sie sind keine "simple mechanical reaction to grievances". Sie sind an herrschenden oder oppositionellen Wertmustern und Normen orientiert. Auch in sog. ökonomischen Konflikten um 'materielle' Interessenspielen Organisations- und Mobilisierungspotentiale und -traditionen, die Struktur des politischen Systems, die Reaktionen des Staats usw. eine wesentliche Rolle. Umgekehrt schweben Veränderungen von Wertmustern und Legitimitätsauffassungen nicht über den Wolken, und auch die Organisations- und Mobilisierungschancen, die Differenzen der Ressourcenpotentiale und der politischen Handlungschancen, sind durch die jeweiligen Ungleichheitsmuster strukturiert. Auch kulturelle und politische Konflikte sind nicht kulturalistisch oder politisch zu erklären. Die rivalisierende Einseitigkeit 'ökonomistischer' und 'kulturalistischer' Ansätze ist ebenso eine Theorie- und Forschungsblockade wie die kontrastierende des 'polity approach'.

(5) *Integration von Habitus, kollektiver Identität und Ressourcenmobilisierung.* Die Kritik an a-historischer Attitudenforschung und die Einsicht, daß auch historisch und sozial bestimmter Habitus, kollektive Identität und Kultur nicht ohne weiteres handlungsrelevant sind oder gar aktuelles kollektives Handeln erklären können, sind - im Gegensatz zum 'resource-mobilization approach' - keine hinreichenden Gründe, um ihre Analyse aus Erklärungen sozialer Bewegungen auszublenden. Umgekehrt irren die Apostel der alten und neuen Kulturbewegungen, welche die Entwicklung von Wertmustern, von alternativem Habitus und von alternativen kollektiven Identitäten und Kulturen in einem Freiraum der Lebenswelt und ihrer autonomen Logiken ansetzen. Man ist auch hier nicht einfach zu wählen gezwungen zwischen 'RMA-approach' oder Habermasianisierenden Idyllen.

(6) *Vermittlung von objektiven und subjektiven Bedingungen kollektiven Handelns.* Fruchtbare Untersuchungen sozialer Bewegungen müssen die objektiven Rahmenbedingungen und die strukturellen Ursachen kollektiven Handelns verbinden mit den je spezifischen subjektiven Erfahrungen, Wahrnehmungen, Interpretationen, Deutungen und Definitionen der Akteure. Objektivistische Theorien be-

kommen die subjektiven Situationsdefinitionen und Handlungsorientierungen nicht in den Blick und ignorieren damit gerade das, was Handlungen von bloßen Naturereignissen unterscheidet. Theorien symbolischer Interaktion und Diskurstheorien ignorieren den sozialstrukturellen Handlungskontext oder verkürzen ihn auf herrschende oder oppositionelle Diskurse. In dieser Pro-Theorie werden subjektive und objektive Dimensionen auf eine nicht nur metaphorische Weise vermittelt. So sind Erklärungsstrategien, welche bei den objektiven, latenten, langfristigen Interessen ansetzen, umfassender und tiefgreifender als solche, welche bei den je subjektiven, manifesten und aktuellen Interessendefinitionen der kollektiven Akteure einsetzen, ohne welche allerdings kollektives Handeln überhaupt nicht verstanden werden kann. So sind die faktischen Handlungs-Strategien umfassender und besser zu erklären, wenn man vom objektiven Ressourcenpotential der Konfliktparteien und dem damit umgrenzten idealen Strategierepertoire ausgeht. Vor diesem Hintergrund lassen sich die faktisch wahrgenommenen strategischen Optionen und die faktische Strategiewahl begreifen, ohne welche natürlich faktische kollektive Aktionen gar nicht verstanden werden können.⁹

(7) *Verbindung linearer Modelle mit Rückkopplungsmodellen und strategischen Interaktionsmodellen.* Die Entwicklung komplexer strategischer Interaktions- und Rückkopplungsmodelle ist eine der zentralen Schwierigkeiten des Entwurfs brauchbarer Theorien kollektiven Handelns und sozialer Bewegungen. In der vorgelegten Pro-Theorie wird die Entwicklung kollektiven Handelns, sozialer Bewegungen und Konflikte als mehrstufiger, strukturierter Prozeß analysiert. Auf jeder Stufe dieser Entwicklung besteht einerseits ein - im Detail genauer zu bestimmendes - Maß an alternativen Entwicklungsmöglichkeiten oder 'Freiheiten' (und diesen Sachverhalt verkennen Modelle deterministischer Kausalität), andererseits sind diese Freiheiten - der Stufenfolge der Strukturierung folgend - zunehmend beschränkt (und diesen Sachverhalt verkennen voluntaristische und aktionistische Modelle).

a) Soll jedoch Strukturierung nicht zur beliebig verwendbaren Phrase werden - wie dies in den Floskeln:

die 'gesellschaftlichen Bedingungen strukturieren das Handeln' und dieses 'reproduziert oder transformiert' wiederum die gesellschaftlichen Bedingungen, der Fall ist -, soll die Strukturierung des Prozesses erkannt werden, dann muß zunächst von allen 'Rück- und Nebenwirkungen' abstrahiert werden. Soll eine derartige 'lineare Darstellung' nicht ein bloßer Darstellungstrick sein, der sich mit dem Hinweis darauf, daß man eben nicht alles synchron präsentieren kann, allzu leicht legitimieren läßt - damit wird ja schließlich nicht beantwortet, warum man womit anfängt -, muß diese 'Logik der Stufenfolge' etwas von der Sache selbst treffen. Die theoretische These dieser Protheorie besagt, daß soziale Bewegungen und kollektive Konflikte im Ausgang von ihren sozialstrukturellen Grundlagen am fruchtbarsten analysiert werden können. Die Logik dieser Argumentation, keineswegs der Inhalt oder die Stufenfolge selber, ist identisch mit der von Smelers 'value added'-Modell: Die unteren Stufen sind jeweils notwendige, aber nicht hinreichende Bedingungen der höheren. Zu einfach formuliert: Die objektive Struktur und Entwicklung von Gesellschaften mit systematischen Ungleichheiten und hoher Dynamik enthält ein großes Reservoir an objektiven, latenten Interessengegensätzen und gesellschaftlichen Strukturproblemen. Aber viele potentielle Gegensätze und Probleme bleiben potentiell, viele potentielle Konfliktgruppen entwickeln nie ein Bewußtsein kollektiver Identität. Es gibt immer mehr Gründe für Unzufriedenheit als Unzufriedenheit selbst. Es gibt immer mehr Unzufriedenheit als kollektive Unzufriedenheit und kollektives Handeln. Es führt kein direkter Weg von 'anger to collective action'. Konfliktgruppen, welche ein kollektives Bewußtsein entwickelt haben, mißlingt die Mobilisierung. Mobilisierte und organisierte Konfliktgruppen handeln dennoch nicht, weil die Erfolgchancen zu ungünstig beurteilt werden usw.

b) Die auf den jeweiligen Stufen vorhandenen Freizeitspielräume können - von den Akteuren, von Gegnern wie Dritten, von Forschern - jeweils deterministisch unterschätzt oder voluntaristisch überschätzt werden. Sie sind zwar sehr wohl durch empirische Forschung eingrenzbar, aber in der Regel weder rein theoretisch noch durch historische For-

schung eindeutig und exakt zu bestimmen, sondern nur durchs faktische kollektive Handeln praktisch zu testen.

c) Lineare Modelle von Stufen und Stufenfolgen der Entwicklung sind bekannten methodischen und sachlichen Einwänden ausgesetzt. Werden sie evolutionistisch verstanden, sind sie durch den einfachen Hinweis aufs Fehlen oder Überspringen bestimmter Stadien oder Stufen schon widerlegt, wie dies für viele 'natural histories' von Revolutionen und für die 'life-cycles' von sozialen Bewegungen schon oft gezeigt wurde. Sie können sinnvollerweise nur als - damit keineswegs willkürliche - entwicklungslogische Modelle aufgefaßt werden, welche als vorsichtige Suchlichter, nicht als starres Prokrustesbett verwendet werden müssen.

d) Die Abstraktion von Rückwirkungen muß spätestens preisgegeben werden, wenn die Dynamik kollektiven Handelns, sozialer Bewegungen und Konflikte thematisiert wird. Allerdings sollte auch dann die Behandlung der Rückwirkungen nicht dazu führen, daß die behaupteten Strukturierungen gänzlich mehrdeutig werden. Es ist sicher richtig, wenn z.B. Marx meinte, daß 'Klassen als Klassen nur im und durch den Klassenkampf konstituiert' werden, aber dies sollte nicht dazu führen, den präzisen Sinn und Zweck von 'Klassen an sich' zu verwischen. Es ist sicher richtig, wenn Portes, Webb u.a. darauf hinweisen, daß 'relative Deprivation' oft nicht die Ursache, sondern die Folge kollektiven Handelns ist. Aber es wäre sinnvoller, genauer zwischen objektiver Deprivation und subjektiver Erfahrung und Artikulation relativer Deprivation zu unterscheiden und auch die Explananda schärfer zu umgrenzen: Geht es um individuelle Rekrutierung und Partizipation zu bereits bestehenden sozialen Bewegungen und Organisationen, oder um deren Entstehung und Entwicklung selbst?

e) Analytisch ist das Problem der Linearität und der Rückkopplungen zu unterscheiden vom Problem des Zwecks und der Grenzen von Modellen, welche die Herausbildung kollektiver Identitäten, Unzufriedenheiten/Interessen, Ideologien/Utopien sowie Prozesse der Organisation und Mobilisierung zunächst aus

der 'Binnenperspektive' (Raschke) zu behandeln versuchen und dabei von strategischen Interaktionen abstrahieren. Derartige Modelle haben kein fundamentum in re, können aber zweckmäßige methodische Vereinfachungen sein, solange erkannt bleibt, daß auch die Herausbildung kollektiver Identität, kollektiver Organisation und Mobilisierung prinzipiell im Felde strategischer Interaktionen stattfindet. Sachlich gibt es keine Alternative: 'Dialogische' oder 'trilogische', kurz strategische Interaktionsmodelle mit mehreren Akteuren sind die einzig adäquaten. In strategischen Interaktionen haben nicht nur alle eigenen Erwartungen und Handlungen Vor-, Rück- und Nebenwirkungen auf frühere wie spätere Phasen dieses Prozesses, sondern sie beeinflussen die Erwartungen und Handlungen der Konfliktgegner und Dritter, wie sie umkehrt ihrerseits durch deren Erwartungen und Handlungen auf allen Stufen beeinflusst werden. Strategische Interaktionen sind im Vergleich zu anderen sozialen Interaktionen durch ein sehr klares Bewußtsein der Reflexivität der Erwartungen und der Interdependenz der Handlungen ausgezeichnet. Von Hobbes bis Parsons liefern sie das Grundmodell für 'doppelte Kontingenz'. Schließlich sind der Verlauf und die Folgen von Konflikten das klassische Beispiel ungewollter, von niemandem intendierter Handlungsfolgen. Sie verlangen daher a limine, daß man die Binnenperspektive des 'einen' kollektiven Akteurs durchbricht.

Die Forderung, die bestehenden Dichotomien zu überwinden und Erkenntnisse aus verschiedenen Traditionen zu integrieren, ist - wie gesagt - keineswegs neu; ebensowenig neu ist der Aufruf zu differenzierter Begriffs- und Theoriebildung wie zu 'stärker distanzierter, stärker analytisch ausgerichteter' historischer und empirischer Forschung. Was aber auffällt und zum Nachdenken zwingt, ist das eklatante Mißverhältnis zwischen wiederholten Aufforderungen und offenkundig fehlender Umsetzung. Dies gilt für Grevens 'Kritik' ebenso wie für Brands und Ruchts Verteidigung. Neu an der hier vorgelegten Prothese scheint mir, daß nicht beim routinierten Lamento über den Zustand des Fachs und der gutgemeinten, aber billigen Aufforderung, die Malaise zu überwinden, stehen geblieben wird. Vielmehr wird die Kritik der Dichotomisierungen zum Anlaß ge-

nommen, die jeweils fruchtbaren Erkenntnisse in einen systematischen Bezugsrahmen sachlich zu integrieren und damit sowohl der Konstruktion differenzierter Teiltheorien wie der Entwicklung empirischer Forschung neue Bahnen zu weisen. Angesichts der Vielfalt und Komplexität der Themen ist es gänzlich unmöglich, auch nur eine oberflächliche Zusammenfassung des Ertrags dieser Integration zu präsentieren. Stattdessen möchte ich einen Aspekt herausgreifen.

Neue soziale Bewegungen?

Diskussionen über die neuen wie die alten sozialen Bewegungen sind weder normativ noch politisch neutral. 'Neu' und 'alt' sind klassische Prototypen dichotomisierender Kampfbegriffe. Protagonisten der 'neuen' sozialen Bewegungen wie sympathisierende Bewegungswissenschaftler versuchen deren innere Einheit und ihren Zusammenhalt zu betonen, die qualitative Neuartigkeit 'ihrer' Bewegungen im Unterschied zu den 'alten' Bewegungen (oder eigentlich: 'der alten' Arbeiterbewegung) zu profilieren und die 'alten' Bewegungen für tot, verkrustet, institutionalisiert usw. zu erklären. Umgekehrt unterstreichen Bewegungsprotonisten der ('alten') Arbeiterbewegung die Heterogenität dieser Bewegungen, ihren tendentiell elitären und nicht-universalistischen Charakter, ihre illusorischen Selbstbilder, und versuchen zu zeigen, daß ihre Organisationsmodelle und strategischen Optionen den alten Dilemmata und Paradoxien der Macht nicht entgehen können. Es gibt da keinen 'un-interessierten' Zugang. Während jedoch diese *politische Frontstellung* meist recht offensichtlich und daher auch bewußt ist, bleiben die *wissenschaftssysteminternen Frontstellungen* und die mit ihnen verknüpften Wissensstrategien eher im Hintergrund. Noch immer ist es anrühlich, über den erstrebten Profilierungsgewinn zu sprechen oder nachzudenken, der mit der Proklamation immer 'neuer' Gesellschaftstypen (Sie wissen schon: die 'post-materialistische', 'post-industrielle', 'post-moderne' 'Informations-Gesellschaft' usw.), immer wieder 'neuer' Klassen und Bewegungen verbunden ist. Dabei sagen die inflationären Neuheiten mehr über die Bedingungen intellektueller Rivalität und Kon-

kurrenz im Wissenschaftssystem als über vermeintliche oder tatsächliche Neuheiten des Erkenntnisgegenstands. Auch in dieser Hinsicht also ist Reflexivität Voraussetzung relationaler kognitiver Autonomie. Will man das interessierte Spiel des Kampfes der 'established' gegen die 'outsiders' (in der politischen Arena wie im Wissenschaftssystem) nicht einfach fortsetzen, sondern Raum für fruchtbare wissenschaftliche Diskussionen eröffnen, sollte man neue Fragen stellen, um die alten Kontroversen aufzubrechen. Dabei möchte ich mich auf wenige Aspekte beschränken.

(1) Soziale Bewegungen und Konflikte haben ganz generell nicht einfach einen objektiv feststehenden, von den Definitionen der Akteure, ihrer Gegner wie Dritter unabhängigen Anfang, eine feststehende, unveränderliche und klar abgegrenzte Identität, eine unbestreitbare Einheit, klar umrissene Grenzen und ein unbezweifelbares Ende (vgl. Bader 1991:57 f. und 341). Ob es die NSB 'gibt', was sie 'sind', worin trotz aller möglichen Heterogenität ihre 'Einheit' und 'Identität' besteht, wie sie von anderen Bewegungen abgegrenzt werden, ob und wie sie in Teilbewegungen untergliedert werden usw. - Antworten auf all diese Fragen lassen sich nicht einfach aus objektiven Strukturen und Entwicklungen ablesen. Ausschlaggebend hierfür sind die faktischen, handlungsrelevanten Definitionen der empirischen Akteure, wie immer 'verkehrt', 'schlecht informiert', 'irrational' und irreführend diese Wissenschaftlern auch scheinen mögen. Statt aber diese nun gründlich empirisch zu untersuchen,¹⁰ konzentriert sich ein Großteil der Diskussion auf Behauptungen und Hypothesen der Bewegungswissenschaftler selber. Trotz aller innigen Kontakte und Personalunionen von Bewegungswissenschaftlern und Protagonisten dieser Bewegungen wäre diesbezüglich doch mehr Selbstkritik am Platze.

(2) Die Fragen der Einheit oder Heterogenität und die der Neuheit der NSB lassen sich zwar global stellen, aber wissenschaftlich doch nicht en bloc beantworten. Zunächst also müssen die Dimensionen oder Hinsichten möglicher Einheit und Neuheit unterschieden werden. Im Anschluß an bisherige Diskussio-

nen¹¹ wäre dabei meiner Ansicht nach mindestens zu fragen:

(a) gibt es einen sozialstrukturell einheitlichen *neuen Träger*: die 'neuen Mittelklassen'?¹²

(b) zeichnen sich die NSB aus durch einen neuen und einheitlichen Habitus, durch qualitativ *neuartige* und einheitliche *Lebensstile, Kulturen und kollektive Identitäten*?¹³

(c) vertreten sie *neuartige* und homogene *Interessen*?

(d) artikulieren sie einheitliche und *neue Themen* (und was läßt sich hinsichtlich ihrer Ursachenbeschreibungen, der Verantwortung ihrer Gegner, der Festlegung ihrer Ziele, von Strategie und Taktik sagen)?¹⁴

(e) verwenden sie dabei einheitliche und *neue kognitive und normative Deutungsmuster und Deutungen* ('Ideologien', 'Werte' usw.)?¹⁵

(f) zeichnen sie sich aus durch *neue* und einheitliche *Formen sozialer Organisiertheit und Organisation* (sowohl hinsichtlich normativer Modelle wie der Organisationspraxis)?¹⁶

(g) folgen sie einheitlichen und *neuen Strategien der Mobilisierung und Aktion*, welche die klassischen strategischen Dilemmata und Paradoxien der 'Macht' überwinden?¹⁷ Verwenden sie ein einheitliches und *neuartiges Aktionsrepertoire*?

(h) handelt es sich um 'neue' Bewegungen, weil sich die objektiven gesellschaftlichen Rahmenbedingungen qualitativ verändert haben, sie also in einer *neuen Gesellschaft* agieren?¹⁸

(i) handelt es sich um einheitliche Bewegungen, weil die externen Handlungschancen identisch sind? Speziell: weil sie Teile eines *gemeinsamen politischen Bewegungs- oder Protestzyklus* sind?¹⁹

(3) Schon aus dieser anspruchslosen Auflistung ergeben sich einige Hinweise, um die Diskussion über die NSB anders auszurichten:

- Nicht nur die Bestimmung jeweils "ausreichender Gemeinsamkeiten" zwischen den einzelnen Bewegungen, welche als NSB zusammengefaßt werden sollen, bereitet Schwierigkeiten, sondern schon die *Auswahl* und das *relative Gewicht dieser "Merkmalsdimensionen"* (Görg 1989:101) selber. Die oben referierten Autoren beschränken sich ohne gute Gründe auf die bekannten drei oder vier Kriterien.
- Schon in der Analyse einzelner Bewegungen, erst recht in der der umfassenden NSB selber, sind *nicht in allen Dimensionen gleiche Antworten* zu erwarten. Einzelne Bewegungen kombinieren z.B. in bunter Mischung relativ 'neue' Themen mit bekannten Strategien und Aktionsformen usw. Jeder irgendwie informierte Bewegungsvergleich zeigt ein hohes Maß an Heterogenität zwischen den verschiedenen Bewegungen, welche im Containerbegriff der NSB aggregiert sind. Auch Versuche, welche das Neuartige der NSB gerade in der Kombination jeweils in sich problematischer und zweifelhafter Homogenitäten und Neuheiten in den verschiedenen Dimensionen zu erkennen suchen (z.B. Cohen 1985:666), klammern dieses Problem aus.
- Wie immer wieder gezeigt worden ist, ist das 'Neue' so neu nicht (vgl. die 'alten' Sektenbewegungen, Kulturbewegungen, Lebensreformbewegungen, anarchistische und utopisch-sozialistische Bewegungen). Seriösere Diskussionen verlangen also ausgearbeitete *historische Vergleiche*, um plausibel begründen zu können, was warum und inwiefern *relativ neu* ist. Statt der häufig vorausgesetzten Diskontinuitäten und qualitativen 'Sprünge' werden dann wohl *graduelle* Aussagen erforderlich.
- Hochaggregierte Containerbegriffe erlauben keine differenzierte Analyse der groben und feinen Unterschiede, während umgekehrt begriffliche Disaggregation der Analyse von faktischer Homogenität und von Zusammenhängen zwischen verschiedenen Bewegungen nichts in den Weg legt, solange sie nicht als empirische Disaggregation oder Isolation mißverstanden wird.²⁰ Wie immer man sich jedoch in der terminologischen Frage der 'neuen' Bewegungen auch entscheiden möge, auf jeden Fall müssen die sachlichen Probleme im Vordergrund stehen, welche niemals durch konzeptionelle Entscheidungen gelöst werden können. Das oberflächlich stärkste Argument der Befürworter der konzeptionellen und Analysestrategie 'neue soziale Bewegungen' besteht darin, daß sie meinen, nur diese erlaube die Untersuchung übergreifender Gemeinsamkeiten der verschiedenen Bewegungen, sowie die ihrer Einbettung in politische Protestzyklen. Sicherlich wäre es verkehrt, die Einzelbewegungen zu isolieren, weil man dabei Gefahr läuft, "mögliche Zusammenhänge zu vergessen" (Görg 102). Aber auch wenn man viele der gemeinten Bewegungen in vielen Hinsichten gar nicht 'neu' findet, muß jede nicht-reduktionistische Bewegungsanalyse sich um den Bewegungskontext kümmern. Mit der begrifflichen Festlegung 'neue soziale Bewegungen' ist dieser natürlich ebenfalls nicht empirisch untersucht, sondern nur konzeptionell postuliert.
- Auf jeden Fall also gilt es, sich "mit den einzelnen Bewegungen und ihren Besonderheiten zu beschäftigen, ohne den Blick durch konzeptionelle Scheuklappen auf der Meta-Ebene" verstellt zu haben (Rothgang 1989:86). Gerade hierfür bietet die 'Pro-Theorie kollektiven Handelns' differenzierte Konzepte, übersichtliche Problemstrukturierungen, Ansätze zur Ausarbeitung von 'middle-range theories' und vor allem eine informative Forschungs-'Agenda'. Historisch und empirisch interessierte Bewegungsforscher sollten sich daher vom verständlichen Mißtrauen gegen das inflationäre Angebot ebenso 'neuer', 'eleganter', 'großer' wie unfruchtbarer Theorien nicht abhalten lassen. Gerade für ausführliche Bewegungsmonographien wie für - historisch, national wie international - vergleichende Bewegungsanalysen²¹ steht hier ein Bezugsrahmen zur Verfügung,

der viele der bisherigen Engpässe zu überwinden verspricht.

- Auch wenn alles so 'neu' wäre, wie oft behauptet wird, wäre es immer noch empfehlenswert, aus den bekannten organisatorischen und strategischen Dilemmata jener 'alten' Bewegungen zu lernen, welche in vieler Hinsicht zumindest recht ähnliche normative Organisations-, Aktions- und Gesellschaftsutopien hatten wie die 'neuen'. Eine Analyse dieser Dilemmata und Paradoxe, welche davon ausgeht, daß es keine kontextunabhängigen 'optimalen' Lösungen gibt,²² kann hierbei die nötige kritische Distanz und Nüchternheit bieten, von der die Bewegungen, mit denen man normativ und politisch sympathisiert, nur lernen können.

Veit-Michael Bader lehrt am Soziologischen Institut der Universität Amsterdam

Anmerkungen

- ¹ Vgl. etwa meine kurze Behandlung des marxistischen und des massenpsychologischen Ansatzes, des relativen Deprivationsansatzes, egoistisch-utilitaristischer Ansätze und des 'polity-approach': *Bader* 1991:5 ff.; vgl. *Brand* 1982, *Raschke* 1985, u.v.a.
- ² Vgl. etwa *Bader* 1991:36 (Schema 1): (1) langfristige gesellschaftliche Strukturveränderungen und Veränderungen der objektiven Lebenslage wie des Ressourcenpotentials von potentiellen Protestgruppen; (2) Habitus; (3) Kollektive Identität und Kultur; (4) Kollektive Interessen; (5) Artikulation/Ideologie/Utopie; (6) Organisiertheit/Organisation/ Führung; (7) Mobilisierung; (8) Externe Handlungschancen; (9) Kollektive Konflikte und Konfrontationen; (10) Konsequenzen.
- ³ Die empirische Welt ist eine Welt 'komplexer Mischungen', was an analytischer Klarheit und Ordnung interessierte Theoretiker seit jeher irritiert hat. Die faktischen Mischungen, Überlagerungen und Verschiebungen (von Handlungsorientierungen, Handlungs-
- kollektiven, Interessen, Identitäten, Themen, Ideologien usw. bis hin zu Formen von Konflikten) lassen sich am fruchtbarsten beschreiben und erklären, wenn man sie weitgehend zerlegt und von analytisch disaggregierten und klar unterschiedenen Begriffen ausgeht. Diese pro-theoretische Strategie konzeptioneller oder analytischer Disaggregation darf natürlich nicht mit empirischen Differenzierungen verwechselt werden. Sie erlaubt es vielmehr, gerade die 'konkreten' empirischen Mengformen als solche zu beschreiben und zu analysieren.
- ⁴ Vgl. zu gegenwärtigen Entwicklungen in den Naturwissenschaften etwa *Monod, Prigogine*; vgl. für die Gesellschaftswissenschaften in überakzentuierter Weise: *Unger* 1987.
- ⁵ Die kritischen Einwände von *Jac Christis* und *Hanspeter Kriesi* haben mich veranlaßt, dies hier schärfer als im Buch zu betonen.
- ⁶ Vgl. etwa: *B. Moore, Wehler, Kocka, Tilly, Skocpol, Katznelson* u.v.a.
- ⁷ Vgl. *Bader* 1988:153 f
- ⁸ Vgl. im Anschluß an *Max Weber* z.B. bei *Russel Keat* 1981.
- ⁹ Auf der Grundlage einer differenzierten Analyse von Ressourcen in 'Ungleichheiten' findet sich in 'Kollektives Handeln' ein neuartiger Ansatz der Analyse relativer Machtverhältnisse und ihrer Verschiebung der nicht nur für Liebhaber des 'Ressourcenmobilisierungs-Ansatzes', des 'polity approach' und spieltheoretischer Strategieanalysen interessant sein dürfte).
- ¹⁰ Vgl. auch *Greven* (1988:52): "Frage der empirischen Richtigkeit".
- ¹¹ Vgl. *Greven* 1988: Selbstverständnis, Einsicht in inneren Zusammenhang, Themen und issues, neue gesellschaftliche Phase, soziokulturelle Dimension und Trägerschaft. *Rothgang* 1989: neuer Vergesellschaftungsmodus? Ideologie, Sozialstruktur, Organisationsformen, Aktionsformen; vgl. *Bader* (1991:477) als äußerst knappe Besprechung der üblichen vier Dimensionen im Anschluß an *Offe* 1985: issues, values, mode of action, actors.
- ¹² Vgl. etwa bei *Greven* (1988:54-56) die Kritik an: "hochaggregierten, nichtssagenden Aussagen" und dem "äußerst heterogenen und in sich vielfältigen Komplex sozialer Gruppen, Initiativen und Aktivitäten"; vgl. *Roth/Rucht* (1989:46 f); *Beck* 1986; theoretisch und empirisch ernsthafter: *Kriesi* 1986; vgl. eher skeptisch hinsichtlich der Fruchtbarkeit hochaggregierter 'neuer

Mittelklassen': *Bader/Benschop* 1989:12 ff.; vgl. auch *Benschop* 1992.

¹³ Vgl. *Touraine, Melucci, Cohen, Brand, Evers* u.v.a.; vgl. aus kritischer Distanz: *Bourdieu, Eder*.

¹⁴ Vgl. die vielen Versuche, sie auf 'kulturelle Themen' zurechtzustutzen (etwa *Raschke* in seinem dreigliedrigen Differenzierungsschema) oder sie an der imaginären Schnittstelle von 'System und Lebenswelt' anzusiedeln (*Habermas, Cohen* u.v.a.)

¹⁵ Vgl. etwa die Lyrik des Postmaterialismus bei *Touraine, Foss/Larkin, Evers*. Vgl. klar zum Problem der interessierten Selbstlegitimationslegenden: *Offe* 1985:848 f. Man braucht damit nicht der distanzierenden 'debunking'-Strategie *Eders* zu verfallen, welche Selbstbegriffe und Selbstbilder nicht ernst nimmt und hinsichtlich des universalistischen Anspruchs und des 'postmaterialistischen' normativen Gehalts kritisch prüft (vgl. auch *Giegels* Kritik an *Eder*).

¹⁶ Vgl. *Touraine, Melucci, Sassoon, Donati, Pizzorno, Evers, Cohen, Mouffe, Slater*; kritischer: *Offe* 1985:829. Vgl. *Greven* 1988:56 - 58, *Bader* 1991:255 f.

¹⁷ Vgl. kritisch auch: *Freeman* 1979:184; *Raschke* 1985:435 f.

¹⁸ Vgl. kritisch zum breiten Angebot empirisch mehr als dünner 'Grand Theories': *Greven* 1988:53 (Spätkapitalismus, postindustrielle Gesellschaft, Computergesellschaft, Dienstleistungsgesellschaft, Informationsgesellschaft, Risikogesellschaft, postmaterialistische Gesellschaft); *Rothgang* 1989:85: programmierte Gesellschaft, nachindustrielle Gesellschaft, postfordistische Vergesellschaftung.

¹⁹ Vgl. *Tarrow* 1983, *Melucci* 1980; *Brand* u.a. 1983

²⁰ Zurecht weisen *Roth/Rucht* (1989:45, 47) auf die Gefahren von Argumentationen hin, in welchen unter Hinweis auf überall auffindbare Heterogenität auf die Inexistenz von Bewegungen geschlossen wird: Man müßte dann die Existenz jeder sozialen Bewegung bestreiten.

²¹ Vgl. zurecht die Forderungen bei *Brand* 53, *Rucht* 1989:165; vgl. die ersten Resultate des breit angelegten Forschungsprojekts von *Kriesi* u.a.

²² Vgl. *Bader* 1991, Kapitel VIII,4: "Dilemmata und Paradoxien von Organisation und Führung in sozialen Bewegungen" und 5: "Spezifische Bewegungstypen und -ziele und Organisationsbedarf".

Literatur

Bader, V.M. (1988): Macht of waarheid. In: *Kennis en Methode*, VII,2, 138-157.

- (1991): Kollektives Handeln. Protheorie sozialer Ungleichheit und kollektiven Handelns Teil 2. Opladen.

- /Benschop, A. (1989): Ungleichheiten. Protheorie sozialer Ungleichheit und kollektiven Handelns Teil 1. Opladen.

Beck, U. [1983]: Jenseits von Klasse und Stand? In: *Kreckel* 1983:35-74.

- [1986] Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt.

Benschop, A (1992): Transformationele klassenanalyse. Diss. Manuskript. Amsterdam.

Brand, K.-W. (1982):

- (1989): 'Bewegungswissenschaft' oder Bewegungsforschung? Einige 'ganz unironische' Bemerkungen zu Michael Th. Grevens Beitrag. In: *Forschungsjournal NSB* 2. Jg., Heft 1: 50-54.

- /Büßer, D./Rucht, D. (1983): Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der BRD. Frankfurt/New York.

Cohen, J.L. (ed.) [1985]: *Social Movements*. *Social Research* Vol. 52, 4 (Winter).

- [1985] Strategy or Identity: New Theoretical Paradigms and Contemporary Social Movements. In: *Social Research* 52 (4):663-716.

Donati, P.R. [1984]: Organization between movement and institution. In: *Social Science Information*, 23/24(4/5):837-59.

Eder, K. (1986): Soziale Bewegung und kulturelle Evolution. In: *Berger, J. (ed.) Die Moderne. Soziale Welt, Sonderheft 4*: 335-357.

- The 'New Social Movements': Moral Crusades, Political Pressure Groups, or Social Movements? In: J.L. Cohen 1985.

- (ed.) [1989] *Klassenlage, Lebensstil und kulturelle Praxis*. Frankfurt.

Evers, T. [1985]: Identity: The Hidden Side of New Social Movements in Latin America. In: *Slater* 1985.

Foss, D.A./Larkin, R. [1986]: *Beyond Revolution. A new Theory of Social Movements*. South Hadley Mass.

Freeman, J [1979]: Resource Mobilization and Strategy: A Model for Analyzing Social Movement Organization Actions. In: *Zald/McCarthy* 1979.

- Giegel, H.-J. [1989]: Distinktionsstrategie oder Verstrickung in die Paradoxien gesellschaftlicher Umstrukturierung? Die Stellung der neuen sozialen Bewegungen im Raum der Klassenbeziehungen. In: Eder, K. (ed.) 1989:143-87.
- Görg, C. (1989): Bewegung, Wissenschaft und Kritik. In: *Forschungsjournal NSB*, 2. Jg., Heft 3: 100-107.
- Greven, M. T. (1988): Zur Kritik der Bewegungswissenschaft. In: *Forschungsjournal NSB*, 1. Jg. Heft 4. 51-60.
- Guggenberger, B./Offe, C. (eds.)(1984): *An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie*. Opladen.
- Japp, K. (1986): Neue soziale Bewegungen und die Kontinuität der Moderne. In: Berger, J. (ed.) *Die Moderne. Soziale Welt, Sonderheft 4*: 311-333.
- Keat, R. (1981): *The Politics of Social Theory*. Oxford.
- Kriesi, H. (1986): *Nieuwe sociale bewegingen*. Inaugurale rede, Universiteit van Amsterdam.
- (1988): Conclusion, some reflections on the state of the art. In: Klandermans u.a. (eds.): *From structure to action*. Greenwich, Conn.
 - u.a. (1991): *The political opportunity structure of new social movements, its impact on their strategy*. Manuscript Universiteit van Amsterdam/ Université de Genève.
- Melucci, A. [1984] *An end to social movements?* In: *Social Science Information* 23(4/5):819-35.
- [1980] *The new social movements: a theoretical approach*. In: *Social Science Information* 19(2):199-226.
- Offe, C. [1985]: *New Social Movements: Challenging the Boundaries of Institutional Politics*. In: J. Cohen 1985:817-67.
- Raschke, J. (1985): *Soziale Bewegungen*. Frankfurt/New York.
- Roth, R./Rucht, D. (eds.)(1987): *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt/New York.
- Roth, R./Rucht, D. (1989): *Reaktionen aus dem 'Ghetto'*. In: *Forschungsjournal NSB*, 2. Jg. Heft 1: 44-49.
- Rothgang, H. (1989): *Zur 'Kritik der Bewegungswissenschaft'*. In: *Forschungsjournal NSB*, 2. Jg. Heft 2: 84-89.
- Rucht, D. (1989): *Die Analyse der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland - Eine Zwischenbilanz*. In: *Forschungsjournal NSB Sonderheft*: 158-167.
- Sassoon, J. [1984]: *Ideology, symbolic action and ritual in social movements: the effects on organizational forms*. In *Social Science Information* 23 (4/5): 861-873.
- Slater, D. [1988]: *New Social Movements and old Political Questions*. Paper Amsterdam.
- Stöss, R. (1984): *Vom Mythos der 'neuen sozialen Bewegungen'*. In: Falter, J.W. u.a.: *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*. Opladen: 548-565.
- Tarrow, S. [1983]: *Struggling to Reform. Social Movements and Policy Changes During Cycles of Protest*. Cornell Univ. Center for International Studies. Occasional Paper no. 15. Ithaca.
- Touraine, A. [1978]: *La voix et le regard*. Paris.
- [1985]: *An Introduction to the Study of Social Movements*. In: J. Cohen 1985:749-787.
- Unger, R.M. (1987): *Politics*. 3 Teile. Cambridge, Mass.
- Zald, M.D./McCarthy, J.D. (eds.) (1979): *The Dynamics of Social Movements*, Cambridge, Mass.

Dieter Rucht / Roland Roth

“Über den Wolken...”

Niklas Luhmanns Sicht auf soziale Bewegungen

Das Schisma der allgemeinen soziologischen Theoriebildung, nämlich die Frontstellung zwischen Handlungstheorie und Systemtheorie (Giddens 1981:161f.), spiegelt sich auch in den Theorien sozialer Bewegungen. Eine radikale handlungstheoretische Variante vertritt Alain Touraine. Für ihn ist Gesellschaft nichts anderes als ein Produkt sozialer Bewegungen. Den angemessenen theoretischen Zugriff verspricht eine “aktionalistische Soziologie” (1973). Bevorzugter empirischer Gegenstand sind die auf einen gesellschaftlichen Zentralkonflikt orientierten sozialen Bewegungen. Die Methode der empirischen Erschließung ist die von Touraine konzipierte “soziologische Intervention” (kritisch zum Ansatz: Rucht 1991). Eine radikale systemtheoretische Variante vertritt Niklas Luhmann. Für ihn ist Gesellschaft der Zusammenhang funktional spezifizierter Sinnsysteme, die ausschließlich aus Kommunikationen - und nicht etwa aus Menschen oder Handlungen bestehen. Den angemessenen theoretischen Zugriff verspricht ein konsequenter Funktionalismus. Da Gesellschaft nicht mehr als hierarchisch gedacht wird, gibt es auch keinen bevorzugten Gegenstand empirischer Analyse. Der Blick auf das Ganze zwingt Luhmann zu einer enormen Abstraktionshöhe empirischer Betrachtungen, in denen konkrete Akteure und Prozesse meist nur noch in Fußnoten vorkommen. Damit entfällt die Frage einer angemessenen empirischen Methode.

Im folgenden wird Luhmanns Thematisierung sozialer Bewegungen kritisch durchgemustert. Wir werden zunächst - bewußt eng den Originaltexten verhaftet - seine grundlegenden Positionen skizzieren und dann einige uns wesentlich erscheinende Schwach- und Blindstellen dieser Thematisierung aufzeigen. Eine Auseinandersetzung mit anderen systemtheoretischen Deutungen sozialer Bewegungen, die we-

sentlich von Luhmann inspiriert sind (vgl. Bergmann 1987; Ahlemeyer 1989; Japp 1984; 1986), bleibt hier ganz ausgeklammert.

1. Zur systemtheoretischen Deutung sozialer Bewegungen

Luhmanns Äußerungen zu sozialen Bewegungen lassen sich grob nach drei Phasen sortieren. Am Anfang standen verstreute Bemerkungen, die als “Mischung aus nüchterner Beschreibung, hämischer Kommentierung und politische Abwehrsemantik” (Günter Frankenberg 1989:700) abgebuht werden konnten. Die Notizen zum Thema waren spitz und polemisch. In einer zweiten Phase wurde dieser Tonfall zugunsten einer etwas wohlwollender und analytischer gehaltenen Betrachtung zurückgenommen. Eine erste systematische Reflexion erfahren soziale Bewegungen nach der “autopoietischen Wende” im nun für die systemtheoretische Debatte maßgeblichen Grundriß “Soziale Systeme” (1984). Insbesondere der ökologischen Bewegung bescheinigte Luhmann in der Folgezeit eine nicht unwichtige gesellschaftliche Beobachtungs- und Thematisierungsfunktion. Aber erst in seinem jüngsten Buch zur “Soziologie des Risikos” (1991) wird der Deutung sozialer Bewegungen ein längeres Kapitel mit dem Titel “Protestbewegungen” gewidmet. Darin finden sich neben neuen Einsichten freilich auch Wiederholungen und Variationen schon früher getroffener Aussagen. Da sich dieses Kapitel als erster systematischer Zugriff Luhmanns auf diesen Gegenstand verstehen läßt, werden wir nach der Durchsicht seiner

einschlägigen Ausführungen in "Soziale Systeme" vor allem hieran anknüpfen. Erst zur Verdeutlichung unserer Kritik im nächsten Abschnitt wollen wir auch verstärkt auf sonstige Äußerungen Luhmanns zum Thema soziale Bewegungen eingehen.

1.1 Protestviren und das Immunsystem der Gesellschaft

Luhmanns Entwurf einer allgemeinen Theorie sozialer Systeme von 1984 präsentiert sich als ambitionierter Ausweg aus der Theoriekrise der Soziologie. Der Autor reklamiert "Universalität der Gegenstandserfahrung in dem Sinne, daß sie als soziologische Theorie alles Soziale behandelt und nicht nur Ausschnitte" (1984:9). Dieser systematische wie empirische Universalitätsanspruch (der Wirklichkeitsbezug muß in der Theoriebildung gewahrt bleiben, S. 13) legitimiert die kritische Nachfrage, ob und in welchen Dimensionen soziale Bewegungen in diesem allgemeinen Grundriß vorkommen. Gesteigert werden die Erwartungen durch den in den 80er Jahren vollzogenen zweiten systemtheoretischen Paradigmenwechsel, der die alte Leitdifferenz von "System/ Umwelt" durch die neue Leitdifferenz "Identität/ Differenz" ersetzt. Die nun zum Fixpunkt erkorene selbstreferentielle ("autopoietische") Geschlossenheit soll zugleich mit einer erhöhten Offenheit für Umweltkomplexität korrelieren (63). "Systeme sind nicht nur gelegentlich und nicht nur adaptiv, sie sind strukturell an ihrer Umwelt orientiert und könnten ohne Umwelt nicht bestehen" (35).

Soziale Bewegungen, ein für Luhmann im Grunde nicht theoriefähiger Begriff (543), kommen an einer für die Theoriekonstruktion bedeutsamen Stelle - dem Umgang mit Widerspruch - ins Spiel. Wie können sich angesichts einer prekären Umwelt autopoietische Systeme reproduzieren, wenn sie gleichzeitig ihre Umweltsensibilität steigern müssen? Wie können sie Widerspruch und Konflikt verarbeiten? Widerspruch vermag nicht nur ein System zu destabilisieren, sondern unter funktionalen Gesichtspunkten auch einen zentralen Beitrag zur Stabilisierung autopoietischer Systeme zu leisten, wenn und indem er die Ausbildung eines Immunsystems fördert, das

für die Selbstreproduktion des Systems unter sich ändernden Bedingungen durch Selektion brauchbarer Veränderungen sorgt (503f). In diesem Sinne diskutiert Luhmann die Funktion des Rechts als eines Immunsystems der Gesellschaft, das wie alle Systeme dieser Art über Neins, d.h. kommunikative Ablehnungen disponiert (549).

Ganz generell wird Luhmann zufolge die Entwicklung von modernen Gesellschaften von einer Vermehrung von Widerspruch und der Erhöhung von Konfliktbereitschaft begleitet, was u.a. durch soziale Bewegungen angezeigt wird. Deren Bewertung bleibt in systemtheoretischer Perspektive ambivalent. Einerseits sind soziale Bewegungen in der Lage, "mit hoher Widerspruchs- und Konfliktbereitschaft Funktionen im Immunsystem der Gesellschaft zu übernehmen" (548). Als verbesserte Formen der Selbstbeobachtung des Gesellschaftssystems können sie zur Selektion bedeutsamer Konflikte beitragen. "Im Rahmen dieser selektiven Formierung von Widerspruch und Konflikt haben die Stärkung von Ablehnungspositionen durch Recht und die Artikulation von Unruhe, Kritik und Protest in der Form sozialer Bewegungen komplementäre Bedeutung gewonnen" (550). Andererseits sind soziale Bewegungen Mechanismen (parasitärer) Selbstbeobachtung und selbstreferentieller Systembildung, die von einer Effekterzeugung durch nichtintendierte Effektkumulation leben. Damit gehören sie "zu den beunruhigenden Erscheinungen der modernen Gesellschaft" (545). Ihr selbstreferentieller Charakter ist prekär, weil er zur Radikalisierung führt. Ihre Funktionsleistungen sind ungesichert, denn plötzliches Auftreten und rasches Wiederabklingen gehört zu ihren Bewegungsgesetzen. Das in sozialen Bewegungen auf Dauer gestellte Neinsagen strapaziert das Immunsystem. Zwar weigert sich Luhmann, Immunsystem und Widerspruch gegeneinander auszuspielen, doch enden seine Ausführungen zu sozialen Bewegungen höchst besorgt: "In jedem Falle wird man sich fragen müssen, wie von da her das doch auch nötige Ja zur Gesellschaft wiedergewonnen werden kann" (550).

Das von Luhmann geforderte "nötige Ja zur Gesellschaft" ist nicht einfach als "alteuropäischer" Rückfall auf das Hobbessche Problem sozialer Ordnung zu

deuten. Es ist vielmehr eine Konsequenz des Konzepts von "Immunsystemen", die bestimmte Umweltanforderungen aufgrund einer bloßen Diskrimination als nicht-dazugehörig neutralisieren müssen, aber dann doch zuweilen von Überlastungen bedroht sind. So durchsetzt etwa die Soziologie das Immunsystem der Gesellschaft mit unangemessenen Kognitionsanforderungen und wird "zur Krankheit der Gesellschaft" (505). Darin scheint sie den sozialen Bewegungen zu ähneln. Beide stehen quer zu den Funktionsbedingungen gesellschaftlicher Immunsysteme, indem sie sich an deren abgekürzten Verfahren stören und nach Ursachen fragen. Nicht mehr Wissen, so wäre den sozialen Bewegungen wie der Soziologie systemtheoretisch abgeklärt entgegenzuhalten, sondern höhere Komplexität sind gefordert.

1.2 Soziale Bewegungen als soziale Systeme

Erneut ist es der "Mangel an theoretischer und vor allem gesellschaftstheoretischer Perspektive" (1991:135), der Luhmann zu seiner jüngsten Wortmeldung in Sachen soziale Bewegungen veranlaßte. Noch immer ist ihm allerdings dieser Begriff selbst zu unhandlich, so daß er sich - scheinbar theoretisch folgenlos - mit dem engeren Begriff der Protestbewegungen "begnügt".

Wer sich an den Universalitätsanspruch der Systemtheorie erinnert, wird von der nun expliziten Feststellung nicht überrascht sein, daß man "Protestbewegungen als autopoietische Systeme beschreiben (kann)" (136). Protest gilt als Katalysator der eigenen Systembildung; die Genese und Strukturierung dieses Systems geht nicht auf Außenwirkungen zurück: "Protest ist kein Sachverhalt, der aus der Umwelt in das System transportiert wird; sondern er ist eine Konstruktion des Systems selbst, deren Gründe dann in die Umwelt verlagert werden" (137). Was den Protest als eine besondere Form von Kommunikation zusammenhält, ist ein spezifisches Thema, das den inhaltlichen Fundus abgibt, um Forderungen an andere zu stellen und deren Verantwortung anzumah-

nen. Protestbewegungen "kritisieren Praktiken oder Zustände, machen sich aber nicht selber anheischig, an die Stelle dessen zu treten, der für Ordnung sorgen sollte. Es geht ihnen nicht um einen Austausch von Plätzen, nicht um politische Opposition, die selber die Regierung übernehmen möchte...Es geht vielmehr um einen Ausdruck von Unzufriedenheit, um die Darstellung von Verletzungen und Benachteiligung, nicht selten auch um wildes Wünschen" (136ff.). Der Bezug auf die andere Seite, die auf den Protest zu reagieren hat, bleibt für den Protest konstitutiv. Verwischt sich diese Differenz, so bricht der Protest zusammen. Erfolgsbedingung für Protestbewegungen ist somit auch die Differenzhaltung von Thema und Protest; die Bewegung lasse sich nicht in die Form einer normalen Organisation und die ganz andere Form eines Zweckes bringen, "denn das Protestieren kann nicht gut als Ziel der Bewegung deklariert werden" (139).

1.3 Eine Stufenfolge historisch relevanter Sozialbewegungen

Luhmann entwirft eine Typologie von Protestbewegungen, die vom Problem der ungleichen Verteilung der sozialen Kosten von Zeitbindungen ausgeht und diesen Bezugspunkt mit historisch konkreteren Ausgangsproblemen verknüpft.

So führt Luhmann die Unruhen, Revolten und Widerstandsbewegungen der frühen Neuzeit im wesentlichen auf die Verletzung normativer Erwartungen zurück. Zu dem damit umrissenen Konflikttypus rechnet er sowohl die Bewegungen von Landarbeitern und Kleinbauern, die sich auf die Einhaltung der Prinzipien einer "moralischen Ökonomie" beriefen, als auch die Erhebungen des Adels und der Vertreter der Korporationen gegen die tyrannische Willkür. In der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung sieht er die letzte große, strikt durch Rechtsfragen ausgelöste Protestbewegung.

Die nächste große Protestbewegung ist die des Sozialismus, die sich an Verteilungskonflikten entzündete.

Charakteristischerweise ging es nun nicht mehr um Einschränkungen von Verhaltensmöglichkeiten durch normative Erwartungen, sondern um die Durchsetzungen von Erwartungen als Recht, d.h. die Legitimation von Verteilung durch Rechtsinstitute wie Eigentum und Vertrag. Im Zuge der Unterscheidung von Gesellschaft und Staat nahm nun auch der zuvor mit Rebellion und Unruhe assoziierte Begriff "soziale Bewegung" die Merkmale eines zielstrebigen Opponierens an.

Schließlich zeichne sich heute, ohne daß der Protest für oder gegen Normen noch der gegen die ungleiche Verteilung knapper Güter ganz verschwunden wäre, die Dominanz eines neuen Protesttypus an, der sich daraus ergibt, "daß man das Opfer des riskanten Verhaltens anderer werden kann" (146). In diesem historisch neuartigen Sachverhalt liege der tiefere Sinn der Rede von neuen sozialen Bewegungen.

1.4 Neue soziale Bewegungen

Risiken und die damit im Vergleich zu Norm- und Knappheitsfragen ganz andere Form sozialer Belastung durch Zeitbindungen sind Luhmann zufolge der Fokus neuer Proteste. Typisch seien "Protestbewegungen, die ... Betroffenheit gegen Entscheidung ausspielen. Das gilt für die ökologische Bewegung im weitesten, gefährliche Technologien einbeziehenden Sinne; aber es gilt auch für die Friedensbewegungen, die mit vielen guten Gründen schon Rüstung - und nicht erst Krieg - für zu riskant halten" (148). Mit riskanten Entscheidungen, die Zukunft unter dem Gesichtspunkt der mehr oder weniger großen Wahrscheinlichkeit von Schäden als problematisch erscheinen lassen, öffnet sich ein Raum für unterschiedliche Beobachterperspektiven und damit für eine ständig reproduzierte Meinungsverschiedenheit, die in "Desideraten wie: mehr Information, Partizipation, Dialog, Verständigung Ausdruck finden oder eben als Protest" (149).

Eine funktional differenzierte und in ihren einzelnen Funktionssystemen nach binären Codes prozessierende Gesellschaft erzeugt nach Luhmann ständig protestaffine Situationen, die dann unter bestimmten

Bedingungen zu Systembildungen in Form sozialer Bewegungen führen. Deren Eigenart sei es, die Aufmerksamkeit von den gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen hin zu ihren eigenen Anlässen und Fortsetzungsbedingungen zu verschieben, sich also "ganz von ihren Themen, Zielen, Durchsetzungsschwierigkeiten und ihren zunehmenden internen Problemen her (zu) beschreiben und folglich eine Position des 'Gegenüber' zu imaginieren. Sie protestieren in der Gesellschaft so, als ob es von außen wäre" (150).

Hatte Luhmann zufolge schon die sozialistische Bewegung "Schwierigkeiten mit der Gesellschaftstheorie" und brachte es allenfalls zu einer Theorie der kapitalistischen Gesellschaft als der von ihr bekämpften anderen Seite, so verfügen die zersplitterten neuen sozialen Bewegungen nicht einmal über eine solche Theorie der anderen Seite. Die Frage, welche Gründe es gibt, daß die von ihnen kritisierte Gesellschaft so ist, wie sie ist, würden die gegenwärtigen Protestbewegungen nicht zulassen. Ihnen gälte die fehlende Theorie gar als Vorteil und inhärentes Moment des Protestes, müßte doch "jede theoretisch angeleitete Problemanalyse, jede Frage nach Alternativen den Protest schwächen: Die Alternative - das ist man selber" (150).

2. Kritik

2.1 Zur grundlagentheoretischen Perspektive

Eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit systemtheoretischen Prämissen, deren Beschränkungen gerade am Gegenstand eines kollektiven Akteurs sichtbar werden könnten, welcher - anders als etwa das Marktsystem, aber ähnlich wie Bürokratien - zu strategischem Handeln fähig ist, kann hier nicht geführt werden. Ebenso sei dahingestellt, inwieweit sich biologische Denkfiguren ("Immunsystem"), die ausdrücklich nicht als Metaphern verstanden werden sollen, zur Gesellschaftsbeschreibung eignen. In immanenter Perspektive fällt immerhin auf, daß die Beschreibung des Systems soziale Bewegung dürtig

ausfällt. Zwar steht die Versicherung, es handle sich um sich selbst mittels Protest generierender autopoietische Systeme, deren wirkliche Anfänge "sich im nachhinein kaum feststellen lassen" (1991:136), völlig im Einklang mit dem, was Luhmann geradezu mechanisch jedem sozialen System zuspricht. Gleichwohl trifft er keinerlei Aussagen darüber, welchem binären Code das System soziale Bewegung gehorchen soll. Auch bleibt dessen grundlegender Status weitgehend ungeklärt. Nur andeutungsweise ist zu erfahren, daß es sich nicht um ein gesellschaftliches Subsystem analog zu dem der Wirtschaft oder Politik handelt. Ähnlich dem System der Massenmedien scheint das System "Protestbewegungen" keinen rechten Ort im Gefüge funktional spezifizierter Teilsysteme zu haben. Mit dem angeblich allen Bewegungen inhärenten Zwang der Übersprünge von einem Protestthema zum anderen "leistet die protestierende Reflexion etwas, was sonst nirgends geleistet wird. Sie greift Themen auf, die keines der Funktionssysteme, weder die Politik noch die Wirtschaft, weder die Religion noch das Erziehungswesen, weder die Wissenschaft noch das Recht als eigene erkennen würden. Sie stellt sich quer zu dem, was aufgrund eines Primats funktionaler Differenzierung innerhalb der Funktionssysteme an Selbstbeschreibungen anfällt." (153) Zwar finden sich bei Luhmann funktionale Zuschreibungen sozialer Bewegungen, die Gesellschaften beobachten, Probleme indizieren und deren Immunsystem stimulieren, doch scheint es sich hierbei - im Unterschied zu anderen Funktionssystemen - um eine Leistung zu handeln, die auch andere Systeme, etwa die Wissenschaft, erfüllen - und dies, so lassen sich Luhmanns Diskreditierungen wohl interpretieren, mit weniger Störgeräuschen und adäquaterem Zugriff.

Soziale Bewegungen, denen Luhmann in Einzelfällen immerhin einige Verdienste der Aufmerksamkeitsgewinnung zuschreibt, haben so gesehen weder einen rechten Ort noch eine originäre Funktion innerhalb des ganz auf Komplexitätsreduzierung angelegten sozialen Gefüges. Ihre theoretische wie empirische Sperrigkeit bereitet Luhmann offenkundig tiefes Unbehagen, das er vor allem in früheren Äußerungen in wohlfeiler Polemik verarbeitet hat. In theoretischer Hinsicht sind ihm die Bewegungen suspekt,

weil sie sich nicht dem Ordnungskriterium funktionaler Differenzierung fügen. Anstatt Komplexität gefälligst zu reduzieren, wie es definitionsgemäß für soziale System vorgesehen ist, sind sie eine Komplexitätserhöhende Störgröße in der Routine funktionsbezogener Geschäftigkeit. Zudem stehen sie in illegitimer Konkurrenz zu Luhmanns eigenen Bemühungen. Wie er wollen Bewegungen Gesellschaften beobachten. Aber sie glauben ohne eine ausgearbeitete Theorie, insbesondere ohne eine Systemtheorie und deren Eigentümlichkeiten, auskommen zu können: "Die 'neuen sozialen Bewegungen' zeigen bisher wenig Neigung, sich mit dieser neuartigen Logik und Kybernetik der Paradoxie zu befassen. Das wäre auch nur möglich, wenn sie sich mit der Systemtheorie befreunden würden. Umgekehrt kann sich aber die Systemtheorie mit den 'neuen sozialen Bewegungen' befassen" (Luhmann 1986b). In politisch-praktischer Hinsicht fehlt den Bewegungen die konstruktive, von den Vorteilen des Status quo überzeugte Haltung. Destruktivität sei ihnen geradezu immanent, sofern sie nicht in neue Institutionen und Planstellen münden. Im Anschluß an Rammstedt (1978) behauptet Luhmann einen den Bewegungen prinzipiell inhärenten Zwang der Zuspitzung, welcher ihn wohl in politischer Hinsicht zutiefst verstört: "Tendentiell führt die Fixierung auf ein Ziel dazu, daß sich die Bewegung in ihrem Verlauf, der das Ziel nicht erreicht, radikalisiert. Radikalismus ist nicht Entstehungs- sondern Fortsetzungsbedingung" (1984:547).

Ist der Angeklagte "soziale Bewegung" des Tatbestands theoretischer Blindheit und politischer Radikalisierung bereits per definitionem überführt, so liegt seine Verurteilung auf der Hand. Nur in Einzelfällen, wo Protest als nützlicher gesellschaftlicher "Wachhund" fungiert und nicht zu oft anschlägt, mögen dem Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt werden. Und nur wenn er sich gegenüber der Systemtheorie lernwillig verhalten¹ und mit der Rolle eines gesellschaftlichen Problemindikators bescheiden sollte, kann die Strafe auf Bewährung ausgesetzt werden.

2.2 Zur Deutung der neuen sozialen Bewegungen

2.2.1 Angst als treibendes Motiv?

Luhmanns Beschreibung einer historischen Stufenfolge relevanter Sozialbewegungen von Normkonflikten über Verteilungskonflikten zu den heutigen neuen sozialen Bewegungen ist nicht neu. Sie entspricht in den beiden ersten Stufen dem, was Raschke (1980) als politischen Paradigmenwandel von Herrschaftskonflikten zu Verteilungskonflikten charakterisiert hat. Eigentümlich, wenngleich ebenfalls nicht unbedingt originell (gleichlautend Eder 1986), ist dagegen die Benennung von Angst und Risikobewußtsein als Kernelement neuer sozialer Bewegungen: "...auffallend dann die Nicht-Zufälligkeit, daß hier Angst eine Rolle spielt" (1986c). Während der Autor die Realität ökologischer Probleme noch in den 80er Jahren für ein "lebbares Risiko" (ebd.) hielt, verortete er die eigentliche Bedrohung in der von den Bewegungen betriebenen Angstkommunikation: "eine in der Rhetorik aufgekochte Angst ohne verlässliches empirisches Fundament" (ebd.).

Gegen die Reduzierung des heutigen Zentralkonflikts auf Angstkommunikation gibt es mehrere Einwände. Zum ersten sind die damit bezeichneten Bewegungen nicht so neu, daß erst heute von der Zentralität von durch kontingente Entscheidungen ausgelösten Ängsten gesprochen werden könnte. Gravierende technologische Neuerungen waren historisch häufig von Abwehrbewegungen begleitet, in denen neben der Verteidigung überkommener Rechte und kultureller Identität auch die Angst vor einer ungewissen Zukunft eine Rolle spielte.² Vor allem aber war spätestens seit Beginn dieses Jahrhunderts die Angst vor der Zerstörungskraft neuer Waffen ein treibender Faktor der historischen Friedensbewegungen.

Zum zweiten lassen sich auch die heutigen Friedens- und Ökologiebewegungen nicht einfach auf den Faktor Angst zurechtstutzen. Gewiß spielt er eine wichtige, in den Bewegungen selbst durchaus reflektierte Rolle. Erinnert sei nur an die "Thesen zum Atomzeit-

alter", in denen Günther Anders bereits 1959 die Mobilisierungspraxis des Protests gegen die Atombewaffnung in die Gebote fate: "Habe keine Angst vor der Angst, habe Mut zur Angst. Auch den Mut, Angst zu machen. Ängstige deinen Nachbarn wie dich selbst." (1972:98) Diese "Angstkommunikation" war jedoch keineswegs "irrational" fundiert, sondern wollte jene herrschende "Apokalypseblindheit" aufbrechen, die in Atomraketen nur eine Weiterentwicklung der Artillerie sehen wollte. Realitätsgehalt - durchaus orientiert am Stand der Wissenschaft - und Selbstbewußtsein, d.h. die gestaltende Einmischung in Politik, unterscheiden moderne von historischen "Angstbewegungen". Zudem ist unverkennbar, daß heute auch die Kritik an der Verschwendung gesellschaftlicher Reichtümer, an technokratischen Entscheidungsstrukturen, an einer der politischen Kontrolle entgleitenden Machtverflechtung militärischer und industrieller Komplexe eine bedeutende Rolle in diesen Bewegungen spielt. Greift man etwa den Widerstand gegen den Bau der Startbahn West als einen der größten und intensivsten Konflikte in der Bundesrepublik heraus, so dürfte "Angst" eher ein marginaler Faktor gewesen sein. Gleiches ließe sich für herausragende ökologische Konflikte im Ausland behaupten, denkt man etwa an den Bau eines Staudamms in Nordnorwegen, die Fluregulierung der oberen Loire, die Alaska-Pipeline, den neuen Tokioter Flughafen und die Abholzung von Redwoodbeständen im nördlichen Kalifornien.

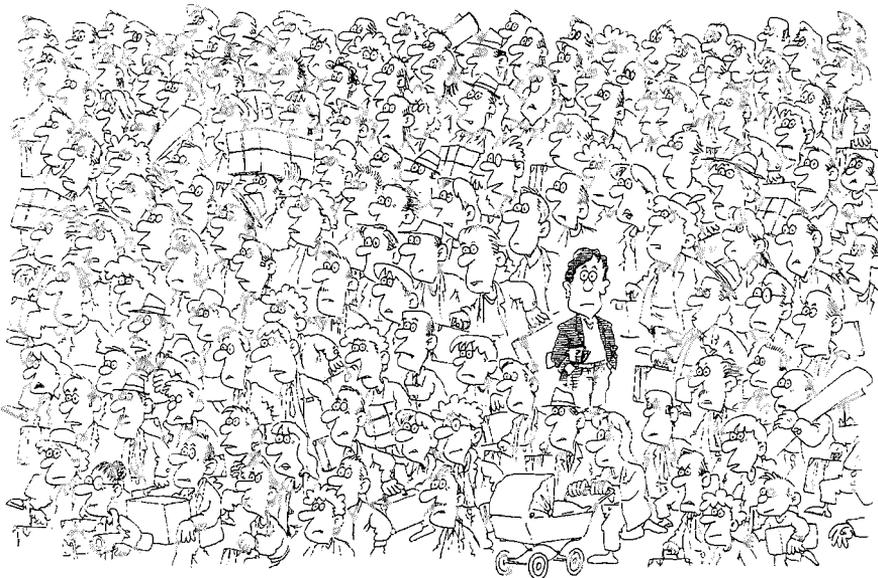
Zum dritten indizieren personelle, organisatorische und thematische Verflechtungen zwischen der Friedens- und Ökologiebewegung einerseits und einer ganzen Reihe von Einzelbewegungen andererseits, darunter die der Frauen, Schwulen, Hausbesetzer und selbstverwalteten Betriebe, daß Angstkommunikation wahrlich nicht den übergreifenden Nenner der neuen sozialen Bewegungen darstellen kann. Insgesamt geht es vielmehr um die Kritik von Herrschaftsstrukturen, um individuelle und kollektive Autonomie, um kulturelle Codes und Fragen der Lebensweise. Auch in rein quantitativer Hinsicht sollte nicht vergessen werden, daß beispielweise die Abtreibungsfrage in den USA und die anti-rassistische Bewegung in Frankreich mit die größten Mobilisierungen unter den neuen sozialen Bewegungen zuwe-

ge gebracht haben. Die hohe Affinität zwischen diesen Einzelbewegungen, die wachsende Überlappung ihrer Mobilisierungspotentiale (Fuchs/Rucht 1992) sowie die relative Homogenität der Anhängerschaft, die sich überwiegend aus linken Postmaterialisten mit hoher Bildungsqualifikation zusammensetzt, sprechen gegen eine Verengung der neuen sozialen Bewegungen auf die Friedens- und Ökologiebewegungen und hier wiederum gegen eine Verengung auf eine durch frei flottierende Ängste bestimmte Motivlage.

2.2.2 Die Zufälligkeit des Entstehens angstgeleiteter und ideologischer Proteste?

Zwischen der Behauptung von Angst als treibendem Faktor der neuen sozialen Bewegungen und der Unterstellung der Zufälligkeit ihres Entstehens (1984:547) besteht eine enge Verbindung. Im Ge-

gensatz zur Furcht rekurriert Angst auf nicht konkret benennbare oder gar kausal abgeleitete bzw. empirisch wahrscheinliche Gefährdungen. Wer sich ohne klare Situationsanalyse ängstigt, steht unter Irrationalismus-Verdacht. Das hat für Luhmann zwei Implikationen. Erstens fehlt der kühle Blick auf die gesellschaftliche Realität: "Die Selbstbeobachtung wird ideologisch, das heißt: im Einsatz von Kausalzurechnungen von Wertungen und Parteinahmen abhängig" (1986:232). Zweitens ist es dem den neuen sozialen Bewegungen zugesprochenen Syndrom der Angst immanent, daß diese sich an quasi beliebigen Anlässen entzünden kann. Die Entstehung der neuen sozialen Bewegungen wird damit auf vordergründige Problemlagen und zugleich auf eine psychologische Disposition verlagert. Dagegen werden die strukturellen Aspekte, etwa die Handfestigkeit konkreter Benachteiligungen bzw. Bedrohungen, die ja von den neuen sozialen Bewegungen nicht nur - wie bei Teilen der Frauenbewegung - in eigener Sache, sondern - wie bei der Dritte-Welt-Bewegung - auch advokatorisch geltend gemacht werden, auf den Status allfälliger Probleme und Reibungsverluste



verkleinert. Umgekehrt erscheint die durchaus richtige Beobachtung frei flottierender Protestpotentiale und des damit bedingten "situativen Engagements" (Paris 1989) als konstitutives Merkmal der neuen sozialen Bewegungen schlechthin, ohne daß die oftmals Kontinuität und Beharrlichkeit von Engagement anerkannt wird. Über das Definitionsmerkmal der Angst rückt Luhmann somit die neuen sozialen Bewegungen in die Nähe des Pathologischen. Zwar gibt es einerseits "ernst zu nehmende Gewissenskrupel und eine eigentümlich hintertreppige Gedankenführung, die man auch als strategisch bezeichnen könnte" (1986b), doch andererseits eben auch die Realität "banaler öffentlicher Artikulation mit gefühlten Begriffen, die jeder Analyse unzugänglich sind und nur von moralischen Invektiven leben" (ebd.).

2.2.3 Von der Angst zum Risiko - zur halbherzigen Aufwertung gegenwärtiger Protestbewegungen

Daß Luhmann inzwischen kommentarlos den Topos des Risikos an die Stelle von Angst gesetzt hat, zeigt immerhin, daß sich die Systemtheorie dem Zeitgeist nicht ganz verschließen will. Das wird insbesondere am Umgang mit ökologischen Protesten deutlich. Noch 1986 hatte Luhmann angesichts ökologischer Proteste in der Hauspostille der CDU ausschließlich Systemvertrauen anzubieten. "Unsere Gesellschaft hat im Horizonte möglicher Katastrophen zu leben, und zwar ganz normal und unaufgeregt zu leben; sonst verschwinden die eventuellen Katastrophen zwar nicht, aber es kommen vermeidbare Aufregungsschäden hinzu." (1986a:21) Nachdem die Politik des "ökologischen Lippenbekenntnisses" (Ulrich Beck) sich in der Bundesrepublik über alle Parteigrenzen hinweg durchgesetzt hat, kommt auch der Systemtheoretiker zu einer partiellen Neubewertung der in Protestform vorgetragenen Aufregtheiten. Auf der Paßhöhe der "Risikogesellschaft" angelangt, sieht auch Luhmann eine unaufhebbare Duali-

tät, an der sich immer erneut Proteste entzünden können und werden. "Es gibt immer Entscheider und Betroffene. Entscheidungen erzeugen Betroffenheit" (1991:115). Weder mehr Beteiligung, Kommunikation und Aufklärung, noch der Rückgriff auf Expertenwissen oder eine Vertrauensethik können diese Differenz beseitigen. Die drei Kategorien Entscheider, Nutznießer und Betroffene fallen gerade angesichts moderner Technologien stärker auseinander als je zuvor. Unter diesen Umständen kann auch der ökologische und technikkritische Protest zur Tugend werden, denn er "kompensiert deutliche Reflexionsdefizite der modernen Gesellschaft" (1991:153). Indem Luhmann die Differenz von Entscheidung und Betroffenheit nicht mehr als bloß psychologisches Problem abtut, hat er Anschluß an den Diskurs der Bürgerinitiativen in den frühen siebziger Jahren gefunden. Fast glaubt man, einen der sympathisierenden Bewegungssoziologen vor sich zu haben: "Immerhin aber ist die damit erzeugte Sensibilität für Folgen der Strukturentscheidungen moderner Gesellschaft und für die sozialen Kosten jeder Zeitbindung ein Gewinn, den man nicht unbedingt nur negativ bewerten muß" (1991:154).

2.2.4 Die Alternativlosigkeit zum Status quo?

Wenn Protestbewegungen mehr sein wollen als "Wachhunde" (1991:154) - Offe sprach schon zwanzig Jahre zuvor in kritischer Absicht von der Gefahr der Funktionalisierung von Bürgerinitiativen als "Frühwarnsysteme" (1971:161) -, treffen sie auf massiven systemtheoretischen Widerstand. Die argumentative Operation, neue soziale Bewegungen auf Protestbewegungen zu reduzieren und Widerspruch als eine Reaktionsform ohne Kognition (1984:505) darzustellen, ist folgenreich. Luhmann vernachlässigt damit wesentliche Dimensionen gegenwärtigen Protests und die Bedingungen für dessen Stabilität. Neue soziale Bewegungen sind u.a. dadurch gekennzeichnet, daß sie Protest mit der Suche nach lebbareren Alternativen, neuen kulturellen Orientierungen und Lebensstilen in allen gesellschaft-

lichen Bereichen verknüpfen, eigene Milieus, Netzwerke, Organisationen, Öffentlichkeiten entfalten und gerade daraus ihre Dynamik, Dauerhaftigkeit und Antwortvielfalt gewinnen. Sie sind eben von Anfang an nicht nur Protest, der ein verändertes Handeln oder Entscheiden von anderen erwartet, sondern suchen selbst nach Alternativen - von der Wohngemeinschaft bis zum Frauenhaus, von der Stadterneuerung bis zur Energiepolitik.

Eine andere Facette der reduktionistischen Position Luhmanns besteht in der Unterstellung, die neuen sozialen Bewegungen täten so, als könnten sie die Gesellschaft von außen beschreiben und vor allem von außen kritisieren³, obgleich ihre Kommunikation doch "auf vielfältige Weise, positiv wie negativ, durch die Gesellschaft bedingt (ist), gegen die sie sich wendet" (1986b). Zu dieser Gesellschaft gebe es aber keine ersthafte Alternative. Verfehlt sei zudem die Charakterisierung der Gegenseite als "bürgerliche Gesellschaft", da dies "auf einen Protest gegen die funktionale Differenzierung hinauslaufe: denn das ist das Prinzip, auf das sich die besonderen Leistungen und die problematischen Folgen der modernen Gesellschaft zurückführen lassen" (1986b).

Auch diese Stillisierung der neuen sozialen Bewegungen geht in mehrfacher Weise an der Sache vorbei. Einerseits setzt Luhmann den Anspruch der neuen sozialen Bewegungen zu tief und zu radikal an. Anders als die Neue Linke positionieren sie sich mehrheitlich gerade nicht antipodisch zur "bürgerlichen Gesellschaft". Auffallend ist vielmehr die positive Besetzung von deren Begriffen, wie sie etwa in der Selbstbezeichnung als Bürgerinitiativen zum Ausdruck kommt. Zweitens sind die neuen sozialen Bewegungen überwiegend durch einen "selbstbegrenzten Radikalismus" (Jean L. Cohen) geprägt, der weder in toto die Prinzipien funktionaler Differenzierung bekämpft noch sich außerhalb dieser Gesellschaft stellt. Sieht man von Randgruppen ab, so zielen sie keineswegs auf eine Rückkehr zu "segmentärer Differenzierung (von Wohngemeinschaften?) oder auf eine politbürokratische Hierarchisierung von Gesellschaft..." (1986b), wie Luhmann glauben macht. Auch wird gar nicht recht erkennbar, was mit der Behauptung gemeint sein soll, die Bewegungen täten so, als könnten sie außerhalb der Gesellschaft stehen.

Andererseits wiederum verharmlost Luhmann gleichermaßen gesellschaftliche Zustände wie den Anspruch neuer sozialer Bewegungen. Erstens ist ja nicht zu bestreiten, daß z.B. die Möglichkeit der zivilen wie nuklearen "extermination", die massive Diskriminierung von Frauen, die Ausbeutung von Ländern der Dritten Welt und die Beeinträchtigung der natürlichen Lebensgrundlagen zum bedrückenden Problembestand der so gepriesenen hochkomplexen Systeme gehören. Was also beinhaltet das "nötige Ja zur Gesellschaft", das Luhmann als einzig vernünftig zu nennende Position ausweist? Zweitens neigt er trotz des zu tief angesetzten Veränderungsanspruchs der neuen sozialen Bewegungen wiederum zu deren Verharmlosung, indem er sie wahlweise als bloße Problemanzeiger, als Störgeräusche verursachende Angstkulisse oder als einen an ernsthafte politischer Opposition desinteressierten "Njet-Set" beschreibt.

Mit der Abwertung der neuen sozialen Bewegungen korrespondiert das unkritische Loblied auf die Leistungen funktionaler Differenzierung. Weder läßt sich jedoch funktionale Differenzierung als eindeutiger und unumkehrbarer evolutionärer Mechanismus begreifen noch sollten seine Folgekosten unterschätzt werden. Waren nicht in der Ära des liberalen Kapitalismus Wirtschaft und Staat in höherem Maße als heute ausdifferenziert und hatte nicht eben diese Differenzierung soziale Kosten, die zu einem heilsamen Entdifferenzierungsprozeß führten, dessen Ergebnis als "moderner Wohlfahrtsstaat" nicht nur Luhmann (1981) beredt verteidigt?

Die hinter der Komplexitätsrhetorik stehenden Positionen sind erst jüngst wieder als konservative oder gar reaktionäre Topoi mit einer langen Ahnenreihe kritisiert worden (Hirschman 1990). Es genügt an dieser Stelle der Hinweis, daß Luhmann im Umgang mit Widerspruch und Protest eine Argumentationsfigur variiert, die in der deutschen Soziologie eine beachtliche Rolle spielt(e). Aus der Gehlenschen Institutionenphilosophie wissen wir, daß Reflexion - von Widerspruch gar nicht zu reden - die Stabilität von Institutionen gefährdet. Als "Gängelungsphilosophie" hatte sie Ulrich Sonnemann (1981:296) einmal treffend charakterisiert.

2.2.4 Was sieht man beim Flug über den Wolken?

Wenn man wie Luhmann erstens das Loblied funktionaler Differenzierung - auch in der Wissenschaft - singt und demzufolge die "Ausarbeitung der Gesellschaftstheorie als einen völlig absorbierenden Job" (1986c) ansieht, zweitens seine eigene Bewegung als Flug über den Wolken ("bei ziemlich geschlossener Wolkendecke", 1984:13) beschreibt, dann wäre Zurückhaltung in empirischen Urteilen geboten. Genau diese läßt jedoch der Autor vermissen. Luhmann hat bei seinem Höhenflug wohl nur zur Zeitung gegriffen, um über soziale Bewegungen etwas zu erfahren. Sein Bild sozialer Bewegungen reproduziert getreu das Bild, das die Massenmedien von ihnen vermitteln. So fällt ihm auf, "daß die Form des Protestes hohe Affinität zu einer über die Massenmedien laufenden Kommunikation aufweist. Sie genügt den strengen Kriterien der Selektion für Aufmerksamkeit und Berichterstattung: Neuheit, Konflikt, lokale Bezüge, Gewalt und Skandalnähe" (1991:151). Daß Bewegungen auch andere Seiten haben, wird weder aus der Zeitung noch beim gelegentlichen "Durchblick nach unten" erfahrbar. Fern von einer ernsthaften Rezeption der einschlägigen Fachliteratur und ungetrüb von empirischen Kenntnissen über den konkreten Gegenstandsbereich schwadroniert Luhmann über die Essenz der neuen sozialen Bewegungen, greift durchaus richtige Einzelbeobachtungen heraus, um sie als das Ganze zu stilisieren, bekräftigt längst in der Literatur Gesagtes, läßt aber auch Entscheidendes weg, weil es ihm weder theoretisch noch praktisch-politisch in den Kram paßt. Dieses Selektionsverhalten führt ihn auch zu einer eigenwilligen Sortierungsleistung gegenüber einzelnen Bewegungen, die dann wahlweise mit Abwehrsemantik oder Streicheleinheiten bedacht werden.

Sehr scharf ist etwa die Kritik gegenüber der Studenten-, Frauen- und Alternativbewegung, die vor allem in früheren Aussagen für das Gesamtsyndrom neue soziale Bewegungen - selbstredend mit Anführerzeichen - stehen. Ihnen bescheinigt er Aufgeregtheit, falsche Moralisierung, theoretische Unbekümmertheit, Kritik an der falschen Stelle, gegenüber den falschen Adressanten und dazu noch ohne rechten

Grund. In der gelösten Stimmung des Interviews geht die Formel vom "Njet-Set und Terror-Desperados" leicht über die Zunge. Insbesondere mit seinem Beitrag "Frauen, Männer und George Spencer Brown" (1988) hat Niklas Luhmann ein wohl einzigartiges Dokument systemtheoretischer Abwehrsemantik in Sachen Frauenbewegung und Frauenforschung vorgelegt. Der gesamte Text stellt eine einzige Provokation dar, welche von der Überlegenheit der eigenen Position zeugen soll und ohne jede explizite Kenntnisnahme von Frauenforschung und Frauenbewegung auskommt. Es fängt mit den Anführungsstrichen bei "Frauenforschung" an und endet mit jener männlichen Verhaltensprognose, der sich aufmüßige Frauen historisch immer wieder ausgesetzt sahen: gefährlich oder in der Gefahr, lächerlich zu werden (1988:69). Wir erfahren in dem Beitrag, die Frauenbewegung habe mit Leitdifferenz Mann/Frau bzw. einer "Metaprotologik" zu tun, während auf ihre unbegriffenen Probleme ein geheimnisvoller Mann (George Spencer Brown) und mit ihm die Systemtheorie die Antwort parat hält (63). Solange sich Frauenforschung und Frauenbewegung gegen diese Botschaft sträuben, bleiben nur "manipulierte Empfindlichkeiten", "Empörungsgenuß", "Exaltierung", aktionistische Kurzschlüsse und "aufdringliche Aktivitäten", die Luhmann gar um das "physische Substrat" der Gegner fürchten lassen (48). Diese Bemerkungen werden erst verständlicher, wenn man um das akademische Getümmel im Zusammenhang mit der Bielefelder Frauenbewegung weiß.

Relatives Wohlwollen ist jedoch gegenüber den konstruktiven Teilen der Ökologiebewegung angesagt. So werden die Leistungen des "jüngeren Nachwuchses" hervorgehoben, ausgestattet "mit den notwendigen Kenntnissen über Halbwertzeiten und Meßverfahren, Dioxinverbrennungs- und Abfallsortierungstechniken..." (1988a). Gleichzeitig verweist Luhmann an anderer Stelle jedoch auf die Harmlosigkeit solcher Bemühungen: "Die Alternativen sind also ohne Alternative. Sie können sich in kleinen oder großen Dingen (etwa in Fragen der Energieversorgung) Alternativen ausdenken und zur Wahl stellen; aber das ist nichts Besonderes, das tut das 'System' ja sowieso" (1986b).

3. Fazit

Zusammenfassend bleibt die Feststellung, daß Luhmanns Exkursion in die Soziologie sozialer Bewegungen wenig erhellend bleibt. Das Phänomen paßt noch immer nicht so recht in den Begriffsapparat der funktionalistischen Systemtheorie. Im Luhmannschen Theoriegebäude sind soziale Bewegungen ortlos. Als kollektive Akteure sind sie ein politisches Ärgernis, ignorieren sie doch die Selbstreferenz funktionaler Teilsysteme, sprechen sich Interventionsrechte und Kapazitäten zu, verweigern das eingeforderte "Ja zur Gesellschaft", sprich: Ja zum Status quo. Nicht einmal der verfremdende, dem Gegenstand ganz äußerliche funktionalistische Blick enthüllt überraschende und originelle Aspekte. Soweit die Systemtheorie soziale Bewegungen beobachtet, reformuliert sie oft nur in ihrem Jargon, was andere längst analysiert und beschrieben haben, operiert jedoch andererseits mit sehr eigenwilligen, äußerst selektiven und empirisch weithin ungedeckten Behauptungen. Diese Reduktion vollzieht sich über einen dreifachen Kunstgriff: (1) die Verengung sozialer Bewegungen auf Protestbewegungen, (2) die Reduzierung neuer sozialer Bewegungen auf Angstkommunikation und (3) die Behauptung einer ausweglosen Alternative zwischen dem sich fortlaufend radikalisierenden, kognitionsfreiem "Nein" zur Gesellschaft einerseits oder aber ordentlicher, auf Ämterübernahme getrimmter politischen Opposition andererseits.

Insgesamt bleibt der Eindruck, daß diese Deutung mehr über ihren soziologischen Urheber als über den Gegenstand soziale Bewegungen sagt - nicht unbedingt zum Vorteil eines Ansatzes, der für sich reklamiert, an seinen "Gegenständen immer auch etwas über sich selbst (zu lernen)" (1984: 10).

Dieter Rucht arbeitet am Forschungsschwerpunkt "Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse" im Wissenschaftszentrum Berlin.

Roland Roth ist Sozialwissenschaftler an der FU Berlin.

Anmerkungen

- ¹ Die Hoffnung auf die Lernfähigkeit speziell der Ökologiebewegung hat Luhmann nicht ganz aufgegeben: "Die Orientierung an funktionaler Differenzierung statt an Bürgerlichkeit ist nicht zu verachten. Vielleicht ist es möglich, sie in diese Bewegung einzubringen" (1986c).
- ² Wenn man, wie dies Luhmann tut, den Faktor Angst unspezifisch zur Motivlage heutiger sozialer Bewegungen erhebt, dann ließe sich gleiches auch für zahlreiche historische Bewegungen behaupten. Das Spektrum der solchermaßen charakterisierten Bewegungen reichte von durch Weltuntergangserwartungen motivierten chiliastischen Bewegungen des Mittelalters bis hin zu den luddistischen Bewegungen des frühen 19. Jahrhunderts.
- ³ "...die neuen sozialen Bewegungen (beanspruchen) eine Ausnahmestellung... sie beschreiben die Gesellschaft so, als ob man von außen sei. Mein Impuls ist an dieser Stelle zunächst nur ungläubiges Staunen..." (1986c).

Literatur

- Ahlemeyer, Heinrich W.*, 1989: Was ist eine soziale Bewegung? Zur Distinktion und Einheit eines sozialen Phänomens, *Zeitschrift für Soziologie* 18 (3):175-191.
- Anders, Günther*, 1972: *Endzeit und Zeitenende*. München: Beck.
- Bergmann, Werner*, 1987: Was bewegt die soziale Bewegung? Überlegungen zur Selbstkonstitution der 'neuen' sozialen Bewegungen", in: *Dirk Baecker* (Hrsg.): *Theorie als Passion*. Frankfurt/M., Suhrkamp, S. 262-393.
- Eder, Klaus*, 1986: Soziale Bewegung und kulturelle Evolution. In: *Johannes Berger* (Hrsg.): *Die Moderne: Kontinuitäten und Zäsuren. Soziale Welt. Sonderband 4*. Göttingen: Schwartz, S. 335-357.
- Frankenberg, Günter*, 1989: Unordnung kann sein. Versuch über Systeme, Recht und Ungehorsam. In: *Axel Honneth* u.a. (Hrsg.): *Zwischenbetrachtungen im Prozeß der Aufklärung*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 690-712.
- Fuchs, Dieter/Rucht, Dieter*: Support for New Social Movements in Five Western European Countries. Discussion Paper FS III 92-102. Wissenschaftszentrum Berlin.
- Giddens, Anthony*, 1981: Agency, institution, and time-space analysis, in: *K. Knorr-Cetina/A.V. Cicourel*

- (Hrsg.): *Advances in social theory and methodology*. Boston u.a.: Routledge & Kegan, S. 161-174.
- Halfmann, Jost*, 1989: *Social Change and Political Mobilization in West Germany*, in: *Peter Katzenstein* (Hrsg.): *Industry and Politics in West Germany*. Ithaca/London: Cornell UP, S. 51-86.
- Hirschman, Albert O.*, 1989: *Two Hundred Years of Reactionary Rethoric: The Case of the Perverse Effect*. *The Tanner Lectures on Human Values*, Vol. 10. Salt Lake City, Utah.
- Japp, Klaus P.*, 1984: *Selbsterzeugung oder Fremdverschulden. Thesen zum Rationalismus in den Theorien sozialer Bewegungen*, *Soziale Welt* 35 (3):313-329.
- 1986: *Kollektive Akteure als soziale Systeme?* In: *Hans-Jürgen Unverferth* (Hrsg.): *System und Selbstproduktion: Zur Erschließung eines neuen Paradigmas in den Sozialwissenschaften*. Frankfurt a.M.: Peter Lang, S. 166-191.
- Luhmann, Niklas*, 1981: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*. München: Olzog.
- 1984: *Soziale Systeme*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- 1986: *Ökologische Kommunikation*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- 1986a: *Die Welt als Wille ohne Vorstellung, Die politische Meinung*, 11-12: 18-21.
- 1986b: *"Alternative ohne Alternative"*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 2.7.1989.
- 1986c: *"Systemtheorie und Systemkritik"* (Gespräch), *tageszeitung* vom 21.10.1986.
- 1988: *"Frauen, Männer und George Spencer Brown"*, *Zeitschrift für Soziologie*, 18 (3): 175-191.
- 1988a: *"Njet-Set und Terror-Desperados"*, *tageszeitung* vom 4.8.1988.
- 1991: *Soziologie des Risikos*. Berlin, New York: de Gruyter.
- Offe, Claus*, 1971: *Bürgerinitiativen und Reproduktion der Arbeitskraft im Spätkapitalismus*, in: *Heinz Grossmann* (Hrsg.): *Bürgerinitiativen - Schritte zur Veränderung?* Frankfurt/M: Fischer, S. 152-165.
- Paris, Rainer*, 1989: *"Situative Bewegung"*, *Leviathan*, 17 (3): 322-336.
- Rammstedt, Otthein*, 1978: *Soziale Bewegung*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Raschke, Joachim*, 1980: *"Politik und Wertwandel in den westlichen Demokratien"*, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 36, 23-45.
- Rucht, Dieter*, 1991: *Sociological Theory as a Theory of Social Movements? A Critique of Alain Touraine*. In: *ders.* (Hrsg.): *Research on Social Movements*. Frankfurt a.M. und Boulder, CO.: Campus und Westview Press, S. 355-384.
- Sonnemann, Ulrich*, 1981: *Negative Anthropologie*. Frankfurt/M.: Syndikat.
- Touraine, Alain*, 1973: *Production de la société*. Paris: Editions du Seuil.

Antje Wiener

Wider den theoretischen "Kessel"¹

Ideen zur Sprengung der binären Logik in der NSB-Forschung²

1. Zum Problem der Umzingelung - eine Einleitung

Während der letzten 20 Jahre hat sich eine breite Palette von Studien und Forschungsansätzen zum Thema neue soziale Bewegungen angesammelt. Die institutionelle und theoretische Entwicklung der NSB-Forschung³ als neues Feld in den US-amerikanischen und europäischen Sozialwissenschaften spiegelt spezifische soziale Auseinandersetzungen, die in der Civil Rights Bewegung, in Friedensbewegungen, Student/inn/en-, Frauen-, Anti-AKW-, Hausbesetzer/innen- und anderen Bewegungen einen Ausdruck fanden. Die Breite und Vielfalt dieser Studien ist jedoch auch ein Zeichen theoretischer Unsicherheit über die Analyse und Interpretation dieser Art politischer Auseinandersetzung⁴. Die neuen Bewegungen wurden als neue Akteure definiert, die sich von anderen Bewegungen wie z.B. der Arbeiter/innenbewegung im Klassenbewusstsein, der Organisationsstruktur, den Forderungen unterscheiden⁵. Frauenbewegungen⁶ erklärten das "Persönliche" für "politisch", forderten gleichen Lohn für gleiche Arbeit, das Recht, über den eigenen Körper zu entscheiden, und klagten die Partizipation in Wissenschaft und Politik ein. Feministische Ansätze leiteten in der Linken den "shift towards agency" (Jenson 1991a, 1991b) und damit einen Durchbruch der Klassenschallmauer ein. Neue Organisations- und Kommunikationsformen wie z.B. Milieus⁷, Netzwerke, "Hängemattensysteme"⁸ sind geschaffen worden. Die Bewegungen wurden als "nomads of the present" (Melucci 1989) und "zurückgekehrte Akteure" (Touraine 1988) bezeichnet. Ihnen ist vielfältige soziale

und politische Sprengkraft zugeschrieben worden. So heißt es, "[they are] changing the political order" (Dalton/Küchler 1990), "blurring" und "changing the boundaries of the political" (Maier 1987), "organizing for change" (Klandermans 1989).

Während neue soziale Bewegungen einerseits häufig als revolutionäre oder radikaldemokratische Kräfte hervorgehoben werden, zeichnet andererseits der Diskurs in der gegenwärtigen NSB-Forschung ein weniger radikales Bild. Obwohl festgestellt wurde, daß die NSB-Forschung sich als wichtig erwiesen hat, um aufzuzeigen, "how mobilization into political movements raises the salience of a particular problem and gives a political meaning to problems previously considered outside the boundary of the political"⁹, haben sich bis heute Frauenbewegungen, Hausbesetzer/innen und/oder Autonome Bewegungen sowie das lateinamerikanische 'movimiento popular', um nur einige zu nennen, als besonders resistent gegenüber dem Werkzeug der Bewegungsforschung erwiesen. Das gilt insbesondere für quantitative Analysen und spiegelt sich in der Theorie zum einen in einem Mangel an Studien über die letztgenannten Bewegungen¹⁰. Zum anderen weist aktiver Widerstand von Bewegungsaktiven als den Beforschten gegenüber den 'Wissenschaftsaktiven' als den Forscher/inne/n auf ein Mißverhältnis zwischen Theorie und Praxis hin¹¹. Ich beleuchte dieses Verhältnis, indem ich den feministischen kritischen Blick auf die Bewegungsforschung hervorhebe¹².

Mit meinem Essay rücke ich die politischen Auswirkungen oder die "political-ness"¹³ neuer (Inter-)aktionsformen, die mit einer expandierenden Bewe-

gungskultur eng verflochten sind, in den Vordergrund. Meine These ist, daß diese neuen Bewegungen nicht nur eine Herausforderung für etablierte politische Institutionen in liberal-demokratischen Gesellschaftsordnungen darstellen, sie leiten darüber hinaus eine Infragestellung theoretischer Ansätze ein. Die politische Radikalität von Bewegungspolitik erstreckt sich, wie ich im folgenden ausführe, auf mindestens zwei Ebenen, erstens die Ebene der sozialen Auseinandersetzung und der Veränderung politischer Konstellationen, und zweitens auf die Infragestellung theoretischer Konzepte. Daraus folgt, daß (alte) Grenzziehungen, zwischen politischen und nicht-politischen Räumen in Gesellschaft und Theorie zur Folge haben, daß diese neuen Bewegungen als solche zwar benannt und beschrieben werden, ihre doppelte Sprengkraft (politisch und theoretisch) jedoch unerkant bleibt. Um die "political-ness" der Bewegungen zu begreifen, müssen darum nicht nur die Grenzen, um deren Veränderung es in der politischen Auseinandersetzung geht, sondern auch die theoretische Konstruktion von gesellschaftlichem Raum definiert werden. Denn, so argumentiere ich, es ist die Grenzziehung selbst, die die politische Radikalität in den Theorien neuer sozialer Bewegungen gleichsam umzingelt hält und damit aus der Analyse ausblendet. Entsprechend werfe ich einen kritischen Blick auf die Bedeutung der "Grenzen" und der "politischen Ordnung", die in den o.g. Zitaten theoretisch angesprochen werden.

2. "Räume"¹⁴ politischer Auseinandersetzung in der Bewegungsforschung

Um die zentrale Bedeutung der Definition des politischen Raums für die Bewegungsforschung zu beleuchten, gehe ich im folgenden auf feministische Definitionen politischer Konflikte, wie sie im Wechselverhältnis mit Frauenbewegungen entwickelt wurden, ein. Damit folge ich der Frage, ob und inwieweit theoretische Ansätze außerhalb des 'new paradigm' dazu geeignet sind, die radikale politische Dynamik von Bewegungen zu transportieren, die wie

Frauenbewegungen, 'movimiento popular', autonome und Hausbesetzer/innenbewegungen nicht als Bewegungsorganisation, Interessenverband oder in ähnlich quantifizierbarer Form erscheinen. Bei einer Durchsicht der Definitionen des "politischen" und des "privaten" Bereiches der Gesellschaft fällt auf, daß der Raum legitimer politischer Handlung z.B. innerhalb der Bewegungsforschung anders definiert wird als in feministischen Ansätzen. Darum stelle ich diese unterschiedlichen Definitionen politischen Raums einander gegenüber. Bevor ich auf die Bedeutung von Grenzziehungen und der entsprechenden Raumordnung näher eingehe, gebe ich einen kurzen Überblick über die unterschiedlichen Ansätze innerhalb der Bewegungsforschung.

Die NSB-Forschung war nie konzeptionell homogen. Das Gegenteil ist der Fall¹⁵. Dennoch können der in den USA entwickelte "Resource Mobilization" (RM)-Ansatz und der europäische "Neue Soziale Bewegungen" (NSB) Ansatz als dominierend im 'new paradigm' definiert werden. Sie unterscheiden sich in bezug auf den historischen Entstehungszusammenhang, die Ebene der Analyse sowie auf die politische Kultur oder das unterschiedliche Politikverständnis¹⁶. In den USA, wo das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft nie durch eine so enge Verflechtung gekennzeichnet war wie in Europa und teilweise in Lateinamerika, bezieht sich die Bewegungsforschung auf liberal-demokratische Theorie. So konzentriert der RM Ansatz sich auf Untersuchungen von Bewegungsorganisationen, die als Interessengruppen die Partizipation in der pluralistisch organisierten politischen Sphäre einfordern¹⁷. Eine weitere Entwicklung dieses Ansatzes bezieht sich auf die Analyse von Protestzyklen, die sich entsprechend auf 'political opportunity structures' entwickeln¹⁸. In Europa und Lateinamerika dagegen hat der Staat als dominierendes und ordnendes Prinzip von Gesellschaften eine zentrale Bedeutung für die Entwicklung makro-orientierter Ansätze Weberscher oder Marxscher Tradition. Diese Denkrichtung favorisiert systemische Erklärungen für die Entstehung sozialer Bewegungen. Zu den prominentesten Strängen innerhalb der europäischen Bewegungsforschung zählen der kulturelle, der politische und der integrierende Ansatz¹⁹. Der erste analysiert die Rolle

neuer sozialer Bewegungen im Zusammenhang mit grundlegenden Konflikten über kulturelle Veränderung; der zweite sieht neue soziale Bewegungen im engeren politischen Zusammenhang; und der dritte ordnet neue soziale Bewegungen in einen breiteren strukturellen Rahmen ein, der eine historisch-systemische Perspektive ermöglicht. Erst in den späten 80er Jahren haben Sozialwissenschaftler/innen aus den USA und Europa mit der Kooperation und dem Austausch von Ideen in der Bewegungsforschung begonnen²⁰. Jüngere Arbeiten in Europa stützen sich jedoch zunehmend auf mikro-orientierte Ansätze anglo-amerikanischen Ursprungs im Umfeld des RM Ansatzes, die auf an "rational choice" orientierten Annahmen aufbauen²¹. Zentral für die Diskussion um den Erfolg sozialer Bewegungen ist die Definition des Politischen (und entsprechend des Nicht-Politi-

schen). Die Definition des Raums, in dem politische Handlung praktisch möglich ist, ist eine notwendige Bezugskategorie, um andererseits theoretischen Raum für die Analyse politischer Handlung, sei sie geschlechtsspezifisch, ökologisch, kulturell, ethnospesifisch oder altersbedingt initiiert, zu schaffen. Die Interpretation des politischen Erfolgs sozialer Auseinandersetzungen, ist dementsprechend an eine prinzipielle Definition des Politischen oder der "Politizierbarkeit" und ihrer Verortung in Raum und Zeit gebunden. Zwei verschiedene Definitionen des Politischen haben sich als dominant in der NSB-Forschung erwiesen. Die Erste ist auf liberal-demokratische Theorie zurückzuführen und verortet die Handlung sozialer Bewegung innerhalb der Zivilgesellschaft, während der politische Erfolg der Bewegung an ihrem meßbaren Einfluß auf das politische System, die "wider community", den Staat, gemessen wird (Offe 1987). Die zweite Definition macht das Politische nicht allein vom Ort, sondern von der Art der Handlung abhängig. Sie entstand auf der Grundlage des feministischen Slogans, "das Persönliche ist politisch"²². D.h. dort, wo konflikthafte Auseinandersetzungen stattfinden, ist auch (theoretischer) Raum für politische Veränderung.

Eine Übersicht über die verschiedenen Ansätze legt nahe, daß es unter den NSB-Forscher/inne/n keine Übereinstimmung über die Lokalisierung der Konstruktion politischen Wandels gibt. Die entsprechenden Räume sind im Gegenteil sehr verschieden. Jensen (1987) führt den Begriff des "universe of political discourse" als Terrain politischer Auseinandersetzung ein, Cohen (1985) begrenzt den Aktionsradius sozialer Bewegungen auf die "civil society" und definiert die Bewegungen selbst als unradikal, Offe (1987) und ähnlich auch Melucci (1989) führen



eine Sphäre der "neuen Institutionen" ein, die als Folge der NSB-Politik entstand. Diese neuen Institutionen solle die private Sphäre (Offe 1987, S. 72) oder die "every-day-life" Sphäre (Melucci 1989) mit der institutionalisierten politischen Sphäre, in der die staatlichen Institutionen verankert sind, verbinden. Kitschelt (1991, S. 338) diskutiert das Problem der Übertragung politischer Auseinandersetzung in das politische System hinein von der Diskussion der Analyseebene aus. Er schlägt eine Analyse auf drei Ebenen, die "actor", "institution" und "societal context" umfassen, vor. Während die Grundüberlegungen, die diese Definition des Politischen bestimmen, sich unterscheiden - Offe bezieht sich auf das Legitimitätsprinzip, Kitschelt und Melucci auf Kultur als Medium -, hinterfragt jedoch keiner dieser drei Ansätze die grundsätzliche Teilung der Gesellschaft in zwei Bereiche, öffentlich und privat.

Die Schwierigkeiten, die sich aus dem Bezug auf solch ein binäres Gesellschaftsbild ergeben, sind von feministischer Kritik hervorgehoben worden. Insbesondere (west-)deutsche Wissenschaftlerinnen haben diesen Aspekt explizit als zentrales Problem in der NSB-Forschung kritisiert. So haben Kontos (1986) und Clemens (1989) festgestellt, daß in der NSB-Forschung nicht das Werkzeug vorhanden ist, um die Politik von Frauenbewegungen zu analysieren, weil das Konzept des Politischen in Frauenbewegung und NSB verschieden ist. Kontos und Clemens führen dies auf die Auslassung des Patriarchatskonzepts in der NSB-Analyse zurück. Was für Konsequenzen hat diese Kritik? Wie ist sie genau zu interpretieren? Wie könnte ein Patriarchatskonzept in der NSB-Forschung angewendet werden? Im folgenden Abschnitt verweise ich auf eine Diskussion, die die Anwendung dieser Kritik untersucht und m.E. eine Grundlage für die Dekonstruktion der Dichotomie zwischen politischem und privatem Bereich bietet.

3. Dekonstruktion von Grenzziehungen

Feministische Kritik an der Bewegungsforschung richtet sich im Kern gegen eine Erweiterung anstelle einer Vertiefung der Theorie. Diese Erweiterung

wird besonders in Riedmüllers (1988, S. 16) Kritik deutlich. Sie argumentiert, daß die Inhalte der Frauenbewegung in der Bewegungsforschung auf eine "Bemerkung in einer runden Klammer" reduziert werden. D.h., solange Frauenbewegung, Geschlecht und Frauen lediglich als quantifizierbare Begriffe in bestehende Konzepte eingeordnet werden (Erweiterung), bleibt die politische Bedeutung von - in diesem Fall - Frauenbewegungen (Vertiefung) unbemerkt. Im folgenden soll diese politische Bedeutung definiert werden. Für die Diskussion um die Trennung zwischen öffentlichem und privatem gesellschaftlichen Bereich, die sich als Knoten in den Analysen neuer sozialer Bewegungen herausgestellt hat, ist Patemans (1989) Dekonstruktion der 'social contract' Theorien²³ aus zwei Gründen zentral: erstens klärt sie den Unterschied zwischen feministischem und 'malestream' Verständnis von 'öffentlich' und 'privat' auf; zweitens differenziert sie unterschiedliche Definitionen des Patriarchatskonzepts²⁴.

Das fehlende Patriarchatskonzept spiegelt sich laut Pateman unter anderem in der Argumentation, die Rawls (1971) in seinem Buch "A Theory of Justice" entwickelt, wider. Rawls positioniert die Vordenker einer gerechten Gesellschaft²⁵ hinter einem "veil of ignorance". Dies entspricht dem Prinzip der "original position", das annimmt, daß die Gesellschaft aus gleichberechtigten Individuen besteht. Damit werden historisch konstruierte und rekonstruierte Verschiedenheiten, die sich u.a. in der Geschlechterdifferenz begründen, ausgeblendet²⁶. Diese Differenzen sind jedoch ausschlaggebend für das gegenwärtige Verständnis von dem Öffentlichen und dem Privaten und entsprechend dem Politischen und dem Privaten.

Die Geschlechterdifferenz, ist, so zeigt Pateman, in die Definition von Zivilgesellschaft eingeschrieben. Sie wird mit dem Konzept transportiert und kann dementsprechend nicht durch politische Auseinandersetzung allein aufgelöst werden, sondern muß auch konzeptionell hinterfragt werden. Dieser Begriff der Zivilgesellschaft umfaßt zwar die politische und die private Sphäre, schließt jedoch einen nicht näher definierten Bereich des Nicht-Politischen aus. Diese Grenze zwischen dem nicht-politischen Raum und der Zivilgesellschaft ist zentral für das Verständ-

nis der politischen Aussagekraft des feministischen Slogans "das Persönliche ist politisch". Pateman (1989, S. 102) beleuchtet dieses unterschiedliche Verständnis der Grenzziehung in feministischer und nicht-feministischer politischer Theorie als Schlüsselkategorie für die Legitimation des Politischen, wenn sie schreibt "... the meaning of 'civil society' in the contract theories, ... is constituted through the 'original' separation and opposition between the modern, public - civil - world and the modern, private or conjugal and familial sphere: that is, in the new social world created through contract, everything that lies beyond the domestic (private) sphere is public, or 'civil' society. Feminists are concerned with this division. In contrast, most discussions of civil society and such formulations as 'public' regulation versus 'private' enterprise presuppose that the politically relevant separation between public and private is drawn within 'civil society' as constructed in the social contract stories." Dementsprechend, so argumentiere ich in diesem Papier, muß der Prozeß der Grenzziehung nachvollzogen werden, um den politischen Charakter der Grenze selbst verstehen zu können. Das Übersiehen dieser Grenzziehung und ihrer Bedeutung für politische Aktivität führt zu einem liberalen Verständnis von Zivilgesellschaft, in der das zivile Leben im Gegensatz zum öffentlichen Staat für privat erklärt wird²⁷. Die Logik, mit der diese Grenzziehung auf abstrakter Ebene kontinuierlich reproduziert wird, ist als patriarchale Logik zu verstehen, deren politische Bedeutung anhand der Unterscheidung zwischen zwei Dimensionen des Patriarchalismus deutlich wird: der paternalen (Vater - Sohn) und der maskulinen (Mann - Frau). Dabei ist die letzte Dimension abhängig von der ersten, d.h. nur der "natürlich" geregelte (unpolitische) Zugang des Mannes zum weiblichen Körper ermöglicht die Vater - Sohn Beziehung. Die Beziehung zwischen den Geschlechtern ist als nicht-politisch definiert²⁸. Es ist dementsprechend die maskuline Dimension des Patriarchalismus, die ausschlaggebend ist für die Dominanz binärer Logik über die Einkesselung (und entsprechend den Ausschluß) sozialen Raums.

Der feministische Slogan "das Persönliche ist politisch" bricht mit dieser binären Logik. Das Verständnis von politischem Raum, das diesem Slogan unter-

liegt, bestimmt die Interpretation politischen Erfolgs. Während die NSB-Forschung politische Auseinandersetzung nur innerhalb der Zivilgesellschaft verortet, und politischen 'Erfolg' nur als Veränderung politischer Institutionen entweder in "new institutions" oder in der "institutionalized political sphere", d.h. in der Zivilgesellschaft oder im Staat betrachtet²⁹, definieren feministische Theorien jegliche konfliktive Situation innerhalb der Gesellschaft als potentiell politisch. Aus dieser Definition des Politischen folgt, daß der Erfolg sozialer Bewegungen nicht im meß- oder zählbaren Transfer einer Nachricht aus der Bewegung in die Legitimität politischer Praxis hinein besteht, sondern als Teil politischer Praxis selbst analysiert werden kann. Folgen wir dieser Interpretation weiter, dann entsteht durch die Bewegung selbst schon Raum für Politisierung. Über konfliktive Auseinandersetzung, politisches Lernen, verändert sich das Verständnis von ursprünglich als privat empfundenen Problemen. Sie gewinnen politische Sprengkraft durch die Benennung, in deren Folge sie Raum in der Sprache einnehmen und dementsprechend sozial abbildbar³⁰ werden. Mit der Kritik an der binären Logik, die dieser Grenzziehung zwischen dem Politischen und dem Nicht-Politischen unterliegt, wird das Legitimitätsprinzip, das den Kern liberal-demokratischer Konzepte bildet (Offe 1987), radikal in Frage gestellt.

4. Radikale Politik ohne Grenzen?

Die NSB-Ansätze, die hier diskutiert wurden, betrachten soziale Bewegungen als mehr oder weniger homogene Gruppen, definiert über Projekte, Absichten und Inhalte. Dieser Aufsatz hat die Wirkung theoretischer Konzepte, die auf einer binären Definition von Gesellschaft fußen, für die Analyse sozialer Bewegungen als politischer Akteurinnen kritisch beleuchtet. Während die NSB-Forschung einerseits bereit ist, neue soziale Bewegungen im "every-day-life" Bereich (Melucci 1989), in der "Reproduktions-sphäre" (Hirsch/Roth 1986) oder in der "new institutional sphere" (Offe 1987) anzusiedeln, hat sie noch kein analytisches Werkzeug entwickelt, das die Dy-

namik, mit der Forderungen neuer sozialer Bewegungen in politische Veränderung katapultiert werden, erklären könnte. Melucci (1989, S. 206) betont sogar, daß die derzeitigen sozialen Bewegungen unpolitisch sind, wenn er schreibt "[C]ontemporary movements have shifted towards a non-political terrain: the need of self-realization in everyday life." Anstatt die politische Sprengkraft der Bewegungen in die Theorie aufzunehmen, schließt der Bezug auf (alte) Grenzen somit politisches Potential aus. Dieser theoretische Ansatz steht in diametralem Gegensatz zu den o.g. feministischen Interpretationen des Politischen. Die potentielle Reichweite des Politischen dieser Bewegungen wird dadurch gekappt, obwohl die Bewegungen selbst als politische Akteurinnen charakterisiert werden, die "Grenzen durchbrechen", und die "politische Ordnung verändern".

Zusammengefaßt bedeutet dies, daß die NSB-Forschung die Trennung zwischen politischem und nicht-politischem Raum in der Gesellschaft nicht hinterfragt. "Demokratische Politik ist", so schreibt Offe (1980) "die Brücke zwischen Bürger und Staat"³¹. Obwohl Studien über soziale Bewegungen diese Politik bisher von verschiedenen Aspekten her analysiert haben, ist die "demokratische Brücke", so hat dieses Essay zu zeigen versucht, nicht ausreichend, um die Verbindung zwischen Bürger/in und politischem Prozeß zu verstehen oder zu erklären. Im Gegenteil, die demokratische Praxis in den nördlichen kapitalistischen Staaten akzeptiert nur ein begrenztes Potential an Handlung als legitim politisch. Anhand der feministischen De-konstruktion der "social contract" Theorien habe ich darauf hingewiesen, daß das liberal-demokratische Demokratieprinzip durch eine binäre Logik unterwandert wird. Es hat dementsprechend nur selektiv demokratische Bedeutung. Die Einteilung in politisch und nicht-politisch wird nicht individuell entschieden, sondern ist Teil des demokratischen Diskurses, der aus den "social contract"-Theorien hervorgegangen ist.

Eine radikale Infragestellung dieser binären Logik ist die Ausgangsposition, um anhand der Definition von Räumen in ihrem Verhältnis zu Zeit sowie darauf aufbauend einer Rekonzeptualisierung des Verhältnisses von Kultur und Politik (post)moderne politi-

sche Praxis zu analysieren. So könnte die prozeßhafte Beziehung zwischen persönlicher Erfahrung und politischer Veränderung, die ein zentraler, wenn auch komplizierter Bestandteil der Bewegungsforschung ist, m.E. analysiert werden. Ein breites politisches Potential, das in den Netzwerken, Kommunikations- und Informationsformen von Frauenbewegungen, 'movimiento popular', 'autonomen' und/oder Hausbesetzer/innenbewegungen angelegt ist, könnte damit zumindest aus dem Schatten des diskursiven Dickichts befreit werden. Ich hoffe, dieses Essay konnte zeigen, daß die Aufmerksamkeit, die wir den konstruierten Grenzen zwischen politischem und privatem Bereich widmen, uns letztendlich erst Aufschluß über die ganze Tragweite radikaler Veränderungen, die durch soziale Bewegungen initiiert werden, begreifbar machen kann. Solange diese konstruierten Grenzen auf der abstrakten Ebene reproduziert werden, die "political-ness" dieser Grenzziehung selbst also nicht erkannt wird, bleiben sie als Barrieren, die unseren Blick für Veränderungspotential entschärfen, bestehen. In einer Zeit, in der sich das Wahlverhalten in Demokratien rasant ändert, und -akzeptieren wir den von mir favorisierten breiteren Politikbegriff - politische Auseinandersetzungen weniger in den etablierten Parteien, sondern vielmehr außerhalb dieser stattfinden, ist neben Kreativität und politischer Phantasie auch ein scharfer Blick notwendig, um neue Strategien zu entwickeln.

Antje Wiener arbeitet am "Department of Political Science" der Carlton University, Canada

Anmerkungen

- ¹ Ich verwende "Kessel" hier in Anlehnung an die Einkesselung von Demonstrant/inn/en durch die Polizei, wie z. B. auf dem Hamburger Heiliggeistfeld, und im Vorfeld der IWF Tagung in West-Berlin 1987, wo nicht nur Demonstrant/inn/en durch dichte Polizeiketten von der Umgebung isoliert wurden, sondern auch ein Polizeikontrollring um den Bezirk Kreuzberg die Bewegungsfreiheit von Bürger/innen einschränkte.
- ² Dies ist eine stark gekürzte und überarbeitete Version des Vortrags "New bridges over old constraints? Some reflections on the bridging dilemma in new social movement theory", der auf der Eighth International Conference of Europeanists, March 27-29, 1992, in Chicago gehalten wurde. Für Kommentare zu früheren

Versionen des Essays bin ich *Sanjeev Khagram, Marvin Peguese, Pia Lindquist Wong, Richard Fagen, Roland Roth, Margit Mayer, Ulrike C. Wasmuth, Jane Jenson, Alexandra Dobrowolsky, Cathy Blacklock, Cristina de Ferro und Wendy Lerner* dankbar. Die Verantwortung für das Geschriebene liegt bei mir.

- ³ Ich verwende im folgenden den Kürzel NSB-Forschung für Forschung über neue soziale Bewegungen. Dabei beziehe ich mich auf Offes Definition des 'new paradigm' (*Offe* 1987). Obwohl dieser Begriff die konträr geführte Debatte über die Neuheit der Bewegungen stark vereinfacht, denke ich, daß mit Betonung des zeitlichen Aspekts die gegenwärtige Debatte auch über den Atlantik (*Rucht* 1991, *Klandermans/Tarrow* 1988) mit diesem Begriff bezeichnet werden kann. Anders als *Offe* verwende ich den Begriff jedoch nicht, um die Neuheit der gegenwärtigen Bewegungen gegenüber denen vor 1968 zu betonen. Dementsprechend umfaßt das 'new paradigm' als Sammelbegriff u.a. den Resource Mobilization (RM) Ansatz, der in den USA seit den frühen 70er Jahren entwickelt wurde, den Ansatz zu Neuen Sozialen Bewegungen (NSB), der in Europa seit den frühen 80er Jahren entwickelt wurde, und die Forschung über 'movimientos populares', die in Latein Amerika seit Mitte der 80er Jahre entwickelt wurde.
- ⁴ Dies gilt vor allem für die europäische Debatte; vgl. dazu *Roth/Rucht* (1991) sowie die Beiträge in *Rucht* (1991).
- ⁵ Vgl. *Offe* 1987, S. 67-78; *Claus Offe* zeichnet eine klare Trennungslinie zwischen "alten" sozialen Bewegungen wie der Arbeiter/innenbewegung, deren Mobilisierung von materiellen Bedingungen abzuleiten ist, und "neuen" sozialen Bewegungen, die sich um "issues" organisieren und durch "decomposed and peripheral groups" repräsentiert sind." (*Offe* 1987, S. 78)
- ⁶ Ich verwende den Ausdruck "Frauenbewegungen" anstatt "die Frauenbewegung", um der inhaltlichen, zeitlichen, und lokalen Verschiedenheit unterschiedlicher Strömungen Rechnung zu tragen. Alle diese Gruppen sind in Bewegung, können aber nicht unter einen Begriff gefaßt werden. Eine ähnliche Differenzierung findet sich bei *Hooks* (1981, 1984) (zitiert nach *Haraway* 1990, S. 23 ff), bei *Jenson* (1990) und bei *Kitschelt* (1991), der diese Ausdrucksweise allerdings nicht auf Frauenbewegungen beschränkt.
- ⁷ Vgl. zu diesem Begriff zuerst *Bourdieu* (1979)
- ⁸ Die Metapher der Hängematte wurde von dem mexikanischen Soziologen *Gustavo Esteba* (1987) eingeführt. Sie bezieht sich auf eine egalitäre Organisationsform, die im Gegensatz zum Netzwerk nicht um ein Zentrum herum organisiert ist, sondern in gleichem

Muster beliebig auszudehnen und zu vergrößern ist (zitiert nach *Carrillo* 1990, S. 233).

- ⁹ Vgl. *Rochon* 1989, S. 302
- ¹⁰ Vgl. z.B. Hinweise auf die geringe Anzahl von Analysen der Frauenbewegungen in der Bewegungsforschung bei *Rucht* (1991), *Roth/Rucht* (1991), oder die Schwierigkeit, lateinamerikanische Bewegungen im Rahmen des "new paradigms" zu analysieren (*Stephen/Logan* 1990; *Schild* 1991; *Reusch/Wiener* 1991).
- ¹¹ Um nur einige wenige Beispiele zu nennen: vgl. die Zerstörung von Forschungsunterlagen in der Schweiz (*Kriesi* 1991); die Verweigerung feministischer Aktiver gegenüber Touraines Forschungsteam (vgl. dazu *Rucht* 1991, S. 378), sowie die Kritik, die niederländische Hausbesetzer/innen an der Sprache der Forscher geübt haben (*Linden* et al. 1982; zitiert nach *Praag* 1991, S. 316).
- ¹² An anderer Stelle (*Wiener* 1992) bezeichne ich dieses Verhältnis als "bridging dilemma". Dieser Ausdruck reflektiert die weitverbreitete Diskussion über die Transmissionsweisen zwischen tatsächlicher politischer Auseinandersetzung und darauffolgender politischer Veränderung einerseits sowie zwischen Bewegung und Bewegungsforschung andererseits, die in der Bewegungsforschung immer wieder als problematisch erkannt worden sind (vgl. u.a. *McAdam* et al. 1988, *Neidhardt/Rucht* 1991). Die Notwendigkeit, dieses Dilemma theoretisch zu konfrontieren, wurde kürzlich auf einer Konferenz über "Culture and Social Movements" an der University of California in Santa Cruz wieder betont (1991).
- ¹³ Dieser Begriff charakterisiert das Politische, das in Konfliktsituationen freigesetzt und als politisch benannt wird. Die Definition des Politischen wird von *Jenson* (1991b, S. 6) als Ergebnis der Auseinandersetzung über die Legitimation politischer Akteur/inn/e/n und politischen Raumes - "who has the right to make claims" und "where politics occurs" - bezeichnet.
- ¹⁴ Ich beziehe mich hier auf den von *Soja* (1989) und *Probyn* (1990) verwendeten Begriff des "locale". Er charakterisiert Orte als definiert durch die Bedeutung, die ihnen durch soziale Erfahrung zugeschrieben wird. (vgl. z.B. *Probyn* 1990, S. 179-182)
- ¹⁵ Vgl. dazu *Neidhardt* und *Rucht* (1991), die feststellen daß "...[d]ifferences in theoretical and conceptual preferences often seem to be an effect of specific national and even continental situations ... empirical objects of reference, i.e. single movements or an overall social movement sector in a given country, differ widely. Consequently, not only different theoretical traditions, but also, different realities have shaped the perspectives of social scientists." (S. 432)

- ¹⁶ Vgl. dazu Mayer (1991a), die in einer kritischen Diskussion der US-amerikanischen Bewegungsforschung aus europäischer Perspektive feststellt: "the meaning of these concepts is dependent on broader societal, political and cultural contexts which are not specified in the approach, but which can be distilled from its underlying socio-theoretical framework". (S. 2).
- ¹⁷ Vgl. dazu McAdam et al. (1988), Jenkins (1983); im Überblick Mayer (1991a; 1991b).
- ¹⁸ Dieser Ansatz wurde maßgeblich von Eisinger (1973), McAdam (1982) und Tarrow (1983) entwickelt.
- ¹⁹ Vgl. zu dieser Unterscheidung Neidhardt/Rucht 1991, S. 441
- ²⁰ Folgende Bände spiegeln diese internationalen Treffen: Klandermans/Tarrow (1988), Rucht (1991), Maier (1987), Dalton und Kuechler (1990), Katzenstein und McClurg Mueller (1987).
- ²¹ Siehe zum Beispiel Klandermans (1991), Kriesi (1987, 1991), Rucht (1991), Opp (1991, 1992), Ohlemacher (1991).
- ²² Feministische Theorien beziehen sich auf diesen Slogan. Er begegnet der Teilung der Gesellschaft entlang der Grenze zwischen öffentlichem und privatem Bereich, wie sie, wenn auch jeweils unterschiedlich, durch das marxistische und auch das liberal-demokratische Konzept der Zivilgesellschaft (vgl. zur "malestream" Definition der Zivilgesellschaft im Zusammenhang mit den 'social contract'-Theorien, Bobbio 1989) vorgenommen werden. Diese Teilung hat Frauen (die Erfahrung von Frauen) weitgehend aus dem Politischen ausgeschlossen, indem zum Beispiel Themen wie Abtreibung und Gewalt gegen Frauen in den 'privaten' Bereich verdrängt und dementsprechend nicht als von öffentlichem Interesse und damit legitim definiert werden.
- ²³ Vgl. dazu Hobbes, Rousseau, Locke
- ²⁴ Neben Pateman analysieren zahlreiche andere Wissenschaftler/innen die Grenzziehungen innerhalb der Gesellschaft, die die Schaffung von öffentlichen und privaten Räumen erklärt und rekonstruiert (siehe u.a.: Becker-Schmidt 1989, Fraser 1991, Hausen 1989, Hirschmann 1989, Young 1991). Ich beschränke meine Erläuterungen hier nicht nur aus Platzgründen auf Pateman, sondern profitiere von Patemans direktem Bezug auf die Zivilgesellschaft und die "social contract theories" (Pateman 1989; Keane 1989).
- ²⁵ Vgl. engl.: "just society"
- ²⁶ "... Political theorists argue about the individual, and take it for granted that their subject matter concerns the public world, without investigating the way in which the 'individual', 'civil society' and 'the public' have been constituted as patriarchal categories in opposition to womanly nature and the 'private' sphere. The civil body politic created through the fraternal social contract is fashioned after only one of the two bodies of mankind." (Pateman 1989, p. 102).
- ²⁷ Vgl. Pateman 1989, S. 103
- ²⁸ Vgl. dazu Pateman 1989, S. 103
- ²⁹ Vgl. dazu Offe (1985, 1987), Melucci (1989), Kitschelt (1991)
- ³⁰ Vgl. dazu Jenson (1991a) und auch Wobbe (1989), die in einer Untersuchung über die bürgerliche Frauenbewegung im Deutschland des 19. Jh. feststellt, daß der Prozeß sozialer Auseinandersetzung die Möglichkeit schafft, um Probleme in eine sichtbare Dimension hinein abzubilden.
- ³¹ Vgl. im englischen Original "... Democratic politics is the bridge between the citizen and the state. I need only to mention here the links out of which this bridge is built: the civil liberties and political rights attributed to the individual citizen, the majority principle, political parties, elections, parliament and the state executive." (Offe, 19xx, p. 5, 6)

Literatur

- Becker-Schmidt, R. (1989), Identitätslogik und Gewalt - Zum Verhältnis von Kritischer Theorie und Feminismus, Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 12, 24, S. 51-64.
- Bobbio, N. (1989), Gramsci and the Concept of Civil Society, in Keane, J. (Hg.), op. cit., S. 73 - 99.
- Bourdieu, P. (1982), Die feinen Unterschiede. Frankfurt/M.: Suhrkamp. (French: La distinction, Paris, 1979).
- Carrillo, T. (1990), Women and Independent Unionism in the Garment Industry, in Foweraker, J. and A. L. Craig (Hg.), Popular Movements and Political Change in Mexico. Boulder/London: Lynne Rienner, S. 213 - 233.
- Clemens, B. (1989), Der "männliche" Blick auf die Frauenbewegung, Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 36, 3, S. 249 - 258.
- Cohen, J. L. (1985), Strategy or Identity: New Theoretical Paradigms and Contemporary Social Movements, Social Research 52, 4, S. 663 - 716.
- Dalton, R. J. and M. Kuechler (Hg.) (1990), Challenging the Political Order. New Social Movements and Political Movements in Western Democracies. New York: Oxford UP.
- Eisinger, P. K. (1973), The conditions of Protest Behavior in American Cities, APSR 67, 1, S. 11 - 28.

- Esteba, G.* (1987), Regenerating People's Space, Alternatives 12, S. 125 - 152.
- Fraser, N.* (1991), Rethinking the Public Sphere, Social Text 25/26, S. 56 - 80.
- Haraway, D. J.* (1990), A Manifesto for Cyborgs: Science, Technology, and Socialist Feminism in the 80s, in Nicholson, L. J. (ed.), Feminism/Postmodernism, NY: Routledge, S. 190 - 233.
- (1991), Simians, Cyborgs, and Women. NY: Routledge.
- Harding, S.* (1991), Whose Science? Whose Knowledge? Ithaca NY: Cornell UP.
- Hausen, K.* (1989), Öffentlichkeit und Privatheit. Gesellschaftspolitische Konstruktion und die Geschichte der Geschlechterbeziehung, Journal Geschichte, Jan., S. 16 - 25.
- Hirsch, J.* und *R. Roth* (1986), Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus. Hamburg: VSA.
- Hirschman, N.* (1989), Freedom, Recognition and Obligation: A Feminist Approach to Political Theory, APSR 83, 4, S. 1227 - 1244.
- Hooks, B.* (1981), Ain't I a Woman. Boston: South End. (1984), Feminist Theory: From Margin to Center. New York: Macmillan.
- Jelin, E.* (1990), Introduction, in Jelin, E. (Hg.), Women and Social Change in Latin America. London/New Jersey: Zed Books, S. 1 - 8.
- Jenkins, C. J.* (1983), Resource Mobilization Theory and the Study of Social Movements, Annual Review of Sociology, 9, S. 527 - 53.
- Jenson, J.* (1987), Changing Discourse, Changing Agendas: Political Rights and Reproductive Policies in France, in Katzenstein, M. F. and Carol McClurg Mueller (eds.), op. cit., S. 64 - 88.
- (1990), Representations of Difference: The Varieties of French Feminism, New Left Review 180.
- (1991a), Making Claims: Social Policy and Gender Relations in Postwar Sweden and France. Paper prep. for the Annual Meeting of the Canadian Sociology and Anthropology Ass., Kingston Ont. June.
- (1991b), Thinking (A Feminist) History: The Regulation Approach as Theatre. Ottawa: Carleton University (Ms).
- Katzenstein, M. F.* und *C. McClurg Mueller* (Hg.) (1987), The Women's Movements of the United States in Western Europe. Philadelphia: Temple UP.
- Keane, J.* (Hg.) (1989), Civil Society and the State. New European Perspectives. London: Verso.
- Kitschelt, H.* (1991), Resource Mobilization Theory: A Critique, in Rucht, D. (Hg.), op. cit., S. 323 - 347.
- Klandermans, P. B.* und *S. Tarrow* (Hg.) (1988), From Structure to Action: Comparing Social Movement Research Across Cultures (International Social Movement Research 1) Greenwich, CT: JAI Press.
- Klandermans, B.* (Hg.) (1989), Organizing for Change: Social Movement Organizations in Europe and the United States. Greenwich, CT: JAI Press.
- (1991), New Social Movements and Resource Mobilization: The European and the American Approach Revisited, in Rucht, D. (Hg.), op. cit., S. 17 - 44.
- Kontos, S.* (1986), Modernisierung der Subsumtionspolitik. Die Frauenbewegung in den Theorien neuer sozialer Bewegungen, Feministische Studien 5, 2, S. 34 - 49.
- Kriesi, H.* (1991), Switzerland: A Marginal Field of Research in an Underdeveloped Social Science Community, in Rucht, D. (Hg.), op. cit., S. 203 - 229.
- Laclau, E.* und *Ch. Mouffe* (1986), Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics. London: Verso; (deutsch: (1991) Hegemonie und radikale Demokratie, hrsg. von Michael Hintz/Gerd Vorkwaller, Wien; Passagen-Verlag.
- Linden, D. von der et al.* (1982), Schreuder gekraakd, een kritiek op het artikel van O. Schreuder over krakers in de Duitse Bondsrepubliek, Soziale Wetenschappen 25, S. 54 - 73.
- Maier, Ch.* (Hg.) (1987), Changing Boundaries of the Political. New York: Cambridge UP.
- Mayer, M.* (1985), Urban Social Movements and Beyond: New Linkages between Movement Sectors and the State in West Germany and the United States. Paper pres. at the Fifth International Conference of Europeanists, Washington, D.C., October 18 - 20.
- (1991a), Social Movement Research in the United States: A European Perspective, International Journal of Politics, Culture, and Society 4, 4.
- (1991b), Social Movement Research and Social Movement Practice: The U.S. Pattern, in Rucht, D. (ed.) op. cit., S. 47 - 120.
- McAdam, D., J. D. McCarthy* und *M. N. Zald* (1988), Social Movements, in Smelser, N. J. (Hg.), Handbook of Sociology, New York, S. 695 - 737.
- McAdam, D.* (1982), Political Process and the Development of Black Insurgency, 1930-1970. Chicago: University of Chicago Press.
- Melucci, A.* (1989), Nomads of the Present. Social Movements and Individual Needs in Contemporary Society. London: Century Hutchinson Ltd.
- Nedelmann, B.* (1984), New Political Movements and Changes in Processes of Interest Mediation, Social Science Information 23, 6, S. 1029 - 1048.
- Neidhardt, F.* und *D. Rucht* (1991), The Analysis of Social Movements: The State of the Art and Some

- Perspectives for Further Research, in *Rucht, D.* (Hg.) op. cit., S. 421 - 464.
- Nicholson, L.* (Hg.) (1990), *Feminism/Postmodernism*. New York/London: Routledge.
- Offe, Claus* (1980), The Separation of Form and Content in Liberal Democracy, *Studies in Political Economy* 3, S. 5 - 16.
- (1985), New Social Movements: Challenging the Boundaries of Institutional Politics, *Social Research* 52, 4, S. 817 - 868.
- (1987), Challenging the Boundaries of Institutional Politics: Social Movements Since the 1960s, in *Ch. Maier* (Hg.) op. cit., S. 63 - 105.
- and *H. Wiesenhal* (1985), Two Logics of Collective Action, in *Offe, C.*, *Disorganized Capitalism*, Cambridge MA: MIT Press, S. 170 - 220.
- Ohlemacher, G.* (1991), *Fluglärm*, *Forschungsjournal NSB* 4.
- Opp, K.-D.* (1991), Processes of Collective Political Action: A Dynamic Model and the Results of a Computer Simulation, *Rationality and Society* 3, S. 215 - 251.
- (1992), Wie erklärt man die Revolution in der DDR?, *Forschungsjournal NSB* 1, S. 16 - 23.
- Pateman, C.* (1989), The Fraternal Social Contract, in: *Keane J.* (Hg.), op. cit., S. 101 - 129.
- Praag, Ph. v. Jr.* (1991), The Netherlands: Action and Protest in a Depillarized Society, in *Rucht, D.* (Hg.) op. cit., S. 295 - 320.
- Probyn, E.* (1990), Travels in the Postmodern: Making Sense of the Local, in *Nicholson, L.* (Hg.), op. cit., S. 176 - 189.
- Rawls, J.* (1971), *A Theory of Justice*. Cambridge MA: Harvard UP.
- Reusch, W.* and *A. Wiener* (1991), *Geschlecht, Klasse, Ethnie - Alte Konflikte und neue soziale Bewegungen in Lateinamerika*. Saarbrücken/Fort Lauderdale: Breitenbach Publishers.
- Riedmüller, B.* (1988), Das Neue an der Frauenbewegung. Versuch einer Wirkungsanalyse der neuen Frauenbewegung, in *Gerhardt, U.* und *I. Schütze* (Hg.), *Frauensituation. Veränderungen in den letzten 20 Jahren*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 15 - 41.
- Rochon, Thomas* (1989), Political Movements and State Authority in Liberal Democracies, *World Politics*, No. 1, Oct. S. 299 - 313.
- Roth, R.* (1989), Fordismus und neue soziale Bewegungen, in *Wasmuth, U. C.* (Hg.), op. cit., S. 13 - 37.
- Roth, R.* and *D. Rucht* (Hg.) (1991), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland* (2. Ausg.), Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Rucht, D.* (Hg.) (1991), *Research on Social Movements. The State of the Art in Western Europe and the USA*. Boulder/Frankfurt: Westview/Campus.
- (1991), The Study of Social Movements in Western Germany: Between Activism and Social Science, in *Rucht, D.* (Hg.), op. cit., S. 175 - 202.
- Schild, V.* (1991), *Disordering Differences: Women and the 'Popular' Movement in Latin America*. Paper presented at the XVI LASA International Congress, Washington D.C., April 4-6.
- Scott, J. W.* (1988), *Gender and the Politics of History*. NY: Columbia UP.
- Soja, E.* (1989), *Postmodern Geographies. The Reassertion of Space in Critical Social Theory*. London/NY: Verso.
- Slater, D.* (Hg.) (1985), *New Social Movements and the State in Latin America*. Amsterdam: CEDLA.
- Stephen, L.* and *K. Logan* (1990), *Women in Mexican Popular Movements*. (unveröff. Ms).
- Tarrow, S.* (1983), *Struggling to Reform*. Ithaca NY: Western Societies Program, Occ. Paper No. 15.
- (1991), Comparing Social Movement Participation in Western Europe and the United States: Problems, Uses, and a Proposal for Synthesis, in *Rucht, D.* (Hg.), op. cit., S. 392 - 420.
- Tilly, Ch.* (1985), Models and Realities of Popular Collective Action, *Social Research* 52, 4.
- Touraine, A.* (1988), *Return of the Actor. Social Theory in Postindustrial Society*. Minneapolis: University of Minnesota Press. (French Ed.: 1984)
- Vester, M.* (1989), Neue soziale Bewegungen und soziale Schichten, in *Wasmuth, U. C.* (Hg.), op. cit., S. 38 - 63.
- Wasmuth, U. C.* (Hg.) (1989), Alternativen zur alten Politik? Neue Soziale Bewegungen in der Diskussion. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Wiener, A.* (1992), *New Bridges Over Old Constraints? Some Reflections on the Bridging Dilemma in New Social Movement Theory*. Paper presented at the Eighth International Conference of Europeanists, March 27-29, Chicago.
- Wobbe, Th.* (1989), Gleichheit und Differenz. Politische Strategien von Frauenrechtlerinnen um die Jahrhundertwende. Frankfurt/M.: Campus.
- Young, I. M.* (1990), *Justice and the Politics of Difference*. Princeton: Princeton UP.

Rainer Paris

Zum Dilemma neuer Weiblichkeit: eine Interaktionssequenz

Soziale Bewegungen sind kognitive Minderheiten. Damit teilen sie auch deren grundlegendes Dilemma: Sie richten Wirklichkeitskonstruktionen auf, die zu denen der gesellschaftlichen Mehrheit in Widerspruch stehen, und sehen sich so vor die Alternative gestellt, entweder die Homogenisierung ihrer abweichenden Weitsicht mit dem Preis sozialer Isolation zu bezahlen oder durch die Öffnung nach außen, den Versuch des Anschlusses an die Realitätsdefinitionen der Mehrheit, ihre Außenseiterposition und ihren elitären Glauben zu gefährden (vgl. Berger 1969). Mit anderen Worten: Will man die Mehrheit erreichen, so verwässert man den eigenen Minderheitenstatus, der einem das Gefühl der Außertäglichkeit sichert; kultiviert man hingegen die eigene Besonderheit und Abgrenzung gegen die Normalität, so darf man sich nicht darüber wundern, wenn diese mit Achselzucken und Abwehr reagiert.

Im Selbstverständnis und in der Typik sozialer Bewegungen reproduziert sich dieses Dilemma als Spannungsverhältnis von ethischer und exemplarischer Prophetie (vgl. Roth 1987, S.144f.). Die ethische Prophetie legt transzendente Maßstäbe an den Status quo, der auf diese Weise sündhaft und verderbt erscheint; sie verwirklicht sich in Propaganda und Agitation. Demgegenüber will die exemplarische Prophetie nicht durch Predigt, sondern durch beispielhafte Lebensführung und das gelebte Gruppenexperiment überzeugen; sie zielt nicht so sehr auf den Beifall der Massen, sondern ist primär an utopischer "Selbstverwirklichung" interessiert. Dies hat weitreichende kognitive Konsequenzen: Bewegungsgruppierungen vom Typus der ethischen Prophetie müssen, gerade weil sie den Anschluß an die Wirklichkeitskonstruktionen der Mehrheit suchen, dafür Sorge tragen, daß sie die Grundsätze ihres Glaubens in den alltäglichen Auseinandersetzungen und Argu-

mentationskämpfen nicht verlieren oder gar verraten; ihre Ausrichtung nach außen verlangt eine besondere Festigkeit der eigenen Überzeugung und begünstigt ideologische Dogmatisierungen. Umgekehrt sind Gruppen mit einem eher exemplarischen Selbstverständnis zwar von solchen Fixierungszwängen entlastet, gleichzeitig jedoch entfernen sie sich mit fortschreitender "Insulation" (Claessens 1977, S.21) immer stärker vom Erfahrungshintergrund und den Relevanzstufungen der Normalität und bornieren sich zusehends selbst. Sie erscheinen vielleicht weniger dogmatisch, dafür aber obskurer.

Natürlich sind die beiden Arten der Prophetie in empirischen Bewegungen oftmals miteinander vermischt. Die neue Frauenbewegung ist hierfür ein gutes Beispiel. Sie hat zum einen expliziten Kampagnencharakter und kultiviert andererseits die Selbsterfahrung in Gruppen. Sie umfaßt esoterische Zirkel ebenso wie politische Initiativgruppen und professionelle Pressuregroups, ja sie zeichnet sich als Bewegung gerade dadurch aus, daß sie die verschiedenen heterogenen Organisationsformen und ideologischen Strömungen über alle internen Differenzen hinweg in einer übergreifenden Identitätssemantik "der" Frauenbewegung zu integrieren sucht. Ein zentrales Element dieser Identitätssemantik ist sicher der Topos einer authentischen Wiederaneignung des eigenen Körpers ("Unser Körper - unser Leben"), d.h. die emphatische Betonung einer "neuen Körperlichkeit", die den verschiedensten Aspekten und Praxisformen des Bewegungseingagements als normative Deutungsfolie unterlegt wird.

Allerdings variiert die Strahlkraft der bewegungstypischen Identitätssignale je nach der Rahmung der Situation, in der diese ausgesandt werden: Je "neutraler", d.h. je weniger bewegungsdefiniert der Kontext, um so wahrscheinlicher die Möglichkeit eines situa-

tiven Dissens, die Gefahr eines Aufeinanderprallens der konfligierenden Relevanzsysteme von Minderheit und Mehrheit. Was die Bewegungsgruppe bejubelt, wirkt anderswo deplaziert oder arrogant - eine Zuspitzung des Problems der sozialen Identität, dem die Anhänger der Bewegungen deshalb in besonderer Weise ausgesetzt sind, weil ihre integrierte Weltanschauung "eine außerordentliche Verschmelzung von Glauben und Handeln" erfordert (Roth 1987, S.145). Die außeralltägliche Bewegungsidentität verlangt auch im Alltag das Bekenntnis zur Bewegung und programmiert damit den Konflikt auch mit der eigenen Normalität vor. Denn die Relevanzen der Mehrheit sind ja auch im Erleben der Minderheit keineswegs ausgelit, sondern stets untergründig präsent. Wie sehr diese dilemmatische Grundstruktur bis hinein in das Alltagsbewußtsein und Routinehandeln der Bewegungsanhänger hineinreicht und darin wirksam ist, soll im folgenden an einer kurzen Interaktionssequenz aufgezeigt werden, die in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre in einer Nachrichtensendung ausgestrahlt wurde.

In einer *heute*-Sendung wird als Überleitung zur Wetterkarte ein Kurzbericht über - wie der Sprecher sagt - "einen der erfreulichsten Aspekte dieses Frühjahrs" eingeschoben: "die Wiederkehr des Minirock". Der nachfolgende Spot zeigt eine sonnige Fußgängerzone, in der ein männlicher Reporter (R) auf eine ca. 25-30-jährige Frau (F), die einen knappen Minirock trägt, zugeht und sie kurz interviewt. Die Sequenz hat folgenden Wortlaut¹:

- (1) R: (mf) (forsch) Entschuldigen Sie, darf ich Sie mal was fragen-, Sie tragen einen Minirock'+
- (2) F: (mf) (leicht herausfordernder Tonfall) +ja damit drücke ich mein neues Körperbewußtsein aus-
(ca. 1.5)
- (3) F: (dim) na ja, und wenn ich ehrlich bin, ich mach's auch um aufzufallen.

Soweit die kurze Sequenz - ein kleines Gerangel im Geschlechterkampf. Die Grundstruktur der Interaktion scheint klar: (R) stellt (F) eine Frage und erhält darauf zwei Antworten, von denen die zweite die erste relativiert. Auf den ersten Blick also ein einfache

Frage-Antwort-Schema. Doch schon die Eingangsaussage (R) ist bei genauerem Hinsehen keineswegs so eindeutig, wie sie sich zunächst darstellt: Auf seine Anfrage hin, ob er eine Frage stellen dürfe, stellt er nämlich - im übrigen: ohne eine Reaktion abzuwarten - gar keine Frage, sondern trifft eine Feststellung ("Sie tragen einen Minirock"), die er durch das Anheben der Stimme am Schluß als Frage maskiert. Seine "Frage" ist in Wirklichkeit keine Frage, sondern das Abfordern einer Legitimierung. (F) soll ihm gegenüber etwas rechtfertigen, was er auf diese Weise indirekt für rechtfertigungsbedürftig erklärt. Auch die forsche Art seines Auftretens dementiert die scheinbare Artigkeit seiner Anfrage, nur eine einfache Auskunft haben zu wollen.

Legitimierungsbedürftig ist der Minirock in den achtziger Jahren, anders als in den sechzigern, vor allem vor dem Hintergrund der neuen Frauenbewegung. Obwohl grundsätzlich für die "sexuelle Befreiung", ist ein betont sexualisiertes Auftreten bzw. ein entsprechender Kleidungsstil in der Frauenbewegung weithin verpönt und tabuisiert: Er steht einfach in Verdacht, dem traditionellen Frauenbild und den Wünschen der Männer zu sehr entgegenzukommen, der "Reduktion von Frauen auf ein bloßes Sexualobjekt" Vorschub zu leisten. Das Abfragen einer Legitimierung des Minirocks bekommt in diesen Bezügen einen komplexen, möglicherweise auch strategischen Sinn: Wie schon in der Überleitungsfloskel des Nachrichtensprechers als Deutungsalternative angelegt, kann (R) vielleicht vermuten, in (F) eine mögliche Opponentin gegen die Prüderie und die Moralisierung der Sexualität durch die Frauenbewegung zu präsentieren, eine Frau also, die trotz neuer Frauenbewegung nichts dabei findet, die Blicke der Männer auf sich lenken zu wollen.

Unterstellt man ein solches Kalkül, so hätte er sich freilich gründlich verrechnet. In (2) entpuppt sich (F) durch ihre Formulierung, sie drücke im Minirock ihr "neues Körperbewußtsein" aus, unmißverständlich als Anhängerin der Frauenbewegung, als "neue Frau". Sie legitimiert den Minirock als Selbstausdruck neuer Weiblichkeit, als expressives Signal ihrer Bewegungsidentität. Gleichzeitig ist sie damit innerhalb der Frauenbewegung sicher nicht unumstritten: Daß sie, wie der rasche Anschluß zeigt, sofort eine Legitimierung parat hat, verweist unabhängig von ihrer

Schlagfertigkeit indirekt darauf, daß auch sie selbst ihr Outfit offenbar für legitimierungsbedürftig hält. Dennoch ist ihre Äußerung alles andere als defensiv, sondern hat insgesamt den Charakter eines klaren Konters: Der forsche Reporter wird abgebügelt; am Schluß bleibt die Stimme leicht triumphierend in der Schwebelage; die Botschaft der Antwort ist nichts in der Art, "was Männern gefällt", sondern neues, feministisches Selbstbewußtsein.

Die Überzeugungskraft der eingenommenen Pose hält allerdings nicht allzu lange an. Der vielleicht interessanteste Abschnitt der Sequenz ist die Pause von immerhin etwa eineinhalb Sekunden Länge. In dieser Pause "kippt" die Situation, in ihr überlagern sich mehrere Prozesse, die zumeist jedoch nur indirekt erschlossen werden können. Zunächst: (R), der ja offensichtlich nicht auf den Mund gefallen ist, ist verstummt; insofern hat der Konter gesessen. Daß er nichts mehr sagt, muß keineswegs heißen, daß er mit der Antwort zufrieden ist; wahrscheinlich ist eher, daß er überrascht und verblüfft ist: Die Frau im kurzen Minirock - ausgerechnet eine Feministin! Obwohl die Kamera strikt auf das Gesicht von (F) gerichtet bleibt, läßt sich in ihrem Gesicht auch die Reaktion von (R) ablesen: Sie schaut, wie jemand schaut, der in ein verdutztes Gesicht schaut. Diese Verdutztheit von (R) hat freilich nicht nur den Charakter einer individuellen Irritation: Sie ist zugleich ein Indiz für die Relevanzen der gesellschaftlichen Mehrheit, in deren Augen ein Minirock, der *nicht* die Blicke der Männer auf sich ziehen will, zumindest eine Kuriosität darstellt. Und hier kommt nun ein weiteres Element der Situationsdefinition massiv zum Tragen, nämlich die Präsenz der Kamera. Die Wahrnehmungsmuster der Normalität sind nicht nur in Gestalt des Reporters unmittelbar anwesend, sie bestimmen auch die Rezeptionshaltung der Millionen von Fernsehzuschauern, die die Äußerung am Bildschirm verfolgen werden. Mag die kognitive Verbindung von "neuem Körperbewußtsein" und Minirock im Bewegungskontext der Frauengruppe zwar vielleicht nicht gerade üblich, als Bewegungsrhetorik letztlich aber doch akzeptabel sein, so läuft sie im "neutralen" Kontext einer medial hergestellten Massenöffentlichkeit sofort Gefahr, als ideologische Affektiertheit und peinliche Gesinnungspose wahrgenommen und stigmatisiert zu werden. Kurzum:

Das inszenierte Charisma neuer Weiblichkeit stürzt in sich zusammen. Es ist diese fließende Ablösung der konkurrierenden Relevanzsysteme, die sich in der Pause auch in (F) selber vollzieht und an ihrem mimischen Ausdruck ablesen läßt. Sie hat sich vor aller Augen aufs Podest der Emanzipation gestellt und findet sich plötzlich am Rande der Lächerlichkeit wieder.

(F)s nachgeschobene Äußerung (3) zeigt deshalb alle Merkmale der Kompromißbildung. Die verminderte Lautstärke wirkt zwar nicht kleinlaut, ist aber dennoch, gerade im Kontrast zum herausfordernden Tonfall von (2), ein deutliches Indiz für ihr Einlenken. Das "na ja" restituiert die situative Normalität, fängt (R)s Irritation auf und signalisiert ihm Entgegenkommen. Der Einschub "und wenn ich ehrlich bin" qualifiziert die vorherige Antwort indirekt als unehrlich oder zumindest präzisierungsbedürftig und ist darüber hinaus ein implizites Eingeständnis feministischer Gesinnungszensur: Wer, so müßte man fragen, zwingt sie denn, unehrlich zu sein? Allerdings wird auch dieses Dementi sogleich wieder relativiert: Das "auch" im darauffolgenden "ich mach's auch" nimmt wiederum die Zurücknahme teilweise zurück und beharrt auf der früheren Aussage - eine keineswegs ungewöhnliche rhetorische Verschleifung, die den Identitätsbruch in Grenzen halten will. Der Abschluß "um aufzufallen" ist schließlich noch einmal eine gelungene Wendung und bezeichnet die Kompromißformulierung zwischen den beiden Relevanzsystemen par excellence: Auffallen wollen kann sowohl heißen: allen, also auch Männern auffallen und gefallen wollen, gleichzeitig aber auch, in feministischer Lesart: Demonstration neuer Weiblichkeit, Ausdruck veränderten weiblichen Selbstbewußtseins.

Die vielfältigen Brüche und Dilemmata, in die eine solche Selbstinszenierung neuer Weiblichkeit sich verstrickt, sind offensichtlich. Die exemplarische Prophetie wird sofort schal, wenn sie sich in einen anderen Kontext verpflanzt, wenn die Relevanzen der Minderheit unvermittelt in die Arena der Mehrheit getragen werden. Schlagartig wird aus der Selbststigmatisierung als einer Quelle des Charisma (vgl. Lipp 1985) eine Methode der Selbstdestruktion vor einem fremden, abweisenden Publikum. Der Beifall der einen ist das Zischen, am Ende die Gleichgültig-

keit der anderen. Dieses Problem verschärft sich in dem Maße, wie auch alltägliche Expressionen ideologisch überfrachtet und legitimierungsbedürftig werden und der Alltag in eine Bühne der Außeralltäglichkeit verwandelt wird. (F)s Schwierigkeit ist letztlich in einer notwendig inkonsistenten und selbstwidersprüchlichen Expressionsnorm der Frauenbewegung begründet: Als "neue Frau" soll sie einerseits offensiv Weiblichkeit, ein neues weibliches Selbstbewußtsein ausdrücken und demonstrieren, doch gleichzeitig darf sie dabei den - von der Frauenbewegung unterstellten - "männlichen" Weiblichkeitskonstruktionen der dominanten Kultur und der patriarchalen Gesellschaft insgesamt kein Jota entgegenkommen. Ihre paradoxe Aufgabe ist die einer "autonomen" Definition neuer Weiblichkeit jenseits der Reziprozität des Geschlechterverhältnisses. Einfach nur Frau sein zu wollen, gar diejenige Frau, die sie ist, wäre ein feministisches Sakrileg. Es ist diese Zwickmühle, die die Feministin im Minirock buchstäblich "am eigenen Leibe" erfährt.

Rainer Paris ist Privatdozent für Soziologie an der FU Berlin.

Anmerkung

¹ Die Sequenz wurde unmittelbar im Anschluß an die gesendete Situation protokolliert. Für die Transskription gilt folgende Legende: (mf) = normale Lautstärke / (dim) = Verminderung der Lautstärke / , = kurzes Absetzen innerhalb der Äußerung / ' = Heben der Stimme / . = Senken der Stimme / - = Stimme in der Schwebe / + = auffällig schneller Anschluß / (1.0) = Pause, Dauer in Sekunden / (forsch) = Charakterisierung nichtverbaler Vorgänge, des Tonfalls usw. Zu den einzelnen Schritten und Prozeduren der Interpretation vgl. Oevermann u.a. 1979.

Literatur

Peter L. Berger: Zur Soziologie kognitiver Minderheiten, in: *Dialog* 2/1969, S. 127-132.

Dieter Claessens: Gruppe und Gruppenverbände, Darmstadt 1977.

Wolfgang Lipp: Stigma und Charisma. Über soziales Grenzverhalten, Berlin 1985.

Ulrich Oevermann u.a.: Die Methodologie einer "objektiven Hermeneutik" und ihre allgemeine forschungslogische Bedeutung für die Sozialwissenschaften, in: Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): *Interpretative Verfahren in den Text- und Sozialwissenschaften*, Stuttgart 1979, S. 352-434.

Günther Roth: Charismatische Gegenkultur und persönliche Authentizität, in: ders.: *Politische Herrschaft und persönliche Freiheit*. Heidelberger Max Weber-Vorlesungen 1983, Frankfurt a.M. 1987, S. 137-162.

Klaus Selle

Neue Institutionen für die Entwicklung städtischer Quartiere, oder: Warum entstehen intermediäre Organisationen?

Wenn sich heute in den Quartieren nicht allein deutscher Städte etwas "von unten" regt, dann sind an dieser Bewegung nicht nur Selbsthilfegruppen und Bewohnerinitiativen beteiligt: Die Wohngruppenprojekte, sozio-kulturellen Initiativen, bewohnergetragenen Ansätze zur ökologischen Stadterneuerung und Projekte in vielen anderen Feldern entstehen und entwickeln sich vielfach unter tätiger Mithilfe neuer Institutionen. Diese - initiieren, beraten, entwickeln Projekte, vermitteln zwischen verschiedenen Akteuren oder entlasten Bewohner und haben in der Literatur viele Namen. Wir bezeichnen sie hier als "intermediäre Organisationen". In der Bundesrepublik sind solche Einrichtungen noch recht neu; sie entstanden überwiegend erst in den letzten zehn Jahren. Im Ausland hingegen sind die Erfahrungen mit ihrer Arbeit weitreichender. Das gilt für die USA und für Großbritannien, besonders aber auch für die Niederlande, in denen es ein vielfältiges Angebot an Dienstleistungen für Bewohnerinitiativen gibt. Um die Erfahrungen aus dem Ausland für die Weiterentwicklung der hiesigen Praxis nutzbar zu machen, haben wir in einem sechs Länder einbeziehenden Forschungsprojekt* Entstehung und Arbeit intermediärer Organisationen untersucht. Aus dem Spektrum der Fragen greife ich hier lediglich eine heraus: Warum entstehen diese neuen Institutionen? Auf welche Fragen sind sie Antwort?

Zu Beginn skizziere ich an einigen Beispielen die Kooperation von BewohnerInnen und Fachleuten aus intermediären Organisationen, um deutlicher zu

machen, wovon eigentlich die Rede ist (Kap.1). Die Frage, warum die neuen Institutionen entstehen, ist allgemein so zu beantworten: Handlungsbedarf einerseits und Leistungsvermögen vorhandener Institutionen andererseits klaffen auseinander (Kap.2). Was das konkret heißen könnte, wird in den beiden zentralen Abschnitten ("Bedarf": Kap. 3, "Defizite": Kap. 4) diskutiert. An den Schluß stelle ich einige kurze Thesen zu den sich aus den widersprüchlichen Entstehungsbedingungen ergebenden Folgerungen.

1. Die Infrastruktur des Engagements: Beispiele

1. Fachleute eines Stadtteilbüros nutzen ihre vorhandenen Kontakte zu den Mietern eines Gründerzeit-Blocks, um sie auf ein neues Programm, mit dem Hofbegrünung gefördert werden kann, hinzuweisen. Gemeinsam mit den Mietern bereiten sie eine Mieterversammlung vor, helfen bei der weiteren Organisation und erörtern in mehreren abendlichen Runden mit den Bewohnern die ersten Schritte zur Neugestaltung und Begrünung der Höfe. Dabei proben sie in Rollenspielen gemeinsam, wie die Hauseigentümer am ehesten davon zu überzeugen sind, an der Umgestaltung der Höfe mitzuwirken. Während sich in den folgenden Wochen die Bewohnerinitiative daran macht, die Erfahrungen aus diesen Spielen in den Gesprächen mit Eigentümern zu nutzen, bemühen

sich die MitarbeiterInnen des Stadtteilbüros um die Beschaffung von Fördermitteln beim städtischen Gartenamt. Nach Überwindung zahlreicher Widerstände können im Sommer darauf die ersten Umgestaltungsarbeiten beginnen.

2. Die Gemeinschaft der Bewohner eines heruntergekommenen Altbaus setzt diesen in einem mehrjährigen Selbsthilfe-Prozess in stand. Sie sichert dabei nicht nur die Gebäudesubstanz, sondern leistet durch die Verwendung gesunder Baustoffe und durch Maßnahmen, die Wasser und Energie sparen, einen kleinen Beitrag zur ökologischen Verbesserung des Quartiers. Möglich wurde dies, weil ein "alternativer Sanierungsträger" das Gebäude von einem kommunalen Wohnungsunternehmen übernahm, Instandsetzungs- und Modernisierungsmittel von Kommune und Land treuhänderisch verwaltet und zugleich als technischer Baubetreuer und Berater bei den vielen Fragen der "ökologischen Erneuerung" fungiert.

3. Fünfzehn alternative Betriebe aus unterschiedlichen Branchen suchen ein gemeinsames "Gehäuse" in einer der brachgefallenen Produktionsstätten eines innenstadtnahen Altbaugesbietes. Zusammengeführt wurden sie durch die Initiative eines Beratungvereins, der - finanziert durch die Kommune (Gutachtenauftrag) - Möglichkeiten einer 'alternativen Gewerbeförderung' untersucht und nun gemeinsam mit Nutzungsinteressierten Handlungs-, Organisations- und Finanzierungsmöglichkeiten erkundet.

4. Die Bewohner von vier Arbeitersiedlungen entwickeln gegen den beabsichtigten Einzelverkauf ihrer Wohnungen und die damit verbundene Vertreibungsgefahr eine gemeinsame Perspektive: die Selbstverwaltung. Bei der Erörterung dieser Handlungsmöglichkeit, beim Aufstellen von Kosten- und Belastungsrechnungen und bei der Entwicklung angemessener Organisationsformen wirken die Mitarbeiter einer Beratungs- und Projektentwicklungsgesellschaft mit. Die Abwehr der Umwandlung und damit die Sicherung des Mietwohnraums gelingt, die Siedlung wird von einer landeseigenen Wohnungsgesellschaft übernommen. Den Bewohnern werden weitgehende Mitbestimmungsmöglichkeiten einge-

räumt. Die Erprobung dieser neuen Möglichkeiten wird von den Beratern ebenfalls unterstützt.

5. Ein unmittelbar an die City einer großen Stadt angrenzendes Gebiet verfällt; es droht neue Bebauung durch Verwaltungs- und Bankhochhäuser. Bewohner nehmen diesen Prozess nicht als naturgegeben hin. Es gelingt ihnen, ein fünf Hektar großes Grundstück in zentraler Lage zunächst von Bebauung freizuhalten. Die Fachleute unter ihnen entwickeln das Modell einer Trägergesellschaft, die mit der regionalen Planungsbehörde, der inzwischen das Grundstück gehört, handelseinig wird: Ohne öffentliche Zuschüsse wird das Gelände gekauft. In den nächsten Jahren werden Genossenschaften gegründet, die von Verdrängung bedrohte Gebietsbewohner für die Idee selbstverwalteten Wohnens zu gewinnen suchen. Die erste dieser Bewohnergenossenschaften hat inzwischen ihre Häuser fertig. Zugleich werden Laden- und Dienstleistungszentren in brachgefallenen Werftgebäuden eingerichtet. Mit den Einnahmen aus diesen Nutzungen soll die weitere Entwicklung dieses Modells einer humanen Innenstadtentwicklung ermöglicht werden.

6. In einem großstädtischen, industrienahen Wohn- und Mischgebiet sind seit nahezu zwanzig Jahren zahlreiche (1990: dreißig) Initiativen aktiv. Das Spektrum reicht vom "Anti-Betonklotz-Komitee", das sich dem Kampf gegen Spekulation widmet, über den Freizeittladen für Behinderte, die "Kinderlobby", verschiedene genossenschaftliche Wohnprojekte bis hin zur "Kompostgruppe" und anderen, ökologisch orientierten Projekten. So notwendig es ist, daß sich die einzelnen Initiativen auf "ihr" Thema konzentrieren können, so wünschenswert wäre es doch, wenn die verschiedenen punktuellen Aktivitäten miteinander in Beziehung gesetzt werden, und sich gegenseitig stärken, damit so der Komplexität einer "ökologisch" verstandenen Erneuerung entsprochen werden könnte. Darum ging es verschiedenen Aktivisten aus den einzelnen Initiativen, die zur Bildung einer "Kontaktstelle für Stadtökologie" führte. Deren Aufgabenspektrum ist vierteigeteilt: bestehende Gruppen miteinander vernetzen, Bewohner und Initiativen bei der Durchsetzung ihrer Anliegen vor allem gegenüber städtischen Behörden unterstützen, noch nicht

aktive Bewohner aktivieren bzw. neue Projekte und Aktionen zu stadtteilbezogenen Themen initiieren und Umweltberatung für Haushalte und Stadtteilgruppen organisieren. Die Kontaktstelle ist also "Knoten im Netz", und mehr als das: Sie soll zum Ausbau und zur Verstärkung des Netzes der Selbsthilfegruppen und Initiativen beitragen und hat darüber hinaus einen eigenen Aufgabenschwerpunkt, der ihren Namen prägt: die Umweltberatung.

Die Beispiele ließen sich durch zahlreiche weitere ergänzen. Besser als theoretische Erörterungen zeigen sie, wie vielgestaltig die Bewohneraktivitäten im Rahmen der Quartiersentwicklung sein können. Sie zeigen auch, wie unterschiedlich weitreichend die Initiative der Bewohner ist: vom Nachbarschaftsgarten bis zum alternativen Konzept der Stadtteilentwicklung. Die Beispiele vermitteln auch einen ersten Eindruck von der Arbeit intermediärer Organisationen mit Bewohnerinitiativen und Selbsthilfegruppen. Die erwähnten Stadtteil-

Nachbarschaftsbüros, alternativen Sanierungsträger, Beratungsvereine und -gesellschaften, Projektentwickler und Kontaktstellen sind solche Organisationen, die zwischen Märkten, Verwaltungen und Bewohnergruppen agieren und daher als intermediär bezeichnet werden.

2. Zwischenspiel: "Was ist die Frage?"

Von Gertrude Stein ist folgendes Gespräch mit ihrer Lebensgefährtin verbürgt: "Was ist die Antwort?" fragt Gertrude Stein. Ihr Gegenüber schweigt. Sie lacht. Und sagt dann: "In dem Fall: Was ist die Frage?" Eine ähnliche gedankliche Figur müssen wir hier vollziehen: Die skizzierten Beispiele sind als Antworten auf Fragen oder Probleme, die sich im städtischen Raum stellen, zu verstehen. Die interne-

Unvollständige Zusammenstellung Intermediärer Organisationen - ein Beispiel für die Entwicklungen in diesem Bereich

Name	gegründet	Aufgaben
AKS Arbeitskreis Berliner Selbsthilfegruppen im Allbau	1981	Gründungshilfen für (gemeinschaftliche Wohn-)Projekte, Soziokulturelle und ökologische Aufgaben, Baugerätekooperative...
BBJ Consult,Verein zur Förderung kultureller und beruflicher Bildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen	1985	Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte, Projektentwicklung im Bereich der Sozialhilfe, Beratung von Gemeinden u.a., Fortbildung...
GSE Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH	1987	Mieterberatung, Beschäftigungsprojekte, Sozial und Gemeinwesenarbeit, Betreuung von Selbsthilfegruppen (Wohnungsumfeldverbess./ ökol. Bauen...)
KreuzWerk,Verein zur Förderung von Selbsthilfe bei Stadterneuerung / Berufsausbildung	1981	Verknüpfung von baulicher Selbsthilfe und Berufsausbildung für Jugendliche. KreuzWerk führt u.a. Aufträge für alternative Sanierungsträger durch...
Marlinswerk Verein zur Wohnraumbeschaffung	1970	Vermittlung und Beschaffung von Wohnraum für Studenten, Träger für Selbsthilfprojekte, Förderung gemeinschaftlicher Wohnprojekte...
S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung Berlin mbH	1986	(aus einem Arbeitsbereich der IBA hervorgegangen) Sanierungsträger, Beschäftigungsprojekte, Gemeinwesenarbeit, Blockentwicklung, Mietermodernisierung...
Selbstbaugenossenschaft Berlin e.G.	1984	Förderung und Realisierung gemeinschaftlicher Wohnprojekte im Neubau
STATTBÄU Stadtentwicklungsgesellschaft mbH	1983	Sanierungsträger, Förderung/Beratung gemeinschaftlicher Wohnprojekte, Stadtökolog. Modellvorhaben, Ausbildungsbetrieb...
Wohnstatt, Gesellschaft für Stadterneuerung mbH	1981	Sanierungsträger, Betreuung von Modellvorhaben der ökol. Stadterneuerung...
L.I.S.T. (Lösungen im Stadtteil) Stadtentwicklungsgesellschaft mbH	1990	(entsland aus Zukunft Bauen e.V. und Zukunftsbau GmbH) Sanierungsträger, soziokulturelle Aufgaben, Beschäftigungsprojekte, gemeinsch. Wohnprojekte...
BSM Beratungsges. f. Stadtern. u. Modernisierung mbH	1977	Programmsteuerung, Betreuung und Abwicklung des Selbsthilfeprogramms...
SPI Sozialpädagogisches Institut Berlin (Ausnahme & Regel)	1981	Sanierungsträger, Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen...
S.H.I.K. - Selbstverwaltete Häuser in Kreuzberg	1982	Mietermodernisierung, gemeinschaftliche Wohnprojekte, Trägerschaft für Hausvereine gescheitert...
Wohnen in SO 36 - Alte Heimat e.V.	1985	Mietermodernisierung, Gründung von „Kiezträger Kreuzberg“ gescheitert...
Luisenstadt e.G.	1986	Bewirtschaftung und Verwaltung von Block 103, seit 1989 Selbstverwaltung
Jugendwohnen im Kiez e.V.	1979	Träger von Jugendwohngemeinschaften, Ausbildungsprojekt...
Kultur- und AusbildungsWerk / WerkHof Zehlendorf / SpielWerk (Projektverbund)	1983-89	Sanierungsträger, Kulturarbeit, Denkmalpflege, Ausbildungsprojekte...
Netzwerk Selbsthilfe	1978	finanzielle Gründungshilfen für Projekte (bis 1990 ca. 500 Projekte gefördert), Vermittlung von Kontakten, Beratung in der Gründungsphase

diären Organisationen im Handlungsfeld Quartierserneuerung entstehen (wie anderswo auch) nicht deswegen, weil jemand sie "erfindet". Es gibt auch nicht den einen Faktor, der zur Entwicklung intermediärer Strukturen führt. Vielmehr bewirken sehr verschiedene Einflußgrößen gemeinsam, daß solche neuen Instanzen, Gruppen oder Organisationen notwendig und möglich werden. Es lassen sich zunächst zwei Grundbedingungen nennen:

- * Es muß ein (gesellschaftlich relevantes) Interesse an der Bearbeitung bestimmter, oft neuer Probleme geben ("Bedarf").
- * Vorhandene Institutionen, Gruppen, Organisationen reagieren (zunächst) nicht angemessen auf diesen Handlungsbedarf ("Defizit").

In der Lücke zwischen "Bedarf" und vorhandenem Leistungsvermögen/Handlungsinteresse entstehen die intermediären Organisationen. Dies läßt sich in der "These von der Inkongruenz" zusammenfassen: Die Inkongruenz von Aufgaben einerseits und Leistungsvermögen bzw. Handlungsinteresse bestehender Institutionen andererseits ist eine wesentliche Voraussetzung für die Herausbildung intermediärer Organisationen.

3. Bedarf, oder: Intermediäre Organisationen werden gebraucht

Der Bedarf nach neuen intermediären Organisationen speist sich aus sechs Quellen:

- * "Verlagerung": Bislang staatlich oder kommunal bearbeitete Aufgaben werden "entstaatlicht"-Stadtbewohner kompensieren diesen Rückzug;
- * "Konflikt": Zur Bewältigung von Konfliktsituationen werden "unbelastete Dritte" benötigt;
- * "Engagement": Aktive Bewohnergruppen benötigen Kommunikationshelfer und Vermittler;

- * "Endogenes Potential": Aus der Einsicht in die fachliche Notwendigkeit neuer Konzepte zur Stadtteilentwicklung resultiert die Suche nach Verfahren und nach Organisationsformen, mit denen die "Selbstheilungskräfte" im Quartier aktiviert werden können;

- * "Neue Standards": Ein gewandeltes berufliches Selbstverständnis erhöht bei Professionellen das Interesse zur Kooperation mit Bewohnern und führt zur Suche nach geeigneten Organisationsformen hierfür;

- * "Neue Arbeit": Arbeitslosigkeit bzw. inhaltlich unbefriedigende Arbeitsbedingungen führen zur Suche nach neuen Arbeitsplätzen und -inhalten.

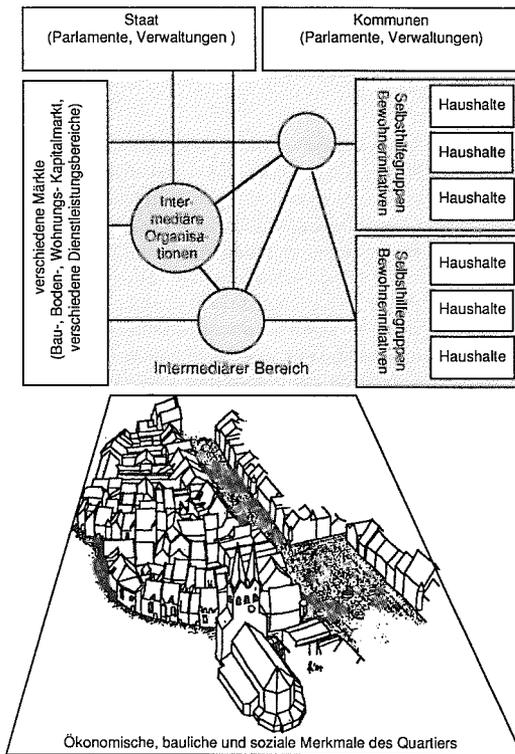
3.1. Verlagerung: Deregulierung, Privatisierung

Wenn staatliche oder kommunale Institutionen die Bearbeitung bisher von ihnen wahrgenommener Aufgaben einstellen, entsteht Handlungsdruck, der unter Umständen durch das Engagement der Betroffenen und der sie stützenden Institutionen gemildert werden muß. So sind etwa die "Friends of the Urban Forest" in San Francisco entstanden, weil ein bislang von der Stadtverwaltung durchgeführtes Begrünungsprogramm gestrichen wurde. Ein ehemaliger Mitarbeiter der Verwaltung und zahlreiche aktive Bürger kompensierten das entstandene Defizit durch eigenes Engagement. Sehr viel weitreichender sind die Folgen der Privatisierung der Wohnungsversorgung oder die Reduzierung staatlicher Leistungen im Bereich sozialer Infrastruktur in Großbritannien. Auch hier muß Bewohnerinitiative einen Teil der ausfallenden Leistungen kompensieren. Auch hier sind Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen notwendige Begleiter dieser Selbsthilferversuche.

3.2 Konflikt: Auf der Suche nach "unbelasteten Dritten"

Flächensanierungen seit Mitte der 60er Jahre hatten in vielen Städten Lebenswelten und soziale Netze zerstört, Bewohner vertrieben und preiswerten Wohnraum vernichtet. Dagegen formierte sich der Protest der Betroffenen. Es wurde immer schwieriger für kommunale Planung, ihre Konzepte und Maßnahmen durchzusetzen. Die Legitimationsdefizite waren zu offenkundig. Dies war ein Hintergrund für das verstärkte Auftreten von Sanierungstreuhändern. Damit wurde ein "unabhängiger Akteur, (ein) Mittler

Zur Gegenstandsbestimmung: intermediäre Organisationen im intermediären Bereich



und Puffer zwischen Gemeinde und Bevölkerung" geschaffen [v. Einem u.a. 1978, S. 63]. In späteren Phasen der Stadterneuerung mündete der Protest der Bewohner auch in konkrete Forderungen nach einer anderen Qualität von Stadt und Planung. Bei der Formulierung dieser Forderungen halfen in den 70er Jahren Anwaltsplaner (u.a. in Darmstadt und - bis heute - in Hannover) den Bewohnern. Neben diesen offiziell anerkannten Unterstützern der Bewohner arbeiteten viele Fachleute ehrenamtlich in Initiativen mit. Während der Instandbesetzungen in Berlin Anfang der 80er Jahre waren dann erstmals "alternative Sanierungsträger" und "Selbsthilfebeauftragte" tätig: ihre Aufgabe war es, bei der "Legalisierung" der besetzten Häuser mitzuwirken, die Bewohner bei Instandsetzung und Modernisierung zu beraten und Fördermittel treuhänderisch zu verwalten. In allen

Fällen erfüllten sie neben den fachlichen Aufgaben auch "befriedende" Funktionen: durch ihre Vermittlung wurde der zugespitzte Konflikt zwischen Staat (Kommune) und Betroffenen entschärft und "bearbeitbar".

Protest der Bewohner und Konflikte zwischen Stadtverwaltungen und Stadtteilinitiativen oder Selbsthilfegruppen sind auch heute noch vielfach Triebkraft für die Suche nach "unbelasteten Dritten", nach Vermittlern, die für beide Seiten politisch akzeptabel und fachlich kompetent erscheinen.

3.3 Engagement: Vermittler für Bürger-Initiative

Nicht nur der Konflikt mit Bewohnern schuf neuen Handlungsbedarf. Auch die Umformung der Konflikte in Kooperation von Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen mit den Verwaltungen von Städten oder Wohnungsunternehmen erzeugte Pro-

bleme, die nach neuen Lösungen suchen ließen. Mit dem Auftreten der initiativen Bewohnergruppen als neue Akteure im Verteilungskampf um Förderungs-mittel, als nichtprofessionelles Gegenüber der genehmigenden und zuteilenden Behörden, entstanden erhebliche Verständigungs- und Vermittlungsprobleme. Besonders krass wurden sie z. B. sichtbar im Umgang der Selbsthilfegruppen aus der Instandbesetzerbewegung mit den kommunalen und staatlichen Behörden in Berlin, Hamburg und anderswo.

Der Umgang mit den neuen Klienten erfordert bislang ungeübte Handlungsweisen und Kommunikationsstrukturen - sowohl nach innen (ressortübergreifende Koordination, neue Finanzierungsmodalitäten) wie nach außen (Informations- und Beratungsangebote, kontinuierliche Kooperationsformen). Dritte können in solchen Fällen zur Kommunikation, Vermittlung und Koordination beitragen. Die Herausbildung neuer Organisationsformen aufseiten der Bürgerinitiativen, Wohngruppenprojekte u. a. resultiert aber nicht nur aus dem Kommunikationsbedarf zwischen diesen Gruppen und den verschiedenen Verwaltungen. Das bereits erwähnte Beispiel der "Kontaktstelle für Stadtökologie" zeigt, daß auch neue Organisationen zwischen Bewohnergruppen Netze stärken und Selbstorganisation befördern können.

3.4 Endogenes Potential: Projekte initiieren, Kooperation fördern

Die neuen Aufgaben werden nicht nur von außen, durch "Druck von unten", an die Verwaltungen herangetragen. Vielfach geht die Entwicklung neuer Konzepte auch von den Verwaltungen selbst aus - und führt dennoch zu ähnlichen Einsichten in die institutionellen Leistungsgrenzen. Konzepte der Stadterneuerung, die das Ziel verfolgen, Investitionspotentiale und Selbsthilferessourcen in den Quartieren zu mobilisieren, sind auf spezifische Umgangsformen mit Teilen der Bewohnerschaft angewiesen:

* Schon die Ansätze zur Modernisierungsberatung in den 70er Jahren zeigten, daß das "Klinkenputzen

bei den Investoren", die Schulung der bislang modernisierungsunerfahrenen Architekten und die Kontaktaufnahme mit den Bewohnern neue Aufgaben waren, für die es in den Verwaltungen keine Bearbeiter gab.

- * Die seit den 80er Jahren verfolgten Strategien der ökologisch orientierten Stadterneuerung sind auf die Mitwirkung der BewohnerInnen in besonderer Weise angewiesen; das gilt für den behutsamen Umgang mit Ressourcen (Energie, Wasser) ebenso wie für bestimmte Entsorgungskonzepte (Mülltrennung) und zahlreiche andere Maßnahmenbereiche. Auch hier müssen veränderte Formen der Information und Kooperation eingeführt werden.
- * Die Nachbesserung der Großsiedlungen - als weiteres Beispiel für komplexe Aufgaben der Stadterneuerung - mit ihrem Geflecht aus baulich-technischen, städtebaulichen, sozialen und arbeitsmarktbezogenen Problemstellungen war und ist in den traditionellen Verwaltungsstrukturen der Wohnungsunternehmen oder kommunalen Verwaltungen allein vielfach nicht zu koordinieren oder gar zu bearbeiten.
- * Stabilisierung von marginalisierten Stadtquartieren setzt oft - wie die Beispiele aus den USA zeigen - eine Stabilisierung der Nachbarschaftsstrukturen voraus ("community organizing"). Auch hier werden Mittler benötigt, zwischen den Handlungsfeldern bzw. Trägern der Gemeinwesenarbeit und denen der städtebaulichen Entwicklung ebenso wie zwischen den vereinzelt Bewohnern.

Auch die klassischen Funktionen der Bürgerbeteiligung (aus der Sicht der Verwaltungen) - Information gewinnen, Akzeptanz erhöhen, Durchsetzung erleichtern - verlangen in langandauernden, kleinteiligen Planungsprozessen neue Beteiligungsformen, kontinuierliche Informationsangebote usw. Solchen Anforderungen kann z. B. durch Reorganisation in Verwaltungsstrukturen (Projektgruppen u.ä.) oder durch Schulung von Mitarbeitern entsprochen werden. Vielfach ist jedoch, zumindest für eine Übergangszeit, die Einschaltung Externer effektiver (und nicht selten aus Verwaltungssicht billiger).

3.5 Neue Standards: Das Selbstverständnis der Fachleute ändert sich

Nicht zufällig haben viele der neueren intermediären Organisationen ihren Ursprung in politischen Aktivitäten Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre. Auch spätere Gründungen lassen sich häufig auf politisches Engagement der Gründer zurückführen. Gemeinsam ist diesen Ursprüngen, daß die in den intermediären Organisationen tätigen "Professionellen", die Architekten, Stadt- und Landschaftsplaner, Gemeinwesenarbeiter usf. hier Orientierungen für ihre fachliche Arbeit gefunden haben.

Diese Veränderungen des Berufsethos orientieren sich an gesellschafts- oder stadtpolitischen Werten ebenso wie an ökologischen Maximen (etwa: sparsamer Umgang mit Ressourcen), haben aber bei aller Verschiedenheit einen gemeinsamen Nenner: Planen und Bauen, Stadt-Erneuern, Lebensqualität-Verbessern soll für und vor allem mit den Bewohnern geschehen. Weitere Merkmale dieser veränderten Standards professioneller Arbeit im Planungsbereich sind:

- * die Entwicklung einer neuen Kommunikationsfähigkeit; Fachinhalte sollen ins Verhältnis gesetzt werden zur Lebenswelt der Bewohner (Laien), was mehr bedeutet als der Verzicht auf Fachchinesisch. Die Arbeitsformen sind dementsprechend "ko-operativ", weil sie - wie Huber schreibt [1987, S.86] - nicht nur das Fachwissen der Experten, sondern von Beginn an auch die Erfahrung der Betroffenen gelten lassen.
- * eine spezifische soziale Kompetenz, verstanden als Befähigung, soziale Prozesse mitzugestalten - jedoch nicht zu dominieren.

3.6 Neue Arbeit: auf der Suche nach Arbeitsplätzen und -inhalten

Schon 1980 hing im Liverpooleser Polytechnic - einer Hochschule, deren Absolventen früh die Erfahrung

von Arbeitslosigkeit machten - ein Plakat mit der Aufschrift "Create your own job". Dieses Motto könnte über den Entwicklungen im kulturellen, sozialen oder pädagogischen Bereich stehen, die in vielen Großstädten zu beobachten sind und die Huber unter der Bezeichnung "die neuen Helfer" zusammengefaßt hat. Überall haben sich hier (nicht nur) junge Leute ihre Arbeit selbst geschaffen, so auch im Bereich der Planung, des Bauens, der Stadterneuerung usf. Dabei spielen mehrere Momente eine Rolle:

- * Unmittelbar geht es um ein Beschäftigungsverhältnis und bezahlte Arbeit, wenn die Quelle in diesem Bereich dafür auch manchmal recht spärlich oder unsicher ist.
- * Gesucht werden aber auch spezifische Inhalte und Formen der Arbeit: Außerhalb der traditionellen Arbeitsbereiche scheint die Chance zu bestehen, die als wichtig beurteilten Inhalte auch zum Gegenstand der eigenen Arbeit zu machen. So sahen junge PlanerInnen in den 70er und frühen 80er Jahren vor allem außerhalb von kommunalen Verwaltungen und gutachtenabhängigen Büros Chancen, aktiv zur Bewohnerbeteiligung beitragen zu können. Aus den USA und aus Großbritannien wird berichtet, daß es den "intermediaries" dort nicht selten gelingt, hochqualifizierte Fachleute für die Mitarbeit zu gewinnen. Sie tauschen ihre besser entlohnten Jobs gegen Aufgaben, die ihnen "Sinn zu machen" scheinen.

4. Defizite, oder: Warum neue Institutionen entstehen

Die oben skizzierten Bedürfnisse beinhalten zunächst lediglich neue Inhalte, Aufgaben oder Anforderungen. Daraus können aber erst dann neue Institutionen entstehen, wenn die vorhandenen diese Inhalte nicht bearbeiten können oder wollen.

Das gilt für alle drei den intermediären Bereich definierenden "Pole":

- * die Selbsthilfegruppen und Bewohnerinitiativen,

- * kommunale bzw. staatliche Verwaltungen
- * und private Unternehmen.

4.1 Die "überforderte Selbsthilfe"

Bewohnerengagement und Selbsthilfe können nur unter bestimmten Bedingungen mobilisiert werden, sie "funktionieren" nicht voraussetzungslos. In der Komplexität dieser Voraussetzungen mag ein wesentlicher Unterschied zur Selbsthilfe in verschiedenen anderen gesellschaftlichen Bereichen liegen (etwa Kultur oder Gesundheit). Im Wohnquartier müssen die Bewohner immer erst Verfügungsrechte erwerben, was in der Regel mit hohen finanziellen Hürden verbunden ist und rechtlich-organisatorische Komplikationen mit sich bringt. Zugleich sind schwierige technische Aufgaben zu bewältigen, die von "Lückenüberfunktionen" für von Eigentümern unterlassene Bestandspflege bis hin zur komplizierten Beherrschung neuer energie-, abwasser- oder bautechnischer Maßnahmen reicht. Die komplizierten bau- und finanzierungstechnischen Aufgaben bzw. die gleichfalls schwierigen rechtlichen Rahmenbedingungen führen ihrerseits wiederum zu hohen organisatorischen Anforderungen (Formalisierung der Gruppen, Eingehen von Rechtsbeziehungen untereinander, Haftungsfragen u. a.).

Arbeitsteilung und professionelle Dienstleistung (im baulichen, finanzierungstechnischen, organisatorischen Bereich) für die Nutzergruppen erspart diesen viel Arbeit und ermöglicht es ihnen, sich ihren eigentlichen Aufgaben mit ganzer Kraft zu widmen. Zudem kann die Vermittlung zwischen Bewohnergruppen und staatlichen/kommunalen Dienststellen Kontinuität sichern und damit z. B. stabile Förderungsvoraussetzungen schaffen. Letztlich befördern wirksame Entlastung und stabile Rahmenbedingungen ihrerseits wiederum die Bereitschaft zur Eigeninitiative: Die Aufgabe wird überschaubarer, das Engagement aussichtsreicher, der Sprung ins häufig zunächst kalte Wasser gemeinschaftlichen Handelns erträglicher.

Ein Beispiel aus unserer Arbeit, das diesen "Doppelcharakter" von Anregung und Entlastung durch intermediäre Organisationen vor Ort gut illustriert, ist die erwähnte Kontaktstelle Stadtökologie in Basel. Nicht in einem lokalen Vereins-Netz, aber doch mit ähnlicher Funktion operiert vor allem im Handlungsfeld Stadtgrün/Wohnungsumfeldverbesserung der Verein Urbanes Wohnen in München. Im "Kraftfeld" von Bewohnerinitiativen angesiedelt sind die "buurtwinkel" und "wijkorgane" in niederländischen Städten.

4.2 Die "überforderten Verwaltungen"

Die Kontaktaufnahme zwischen initiativen Bürgern und Verwaltungen gestaltet sich nicht nur in Konfliktfällen oft problematisch, ist die Verwaltung doch auf andere Klientelen ausgerichtet, haben Förderungsbestimmungen und Rechtsregeln ihre eigenen neue Anwender und Anwendungsbereiche benachteiligenden Selektivitäten. Will Verwaltung Selbsthilfeinteressierte erreichen, muß sie ihre Wahrnehmungs- und Behandlungsformen ändern oder erweitern: Darauf hat schon Luhmann [1981, S.7] verwiesen, indem er feststellte, daß mit dem Schlagwort "Hilfe zur Selbsthilfe" das Problem zwar benannt, aber nicht gelöst sei. Das setze ein "Anschmiegen" (dieser Hilfe) an individuelle Situationen voraus, und "das führt den Sozialstaat technisch an die Grenzen seines Könnens". Daraus folgt - wie Helga Faßbinder [in: Brech 1986] für die niederländische Situation feststellt, daß "eine Methode zum Abtasten von Möglichkeiten und Grenzen (erforderlich ist), die das Regelsystem zeitgemäßer, nämlich situationsgerechter und flexibler macht. Eine solche Vorgehensweise kann naturgemäß nur sehr bedingt vom Schreibtisch der Ämter aus betrieben werden."

Abtasten von Möglichkeiten, Anschmiegen an individuelle Situationen, Flexibilisierung des Regelsystems - mit diesen Stichworten werden neue Handlungserfordernisse bezeichnet, die zugleich Leistungsgrenzen traditioneller Verwaltungsstrukturen erkennen lassen. Weiter wären zu nennen: Koordinieren

der sektoral getrennten Handlungsfelder, Vermitteln unterschiedlicher Steuerungsformen (z. B. formell/informell), "Territorialisierung" von Teilpolitiken usf. Diese Aufgabenvielfalt verlangt nach innovativen Lösungen. Intermediäre Organisationen können hier hilfreich sein, denn sie

- * stellen das fehlende Bindeglied zu der neuen Klientel her,
- * lassen sich auf Informations-, Entscheidungs- und Aushandlungsprozesse ein, die traditionellem Verwaltungshandeln fremd sind,
- * verknüpfen verschiedene Akteure innerhalb und außerhalb der Großverwaltungen ("externe Koordination"),
- * initiieren vor Ort Projekte und
- * erproben neue Problemlösungen, die später unter Umständen in das Verwaltungshandeln reintegriert werden können.

Bezeichnenderweise sind bei vielen "Nachbesserungen" in den Großsiedlungen der 70er Jahre, die sich auch auf soziale, arbeitsmarktbezogene und kulturelle Maßnahmenbereiche beziehen, z.T. ganze Netze von intermediären Organisationen in Aktion. In ähnlicher Weise verknüpfen die alternativen Sanierungsträger (z. B. Statbau Hamburg/Statbau Berlin) und das sie umgebende intermediäre Netz verschiedene Handlungsfelder und Akteure. Ein gutes Beispiel für die Entstehung neuer Institutionen aus den Problemen der Koordination einer Großverwaltung angesichts komplexer, partizipativer Stadterneuerungsaufgaben heraus sind auch die Gebietsbetreuungen in Wien. Hier galt es unter anderem 38 Magistratsstellen miteinander zu koordinieren. Entlastung im Konflikt, Vermittlung zwischen verfestigten Frontlinien und Entwicklung neuer Problemlösungsstandards - das ist auch Aufgabe der alternativen Sanierungsträger in Berlin und Hamburg (zumindest zur Zeit ihrer Entstehung gewesen). Eine besondere Lösung für die Gestaltung der Kooperation Bewohner/Verwaltung finden wir in den Niederlanden mit einem differenzierten Angebot professio-

neller Hilfe für Bewohnergruppen, ortsnah etwa in Form der "buurtwinkel" und landesweit z. B. durch Organisationen wie das Landelijk Ombudsteam Stadsvernieuwing (ab 1990 integriert im Nederlandse Woonbond).

4.3 Die desinteressierten oder überforderten Privatunternehmen

Was für die öffentlichen Verwaltungen gilt, läßt sich auch für private Unternehmen sagen. Wohnungsunternehmen etwa wurden der Probleme in den bereits erwähnten "Großsiedlungen" während der Leerstandsphase 1984 bis 1987 nicht Herr. Die ersten innovativen Ansätze kamen hier aus der Sozial- und Gemeinwesenarbeit [vgl. z. B. ISSAB 1989] sowie von Architekten und PlanerInnen in intermediären Organisationen. Ähnliche Beobachtungen lassen sich bei zahlreichen traditionellen Sanierungsunternehmen machen: Sie waren ganz auf Abriss und Neubau ausgerichtet und zudem bei den Bewohnern als Verhandlungspartner ungläubwürdig geworden. Hier entstanden "Marktnischen" für intermediäre Organisationen, die sich zwischen Bewohner, Verwaltungen und Unternehmen stellten und verlorengegangene Verbindungen wiederherstellten. Allerdings war (und ist) dies ein "Markt", der häufig zunächst nur unter den Bedingungen des (Teil-)Ehrenamtes (oder der "Selbstaussbeutung") funktionieren kann.

Viele der Aufgaben im Handlungsfeld Quartierserneuerung überschneiden sich mit traditionellen Aufgabenspektren von Dienstleistungsunternehmen wie etwa Planungsbüros und Developern. So lange die Bewohnerberatung noch aufwendig, politisch belastet und wenig lukrativ ist, halten sich die Büros jedoch zurück, denn der Einstieg in die neuen Aufgaben ist in der Regel zunächst nicht kostendeckend. Ändert sich dies und entwickeln sich zum Beispiel Routineverfahren, gehört die Kooperation mit den Bewohnern zunehmend zum Leistungsbild, das auch von öffentlichen Auftraggebern erwartet wird; werden spezifische Förderangebote installiert, dann nimmt auch das private Dienstleistungsangebot zu.

5. Ambivalenzen: fünf Stichworte zur Diskussion

“Die Besetzung experimenteller Handlungsfelder durch neue Institutionen bietet noch keine Gewähr dafür, daß dadurch auch die Verwirklichung neuer Inhalte in nennenswertem Umfang gesichert wäre.” Diese These Volker v. Tiedemanns [in: Brech 1986, S.328] gibt die Generallinien für die Auseinandersetzung mit Funktion und Stellenwert intermediärer Organisationen im Prozeß der Quartierserneuerung treffend an. Nicht das Vorhandensein einer Beratungsinfrastruktur an sich bürgt für eine neue Qualität von Stadterneuerung mit den Bewohner, obwohl auch das bereits für die Entstehung von Selbsthilfebereitschaft bedeutsam ist. Es kommt vielmehr darauf an, wie die intermediären Organisationen innerhalb der Spannungsfelder operieren, denen sie aufgrund ihrer Zwischenstellung ausgesetzt sind, welche Handlungsspielräume ihnen eingeräumt werden, welche sie sich schaffen können - und welche Veränderungen sie im Prozeß der “konfliktuellen Kooperation” vollziehen.

Wenn von Ambivalenzen die Rede ist, so resultieren sie aus drei Wesensmerkmalen unseres Gegenstandes.

Intermediäre Organisationen

- * sind “flüchtig”, also ständigen Veränderungen in Spannungsfeldern ausgesetzt und so kaum auf eine stabile Funktion festzulegen. Diese ist jeweils im aktuellen Zustand, unter den vorherrschenden Rahmenbedingungen und aus den unterschiedlichen Perspektiven der Beteiligten zu bestimmen;
- * agieren in - für die Betroffenen oft mißlichen - Problemlagen (Wohnungsnot, gesellschaftliche Marginalisierung, unzulängliche Lebensbedingungen in den Städten), die vielfach nicht zu beheben, bestenfalls zu mildern sind;
- * müssen vor diesem Hintergrund möglichst handlungsfähige Bewohnergruppen bevorzugen, wirken also (vermittelnd) sozial selektiv.

Gleichfalls ambivalent ist die Einbindung der intermediären Organisationen: Wem gegenüber sind sie verpflichtet, wer kontrolliert sie? Die negativen Komponenten in der ambivalenten Gesamtsituation nehmen in dem Maße zu, wie versucht wird, die Mangel-situation im intermediären Bereich sozusagen selbst zu verwalten.

5.1 Diffusität als Merkmal, Spannung als Normalzustand, Dynamik als Konstante

Eine trennscharfe Kennzeichnung “intermediärer Organisationen” ist kaum möglich. Das liegt nicht nur an Leistungsgrenzen des Begriffsapparats, sondern auch an den Besonderheiten des Gegenstandes.

- * Der intermediäre Bereich ist, zumindest bei der Stadterneuerung, kein eigenständiger Sektor, sondern eher eine “Ambiguitätszone” mit zahlreichen unscharfen Übergängen zu Selbsthilfegruppen/Haushalten, zu quasi-marktlichen Einrichtungen oder zu ortsnahen Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung.
- * Durch ihre Position in einem Spannungsfeld zwischen Haushalten, Staat und Markt sind die intermediären Organisationen sehr widersprüchlichen Einflüssen ausgesetzt. Eine ihrer Qualitäten liegt ja gerade im Aushalten (und im lockeren Verbinden) dieser Verschiedenheiten. Damit sind die Organisationen selbst kaum eindeutig in ihrer Funktion zu bestimmen.
- * Die Entwicklungsverläufe der einzelnen Organisationen oder Gruppen in diesem Feld weisen zugleich eine hohe Dynamik auf: Sie vollziehen vielfach und schnell Positionsveränderungen. Das gilt z. B. für die Mittler aus der “Stattbau-Bewegung”. Ihrer Herkunft nach entstammen sie der Nutzerseite, werden aber, mit der Übernahme formeller Treuhänderaufgaben, immer stärker auch zu Dienstleistern für die jeweilige Verwaltung. Ähnliche Entwicklungsverläufe sind zur “Marktseite” hin zu beobachten (insbesondere in den USA

und in GB): Muß die finanzielle Basis über Aufträge und Vermittlungsgeschäfte gesichert werden, steigt der Effizienz- und Kostendruck und damit die Unduldsamkeit gegenüber den mühsamen Findungsprozessen der Selbsthilfegruppen.

- * Aber nicht nur die Organisationen verändern sich. Ihre Transformationen sind vielfach auch Antworten auf Veränderungen der sie umgebenden "Welten": Die Probleme, etwa am Wohnungsmarkt, in der Stadtentwicklung, können sich verschieben oder aber zumindest politisch radikal neu gewichtet werden, oder aber die Verwaltungen ändern ihre Haltung gegenüber bestimmten Problemen und übernehmen intermediäre Aufgaben (z. B. ortsnahe Beratung) selbst.

5.2 Aus der Not eine Tugend machen?

Viele Aktivitäten im intermediären Bereich resultieren aus Mängeln und Zwängen und sind aus der Not geboren. Die Selbsthilfeprojekte in besetzten Häusern zu Beginn der 80er Jahre waren Re-Aktion auf eine unsoziale Wohnungspolitik und einen kaum sozial verpflichteten Eigentumsbegriff. Daß auf dieser Grundlage die Selbsthilfegruppen viele Monate, z. T. mehrere Jahre instandsetzen und modernisieren mußten, um ein Dach über dem Kopf zu haben, sollte auch nicht als Normalfall der Wohnungsverorgung in einem Staat wie der Bundesrepublik gelten. Intermediäre Organisationen halfen hier, einen Mangel zu verwalten, einen Mangel allerdings, der sich für die (erfolgreichen) Selbsthilfeprojekte dennoch in Privilegierung verwandelt - gegenüber denen, die in ähnlicher Lebenslage weiterhin auf die Verteilungsmechanismen des Wohnungsmarktes angewiesen sind.

Selbstverständlich ging (und geht) es in Berlin wie in Basel, in London wie in Genf bei Häuserkämpfen, bei Sanierungs- und anderen Kon-

flikten immer auch um Befriedung. Zugleich wurden (und werden) Problemlösungen verfolgt, die an die eigentlichen Ursachen der Ausgangskonflikte nicht heranreichen. Und dennoch sind selbst diese verschobenen Konfliktlinien und die Lösungssuche innovativ gemessen an den jeweils zuvor üblichen Standards - sei es in Bezug auf den Umgang mit Häusern und Wohnungssuchenden, sei es in der Förderung ökologischer Initiativen vor Ort.

Innovation ist aber nicht das einzige Merkmal der Arbeit intermediärer Organisationen. Ihrer Stellung und Funktion entsprechend können sie auch zu Lösungen beitragen, die

- * sozial gerechter sind, indem auch weniger artikulationalen- oder finanzstarke Gruppen aktiv am Prozess der Quartierserneuerung mitwirken und daraus für sich Nutzen ziehen;



Abb.: Zwischen den Stühlen - Zur Selbstbestimmung intermediärer Organisationen (Aus einer Selbstdarstellung der Stadtbau GmbH Berlin)

- * demokratischer sind, indem auch jene, die bei den kommunalpolitischen Willensbildungsprozessen normalerweise wenig Gehör finden, sich auf ihre Weise beteiligen können und
- * effizienter sind, weil die Konzepte, die auf detaillierter Kenntnis der Verhältnisse vor Ort beruhen, und die weniger koordinationsaufwendige, verschleißfreie Umsetzung allein bereits Ressourcen sparen können (von der Mobilisierung des Faktors Engagement und Ehrenamt ganz zu schweigen).
- * Die alternativen Sanierungsträger in Berlin und anderswo haben - den Problemlagen der Gebiete, in denen sie operieren, entsprechend - stets die Verknüpfung baulicher Aktivitäten mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogrammen und weiteren sozio-kulturellen Aspekten verfolgt. Es zeigt sich aber, daß es zunehmend schwieriger wird, vor allem gegenüber den Bauverwaltungen, die sozialen Dimensionen der Projekte zu vertreten und auch durchzusetzen [Vgl. Osorio 1990, S. 187].

Die Aktivisten im intermediären Bereich und die sie unterstützenden intermediären Organisationen tragen also zur Verschiebung von Standards in der Bearbeitung jeweils drängender gesellschaftlicher Probleme bei, wenn auch z.T. nur in kleinsten Schritten.

5.3 Von der sozialen Selektivität intermediärer Organisationen

Es sind vielfach nicht in erster Linie die unteren Schichten, die sich zu Selbsthilfegruppen zusammenschließen, sondern Lehrer, Ärzte oder junge Angestellte. Ihre Motive lassen sich möglicherweise auf zwei wesentliche reduzieren:

- * Sie streben Wohn- und Lebensformen an, die ihnen Wohnungsmarkt und Stadtteilentwicklung nicht bieten, nämlich gemeinschaftliches, selbstbestimmtes Wohnen in einer gesunden Umgebung.
- * Sie müssen sich gegen die Folgen einer Wohnungsmarktentwicklung wehren, die auch für mittlere Einkommensgruppen inzwischen erhebliche Einschränkungen der Wohnchancen mit sich bringen.

Viele Bewohnerinitiativen und Selbsthilfegruppen setzen sich sozial selektiv zusammen, denn die Strukturen, in denen intermediäre Organisationen arbeiten, wirken sozial selektiv:

- * Der Druck, Projekte möglichst zügig zu realisieren und vorgebene Zeit- und Kostenrahmen einzuhalten, führt in anderen Fällen dazu, daß die intermediären Organisationen sich von Anfang an auf handlungsfähigere, d.h. auch weniger benachteiligte Gruppen konzentrieren.
- * "Enabling strategies" haben in der Regel ein anspruchsvolles Konzept ihres Gegenübers und können, indem sie jene ausgrenzen, die solchen Anforderungen nicht gerecht werden, sozial selektiv wirken.

5.4 Offene Bindungen

Wie sind intermediäre Organisationen eingebunden, über politisch-parlamentarische Kontrolle (Staat), Konsumentenprinzip (Markt) oder direkte Partizipation (Selbsthilfe der Haushalte)? Im Prinzip auf allen drei Wegen. Genauerer läßt sich nur bei Orts- und Entwicklungsbestimmungen für einzelne Typen sagen (Nähe/Entfernung zu Markt/Staat/Haushalten). Allerdings eröffnet dieses Nebeneinander der Einbindungsformen auch die Möglichkeit, sich jeglicher Kontrolle weitgehend zu entziehen.

5.5 Der intermediäre Bereich ist kein Insel

Wer im Quartier, in einem stark belasteten oder heruntergekommenen zumal, etwas verändern will, kommt mit gutem Willen und solidarischer Aktion allein nicht weit. Gebraucht wird Unterstützung mit

Rat und Tat und das können die intermediären Organisationen leisten. Benötigt werden aber auch materielle Hilfen, denn wer lange vernachlässigte Wohnungen instandsetzen will, benötigt Geld, und wenn Freiräume zum Leben im Quartier geschaffen werden sollen, kostet das gleichfalls Geld (sei es für den Erwerb, die Herrichtung oder den Verzicht auf bauliche Nutzung); wer Kindern und Erwachsenen Begegnungsmöglichkeiten eröffnen will, benötigte Räume (die in den Großstädten nur gegen die harte Konkurrenz am Immobilienmarkt zu haben sind) usw. Fehlt es an Raum, Geld oder Instrumentarien (z.B. zur rechtlichen Absicherung des Bewohnerengagements), dann wird die Selbsthilfe zur "selbstverwalteten Benachteiligung". Hilfe zur Selbsthilfe bei der Quartierserneuerung heißt also nicht: Ersatz sozialstaatlicher Leistungen durch gute Worte, sondern: neue Formen für die Unterstützung benachteiligter Gruppen in benachteiligten Stadtquartieren.

Besonders deutlich wird an Beispielen aus den Niederlanden (aber auch aus Österreich und einzelnen skandinavischen Ländern), daß vor allem eine klare, unterstützende staatliche Politik, die Rahmenbedingungen finanzieller, organisatorischer und rechtlicher Art setzt, im Zusammenwirken mit funktionsfähigen intermediären Strukturen wesentliche Entwicklungsimpulse vermitteln kann. Insofern handelt es sich hier nicht - wie gern vereinfachend unterstellt - nur um ein 'von unten' oder ein 'von oben', sondern um Prozesse wechselseitiger, konflikthafter Beeinflussung. Nur in diesem Wechselspiel läßt sich auf Dauer das "endogene Potential" in den städtischen Quartieren mobilisieren. Nur so können auch die intermediären Organisationen auf Dauer sinnvolle Funktionen übernehmen.

Klaus Selle ist Professor am Institut für Freiraumentwicklung und planungsbezogene Soziologie an der Universität Hannover

Anmerkung

* Dieser Beitrag geht vor allem in seinen empirischen Bestandteilen auf ein von der Volkswagen-Stiftung gefördertes Forschungsprojekt zur Arbeit intermediärer Organisationen in sechs Ländern ein. In den Ergebnisberichten zu diesem Projekt werden auch die einzelnen - hier nur illustrativ gestreiften - Beispiele in der notwendigen Ausführlichkeit dargestellt. Die folgenden Berichte sind erschienen im Sommer 1991 beim Dortmundervertrieb für Bau- und Planungsliteratur (Gutenbergstr. 59, 4600 Dortmund 1).

Bd. 1: Klaus Selle : Mit den Bewohnern die Stadt erneuern. Der Beitrag intermediärer Organisationen zur Entwicklung städtischer Quartiere. Beobachtungen aus sechs Ländern.

Bd. 2: Auf dem Weg zur sozial und ökologisch orientierten Erneuerung? Der Beitrag intermediärer Organisationen zur Entwicklung städtischer Quartiere in der Bundesrepublik Deutschland. Mit Beiträgen von : Joachim Boll, Rolf Froessler, Christian Kuthe, Anne Mauthe, Manuel Osorio, Marianne Sommer, Klaus Selle.

Bd.3: Reiner Staubach: Lokale Demokratie, moderne Dienstleistungen, soziale Problemlösungen. Der Beitrag intermediärer Organisationen zur Entwicklung städtischer Quartiere in den Niederlanden.

Bd. 4: Wilhelm Benfer/Rolf Froessler/Roger Karapin/Reiner Staubach u.a.: Anleitung zur Selbsthilfe. Zwischen 'community organizing' und marktnahem Service. Der Beitrag intermediärer Organisationen zur Entwicklung städtischer Quartiere in den USA.

Bd.5: Reinhold Lange: Problemlösungen mit Bewohnern - zwischen Selbsthilfe und Deregulierung. Der Beitrag intermediärer Organisationen zur Entwicklung städtischer Quartiere in Großbritannien.

Bd. 6: Stefan Rommelfanger: Bewohner beraten, Netze bilden, Organisationen entwickeln. Der Beitrag intermediärer Organisationen zur Entwicklung städtischer Quartiere in der Schweiz.

Bd. 7: Marianne Sommer: Bewohnerberatung als öffentliche Aufgabe? Der Beitrag intermediärer Organisationen zur Entwicklung städtischer Quartiere in Österreich.

Die hier vorliegenden Überlegungen zu den Ursachen für die Entstehung intermediärer Organisationen sind erschienen auch im Jahrbuch für Stadterneuerung 1991 (Herausgeber: Kunze, Schubert, Welch-Guerra).

Literatur

- Bärsch, J./Cremer, C./Novy, K.*, 1989: Neue Wohnprojekte - alte Genossenschaften. Kooperationsformen zur Bestandssicherung, Darmstadt.
- Brech, J./WohnBund* (Hrsg.), 1986: Konzepte zur Wohnraumerhaltung. Beispiele - Modelle - Experimente. Berichte des 3. Internationalen WohnBund-Kongresses, Darmstadt.
- Brech, J./WohnBund* (Hrsg.), 1989: Neue Wohnformen in Europa. 4. Internationaler WohnBund-Kongreß, Darmstadt.
- Einem, E. v. u.a.*, 1978: Analyse und Einschätzung der Beauftragung/Nichtbeauftragung von Sanierungsträgern. Bd. 02.017 der Schriftenreihen des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn.
- Evers, A.*, 1988: Shifts in the Welfare Mix - Introducing a new approach for the Study of Transformations in Welfare and Social Policy. In: Evers/Wintersberger (Hrsg.), Shifts in the Welfare Mix, Wien.
- Froessler, R./Selle, K.*, 1989: Die Erneuerung der Dritten Stadt. Aktivierung von Entwicklungspotentialen in benachteiligten Stadtquartieren - eine Vorstudie, Dortmund.
- Ganser, K.*, 1983: Wohnumfeldverbesserung. Eine Gemeinschaftsaufgabe privater und kommunaler Initiativen. In: Urbanes Wohnen e.V. (Hrsg.), Urbanes Wohnen - Bürger gestalten ihre Stadt, München.
- Hatzfeld, U./Junker, R.* (Hrsg.), 1989: Stadtteilbüros - Neue Formen bürgernaher Planung bei der Stadterneuerung, Dortmund.
- Huber, J.*, 1987: Die neuen Helfer. Das Berliner Modell und die Zukunft der Selbsthilfebewegung, München.
- ISSAB* (Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung (Hrsg.), 1989: Zwischen Sozialstaat und Selbsthilfe, Essen.
- Jessen, J.*, 1988: Informelle Arbeit - Perspektiven für die Stadtplanung? In: RaumPlanung, H. 40.
- Luhmann, Niklas*, 1981: Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat, München.
- Mauthe, A./Selle, K.*, 1988: Alltag und Engagement. Zu einigen Voraussetzungen gemeinschaftlichen Handelns im Wohnbereich. In: RaumPlanung H. 40.
- Mauthe, A./Segin, B./Selle, K.*, 1989: Mieter-Beteiligung. Schriften des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen H. 32, Dortmund.
- Novy, K. u. a.* (Hrsg.), 1985: Anders Leben. Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur, Bonn.
- Novy, K./Prinz, M.*, 1985: Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft, Berlin.
- Offe, Claus*, 1988: "Arbeitsgesellschaft". Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven., Frankfurt am Main.
- Offe, Claus/Heinze, Rolf G.*, 1990: Organisierte Eigenarbeit, Frankfurt am Main.
- Osorio, Manuel*, 1990: Intermediäre Organisationen. Neue Trägerformen zur Vermittlung zwischen Selbsthilfegruppen und Staat im Bereich Stadterneuerung. Diss. Ms. Universität Hamburg.
- Runge, Brigitte/Vilmar, Fritz*, 1988 Handbuch Selbsthilfe. Gruppenberichte, 900 Adressen, Gesellschaftliche Perspektiven, Frankfurt am Main.
- Selle, K.*, 1986: Bestands-Politik, Darmstadt.
- Selle, K. u. a.* (Hrsg.), 1988: Stadt Erneuern! Eine Ringvorlesung. Dortmund Beiträge zur Raumplanung Bd. 47, Dortmund.
- Selle, K.*, 1990: Intermediäre Organisationen in sechs Ländern. Ergebnisse einer Umfrage in den USA, den Niederlanden, der Schweiz, Österreich, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, In: Wohn-Bund-Jahrbuch 1990.
- Selle, K.*, 1991: Planung im Wandel: Vermittlungsaufgaben und kooperative Problemlösungen. In: Dokumente und Informationen zur Schweizerischen Orts-, Regional- und Landesplanung (DISP) H. 106 (Juli 1991).
- Staubach, R.*, 1988: Ortsnahe Beratungsinstitutionen in der Stadterneuerung. In: RaumPlanung H. 40.
- Urbanes Wohnen* (Hrsg.), 1988: Selbsthilfe und Demokratie im Wohnumfeld - Ansätze für ein besseres Wohnen in der Stadt, München.

Frank-Olaf Brauerhoch

Kulturpolitik und städtische Bewegungen - Das Beispiel Frankfurt am Main

1. Verarbeitung städtischen Pro- testes durch die Kulturpolitik

Den vom Lichterschein des brennenden Hochhausgerüstes angelockten Menschen im südlichen Frankfurter Westend scheint eine gewisse Begeisterung ins Gesicht geschrieben. Der Brandherd am Baugerüst des nach seinem Investor benannten "Selmi-Hochhauses" am Platz der Republik liegt in den oberen Stockwerken; die herbeieilende Feuerwehr kommt auf Grund zu kurzer Leitern nicht wie vorgesehen zum Einsatz. Die (kurzzeitige) Ohnmacht der Feuerwehrmänner führt zum Amusement der umherstehenden Bevölkerung; ein scheinbarer Schlag gegen die Westend-Spekulanten, ein positives Erlebnis gegenüber der sonst täglich erlebten Ohnmacht im Kampf gegen Hochhausbauten und Wohnraumzerstörung.

Das war zu Beginn der siebziger Jahre. Die "Aktionsgemeinschaft Westend (AGW)" versucht, sich gegen die von der Stadt beschlossene Umwandlung "ihres" gründerzeitlichen Wohngebietes zum "City-Erweiterungsgebiet" zur Wehr zu setzen. Der amtierende Oberbürgermeister Rudi Arndt ("Dynamit-Rudi", da er die Ruine der später wieder aufgebauten "Alten Oper" in die Luft sprengen lassen wollte) gibt sich gelassen, begrüßt die ersten Besetzungen leerstehender Wohnhäuser als "Argumentationshilfe" für das Vorgehen der Stadt gegenüber Westendsspekulanten, während die Menge bei besagtem Hochhausbrand-Happening skandiert: "Der Rudi ist ein Hampelmann - und der Selmi zieht daran!".

Die protestierenden "mündigen Bürger" paßten ins sozial-demokratische Konzept von "mehr Demokratie wagen" (Willy Brandt), von Wachstum und Fortschritt. Die Koalition aus aufgebrachten Westendbewohnern, der Schüler- und Studentenbewegung und Arbeitsemigranten konnte zu Beginn die Unterschiede zwischen ihren Mitgliedern bei den Realisierungschancen konkurrierender Lebensentwürfe überbrücken: Die Erhaltung einer Westendvilla ist für Haus- und Wohngemeinschaften mit Kinderladen im Erdgeschoß ebenso interessant wie für die gutbürgerlichen Wohnzwecke der in der Stadt Verbliebenen. Während die von Teilen der städtischen Bevölkerung praktizierten Alternativen im Lebenswandel bei Kulturpolitikern noch als "Chaos" wahrgenommen werden, rufen Bürgermeister als Reaktion auf die Proteste, die die Modernisierung der Stadtstrukturen begleiten, bereits die "menschliche Stadt" aus, werden "Bildung und Kultur zu Elementen der Stadtentwicklung" erklärt (Deutscher Städtetag 1972).

In Frankfurt eröffnet Rudi Arndt den Flohmarkt am Mainufer, die erste Fußgängerzone im Apfelwein- und Touristenviertel "Sachsenhausen" sowie den Neubau des "Historischen Museums" auf dem Römerberg. Die Museumsmitarbeiter schreiben die Geschichte neu und wollen durch die von ihnen neukonzipierte "ständige Ausstellung" es nicht mehr "dem Besucher überlassen, welchen Nutzen er je nach Bildungsgrad aus dem Gezeigten zieht"¹. Diese Versuche der Konstruktion von Chancengleichheit finden in der konservativen Stadtpresse als "Klassenkampf im Museum" ihren (gewünschten) Widerhall.

Die städtische Kulturpolitik bietet die "issues" für die in fortschrittliche und wertkonservative Lager polarisierte Bevölkerung. Währenddessen werden die besetzten Wohnblöcke in der Innenstadt nach und nach geräumt, abgerissen und später mit Bürogebäuden bebaut. Die aus den Protesten gegen die Umwandlung des Frankfurter Westends zum Cityerweiterungsgebiet hervorgegangene "Aktionsgemeinschaft Westend" (AGW) reduziert sich dagegen auf ihren "harten Kern" und bekommt "mehr und mehr den Charakter eines reinen Bürgervereins".

2. Instrumentalisierung des Protestes

Im Historischen Museum wird die Ausstellung von Geschichte zum "öffentlichen Ärgernis"³. Die Provokation bisheriger Museumsbesucher wird in Kauf genommen, um unkonventionelle Zugangsmöglichkeiten zur "Hochkultur" zu bieten. Die Instrumentalisierung des in der Demokratisierungsphase möglich gewordenen ehrfurchtslosen Zugangs und des Konsums von "Kultur(angeboten)" ist Teil eines Konzepts, das weiterhin vom zu behobenden "cultural lag" der Massen ausgeht, von der Notwendigkeit ihrer Hinführung zur Hochkultur. "Kultur für Alle" (Hilmar Hoffmann) - ein Konzept, das auch zur Legitimation der kommunalen Kultursubventionen erhalten muß - stellt für die "Hochkultur" neue Rezeptionssituationen her, die sich von der (sich später kommerzialisierenden) "Alternativ"- und Spektakelkultur kaum mehr unterscheiden. Die Theater beispielsweise "... wetteiferten, in immer phantasievolleren Anstrengungen, ein größeres Publikum anzusprechen: Nulltarif, Fußballchampions als Premieregäste oder Erbsensuppe als Pauseninszenierung..., die Bühnenkünste als schöne Konterbande unters Volk zu schmuggeln", schreibt Hilmar Hoffmann, von 1970-1990 Kulturdezernent in Frankfurt in seinem Rückblick⁴. Mitte der siebziger Jahre bietet die Stadt Mitmachkultur, Straßenfeste, Art-Meetings und kostenlosen Rock- und Jazzkonzertbesuch: "Lieder im Park" und "Jazz im Museum" lauten die neugegründeten Sommerkulturprogramme in Frankfurt

am Main, um die übriggebliebenen Stadtbewohner bei Laune zu halten.

Straßenfeste "ergänzen" das kommunale Kulturprogramm. Sie besitzen jene Qualität, die von Anfang an den Vororttrabanten der sechziger und siebziger Jahre und nun auch den tertiarisierten Stadtzentren fehlt: das Angebot zum Flanieren. Aber: Besucher von "außerhalb" führen auch zur steigenden Relevanz der "Schauseite" von Stadtteilfesten, deren Organisatoren - meist lokale Vereinen oder Initiativgruppen - müssen sich professionalisieren. Die Anzahl der als Publikum in Erscheinung tretenden Besucher steigt von Jahr zu Jahr; Publikum und nicht-integrierter Besucher zu sein, kommt dabei dem städtischen Bedürfnis nach "distanzierter Anteilnahme" entgegen. So bedingen sich die Prozesse von "innerer Schließung" und verstärkter Außendarstellung im traditionellen, alternativen und professionellen Stadtteilleben. In den siebziger Jahren bildeten Straßeninitiativen zu Verkehrsberuhigung, aber auch Versuche der Beeinflussung von städtebaulichen Neuordnungs- oder Sanierungsplänen in den innerstädtischen (zukünftig von der U-Bahn erschlossenen) Wohngebieten die Anregungen zu Straßenfesten. Aus Straßeninitiativen wurden Straßenfestinitiativen, zur Durchführung von "bunten Nachmittagen" im Freien mit ihren neuen Absatzmärkten für veredelte "(Über)lebensmittel", für "Energiebällchen" und selbstgekelterte Obstweine. Straßen- und Stadtteilfeste, zunächst ein Versuch lokaler (Gegen-)Öffentlichkeit, sind zuletzt vom ortsansässigen, professionellen Einzelhandel übernommen worden und gehören inzwischen zum festen Repertoire der städtischen Gesamtinszenierung.

3. Die "Kolonisierung" städtischer Öffentlichkeit

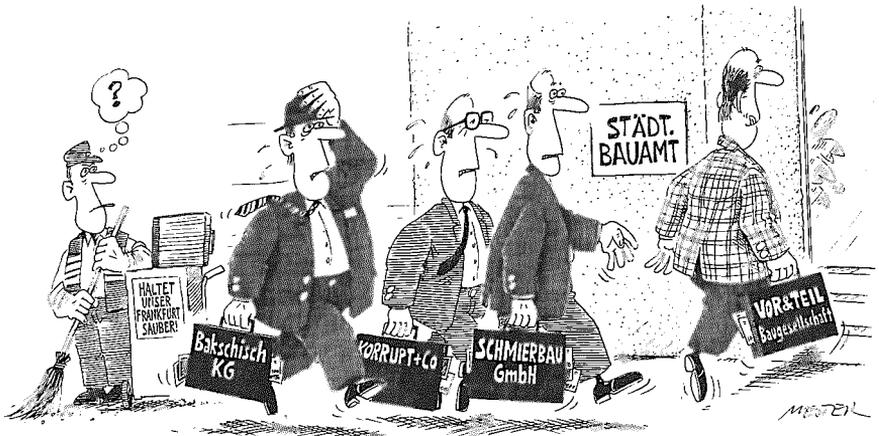
Der "kulturellen Erneuerung der Stadt von ihrem Zentrum aus" galt die Devise schwarz-roter Kulturpolitik unter Walter Wallmann und Hilmar Hoffmann. Wallmann konnte sich die Früchte der Arbeit seiner sozialdemokratischen Vorgänger zu eigen machen. Die Frankfurter SPD hatte auf ihrem Parteitag im September 1970 dem Wiederaufbau der Opern-

hausruine zu einem "soziokulturellen Zentrum" zugestimmt. Eröffnet wurde die "Alte Oper" elf Jahre später (1981) als ein "Monument des Bürgerstolzes", wie die FAZ bemerkte. Entgegen dem sozialdemokratischen Konzept des Wiederaufbaus der "Alten Oper" zum soziokulturellen Zentrum entstand dort ein internationales Kongreß- und Veranstaltungszentrum, ausgerüstet mit high-tech in CD-Aufnahmequalität. Bei Demonstrationen gegen den Bau der "Startbahn West" galt neben den neuesten Bankentürmen die soeben eröffnete Alte Oper als sensibler Punkt in der Innenstadt. Darüber hinaus aber, so scheint es, finden die Auseinandersetzungen zwischen etablierter Politik und sozialen Bewegungen um Räume in der Stadt an entgegengesetzten Orten statt.

Während am Stadtrand, in Frankfurt-Nied, ein leerstehendes Bundesbahnausbesserungswerk besetzt und nach drei Monaten geräumt, während im Flughafenwald auf dem Gelände der geplanten Startbahn-West ein "Hüttendorf" gebaut wird, beginnt die kulturelle Aufrüstung der Innenstadt. Die bis dahin geduldete Drogenszene wird von ihrem angestammten Platz, der "Haschwieße", vertrieben. (Seitdem dreht sich die städtische Drogenszene im Kreise, wird jeweils von dort verdrängt, wo sie die "Verschönerung" der

Innenstadt stört.) Die Kaiserstraße, aus der Touristenperspektive als das "Tor zu Frankfurt" deklariert, wird zum "Boulevard" ausgebaut, das drumherumliegende Bahnhofsviertel soll vom Drogenhandel und von der in den 70er Jahren mit städtischer Unterstützung aus dem Westend dort angesiedelten Prostitution "gesäubert" (Wallmann) werden. (Die Geschäfte, die dazu zwischen Magistrat und Bordellbetreibern abgeschlossen wurden, sind derzeit Gegenstand staatsanwaltlicher Ermittlungen.) Die Beschlüsse für Museumsneubauten am Mainufer werden gefaßt, und die Bundesgartenschau wird nach Frankfurt geholt. Am Platz vor dem Rathaus, dem Römerberg, wird die "Historische Ostzeile", zum "Schrecken der Gemütlichkeit" (Spiegel) "historisch" rekonstruiert. Die Geschichtsilusion zerbröckelt allerdings sprichwörtlich. Die "Fachwerksbauten" kommen auch Grund von Spannungen zwischen den verwendeten Materialien Holz und Beton (!) ins Schwanken und müssen mit Stahlträgern abgestützt werden. Doch noch steht die "Ostzeile" und die Fachwerkskulisse läßt den Platz für Versammlungen zu klein werden.

"Stadtgestaltung" war nicht nur in Frankfurt einer der Wege, den Protest an den Zwängen des Alltags in der funktional gegliederten Stadt zu Gestaltungsfragen umzudefinieren und vor Ort kleinzuarbeiten. "Kul-



tur" ist der Weichmacher bei der städtischen Modernisierungspolitik und übernimmt die Aufgabe, die einst von der Studenten- und Hausbesetzerbewegung geäußerte Kritik an den Formen der Vergesellschaftung in marktfähige Angebote an "mehr Lebensqualität" umzuwandeln.

In Frankfurt wurde der Besetzung der Räume, dem "Herstellen von Urbanität" (Deutscher Städtetag), dem Einsatz von Städtebau- und Kulturpolitik als Mittel des "urban design" nur an wenigen Orten Widerstand entgegengesetzt. Versuchten Teile der Hausbesetzerszene, die neue innerstädtische Aufteilung in Kultur-, Freizeit- und Verkehrszonen, in Wohn- und Geschäftsviertel aufzubrechen und erklärten an den Flohmarktsamstagen die am Main verlaufende Bundesstraße zum (Verkehrs-)Freiraum, das gesamte Mainufer zur "freien Handelszone", war dies willkommener Anlaß, den Flohmarkt vom Mainufer hinter die Mauern des Schlachthofes zu vertreiben. Die Interessen der von Verkehrslärm und nun auch noch von Gebrauchsgüterhandel geplagten Anwohner wurden vorgeschützt, um diesen Straßen- und Uferabschnitt mit seinen kommunalen Neubauten zum für den Kulturflaneurstörungsfreien "Museumsufer" umzudefinieren.⁵

Öffentlichkeit - im liberal-bürgerlichen Sinne Ort des von Eigen- und Privatinteresse sowie von Staat und Obrigkeit unabhängigen Raisonnements⁶ - wurde nun "angeboten", um Identifizierungsmöglichkeiten zu schaffen. Den bestehenden städtischen Öffentlichkeiten, den Nischen und Versuchen selbstbestimmter Lebensplanung wurde nicht nur durch den gestiegenen Investitionsdruck, sondern auch durch eine Stadtpolitik der Boden entzogen, die über Kulturinszenierungen städtische Öffentlichkeit redefiniert: "Open-Air-Kino am Main", Theater auf dem Römerberg, Großbildschirm auf dem Opernplatz, Budenzauber in der Innenstadt, gesponserte Kunstausstellungen in der "Schirn", Kulturprogramme als Ambiente.

Die kommunale Kommerzialisierung der öffentlichen Sphäre geht einher mit der Privatisierung der Stadt. Wurden die Hochhausneubauten in Frankfurt als Gewinn an "Urbanität" diskutiert, so gelang es

beim "Messeturm", "Europas höchstem Hochhaus", so der Slogan der Investoren, nicht einmal, die zukünftige öffentliche Begehbarkeit des Gebäudes mit den Investoren vertraglich abzusichern. Ein anderes Beispiel ist der öffentlichte Durchgang zwischen den zwei Türmen der Deutschen Bank. Er wird von nervösem Wachpersonal freigehalten und die Bordsteinkanten des Eckgebäudes sind aus Sicherheitsgründen gegen parkende Auto(bomben) "abgepoliert". Anderenorts in der Stadt wird dieses Sicherheitsproblem durch Wassergräben mit Umwälzanlagen - sprich Brunneninszenierungen - gelöst, nur daß es weder Platz noch Gelegenheiten gibt, sich davor zu versammeln.

4. Neustrukturierung - Der heimliche Standortfaktor

Städtischer Kulturrummel wird als Standortfaktor gehandelt: als "Zukunftsinvestition" für den lokalen Arbeitskräftemarkt, als Infrastruktur für die Befriedigung kompensatorischer Freizeitbedürfnisse der gutbezahlten DienstleistlerInnen. Das publizierte "Neue Interesse an der Kultur" beinhaltet aber noch einen anderen, einen "heimlichen Standortfaktor": den Arbeitsmarkt für Intellektuelle. Ihre Aufgabe ist es, die Produkte der Kulturindustrie "besser" zu machen, so zum Beispiel Ausstellungen zu erarbeiten oder die Museen mit neuen Ideen zu füllen.

Die Weiterentwicklung des Museumswesens brachte vor Ort das Frankfurter Museumsufer⁷, welches laut Wallmann, CDU-Oberbürgermeister von 1977-1987, dazu beigetragen hat, "Frankfurt von dem Ruf zu befreien, ein reines Wirtschafts- und Dienstleistungszentrum zu sein"⁸. War bisher Stadtmarketing Agentursache⁹, so bietet die Stadt seit der rot-grünen Römerkoalition (1989) den "Diskurs vom Amt". "Wir machen Öffentlichkeit!" lautet die Devise von Frauen-, Planungs- und Umweltamt. Für den neudefinierten Bereich des "Multikulturalismus" wurde hierfür eigens ein neues Amt geschaffen¹⁰. Während die rot-grüne Koalition dem Investitionsdruck nachgibt und die weitere Verdichtung der Innenstadt mit -bisher zehn - Bürotürmen plant, betreiben die zuständigen Ämter den "Diskurs des Städtischen"¹¹:

“Frauenstadgespräche Frankfurt” im “Kulturcafe Schirm”; das Stadtplanungsamt bietet eine Veranstaltungsreihe zur “Zukunft des Städtischen”, während das verbleibende Restgrün an den Stadträndern im Auftrag des Umweltamts seinen Bürgern als “Grün-Gürtel” nahegebracht wird. Es scheint, als habe der “organische Intellektuelle” seinen Wirkungskreis gewechselt und betreibe fortan die diskursive Begleitung real-existierender Modernisierungspolitik in Frankfurt.

Die neuste Kulturpolitik pendelt zwischen der “Inszenierung der Stadt”¹² und der Etablierung von Teilen der ehemaligen “Alternativkultur”. “Die Bewegung” ist angekommen und langjährige Kulturinitiativen im Literatur-, Film- und Theaterbereich werden wunschgemäß städtischerseits in repräsentativen Häusern untergebracht. Der Kulturpolitik neue Aufgabenfelder zuzuweisen, etwa an die Peripherie zu gehen, Chancengleichheit in den Ausdrucksmöglichkeiten der verschiedenen kulturellen Milieus in dieser Stadt versuchen herzustellen, mag zwar die Intention der im rot-grünen Koalitionsvertrag vereinbarten “Kulturfeiern im Stadtteil” gewesen sein, deren Realisierung kommt aber durch die langfristige Festlegung der Haushaltsmittel weiterhin auf Großprojekte nur schleppend voran.

“Frankfurter Intellektuelle” folgen der kulturpolitischen Fixierung aufs Zentrum und erklären Kulturindustrie zum Mittel der Aufklärung: “Im Gegensatz zu Adorno und Horkheimer ließe sich pointiert formulieren, daß Kulturindustrie heute zu einem nicht geringen Teil an der intellektuellen Vorbereitung der Modernisierung von kapitalistischer Gesellschaft beteiligt ist - indem sie Öffentlichkeit für zentrale gesellschaftliche Probleme herstellt. (...) Das Spezifische der Kulturindustrie besteht darin, daß sie in nicht wenigen Bereichen zur Herstellung kritisch rasonnierender Öffentlichkeit beiträgt, die allemal ein Medium gesellschaftlicher Emanzipation und sozialer Modernisierung war.”¹³

Das Publikum - einst das Subjekt von Öffentlichkeit - wird hier der wohlfeilen Interpretation geopfert - zugunsten einer (erhofften) Teilnahme “der Intellektuellen” an der Kultur- und Öffentlichkeitsproduk-

tion. Fragen nach dem Rezipienten, nach dem Umgang des Publikums mit dem städtischen Kulturspektakel unterbleiben.¹⁴ Die Allianz “Städtischer Intellektueller” mit der konservativ - modernistischen Stadtpolitik bildete die Basis für den Burgfrieden in der “Kulturstadt Frankfurt”¹⁵. Dies rächst sich jetzt. Nach dem Ende der 20-jährigen Amtszeit von Hilmar Hoffmann hat die Formel von der “Kultur für Alle” seine einigende und städtische Mittel nahezu grenzenlos aktivierende Kraft¹⁶ verloren. Linda Reisch erhält als Hoffmann-Nachfolgerin nun die Schelte der Intellektuellen für das geringer Werden des Interesses an der Kultur (und der kommunalpolitisch aufbringbaren Mittel für dieselbe). So wie “von der kulturalistisch gewendeten ‘Altszene’ wenig Sensibilität für die soziale Selektivität und die sozialen Folgelasten der ‘neuen Urbanität’ zu erwarten ist”¹⁷, so wenig sind die an der bisherigen Kulturalisierung der Politik Beteiligten in der Lage, die sich in der (Schein)-Polarität von Kultur- versus Sozialpolitik, von “Modernisierern” versus “Traditionlisten” formulierenden Widersprüche fruchtbar werden zu lassen.

Doch unter dem Eindruck der Ergebnisse Lantagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein beginnen - ein Jahr vor den nächsten Kommunalwahlen in Hessen - die Frankfurter Grünen und die CDU den städtischen Kulturetat zur Disposition zu stellen. Brüstete sich Hilmar Hoffmann damit, in seiner Amtszeit den Kulturetat von weniger als fünf auf elf Prozent der Gesamtausgaben gesteigert zu haben, muß seine Nachfolgerin Linda Reisch nun in der Öffentlichkeit um die soziale Legitimität der Kulturausgaben streiten. Ob daraus eine fruchtbare Kontroverse fruchtbar werden kann, darüber entscheidet mit die Risikofreudigkeit der lokalen Intellektuellen. Mann und Frau dürfen gespannt sein.

Frank-Olaf Brauerhoch arbeitet am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt

Anmerkungen

- ¹ Hoffmann, D./Junker, A./Schirmbeck, P., Geschichte als öffentliches Ärgernis, Gießen 1976.
- ² Stracke, E., Stadtteilerstörung und Stadtteilkampf in Frankfurt am Main, Köln 1980, S. 168.
- ³ So der Titel der 1976 vorgelegten Dokumentation (siehe Anm. 1).
- ⁴ Hoffmann, H., Kulturpolitik: Auf dem Weg in die Kulturgesellschaft? in: Ders./Klotz, H. (Hrsg.), Die Kultur unseres Jahrhunderts. 1970-1990, Düsseldorf - Wien 1990, S. 33-53 (S. 39)
- ⁵ Greverus, I.-M., in: Frankfurter Feste - von wem, für wen?, Frankfurt 1979 (Schriften des Instituts für Kulturanthropologie), S. 8.
- ⁶ SPD-Fraktion, Frankfurt - intern, 1972, verantwortlich: Hans Michel.
- ⁷ Vgl. *Speerplan*: City-Leitplan Frankfurt, hrsg. vom Magistrat der Stadt, 1983.
- ⁸ Vgl. Habermas, J., Strukturwandel der Öffentlichkeit, Darmstadt - Neuwied 1962, sowie dessen Vorwort zur Neuauflage 1990.
- ⁹ Vitali, Christoph, Werbung oder Mäzenatentum? in *LeitWerk* 3/89, S. 21
- ¹⁰ Zum "Museumsufer" vgl. meinen Beitrag: "Das Prinzip Museum, in Brauerhoch, F.-O. (Hg.), 1991, Frankfurt am Main. Stadt Soziologie und Kultur, S.107 - 122.
- ¹¹ *Stadtbauwelt*, 92/1986.
- ¹² Vgl. Scholz, C., Frankfurt, eine Stadt wird verkauft, Frankfurt/M. 1989.
- ¹⁴ Vgl. auch die Artikelserie im *Design Report*, 1988/90.
- ¹⁵ Vgl. Linda Reisch in der Frankfurter Rundschau vom 7. November 1989: "Laßt uns nicht Trends in Szene setzen, sondern diese Stadt!"
- ¹⁶ Erd, R., Kulturgesellschaft oder Kulturindustrie? in: R. Erd u.a. (Hrsg.), *Kritische Theorie und Kultur*, Frankfurt/M. 1989, S. 216-236 (S. 230-233).
- ¹⁷ Dabei haben die Kulturindustriearbeiter längst erkannt, daß es den "selbsttätigen Rezipienten" gibt. So spricht Alexander Kluge von Film als "Material", welches der Betrachter sich im Kopf neu zusammensetzt. Vgl. Kluge, A., in: Erd, R., u.a. (Hrsg.), *Kritische Theorie und Kultur*, Frankfurt/M. 1989.

Hermann Voesgen

Selbstgewählte Nachbarschaften

Gemeinsam wohnen in Hausgemeinschaften und Wohngruppen

Das deutsche Wort 'Nachbar' ist zusammengesetzt aus den Wörtern 'nah' und 'Bauer' und bedeutet ursprünglich "nahe bei wohnen" (HAMM, 1973). Die benachbarten Bauern verbanden normativ festgelegte Nachbarschaftsverpflichtungen. Mit der Zerstörung der feudalen Bande wurden die Nachbarschaftsbeziehungen ausgedünnt und unverbindlicher. Gleichwohl müssen sich auch die modernen Bewohner auf ihre Nachbarn beziehen. Nachbarn hat man, sie sind durch den Raum vorgegeben.

Berücksichtigt man diese Bestimmung von Nachbarschaft, dann ist der Titel "Selbstgewählte Nachbarschaften" paradox, weil in der Nachbarschaft doch gerade die räumliche Nähe die sozialen Beziehungen konstituiert. In den vergangenen Jahren sind jedoch zahlreiche Wohnexperimente entstanden, in denen dieser Zusammenhang nicht mehr akzeptiert wird. In den Gruppen suchen sich die Bewohner ihre Nachbarn aus. Wir haben in einer Untersuchung zwei Typen selbstgewählter Nachbarschaften analysiert. Zum einen Wohngruppen von Haushalten, die gemeinsam eine Häusergruppe geplant und gebaut haben (zwischen vier und 50 Haushalten). Zum anderen haben wir sogenannte Hausgemeinschaften untersucht. Dieser Begriff hat sich eingebürgert für den Zusammenschluß von zwei bis drei Haushalten, die sich ein Haus suchen, um gemeinsam dort zu wohnen. Den Bewohnern dieser Projekte ist gemeinsam, daß sie gerne eng mit Nachbarn zusammenwohnen möchten, es aber nicht dem Zufall überlassen wollen, wer ihre Nachbarn sind.

Bei dieser Auswahl entstehen weitgehend homogene Gruppen, worauf ich zunächst eingehe. Dann suche ich nach Gründen für den Wunsch, mit ähnlichen

Leuten zusammenzuwohnen, um schließlich die Grenzen der Homogenisierung und die Chancen dieser Wohnformen zu beleuchten.

1. Die gleiche Wellenlänge

1.1 Sozialstruktur und Lebenssituation

Typische Bewohner einer Hausgemeinschaft oder einer Wohngruppe sind das doppelt verdienende Lehrerehepaar, ca. 35 Jahre alt mit zwei Kindern zwischen zwei und zehn Jahren; mindestens einer der Partner hat die Zahl der Unterrichtsstunden reduziert, vorwiegend die Frau. Typisch ist dieser Haushaltstyp in mehrerer Hinsicht. In den Projekten dominieren die Akademiker in pädagogischen und sozialen Berufen. Überwiegend leben in den Wohngruppen und Hausgemeinschaften Leute mittleren Alters. Eine Altersmischung ist in den Projekten nicht festzustellen. Es gibt keine jungen Erwachsenen um die 20 Jahre, und es finden sich nur ganz vereinzelt ältere Menschen. Fast alle Bewohner haben Kinder. In mehreren Fällen sind Bewohner ohne Kinder wieder ausgezogen, aufgrund von Konflikten zwischen Eltern und kinderlosen Bewohnern.

1.2 Normen und Haltungen

Sozialstruktur und Lebenssituation sind grobe Siebe für die potentiell in Frage kommenden Bewohner. Aber nicht alle Lehrer kommen miteinander aus; auch nicht alle Erwachsenen, die Kinder haben, finden sich sympathisch, genauso wenig wie alle 35-jährigen etwas miteinander zu tun haben wollen. Für die Auswahl der passenden Bewohner werden noch fei-

ner Siebe eingelegt - ähnliche Normen und soziale Haltungen.

Zunächst will ich einige typische normative Orientierungen skizzieren:

- **Ordnung:** Wer in Wohnprojekten lebt, muß "die Sachen ein bißchen freizügig sehen". Menschen, die rigide Ordnungsvorstellungen vertreten, haben es bzw. machen es ihren Mitbewohnern schwer. Innerhalb dieser Grundhaltung unterscheiden sich die Ordnungsstandards der Projekte beträchtlich. Sie reichen vom *laissez-faire*-Prinzip ("wenn jemand zu sehr darunter leidet, gibt es eine Aufräumaktion") bis zu gepflegten und nach einem festen Plan in Ordnung gehaltenen Anlagen. Innerhalb der Projekte sind die Standards jedoch angeglichen.
- **Kindererziehung:** Die Grundeinstellung ist in allen Projekten ähnlich: Kinder sollen einen großen Freiraum haben. Unpassend sind Eltern, die darauf bedacht sind, daß sich die Kinder den Wohnanforderungen der Erwachsenen unterwerfen.
- **Politische Einstellung:** In den politischen Grundhaltungen bewegen sich die Bewohner zwischen linksliberal bis hin zu sozialistisch-alternativ. Extreme Unterschiede in den manifesten politischen Haltungen gibt es kaum.

Die Erwartungen und Einstellungen in bezug auf das Wohnprojekt werden auch beeinflusst durch die Wohnbiographie. In den Wohnzusammenhängen leben Menschen mit jeweils ähnlichen Wohnstationen. In einigen Projekten überwiegen Bewohner, die unterschiedliche Wohnformen, u.a. Wohngemeinschaften, ausprobiert haben. Sie wollen in den Wohngruppen und Hausgemeinschaften ein Stück ihres anderen Lebens (im Vergleich zur Kleinfamilie) erhalten. In den anderen Gruppen leben Menschen, die vorher traditionell gewohnt hatten. Für sie ist das gemeinschaftliche Wohnen das Wagnis, ein bißchen anders zu leben.

Die Projekte unterscheiden sich auch in den Haltungen, die für die Wohnpraxis relevant sind. Ich nenne

einige Grundhaltungen, die jeweils für eine Gruppe von Projekten typisch sind:

- **Glücklicher Harem:** Das sind Wohngruppen, in denen die Mehrzahl der Frauen wie in einem freiwilligen Harem lebt. Sie haben eine Berufsausbildung und teilweise eine feste Teilzeitstelle, schieben aber den Wiedereinstieg in den Beruf vor sich her, weil sie sich in ihrer Hausfrauen- und Mutterrolle ganz wohl fühlen und von den anderen bestärkt werden. Wenn sie alleine leben würden, wäre ihnen schon längst "die Decke auf den Kopf gefallen", und sie wären wieder in den Beruf zurückgekehrt.
 - **Punktuelle Anregungen:** Einen Gegenpol stellen die Projekte dar, in denen Männer und Frauen stark berufsorientiert sind. Im Alltag treffen die Bewohner sich oft nur im Treppenhaus auf dem Weg zur Arbeit oder von der Arbeit. Man hat in erster Linie eine funktionale Beziehung, d.h. die gegenseitige Entlastung steht im Vordergrund. Intensive Begegnungen sind punktuell, z.B. wenn sich bei einem gemeinsamen Abendessen ein gutes Gespräch ergibt.
 - **Neue Männer:** Die neuen Männer sind auch in den Wohnprojekten seltene Exemplare. Wir haben jedoch einige Projekte angetroffen, in denen der Anspruch nach gleicher Verteilung der beruflichen und häuslichen Arbeit zwischen Mann und Frau ernst genommen wird. Konkret bedeutet das, daß die Männer dort zumindestens reduziert arbeiten und Teile der Familien- und Hausarbeit übernehmen.
- ### 1.3 Sympathie
- "Es gibt ungeheuer viele Menschen, mit denen könnte ich nicht zusammenleben, das ist in erster Linie eine gefühlsmäßige Sache." Jenseits sozialer Ähnlichkeiten suchen die Bewohner nach Gemeinsamkeiten, die sie selbst nur sehr allgemein benennen können: "Die sieht nicht völlig daneben aus", "die beiden waren uns sympathisch", "wir fanden die nett", "wir hatten das Gefühl, daß es zusammen geht". Die Bewohner legen die Checkliste sozialer

Kategorien beiseite und beschnuppern einander. Gesiebt wird jetzt auf der Beziehungsebene. Nicht mehr nach Beruf, Alter und Lebenssituationen wird gefragt, sondern: Kann ich mit dieser Person auskommen? Weil es sich um gefühlsmäßige Übereinstimmungen handelt, können die von uns befragten Frauen diese Ebene nicht inhaltlich füllen, "man muß dafür ein Gespür haben, ob es stimmt".

Einen Einblick in diese Dimension gewinnt man, wenn es nicht mehr "stimmt". Gemeint sind Konflikte, die auf einer ganz persönlichen Ebene liegen. Bewohner geraten aufgrund ihrer unterschiedlichen Persönlichkeitsstruktur aneinander, und die Konflikte lassen sich auf der sachlichen Ebene nicht regeln. Eine Hausgemeinschaft ist beispielsweise auseinandergegangen, weil die Frauen mit dem Zwiespalt Berufs- und Kinderwunsch sehr konträr umgegangen sind. Während die eine sich viel Zeit für die Kinder nahm und sich beurlauben ließ, stellte die andere ihren Beruf in den Vordergrund und suchte sich von der Kinderbetreuung zu entlasten. Die beiden Frauen konnten diese Differenz nicht aushalten.

1.4 Die Szene

Aus einem Bericht über die teilnehmende Beobachtung einer Wohngruppe: "Im Sommer besuchte ich zum ersten Mal die Baustelle. Glücklicherweise begegnete mir gleich ein Bekannter und im Laufe der Zeit stellte sich heraus, daß ich vier zukünftige Bewohner persönlich kenne, denn es scheint die halbe etablierte Szene von Salzburg hier versammelt." (JONAS 1987, 81) Es ist kein Zufall, was dem Autor passiert ist. Die Bewohner von Gemeinschaftsprojekten kommen aus der 'Szene'. In diesem notwendig unscharfen Begriff verbinden sich sozialstrukturelle Merkmale mit Zugehörigkeitsgefühlen. Die Szene hat einen sozialen Kern, den man benennen kann (Einkommen, Beruf, Parteizugehörigkeit) und einen emotionalen Überbau (man erkennt sich).

Sucht jemand nach Leuten, die mit ihm zusammenleben wollen, so hört er sich in der Szene um: unter den Bekannten, in der Kneipe, in der Kindergruppe, im Naturkostladen, im Gesundheitsladen, in



der Gewerkschaft, in einer Dritte-Welt-Gruppe, in der Partei usw. Der Unterschied zum konventionellen Verhalten ist offensichtlich - die Wohnungssuche über Zeitungsanzeigen und Makler spielt bei den Wohnprojekten kaum noch eine Rolle. Schaut man sich die Gründungsphase einer Wohngruppe an, verläuft das typischerweise so: Ein Architekt oder einige Interessierte sammeln um sich eine Interessentengruppe. Man erfährt von dieser Gruppe durch Freunde, Bekannte, Kollegen, kurz: über Mundpropaganda werden weitere Teilnehmer gefunden. Die anschließende Planungsphase dauert im Durchschnitt zwei Jahre und hat auch die Funktion eines Selektionsprozesses. Im Lauf der gemeinsamen Planungsarbeit stellt sich heraus, wer nicht in die Gemeinschaft paßt, und wie nebenbei bildet sich die Bewohnergruppe.

Noch deutlicher kann man bei den Hausgemeinschaften die Bedeutung der Szene für die Gruppenbildung beobachten. Nur in einem Fall wurde eine Zeitungsanzeige aufgegeben, um Mitbewohner zu finden. Die meisten Bewohner kannten sich vorher über den Beruf, gemeinsamen Bekanntenkreis, eine politische, soziale oder kulturelle Gruppe. Sucht man einen neuen Mitbewohner, so spricht sich das in der Szene schnell herum.

2. Warum müssen sich die Bewohner ähnlich sein?

Ein Schlüsselwort für die Analyse der Projekte ist Lebens'rythmus'. Der gemeinsame Rhythmus ist die funktionale Basis für ein ausgeglichenes und entlastendes Zusammenleben. Erwartet werden von den Mitbewohnern aber auch 'Melodien'. Man möchte sich unterhalten, anregen und bewegen lassen. Die beiden Aspekte werde ich kurz darstellen.

2.1 Bei aller Freundschaft

Ein wichtiges Motiv für die Gründung von Hausgemeinschaften und Wohnprojekten ist der Wunsch nach Entlastung von Hausarbeit und Kinderbetreuung. Das reicht von gelegentlichem Aufpassen auf die Kinder bis zu regelmäßigen Kochdiensten. Wie aus-

giebig die Entlastungsmöglichkeiten auch genutzt werden: Immer gilt das Prinzip der Gegenseitigkeit. Die Arbeit, die man für andere in der Gemeinschaft macht, ist nicht selbstverständlich, nicht uneigennützig. Es ist keine natürlich erscheinende Hilfsbereitschaft ohne Gegenleistung wie bei Verwandten.

Eine unserer Gesprächspartnerinnen hat Schwierigkeiten, ihre Mitbewohnerin zu bitten, auf die beiden Kinder aufzupassen, weil deren Sohn bereits 15 Jahre alt ist und keiner Beaufsichtigung mehr bedarf. Die Frau mit den kleinen Kindern kann daher nicht die entsprechende Gegenleistung erbringen, deshalb "frag ich auch nicht gern". In besonderen Situationen springt man natürlich ein, aber die Bilanz gegenseitiger Dienstleistungen muß ausgeglichen sein - keine Hausgemeinschaft und keine Wohngruppe ohne Nettonutzen. Um eine ausgeglichene Leistung zu erreichen, muß man mit Leuten zusammenwohnen, die ähnliche Leistungen erbringen können.

Das Zusammenleben in den Gemeinschaften läßt sich aber nicht beschränken auf gegenseitigen Nutzen. Es sind keine Dienstleistungen, die man einfach in Anspruch nehmen kann, ohne persönliche und gefühlsmäßige Bindungen. Gegenseitige Hilfen sind nur möglich, wenn das emotionale Netz hält. Wenn man die Kinder mal bei Nachbarn "abgeben will", müssen die Kinder sich dort wohlfühlen. Wenn die Kinder die anderen Erwachsenen nicht mögen, kein Vertrauen haben, dann gibt es eben keine Entlastung von den Mühen der Elternschaft. Die Nachbarn müssen bereit sein, sich auf "fremde" Kinder einzulassen, ihnen Geborgenheit und Zuwendung vermitteln.

Hinzu kommt, daß die Erwachsenen sich auch untereinander mögen oder zumindest entspannt miteinander verkehren müssen. Wenn die Erwachsenen ein kühles Verhältnis zueinander haben oder sich zwischen ihnen Spannungen aufgebaut haben, dann merken es die Kinder und übernehmen in den meisten Fällen die Vorbehalte. Ist die Beziehungsebene in den Gemeinschaften zu kompliziert, dann funktioniert

die Entlastung nicht mehr. Die Bewohner müssen schon allein aus funktionalen Gründen ein Interesse daran haben, sich Mitbewohner zu suchen, zu denen sie ein gespanntes Verhältnis haben.

2.2 Kommunikation

Frauen mit kleinen Kindern sind stark auf die Wohnung und die Wohnumgebung angewiesen. Wenn sie nicht "allein mit den Kindern versauern wollen", brauchen sie Kontakte im Wohnbereich. Überlassen die Frauen es dem Zufall, wer ihre Nachbarn sind, kann es ihnen passieren, daß sie sich Verhaltensformen anpassen müssen, die ihnen fremd sind - nur um Kontakt zu haben. Dazu sind die Bewohner von Wohnprojekten nicht bereit. Ein Grund dafür ist das Ausbildungsniveau der Frauen. Fast alle haben eine qualifizierte Ausbildung und einen Beruf bzw. streben einen Beruf an. Sie sind wegen der Kinder vorübergehend aus dem Beruf ausgestiegen oder haben eine Teilzeitarbeit aufgenommen. Es ist in unserem Sample keine Hausfrau, also eine Frau, die sich langfristig für Kinder und Küche entschieden hat. Die Frauen haben weitergehende Interessen, sie wollen nicht im Hausfrauen- und Mutterdasein aufgehen, nur weil sie zeit- oder teilweise ans Haus gebunden sind.

Die Befragten wollen ihren Nachbarn nichts vormachen, nur weil sie wegen der Kinder auf Kontakte angewiesen sind. Sie wollen sich nicht Normen unterordnen, die sie nicht teilen. Beispielsweise haben sie keine Lust, "wegen der Nachbarn" den Vorgarten von allem Unkraut zu tilgen. Genausowenig wollen sie sich Nachbarschaftsritualen unterwerfen, wie Pflichtbesuchen oder der Konversation über Dinge, die sie nicht interessieren. Statt Einschränkung erwarten die Bewohnerinnen der Gemeinschaftsanlagen Erweiterung. Wenn die Mütter schon für einige Jahre an die Wohnung gebunden sind, dann erwarten sie Nachbarn, mit denen sie die Beschränkungen ihrer Entfaltungsspielräume ausgleichen können. Man holt sich einen Teil der sozialen Welt, von der man durch Familienverpflichtungen ausgeschlossen ist, in den Wohnbereich.

3. Nur keine Ansprüche - Grenzen der Nähe

Richard Sennett spricht in seinem Buch über "die Tyrannei der Intimität" (1986) von einer zunehmenden Tendenz narzistischer Verhaltens. In ihren Beziehungen suchen die Individuen nach Anteilen des eigenen Selbst in den anderen. Sie dienen als Spiegelung der eigenen Identität und als dessen Stütze. Das Verlangen nach gleicher Wellenlänge und gefühlsmäßiger Übereinstimmung in den Wohnprojekten scheint diese These zu bestätigen. Besonders deutlich ist das bei den zahlreichen Lehrerhausgemeinschaften: Man lacht über die gleichen Schulwitze, und keiner fragt penetrant, ob es gerecht sei, daß Lehrer soviel Ferien haben. Die eigene Identität wird nicht in Frage gestellt, im Wohnbereich ist man sicher. In abgeschwächter Form gibt es weitere Anhaltspunkte, die auf narzistisches Verhalten hindeuten. So wird oft betont, daß man sich nur "begrenzt auf unterschiedliche Leute einstellen kann". Hervorgehoben wird auch der Wunsch, "zur Ruhe zu kommen", und deshalb kann man nicht mit Menschen zusammenleben, die immer wieder vieles, was man als richtig und wichtig erkannt hat, in Frage stellen. Die Tendenz zur Homogenisierung hat jedoch eine klare Grenze:

3.1 Freundschaft

Eine Standardgeschichte über gemeinschaftliches Wohnen geht etwa folgendermaßen: Es waren zwei befreundete Ehepaare, die trafen sich oft und fuhren auch manchmal zusammen in Urlaub. Weil sie beide Kinder hatten und sich gut verstanden, beschlossen sie, sich zusammen ein Haus zu suchen. Kaum waren sie eingezogen und das letzte Zimmer gestrichen, waren sie keine Freunde mehr. Solche Geschichten haben wir oft gehört und ebenso haben uns Befragte erklärt, sie würden nie mit ihren Freunden zusammenziehen.

Warum ist Freundschaft Gift für gemeinsames Wohnen? An eine Freundschaft werden hohe persönliche Ansprüche gestellt: Ehrlichkeit, Offenheit, Füreinanderdasein, Intensität. Diese Ansprüche kollidieren

mit dem, was man in einem Wohnprojekt verwirklichen kann: Man sagt seinen Mitbewohnern nicht alles, was man denkt, ist also nicht immer ehrlich. Man spricht nicht über alle Dinge, die einen bewegen, verschließt sich auch vor den anderen. Hilfe beruht auf Gegenseitigkeit; man hilft nicht nur aus Freundschaft. Aus der Sicht einer Freundschaft sind die Beziehungen in einem Wohnprojekt unzulänglich, zufällig: "Ich kann mich mit diesen 'Zufälligkeiten' besser arrangieren, als wenn ich meine besten Freunde hier hätte."

"Nur keine Ansprüche", das ist eine der leitenden Parolen der Bewohner, die schon einige Erfahrungen im gemeinschaftlichen Wohnen hinter sich haben. Viele, die mit Freunden zusammengezogen sind oder eine Gruppe gesucht haben, in der sie Wohnalltag und intensive persönliche Beziehungen in Einklang bringen können, sind enttäuscht worden. An die Stelle hoher Erwartungen ist eine nüchterne Einstellung getreten. Wohnprojekte verlangen robuste Beziehungen. Man "darf nicht zimperlich sein", wie eine Frau es ausdrückt. Man ist sich gegenseitig auch

Mittel zum Zwecke der Entlastung, das schafft Distanz. Im Zusammenleben gibt es Dinge, die einem immer wieder auffallen, befremden oder stören. Um sich darin nicht zu verlieren, braucht man eine gewisse Gleichgültigkeit.



Die freundliche Aufgeschlossenheit meiner neuen Nachbarn war überwältigend!

4. Möglichkeiten

Die Nachbarschaften der Wohnprojekte erschöpfen sich aber nicht in "anspruchloser Ähnlichkeit". In den Projekten bunkern sich nicht Menschen mit narzisstischen Störungen ein, vielmehr sind die Gemeinschaften Plattformen für individuelle Entfaltung. In den Projekten leben Menschen mit hohen Ansprüchen an individuelle Verwirklichung. Sie sind Teil einer "Individualisierungsdynamik" (BECK 1986), die die Menschen "aus den Fassungen des Geschlechtes,

seiner städtischen Attribute und Vorgegebenheiten herauslöst oder doch bis ins innerste der Seele hinein erschüttert. Das Gesetz, das über sie kommt, lautet: Ich bin ich." (ebd., 175)

Besonders deutlich wird diese Entwicklung bei den Frauen. Sie lehnen zunehmend die traditionellen Rollenzuweisungen - Mutter und treusorgende Ehefrau - ab und machen sich auf die Suche nach eigenen Lebensentwürfen. Folge davon ist die Ausdünnung der Familienbeziehungen. Die Familie ist nicht mehr der einzige relevante Lebensbereich außerhalb des Berufes. Die einzelnen Familienmitglieder entwickeln differenzierte Entfaltungswünsche, die im Rahmen der Familie nicht allein zu erfüllen sind.

An diesem Punkt setzen die Wohngruppen und Hausgemeinschaften an. Sie haben die Funktion, die Familienbeziehung zu erweitern, den einzelnen die Möglichkeit zu Kontakten im Wohnbereich zu öffnen. Durch die Auswahl der Nachbarn können die Projekte Kommunikationsmöglichkeiten bereithalten und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erleichtern. Die Wohngruppen und Hausgemeinschaften sind Übergangsräume zwischen dem Privatbereich der Familie und den öffentlichen Bereichen. Über die Mitbewohner und deren Bekannte lassen sich Beziehungsnetze knüpfen, und die Entlastungspotentiale durch das Gemeinschaftswohnen erleichtern individuelle Entfaltungsmöglichkeiten über die Familie hinaus.

Die Stärke der neuen Wohnformen liegt in ihrer Offenheit. Der bauliche Rahmen - abgeschlossene Wohnung mit zusätzlichen Gemeinschaftsflächen - ermöglicht unterschiedliche Wohnpraktiken. Es können dort ganz konventionelle Kleinfamilien leben, die sich gegenseitig stark abgrenzen und z.B. den Gemeinschaftsraum nur für Familienfeste nutzen. In

den Gemeinschaftsanlagen können sich aber auch die Familiengrenzen weitgehend auflösen und weitverzweigt Kommunikations- und Entlastungsnetze entstehen. Zwischen diesen Polen liegt ein weites Feld an Wohnmöglichkeiten. Wohngruppen und Hausgemeinschaften sind nicht das Korsett einer Lebensweise, eher ein lockerer Überwurf.

Hermann Voesgen arbeitet als Leiter des Modellversuchs "Kultur und Region" in Oldenburg/Aurich

Anmerkung

- ¹ Der Aufsatz basiert auf dem DFG-Projekt "Veränderungen des Wohnverhaltens" der AG-Stadtforschung an der Universität Oldenburg. Weitere Mitarbeiter der Studie waren Ulrike Schneider und Walter Siebel. Kern der Untersuchung waren 50 qualitative Interviews mit BewohnerInnen von Wohngruppen und Hausgemeinschaften (siehe Projektbericht, Oldenburg 1939).

Literatur

- BECK, U.: Auf dem Weg in die Risikogesellschaft, Frankfurt/M. 1986.
 HAMM, B.: Betrifft: Nachbarschaft, Düsseldorf 1973.
 JONAS, P.: Über den Zusammenhang von Konformität und Kohäsion in Kleingruppen, Dissertation, Salzburg 1987.
 SENNETT, R.: Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität, Frankfurt/M. 1986.
 VOESGEN, H.: Stunden der Nähe - Tage der Distanz. Zum Verhältnis von Distanz und Nähe in Wohngruppen, in: J. Brech (Hrsg.): Neue Wohnformen in Europa, Darmstadt 1989.

Arbeitskreis Soziale Bewegungen in der DVPW
Einladung und Programm der Sommer-Tagung 1992
26.-28. Juni 1992 in Bad Honnef

Dritter Sektor und neue soziale Bewegungen
Forschungsstand, Analysen und Perspektiven

Freitag, den 26. Juni 1992

18 h: Anreise und Abendessen

ab 19 h:

Helmut Anheier (Rutgers University): Dritter Sektor - Genese und Schwerpunkte internationaler Forschung; *Roland Roth* (FU Berlin): Neue soziale Bewegungen und Dritter Sektor - Anmerkungen zu möglichen Berührungspunkten

Samstag, den 27. Juni 1992

Vormittag

Adalbert Evers (European Center Wien): Der Dritte Sektor Darstellung und Kritik bestehender Ansätze
Annette Zimmer/Martina Scholz (GH Kassel): Dritter Sektor zwischen Markt und Staat. Ökonomische und politologische Erklärungsansätze; *Melissa Middleton-Stone* (Boston University) governance in a state-dominated environment - Issues of nonprofit - an historical case study

Nachmittag

Marita Haibach (Wiesbaden): Fundraising statt Staatsknete. Ressourcenmobilisierung der amerikanischen Frauenbewegung; *Claudia Schöning-Kalender/Remziye Ünal* (GH Kassel): Was Integration ist, bestimmen wir selber! Integration einer türkischen Frauengruppe im Stadtteil; *Regina Dackweiler* (Uni Frankfurt/M): Zwischen Dienst und Leistung. Feministische Selbsthilfe im Bereich der Körperpolitik

Abend

Margit Mayer (FU Berlin): Staatliche Strategien im Umgang mit radikalen städtischen Bewegungen in New York und Berlin; *Frank Nullmeier* (Uni Hamburg): Kinderläden - Einrichtungen zwischen sozialer Bewegung und Drittem Sektor

Sonntag, den 28. Juni 1992

Holger Backfisch/Maiil (ZeS Bremen): Ausgangsbedingungen und Strategien intermediärer Organisationen (Wohlfahrtsverbände) in den neuen Bundesländern; *Rudolph Bauer* (Uni Bremen): Kirche und soziale Bewegungen in den neuen Bundesländern; *Sandro Cattacin/Florence Passy* (Uni Genf): Der Niedergang von Bewegungsorganisationen. Zur Analyse von organisatorischen Laufbahnen

Ende der Tagung nach dem Mittagessen ca. 14 h

Tagungsort:	Gästehaus Ditscheid, Luisenstraße 27, 5340 Bad Honnef
Kostenbeitrag:	DM 70,- (für Übernachtungen und Vollpension, ggf. Einzelzimmerzuschlag)
Tagungsleitung:	Annette Zimmer, GH Kassel, FB 7, Nora-Platiel-Str. 4, 3500 Kassel, Tel. 0561/8043037 od. 8043049 Roland Roth, FU, ZI 6, Babelsberger Str. 14-16, 1000 Berlin 31, Tel. 030/85002294 od. 3224613
Anmeldungen bitte an:	VPI Bonn, Paulstr. 20, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/650911

Zur Geschichte der Bewegungsforschung

Einführung

Bewegungsforschung als eigenständige politikwissenschaftliche und soziologische Analyse sozialer Bewegungen kann in der Bundesrepublik auf eine bestenfalls 10-15jährige Geschichte zurückblicken. Auf mindestens 150 Jahre rechnet sich dagegen die sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit dem Komplex sozialer Bewegungen. Diese sehr lebhaft Auseinandersetzung hatte allerdings in der Nachkriegszeit bis weit in die 70er Jahre hinein eine merkliche Abkühlung erfahren. Die ältere Tradition vorzustellen, die Ursachen des partiellen Traditionsbruchs zu erkunden und die untergründigen Verbindungslinien in der Forschung über soziale Bewegungen sichtbar zu machen, ist die Absicht einer neuen Rubrik des Forschungsjournal. Unter dem Titel

Bibliothek - Zur Geschichte der Bewegungsforschung

sollen fortan in lockerer Folge einzelne SozialwissenschaftlerInnen und ihre Analysen sozialer Bewegungen portraitiert und bestimmte Phasen sowie Entwicklungsstränge der Bewegungsforschung vorgestellt werden. Jenseits der bloßen Aufarbeitung der wissenschaftlichen Vergangenheit verfolgt die Rubrik die wissen(schaft)soziologische Zielsetzung, jene oft erst im weiten zeitlichen Abstand sichtbaren Bindungen aufzuspüren, die theoretische Konzepte und wissenschaftliche Urteile an ihr Objekt - die jeweiligen Formen sozialer Bewegungen, deren politisches Umfeld und deren gesellschaftlich dominierende Interpretation - fesseln. Nicht zuletzt ist die Rubrik auch von der Hoffnung getragen, daß sich bei einer genaueren Aufarbeitung vergangener Forschung auch heute noch Relevantes entdecken ließe: Die Konfrontation des Neuen mit dem Alten muß keineswegs immer zum Urteil gelangen, daß man doch heute viel weiter sei. Das Spektrum der präsentierten Forschungen und AutorInnen soll von den Anfängen

der Sozialwissenschaft bei Lorenz von Stein über die Bewegungsanalysen im Umfeld der Arbeiterbewegung bis hin zu politikwissenschaftlichen Arbeiten der frühen 60er Jahre reichen - mit einem deutlichen Schwerpunkt bei der Sozialwissenschaft des frühen 20. Jahrhunderts und der Weimarer Republik (z.B. Emil Lederer, Theodor Geiger, Robert Michels, Rosa Mayreder, Ferdinand Tönnies, Rudolf Heberle, Mathilde Vaerting, Eduard Heimann, Marianne und Max Weber, Werner Sombart). Die frühe amerikanische Bewegungsforschung bei Robert E. Park soll ebenso präsentiert werden wie italienische und französische Untersuchungen zu einer Massenpsychologie bzw. -soziologie der sozialen Bewegungen.

Die Rubrik wird eröffnet mit einem Beitrag von *Hubertus Buchstein* über "Soziale Bewegungen als Thema der westdeutschen Nachkriegspolitologie". Buchstein versucht Gründe für die nicht anders denn als "Vernachlässigung" zu bezeichnende Haltung gegenüber sozialen Bewegungen in dieser Zeit aufzufindig zu machen, verweist aber auch auf einen Begründer der bundesdeutschen Politologie, der sich Bewegungen nicht in diesem Maße verschlossen hat: Ossip K. Flechtheim. In den folgenden Heften finden sich voraussichtlich Darstellungen zur Bewegungsanalyse bei Rosa Mayreder, Alfred Weber und Lorenz von Stein.

Um diese Reihe fortzusetzen, ist die Mitarbeit der LeserInnen, sei es in Form derartiger Beiträgen oder auch durch Hinweise auf Vergessenes, Vernachlässigtes und Verschollenes in der Erforschung sozialer Bewegungen, natürlich äußerst willkommen und gewünscht. Interessenten bitten wir um Kontaktaufnahme mit dem Koordinator der Rubrik, Frank Nullmeier:

Frank Nullmeier, Universität Hamburg, Institut für Politische Wissenschaft, Allende-Platz 1, 2000 Hamburg 13; die redaktionelle Koordination liegt bei Ansgar Klein, Mahlower Straße 25/26, 1000 Berlin 44.

Soziale Bewegungen als Thema der westdeutschen Nachkriegspolitologie

1.

Im Unterschied zu den USA sind in der Bundesrepublik Soziale Bewegungen ein noch vergleichsweise junger Forschungsgegenstand der Politikwissenschaft. Wenn sich in den Jahren, die als Zeitraum der westdeutschen Nachkriegspolitologie gelten - also der Jahre 1949-1965 - überhaupt mit ihnen befaßt wurde, dann geschah dies auf drei Wegen: zum einen als Teil der Ideengeschichtsschreibung, zum zweiten als Teil der Untersuchung totalitärer Systeme oder drittens in der Konzentration auf die Arbeiterbewegung. Soziale Bewegungen in anderen Ländern waren ebenso wie die Kampagnen gegen die Wiederbewaffnung oder die Anti-Atom-Tod-Bewegung im eigenen Land kein Anlaß der westdeutschen Politikwissenschaft, sich den Sozialen Bewegungen als eigenständige "kollektive Akteure in einem politischen Handlungsfeld" (Nullmeier/Raschke 1989:249) zu widmen. Auffallend ist im Gegenteil, daß selbst die meisten der Nachkriegspolitologen, deren politische und wissenschaftliche Biographie während der Weimarer Republik eng mit der klassischen Sozialen Bewegung 'Arbeiterbewegung' verbunden gewesen war, Soziale Bewegung nach 1945 nun nicht mehr als eine relevante Kategorie der politologischen Analyse Westlicher Demokratien gebrauchten.

Doch vielleicht wäre dies etwas zuviel verlangt, denn terminologische, politische wie empirische Gründe machen diese Lücke zumindest nachvollziehbar. Zum einen mochte es schon terminologisch für die von der nationalsozialistischen Bewegungsemantik leidgeprüften Politologen wenig Sinn machen, nun ihrerseits den Terminus 'Bewegung' für die Auszeichnung politisch wünschenswerter Phänomene zu verwenden; zum zweiten gab es politische Vorbehalte, da beispielsweise die beiden gerade genannten Bewegungen der fünfziger und frühen sechziger Jahre sich in der Öffentlichkeit nie so recht von dem Verdacht

freimachen konnten, in ihren Zielen und Ressourcen von stalinistischen Kadergruppen gesteuert zu werden; und drittens schließlich verweist das Attribut 'Neue' ja gerade auf den empirischen Befund, daß Soziale Bewegungen erst seit dem Aufkommen der Studentenbewegung Mitte der sechziger Jahre und später der Ökologiebewegung die politische Bühne in lautstärkerer Form als in den Nachkriegsjahren betreten haben.

Will man überhaupt etwas zur Thematisierung Sozialer Bewegungen seitens der Nachkriegspolitologie sagen, muß die Frage von vornherein systematischer gefaßt werden: Welche Begriffe gab es und welche Optionen waren es, mit denen die Gründungs- und Politologen solche politischen Phänomene beschrieben und beurteilten, die erstens konträr standen zur autoritär-etatistischen Eingliederung der Bevölkerung in ein politisches System und die zweitens auch über das Konzept der politischen Beteiligung über Parteien hinausgingen.

Das ebenso entscheidende wie umstrittene Stichwort hierfür lautete in der politologischen Fachdiskussion der fünfziger und frühen sechziger Jahre 'Verband' bzw. 'Interessengruppe'. Die Kritiker des Verbändewesens argumentierten meist in der staatsrechtlichen Tradition des Etatismus, derzufolge die Existenz eines pluralistischen Interessengruppensystems die notwendige Souveränität des Staates aushöle. Unter denjenigen, die die "Herrschaft der Verbände" unter Gefährdungsverdacht stellten, waren aber nicht nur Juristen, sondern auch manche Politologen. Nach Theodor Eschenburg beispielsweise bedrohten die "Gruppenegoismen" der Verbände die notwendige "Staatsautorität" und untergruben so die Bedingungen der Möglichkeit politischen Konsenses in der Demokratie. Eschenburg setzte demgegenüber auf eine unabhängige Beamtenschaft, der er am ehesten sachlich qualifizierte Entscheidungen zutraute

(Eschenburg 1956). Daß in einem solchen normativen Entwurf des politischen Systems kein Raum für Soziale Bewegungen war, verwundert nicht.

Gegen dieses rigide institutionalistische wie wirklichkeitsfremde Modell formulierten die politikwissenschaftlichen Anhänger der Pluralismustheorie ihre Einwände. Für sie war schon der Frageansatz Eschenburgs verfehlt. Ging es diesem um die Auffindung und Realisierung einer vermeintlich 'sachlich richtigen' politischen Entscheidung, fragten die Pluralismustheoretiker zugleich nach den Bedingungen politischer Integration in die moderne Demokratie. Die Massendemokratie, so ihre Ausgangsüberlegung, läßt den einzelnen in einer politisch so ohnmächtigen Rolle, daß letztlich nur zwei politische Integrationsmöglichkeiten übrigbleiben: entweder die Identifikation mit einem totalitärem Herrschaftssystem, oder aber der Mut zum Risiko einer in unterschiedliche Interessengruppen aufgespaltenen civil society. Parteien, Öffentlichkeit und Parlament alleine, so das Argument der Pluralisten, stammten aus der liberaldemokratischen Aservatenkammer des 19. Jahrhunderts; für die moderne Massendemokratie gelte, daß diese traditionellen Medien weder bei der Problemwahrnehmung noch bei der Problemlösung und eben erst recht nicht bei der politischen Integration der Gesellschaft ausreichen.

Die ideale Ergänzung, die die Pluralisten dem politischen System des Liberalismus verschrieben, war ein Netzwerk konkurrierender Interessengruppen. Der deklarierten Norm des Grundgesetzes, daß die Parteien bei der Willensbildung des Volkes mitwirkten, entsprach ihnen zufolge die gleichbedeutende Mitwirkung von Interessenverbänden in der Verfassungswirklichkeit. Den Verbänden kommt dabei eine Katalysatorfunktion zu: Als Organe der sozialen Selbstbestimmung sollen sie die verstreuten Individualinteressen bündeln und geltend machen.

2.

Längst nicht alle Gründungspolitologen teilten das theoretische Anliegen, die Aktivitäten von Interessengruppen im politischen System zu verteidigen. Zwar gab es nur Wenige unter ihnen, die so deutlich wie Eschenburg vor der Legitimierung des Verbandseinflusses warnten; aber weder von Arnold Bergstraesser, Dolf Sternberger, Eric Voegelin, Michael Freund, Sigfried Landshut oder Ferdinand Hermens

gibt es Arbeiten, in denen der politologische Blick wesentlich über die altliberalen Kernbereiche des politischen Institutionensystems hinausgeht. Anders die Pluralisten, von denen zuerst Ernst Fraenkel zu nennen ist, dessen Intentionen sich auch in den Arbeiten von Gert von Eynern, Franz L. Neumann, Otto Heinrich von der Gablentz, Otto Suhr oder Otto Stammer wiederfinden.

Bemerkenswert ist in diesem Kontext die Beobachtung, daß die meisten frühen Protagonisten der bundesdeutschen Pluralismustheorie selbst aus einer Sozialen Bewegung entstammten: Dies gilt beispielsweise für Fraenkel, Stammer oder Neumann - um nur drei recht unterschiedliche Verfechter des Verbändepluralismus zu nennen. Alle drei entstammten der Erfahrungswelt der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung der Weimarer Republik, in der sie teilweise hohe Funktionen inne hatten. Theoriebiographisch betrachtet hatte die bundesdeutsche Pluralismustheorie ihre Wurzeln nicht in der Kopie eines 'amerikanischen Vorbildes', sondern war die konsequente Auslegung des zu Weimarer Zeiten noch nicht hinreichend durchbuchstabilisierten Ansatzes der 'kollektiven Demokratie'. Kollektive Demokratie lautet der programmatische Titel des Anliegens des sozialdemokratischen Arbeits- und Verfassungsrechtlers Hugo Sinzheimer, mit dem er die rechtliche Anerkennung der Arbeiterbewegung in das politische System der Weimarer Republik durchsetzen wollte. Besonders am Beispiel der Entwicklung Fraenkels vom Weimarer Marxist zum bundesrepublikanischen Neopluralisten läßt sich zeigen, wie kontinuiertsstiftend Sinzheimers Motive bei Fraenkel waren: die Rolle, die er in den zwanziger Jahren allein den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zugestanden wissen wollte, räumte er nun sämtlichen Interessengruppen ein (Göhler 1986). Zumindest für Deutschland gilt, daß die Pluralismustheorie Bestandteil der Ideengeschichte der Arbeiterbewegung als einer 'Alten' Sozialen Bewegung ist.

Mit der pluralistischen Transformation der Interessen und Erfahrungen der Arbeiterbewegung in das moderne politische Institutionensystem gingen allerdings auch bestimmte Gehalte, die für Soziale Bewegungen kennzeichnend sind, verloren. Am besten zeigen läßt sich diese Entwicklung im Werk des engagiertesten Pluralismustheoretikers, Ernst Fraen-

kel, ablesen. Noch während des Weltkrieges machte sich Fraenkel in der amerikanischen Emigration gutachterliche Gedanken über den politischen Neuaufbau eines vom Hitler-Regime befreiten Deutschlands und insbesondere über die zukünftige Organisation der Arbeiterschaft. Auch wenn Fraenkel die deutschen Arbeiter als im wesentlichen resistent gegen die NS-Ideologie geblieben lobte, fürchtete er doch irrationale Rückfälle für den Fall, daß es zu spontanen Massenbewegungen in der Arbeiterschaft komme. Bei spontanen Massenaktionen von Arbeitern, die der Demokratie mehrere Jahre lang entwöhnt waren, "werden unverantwortliche Demagogen auftreten, die zwar in der Lage sind, die Leidenschaften der Massen zu erregen, nicht aber, die konkreten, von ihnen angestrebten Ziele anzugeben" (Fraenkel 1944:297). Um dies zu verhindern, plädierte Fraenkel für einen abgestimmten Set an institutionellen Maßnahmen, mittels derer durchorganisierte Gewerkschaften aufgebaut werden sollten.

In den folgenden Jahren nimmt Fraenkel geradezu eine theoretische Domestizierung der wenigen Bewegungselemente vor, die der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung noch verblieben waren. Um ihren Funktionen gerecht werden zu können, müssen Verbände laut Fraenkel mehrere Bedingungen erfüllen; an ihnen läßt sich ablesen, welche Eigenschaften Sozialer Bewegungen Fraenkel noch für kompatibel hält mit der modernen Demokratie und welche nicht. Bei allem Impuls 'von unten', den das Verbändesystem zusätzlich zum Parteiensystem institutionalisieren soll, müssen Verbände laut Fraenkel erstens ausreichend stark organisiert und ausreichend machtvoll sein, um die Aktivitäten ihrer Mitgliedschaft dirigieren zu können (1960:44). Sie müssen zweitens intern über klare Strukturen verfügen; demokratisch soll der Organisationsaufbau der Verbände deshalb sein, weil es ganz wesentlich den Verbänden zukommt, plebiszitäre Bedürfnisse der Bevölkerung aufzufangen (1958:151). Den Zielen von Verbänden ist drittens bei allem Zugeständnis partikularer Interessen insoweit Schranken gesetzt, als daß sie sich generell am Gemeinwohl orientieren sollen. Letzteres richtet Fraenkel pikanterweise ausgerechnet an die Adresse der Gewerkschaften; so will er nur solchen Gewerkschaften das Prädikat 'echt' zugestehen, die einer solchen Gemeinwohlorientierung vor-

behaltlos zustimmen (1960:44). Viertens mündet selbst Fraenkels voraussetzungsvolle Bestimmung einer idealen Rolle der Verbände in der parlamentarischen Demokratie in einer einschränkenden Funktionszuweisung. Bei aller Anerkennung der Funktion der Verbände und bei allem Kampf gegen die in Staatsrechtslehre und Teilen der Politikwissenschaft herrschenden und von ihm gescholtenen "Verbändeprüderie" mißt Fraenkel den Interessengruppen eine deutlich bescheidenere Rolle im politischen System zu, als den Parteien und dem Parlament. Verbände sind in ihren Aktivitäten eine Art Zuarbeiter des etablierten politischen Systems. Ihre Aktivitäten sind vor allem auf politische Parteien gerichtet, wobei der verdeckten Lobbytätigkeit eine herausragende Rolle zukommt. Die Interessengruppen sollen durch den Abschluß gegenseitiger Kompromisse im "Vorfeld" der politischen Entscheidung den Parteien und dem Parlament den Weg für die Formung des politischen Willens ebnet.

Die Verbände, so wie Fraenkel sie sich vorstellt, haben wenig gemein mit dem Bild der Aktivitäten von Bürgerinitiativen und Neuen Sozialen Bewegungen, wie sie die Bewegungsforschung der achtziger Jahre erstellt hat. Weder sind letztere intern hierarchisch durchorganisiert, noch sind ihre Hauptadressaten die politischen Parteien und das Parlament; und erst recht entsprechen ihre Aktionsformen nur teilweise der Norm, die Fraenkel für Verbändehandeln aufstellte.

Nicht nur die Defensive gegen den staatsrechtlichen Antipluralismus veranlaßte die pluralistischen Politologen zu solch rigiden Festschreibungen des Verbandshandels, sondern wohl eher die Identifikation mit einem hierarchischen Organisationsideal, an welches sie sich aufgrund ihrer eigenen Herkunft aus der Arbeiterbewegung orientierten. An Otto Stammer, der sich mit Fraenkel ansonsten in wesentlichen Begründungsfragen der Demokratietheorie befandete, läßt sich diese Prägung vielleicht am deutlichsten illustrieren. Soziale Bewegungen thematisierte Stammer, anerkannter Gründungsvater der 'Politischen Soziologie' in der Bundesrepublik¹, in zwei Kontexten: einmal im Zusammenhang mit der Entwicklung der sozialistischen Bewegung und zum zweiten im Zusammenhang mit der Totalitarismusforschung. Was den Terminus 'Soziale Bewegung' betrifft, so

übernimmt Stammer den Begriff von Rudolf Heberle und definiert als Wesensmerkmal Sozialer Bewegungen die Orientierung "auf fundamentale Veränderung der sozialen Ordnung" (Stammer 1955c:305). Die "demokratisch-sozialistischen Parteien" sind mit einer Sozialen Bewegung "ideell und personell" verbunden gewesen und haben deshalb im Vergleich mit den anderen politischen Parteien mehr als "lediglich eng begrenzte augenblickliche politische Ziele". Folgt man Stammer, so gibt es eine feste Stufenfolge in der Entwicklung demokratischer Gesellschaften. Ihr Nebeneffekt ist, daß die Analyse Sozialer Bewegungen neueren Datums in den Kontext der Totalitarismusforschung rückt. Was die Stufenfolge betrifft, so erstreckte sich im Liberalismus des 19. Jahrhunderts Demokratie laut Stammer auf die politische Beteiligung plutokratischer Gruppen, Bildungsschichten und Honorationen. Im Unterschied zu den "lockeren Cliques" der liberalen Ära hat die moderne Massendemokratie ein Filtersystem fest organisierter Gruppen errichtet. Die moderne Entwicklung des Verbandswesens führt Stammer zufolge von selbständigen, spezialisierten Einzelverbänden zu umfassenden Organisationsgebilden vom Typus der Einheitsgewerkschaft und des Dachverbandes. Solche Verbandskombinate nehmen gleichsam als 'soziale Fronten' die Interessen ganzer Bevölkerungsgruppen wahr. Die "Organisation und der Zustand der Organisiertheit" so Stammer, "ist für unsere heutige Gesellschaft unausweichlich" (1955b:49). Seine Zumutungen an die freiwilligen Verbandsmitglieder klingen stellenweise fast schon soldatisch, wenn er etwa die Fähigkeit des Menschen propagiert, "eine Organisation zu betreiben und sich einem Organisationsgefüge, auf welcher Stufenleiter es auch sei, den Zwecken und dem Geist des Gebildes entsprechend zu verhalten" (1955a:114) - wobei man fairerweise hinzufügen muß, daß sich Stammer für eine Demokratisierung der Verbände durch föderale Strukturen und erweiterte Spielräume ehrenamtlicher Mitarbeit einsetzte (1953:104). Was die aktuelle Rolle Sozialer Bewegungen betrifft, so ist sie mit dem Strukturwandel Westlicher Demokratien zu einem Teil der Totalitarismusforschung geworden: "Die Zielsetzung einer Politisierung der Gesellschaft mit Hilfe eines Plansystems gesellschaftspolitischer Aktionen, die von den von R. Heberle genauer charakterisierten 'social

movements' betrieben wird, .. trifft für alle totalitären Herrschaftsgebilde zu" 1956:580).

Stärker noch als bei Stammer findet sich bei dem politisch weiter links stehenden Wolfgang Abendroth das traditionssozialistische Ideal durchorganisierter sozialer Fronten - und zwar soweit, daß Abendroth die ersten aufkommenden Neuen Sozialen Bewegungen wie die Studentenbewegung der sechziger Jahre sogleich an die traditionelle gewerkschaftliche Politik heranzitieren wollte (Abendroth 1967; vgl. Negt 1985:32); ähnlich in diesem Punkt übrigens der politisch weitaus weniger orthodoxe A.R.L. Gurland aus Darmstadt, der die Aktionen und Ziele der Studentenbewegung Zeit seines Lebens nicht recht Ernst nehmen konnte (Buchstein/Emig/Zimmermann 1991:38f). In einem anderen Punkt unterscheidet sich Gurland aber von seinen Kampfgefährten aus der Arbeiterbewegung. Für ihn bedeutete schon in der Weimarer Republik Bewegung immer mehr als die gute Organisation der Arbeiterklasse, sondern war das strategische Konzept der Arbeiterbewegung als einer "Kulturbewegung", die alle Aspekte des Alltages umfassen sollte (Gurland 1931). Für ihn gab es auch nach 1945 nur die eine "Bewegung", wenn er diesen Terminus verwendete: die traditionelle Arbeiterbewegung. Gurlands Kriterium dafür, ob die Sozialdemokratie weiterhin als "Bewegung" gelten könne, oder aber treffender als Volkspartei bezeichnet werden müsse, lautete, ob ihr weiterhin "die historische Rolle zufalle, eine grundsätzlich andere Ordnung des gesellschaftlichen Daseins der Menschen herbeizuführen" (Gurland 1949:265), wie er es gegen Kurt Schumacher einklagte. Gurland meinte damit zweierlei: einmal die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung; zweitens die gleichsam kulturrevolutionäre Einbeziehung aller Fragen des Lebensalltags in neue Formen solidarischer Vergemeinschaftung. Wer die derart gemeinschaftlich unterfütterten Massenaktivitäten der "Bewegung" durch beispielsweise die "wachsende Usurpierung der politischen Entscheidungen durch 'pressure groups'" einenge, der "sägt den Ast ab, an dem die Demokratie im Zeitalter des Monopolkapitalismus.. hängt" (Gurland 1949:280). Zu einer "solche(n) Einengung", so Gurland, trägt die "Institutionalisierung .. demokratischer Betätigungsmöglichkeiten" (1949:280) nicht unerheblich bei. Gurlands politische Vision kommt

dem basisdemokratischen Ideal mancher Vertreter späterer Neuer Sozialer Bewegungen recht nah: "die Verlegung möglichst vieler Staatsfunktionen in die Hände von nichtberuflichen Funktionären der Selbstverwaltung, die Einschaltung von demokratisch-parlamentarischen und demokratisch-massenorganisationsmäßigen Kontrollorganen auf allen Stufen des Regierens, Verwaltens und Wirtschaftens" (1949:281).

3.

Weniger geprägt von der Arbeiterbewegung war Hannah Arendt. Arendt blieb Zeit ihres Lebens im amerikanischen Exil und kann schon aus diesem Grunde nicht zum Kern der bundesdeutschen Gründungspolitologie gerechnet werden. Sie verdient in diesem Kontext aber nicht nur deshalb Interesse, weil sie gerade in neuerer Zeit rezipiert wird, um das festgefahrene Schiff linker Demokratietheorie wieder flott zu bekommen (vgl: Rödel/Frankenber/Dubiel 1989), sondern weil sie radikaler als die Pluralisten die Funktionsweise von Parteien und Verbänden in Frage gestellt hat. Folgt man Arendt, so ist - im Unterschied zu beispielsweise Fraenkels Analyse - das Parteien- und Verbändesystem in westlichen Demokratien vollkommen verbürokratisiert und auch nicht reformfähig. Und im Unterschied zu Abendroth und Gurland setzte Arendt auch keine innovativen Erwartungen in die Arbeiterbewegung. Unverhohlen sprach sie ihre Ressentiments aus: Hundert Jahre nach Marx wisse man nun definitiv um den Trugschluß seiner Projektionen in die Soziale Bewegung namens Arbeiterklasse. Der Arbeiter werde seine "überschüssige Zeit...niemals für etwas anderes gebrauchen als Konsumieren, und je mehr Zeit ihm gelassen wird, desto begehrt und bedrohlicher werden seine Wünsche und sein Appetit" (Arendt 1958:120).

Vor allem der Ungarn-Aufstand im Jahre 1956 war es, der Hannah Arendt neben dieser pessimistischen Sichtweise Gründe für ein optimistisches Pendant gab. Wenn spontanes politisches Handeln selbst im totalitären Ostblock möglich war, müsse doch auch in den westlichen "Konsumentendemokratien" damit zu rechnen sein. Die institutionellen Alternativen, die Arendt vorschlug, waren die in Ungarn spontan entstandenen Räte (1963:277ff). Bei aller moralischer Sympathie, die Hannah Arendt den politischen

Protestbewegungen dann auch in den sechziger Jahren entgegenbrachte - aus Sicht einer systematischen Theorie Neuer Sozialer Bewegungen erbringen ihre Überlegungen relativ wenig. Zwar zelebrierte sie geradezu den politischen Ausnahmezustand demokratischer Partizipation, den konkreten Problemen kollektiver Akteure gegenüber bewahrte sie aber zeitlebens eine gewisse philosophische Ignoranz. Zwar plädierte sie insbesondere in ihren letzten Lebensjahren für "freie Assoziationen" als Medien kritischer Öffentlichkeit (1975:166f). Die eigentlichen Probleme kollektiver Akteure und ihre Rolle im politischen System blendete sie aber größtenteils aus. Dies liegt daran, daß Arendt politisches Handeln als eine immer nur kurz aufflackernde Aktivität beschrieben hat und so selbst nicht damit rechnen konnte, daß sich neue politische Formen wie die Räte oder andere Formen freier Assoziationen innerhalb des politischen Systems etablieren (1970:83f).

Am ehesten hat Ossip K. Flechtheim derartige Fragen angesprochen. In seinem 1952 in den USA veröffentlichten Buch 'Fundamentals of Political Science' (dt. Ausgabe 1958) befaßt er sich erstmals zusammenhängend mit Sozialen Bewegungen. Flechtheim gewinnt sein Verständnis von Sozialer Bewegung anhand der Gegenüberstellung mit 'Institution'. Institutionen, so Flechtheim, ließen sich dadurch definieren, daß sie "den status quo konservieren" und in aller Regel "traditionalistisch oder konservativ" seien (Flechtheim 1952:29). Der Gegentypus zu Institution ist das "sogenannte elementare oder spontane Verhalten von Gruppen". Menschen, so Flechtheim unter Berufung auf seine Kenntnis des Werkes des amerikanischen Bewegungsforschers Blumer, geraten aus Unzufriedenheit mit bestimmten institutionalisierten Politiken immer wieder "in Bewegung und suchen nach neuen Wegen und Formen. Es bilden sich Soziale Bewegungen" (1952:30). Flechtheim zufolge sind Soziale Bewegungen zunächst formlos und schlecht organisiert. In dem Maße, wie sie sich entwickeln, etablieren sie neue Normen, Traditionen, haben auch sie Arbeitsteilung und Führerschaft, werden sie "kulturelle und soziale Organisation". Die Entwicklungsdynamik Sozialer Bewegungen beschreibt Flechtheim als einen gerichteten Prozess über die Stadien soziale Unruhe, Volkserregung, Formalisierung und schließlich Institutionalisierung. So-

lange sich eine Soziale Bewegung noch im Anfangsstadium befindet, ist "sie in erster Linie durch nicht traditionale, d.h. also weitgehend emotionale oder rationale Verhaltensweise gekennzeichnet". Die beiden Möglichkeiten des Anti-Traditionalismus, Emotionalität wie Rationalität führen Flechtheim zu einer letztlich ambivalenten Bewertung Sozialer Bewegungen. Sie können zuweilen einen positiven innovativen Beitrag zur Politik leisten; sie können aber auch zur Verschärfung einer politischen Krise beitragen oder gar "zur Katastrophe" führen.

Von dieser ursprünglichen Ambivalenz in der Bewertung Sozialer Bewegungen gelangt Flechtheim seit dem Ende der fünfziger Jahre zu einer zusehends positiveren Einschätzung. Anfang der sechziger Jahre steht sein positives Urteil fest: Allein von Sozialen Bewegungen können die von ihm für notwendig erachteten Impulse für das politische System der Bundesrepublik ausgehen. Diese Datierung auf das Ende der Ära Adenauer ist deshalb nicht uninteressant, weil sie zeitgleich fällt mit Fraenkels Vorhaben, seine Neopluralismustheorie, über deren einzelnen Theoriebausteine er größtenteils seit dem Ende der Weimarer Republik verfügte, endlich systematisch auszuformulieren.

Was Flechtheim betrifft, so setzen seine eigenen Überlegungen wie die der Pluralisten an den Defiziten eines politischen Systems an, das die Willensbildung allein über die Kanäle des Parteiensystems organisiert. Doch gerät Flechtheims Kritik so grundlegend, daß er wie schon Hanna Arendt auch das System der etablierten Interessengruppen mit ins Visier nimmt. Systematisch gesehen sind es vier Punkte, an denen Flechtheim dem Parteiensystem Mängel attestiert²:

- Die moderne Massendemokratie entwickelt als neuen Typus die Volkspartei. Die Politikmuster von Volksparteien verstärken noch den gesellschaftlichen Trend dahin, daß die große Masse der Wähler entpolitisiert und manipuliert wird. Die moderne Volkspartei ist selbst eine manipulierende Partei, die den Wähler als Konsumenten behandelt. Als eine Partei, die sich ganz an den jeweiligen Wählerstimmungen orientiert, kann sie nicht mehr als gesellschaftspolitische Reformpartei auftreten. Das moderne Parteiensystem, so Flechtheims erste These, verfügt über kein politisches Innovations-

potential.

- Zweitens entwickeln sich mit der Ausbildung der Volkspartei neue Formen ihrer innerparteilichen Organisation. Was die Sozialdemokraten betrifft, so seien an die Stelle der Arbeiter, die in der Partei für ihre Emanzipationsvorstellungen gekämpft hätten, Anhänger getreten, die die Partei primär als eine Art Stellenvermittlungsorgan betrachten. Parteisoziologisch gesehen ergibt sich daraus laut Flechtheim eine innerparteiliche Bürokratisierung und Zentralisierung, die die einfachen Mitglieder entmündigt und vom innerparteilichen Willensbildungsprozeß ausschließt. Die Partei verwachse auf diese Art immer mehr mit dem Staatsapparat. Entfremden sich die modernen "Maschinenparteien" zunehmend von der politischen Basis, so würden sie zugleich für den "bürokratischen Verwaltungs- und Militärstaat" umso fungibler, dersich ihrer als "Transmissionsriemem" bediene, um mit ihrer Hilfe alle Klassen in die "rüstungskapitalistische Gesellschaft" zu integrieren. Das innerparteiliche Regime, so lautet die zweite These Flechtheims, weist zunehmend autoritäre Züge auf und fördert die politische Entfremdung und Entmündigung.
- Die nachgezeichnete Entwicklung führt drittens zu einer faktischen Neubestimmung der Rolle des Parlaments in der Demokratie. Flechtheim beschreibt einen "Machtverlust der Parlamente". Das parlamentarische Regierungssystem hat einen tiefgreifenden Funktionswandel durchgemacht, indem die modernen Parteien den einzelnen Abgeordneten zu einem "Abstimmungsautomaten" degradieren. Das Parlament, so die dritte These Flechtheims, übt keine Kontrolle mehr aus, sondern sichert in erster Linie die Präponderanz und Stabilität der Exekutive zu Lasten der Legislative.
- Der vierte Vorbehalt Flechtheims gegen den demokratischen Anstrich des Parteiensystems besitz aus Sicht der neueren Debatte um die Zukunft der Parteiendemokratie vielleicht die größte Aktualität. Flechtheim geht aus von der Phänomenbeschreibung, daß mit dem geschilderten Wandel des Parteiensystems intern "nun die Cliquen innerhalb der Parteien an Gewicht gewinnen". Dies wäre allein nicht so dramatisch, wären sie damit nicht strukturell dazu verurteilt, eine "Politik von der

Hand in den Mund (zu) betreiben". Gemeint ist die Diskontierung der Aktivitäten der Parteieliten nicht anhand der von ihnen als sachlich erforderlich angesehenen Ziele, sondern die Belohnung ihrer Orientierung an den kurzfristigen Erfolgsaussichten populistischer Stimmengewinne. Das moderne Parteiensystem verfügt über eine Gravitationskraft in Richtung systematischer Verantwortungslosigkeit gegenüber den - von Flechtheim an anderen Stellen so eindringlich beschriebenen - globalen Gefährdungen.

Nach dieser vernichtenden Diagnose nimmt es nicht Wunder, wenn Flechtheim davon ausgeht, daß für eine zukünftige Regeneration der Demokratie "von den Parteien nicht viel zu erwarten ist" (1967:40). Wie aber verhält es sich mit anderen Institutionen, insbesondere den Interessengruppen, auf die Pluralisten ihre demokratietheoretischen Hoffnungen gesetzt hatten? Flechtheim unterscheidet in seinen hier anschließenden Überlegungen zwischen zwei Typen von Interessengruppen, den Verbänden oder pressure groups einerseits und den politischen Bewegungen andererseits.

In die demokratische Leistungsfähigkeit des Verbändewesens setzt er im Unterschied zu den Pluralisten keine Erwartungen. Verbände sind Organisationen, die gebildet werden, um ein partikulares politisches Ziel, in der Regel ein ausgesprochenes Spezialinteresse, zu verfolgen, wobei sie für sich ein günstiges Meinungsklima schaffen und ihre Politik einer oder mehreren Parteien aufzwingen wollen. Typisch für eine pressure group ist gerade diese "Begrenztheit ihrer Ziele" (1962b:73). Aufgrund dieser Begrenztheit - und hier ist die Differenz zu Fraenkel deutlich zu erkennen, der aus der Resultante der einzelnen Partikularinteressen das Gemeinwohl hervorgehen sieht - ist das Verbändesystem wie schon das Parteiensystem konstitutiv unfähig, auf politische Probleme adäquat zu reagieren: "es liegt in der Natur der Sache, daß deren Orientierung zum Teil noch kurz-sichtiger und begrenzter ist, als die der Parteien. Sie sind daher kaum geeignet, als Vehikel des Wandels und der Erneuerung unserer Gesellschaft zu operieren" (1962c:11).

Gerade weil die Verbände immer nur Spezialinteressen artikulieren, rinnt dem Verbändesystem das allgemeine Interesse geradezu systematisch durch die

Hände. Das Gemeinwohl - die theoretische Problematik des Konzepts allgemeiner Interessen diskutiert Flechtheim nicht - ist in Flechtheims Sichtweise mehr als die empirische Resultate der diversen Einzelinteressen und läßt sich wissenschaftlich ermitteln. Insbesondere gilt dies für die globalen Gefährdungen der Menschheit und die dagegen zu vollziehenden politischen Maßnahmen. Statt ein solches Gemeinwohl zu konstituieren, bilden die Verbände ein "monopolistisch-bürokratisches Zwangssystem". Sie tragen so nicht nur nicht zu einer Problemlösung, sondern nicht einmal zur Demokratisierung der Gesellschaft bei. Genau wie die Parteien entmündigen sie den Bürger. Flechtheim kritisiert den pluralismustheoretischen Ansatz Fraenkels und bringt dabei ein Argument gegen die Pluralismustheorie vor, das später als Asymmetriethese bei Claus Offe Karriere machte: "Die Protagonisten des Pluralismus," so Flechtheims Einwand, übersähen, "daß Machtpositionen und Einfluß der unterschiedlichen Klassen, Gruppen und Lager sehr unterschiedlich sind. Wie unvergleichlich viel stärker ist doch das Gewicht der Manager der Monopole und Oligopole, der militärischen und zivilen 'Establishments'" (1963c:233). Flechtheim greift bei seinem Vorschlag zur Realisierung des klassischen Demokratiepostulats wie zur Lösung der geschilderten Kompetenzdefizite bei globalen Problemen auf die Sozialen Bewegungen als Alternative zurück. Er beruft sich dabei nun nicht allein auf Blumer, sondern bezieht sich nun auch auf Heberle. Während sich die pressure groups mit ihrer beschränkten und partikularen Zielsetzung begnügen, hat die politische Bewegung laut Flechtheim qua definitionem umfassende Zielsetzungen: "Die eigentlichen Massenbewegungen erscheinen .. als im wesentlichen umfassend, dynamisch, vorwärtsgerichtet und radikal" (1962b:74). Sie sind darauf aus, die gegebenen Strukturprinzipien der Gesellschaft zu sprengen oder doch mindestens erheblich zu modifizieren. Flechtheim verwendet für ihre Aktivitäten und Initiativen Harold Laskis Formulierung der "revolution by consent" (1957:255). Als Beispiel für politische Bewegungen nennt er nationale Befreiungsbewegungen, soziale Klassenbewegungen wie die Arbeiterbewegung oder auch die Anti-Atom-Bewegung der fünfziger Jahre. Politische Bewegungen fungieren nicht einfach nur als 'Salz in der

pluralistischen Suppe', sondern verfügen als einzige institutionelle Träger der Demokratie über wirklich innovative Funktion. Die Unruhe der außerparlamentarischen und überparteilichen Bewegungen ersetzt die originäre Parlamentsfunktion der Herausfilterung, Artikulation und Durchsetzung allgemeiner Interessen, da die Parteien im Spätkapitalismus zu einem Teil des Staatsapparates geworden sind.

Mit einem definitorischen Trick gelingt es Flechtheim, das Prädikat 'Bewegung' ausschließlich für ihm politisch sympathische Akteure zu reservieren. Man dürfe nicht von einer konservativen Bewegung oder einer Unternehmer-Bewegung sprechen, denn "die Übertragung des Begriffs 'Bewegung' auf eine im wesentlichen konservative, ein begrenztes Ziel verfolgende und durchorganisierte Gruppe stiftet ja nur Verwirrung" (1962b:74). Hier passe der Begriff der pressure group besser. Flechtheim zufolge gehört es zur Funktion politischer Bewegungen, auch das asymmetrische Kräftefeld des Verbändepluralismus zu korrigieren. In einem rein pluralistischen System ist kein Platz für revolutionäre, pazifistische oder andere unabhängige Gruppen, und sie ernten seitens der Pluralisten ein aus deren Sicht berechtigtes Mißtrauen. Ganz anders sieht Flechtheim die positive Funktion der Bewegungen in deren aktivierendem, reformierendem und sozialrevolutionärem Einwirken auf die bestehende gesellschaftspolitische Struktur. Im Unterschied zu Fraenkel, der in seiner Verbändetheorie immer mit der Souveränitätsfrage zu kämpfen hatte und in der Anerkennung der staatlichen Souveränitätsdoktrin eine wichtige Differenz des Neopluralismus zum frühen Pluralismus Harold Laskis gesehen hatte, lehnt Flechtheim die staatliche Souveränität ab: "wie der Krieg gehört auch die 'Souveränität' einer Welt der Vergangenheit des Militär- und Verwaltungsstaates an".

Zu den politischen Aktionsformen, zu denen Flechtheim den politischen Bewegungen rät, ja sie geradezu aufruft, gehören alle Spielarten des zivilen Ungehorsams (vgl. ausführlich: 1963a). Flechtheim stellt schließlich auch die bisherige Rolle des Parlaments in Frage, wenn er im Jahre 1962 dessen Alleinvertretungsanspruch zur Beschließung des politischen Willens bestreitet und dafür plädiert, daß sich alle "fortschrittlichen" Gruppen und Organisationen zu gemeinsamen Aktionen zusammenschließen sollen und

bei Wahrung ihrer organisatorischen Selbständigkeit miteinander nicht nur Fühlung aufnehmen, sondern als Gegeninstitution zum Parlament ein "Kontaktzentrum als clearing house" konstituieren sollen (1962c:12).

Inwieweit Flechtheims Überlegungen tragen, soll hier nicht diskutiert werden - auch wenn ich nicht verhehlen möchte, daß ich seinen generellen demokratiethoretischen Rahmen für wenig überzeugend halte. Unbestreitbar aber ist, daß in seinen Arbeiten bezogen auf die Thematisierung Neuer Sozialer Bewegungen Probleme angesprochen sind, die erst allmählich wieder in das Zentrum des Fachinteresses rücken. Genannt sei nur das in der Bewegungsforschung seit Ende der achtziger Jahre diskutierte Verhältnis von Sozialer Bewegungen zu politischen Parteien und Interessengruppen, bezüglich dessen Flechtheim bereits vor dreißig Jahren einen alle drei Formen jeweils spezifisch zu berücksichtigenden Ansatz vertrat (1962b:73ff). Bei aller möglichen Kritik - innerhalb der bundesdeutschen Gründungs- politologie kann Flechtheim noch am ehesten als 'Urahne' der heutigen politikwissenschaftlichen Beschäftigung mit Neuen Sozialen Bewegungen gelten.

Hubertus Buchstein, arbeitet als Hochschulassistent am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin.

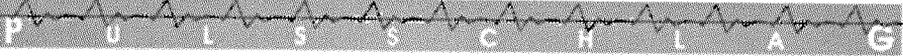
Anmerkungen

- ¹ Vgl. zum Werk Stammers ausführlicher: *Buchstein* 1992:291-322.
- ² Vgl. zu Flechtheims Parteienkritik vor allem: *Flechtheim* 1962a, 1963a und 1967.

Literatur

- Abendroth, Wolfgang* 1967: Zum Problem der Rolle der Studenten und der Intellektuellen in den Klassenauseinandersetzungen der spätkapitalistischen Gesellschaft. In: *Das Argument* 9, 408-413.
- Arendt, Hannah* 1958: *Vita Activa*. München 1989.
- Arendt, Hannah* 1963: *Über die Revolution*. München 1986.
- Arendt, Hannah* 1970: *Macht und Gewalt*. München 1987.
- Arendt, Hannah* 1975: *200 Jahre Amerikanische Revolution*. In: Dies.: *Zur Zeit*. München 1989, 161-177.

- Buchstein, Hubertus/Emig, Dieter/Zimmermann, Rüdiger* 1991: Biographische Einleitung. In: *A.R.L. Gurland: Sozialdemokratische Kampfpositionen 1925-53*. Baden-Baden, 11-45.
- Buchstein, Hubertus* 1992: Politikwissenschaft und Demokratie. Wissenschaftskonzeption und Demokratietheorie sozialdemokratischer Nachkriegspolitologen in Berlin. Baden-Baden.
- Eschenburg, Theodor* 1955: Herrschaft der Verbände? Stuttgart.
- Flechtheim, Ossip K.* 1952: Grundlegung der Politischen Wissenschaft. Meisenheim am Glan 1958.
- Flechtheim, Ossip K.* 1957: Artikel: Revolution. In: *Bracher/Fraenkel* (Hg) Staat und Politik. Frankfurt/M. 1957, 252-255.
- Flechtheim, Ossip K.* 1962a: Die Institutionalisierung der Parteien in der Bundesrepublik. In: *Zeitschrift für Politik* 9, 97-110.
- Flechtheim, Ossip K.* 1962b: Parteien, Bewegungen, Pressure Groups. In: Ders.: *Zeitgeschichte und Zukunftspolitik*. Hamburg 1974, 59-78.
- Flechtheim, Ossip K.* 1962c: Staatsparteien und freie politische Gruppen. In: *Der Politologe*. Heft 11, 10-12.
- Flechtheim, Ossip K.* 1963a: Die Politik der Gewalt und der Gewaltlosigkeit. In: Ders., *Eine Welt oder keine?* Frankfurt/M. 1964, 135-150.
- Flechtheim, Ossip K.* 1963b: Das Dilemma der Demokratie. In: Ders., *Eine Welt oder keine?* Frankfurt/M. 1964, 109-122.
- Flechtheim, Ossip K.* 1967: Westdeutschland am Wendepunkt. In: Ders., *Zeitgeschichte und Zukunftspolitik*. Hamburg 1974, 142-155.
- Fraenkel, Ernst* 1944: Die künftige Organisation der deutschen Arbeiterbewegung. In: Ders., *Reformismus und Pluralismus*. Hamburg 1973, 283-303.
- Fraenkel, Ernst* 1958: Die repräsentative und die plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat. In: Ders., *Deutschland und die westlichen Demokratien*, Stuttgart 1979, 113-151.
- Fraenkel, Ernst* 1960: Deutschland und die westlichen Demokratien. In: Ders., *Deutschland und die westlichen Demokratien*. Stuttgart 1979, 32-47.
- Fraenkel, Ernst* 1964: Strukturdefekte der Demokratie und deren Überwindung. In: Ders., *Deutschland und die westlichen Demokratien*. Stuttgart 1979, 48-79.
- Fraenkel, Ernst* 1967: Universitas litterarum und pluralistische Demokratie. In: Ders., *Reformismus und Pluralismus*. Hamburg 1973, 354-368.
- Göhler, Gerhard* 1986: Vom Sozialismus zum Pluralismus. Politiktheorie und Emigrationserfahrung bei Ernst Fraenkel. In: *Politische Vierteljahresschrift* 27, 6-27.
- Gurland, A. R. L.* 1931: Das Heute der proletarischen Revolution. Leipzig.
- Gurland, A.R.L.* 1949: Sozialdemokratie und Grundgesetz - Ein Brief an Kurt Schumacher. In: Ders., *Sozialdemokratische Kampfpositionen 1925-53*. Baden-Baden 1991, 261-298.
- Negt, Oskar* 1985: W. Abendroth - Sozialist in dürftiger Zeit. In: *Sozialismus* 10/1985, 30-33
- Nullmeier, Frank/Raschke, Joachim* 1989: Soziale Bewegungen. In: *Bandemer, S./Wewer, G.* (Hg): *Regierungssystem und Regierungslehre*. Opladen, 249-272.
- Rödel, Ulrich/ Dubiel, Helmut/ Frankenberg, Günter* 1989: Die demokratische Frage. Frankfurt/M.
- Stammer, Otto* 1953: Die politische Verantwortung von Unternehmern und Gewerkschaften. In: Ders.: *Politische Soziologie und Demokratieforschung*. Berlin 1965, 91-104.
- Stammer, Otto* 1955a: Gesellschaftsstruktur und Organisationswirklichkeit der Verbände. In: Ders., *Politische Soziologie und Demokratieforschung*. Berlin 1965, 105-115.
- Stammer, Otto* 1955b: Organisationswirklichkeit und Verbandsgeschehen. In: *Die Neue Gesellschaft* 2, 47-50.
- Stammer, Otto* 1955c: Politische Soziologie. In: *A. Gehlen/ H. Schelsky* (Hg): *Soziologie - Ein Lehr- und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde*. Düsseldorf/Köln, 277-333.
- Stammer, Otto* 1956: Gesellschaft und Politik. In: *W. Ziegenfuß* (Hg): *Handbuch der Soziologie*. Stuttgart, 531-611.
- Stammer, Otto* 1957: Interessenverbände und politische Parteien. In: Ders., *Politische Soziologie und Demokratieforschung*. Berlin 1965, 116-136.



Berichte

“Entstehungsbedingungen und Bedeutung von Netzwerken”

Ein Forschungsprojekt des Sekretariats für Zukunftsforschung in Gelsenkirchen

1. Forschungsfragen und -hypothesen

Das Projekt “Entstehungsbedingungen und Bedeutung von Netzwerken für den ökologisch-sozialen und kulturellen Wandel” geht von der begründeten Annahme aus, daß die Entstehung von Netzwerken etwas über den erreichten Grad an Komplexität in einer Gesellschaft aussagt. Das verstärkte Auftreten von Netzwerkstrukturen in verschiedenen Feldern gesellschaftlicher Wirklichkeit wird demnach als ein Indikator für das Vorhandensein einer sozialen Umbruchsituation (Laszlo 1987) interpretiert. Netzwerke sind in diesem Verständnis ein Trial-and-error-Muster sowie ein Versuchsfeld für die “sanfte Erprobung” neuer gesellschaftlicher Organisationsformen.¹

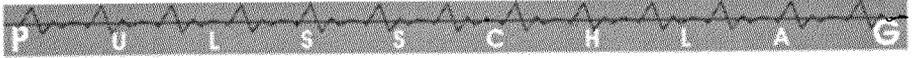
Bevor dieser Erklärungsansatz untersucht werden kann, gilt es, Kriterien zu entwickeln, nach denen Netzwerke eingeordnet und

klassifiziert werden können. In diesem Kontext stehen weitere Fragen an eine künftige Netzwerkforschung zur Bearbeitung an: Was zeichnet Netzwerke gegenüber anderen Organisationsformen aus? Was sind ihre essentiellen Elemente? Einige Elemente von Netzwerk-Tätigkeit beschreibt Huber wie folgt: *Networking* ist *projektbezogen, interdisziplinär und praxis- bzw. problemlösungsorientiert* und auf politische und sonstige gesellschaftliche Ziele bezogen (1991: 51). In einer ersten Annäherung, die sich auf einen Teilbereich von Netzwerkarbeit bezieht², begreifen wir Netzwerke als selbstorganisierte Antwort auf “Staatsversagen”, wie es von Jänicke (1986) erörtert wurde. Ihr Handeln ist zweckbestimmt und wertorientiert. Die Partizipation vielfältiger Interessen an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen kennzeichnet Netzwerke im Gegensatz zu traditionellen Organisationsmodellen. Ihre Arbeitsweise spiegelt den Versuch wieder, Formen enthierarchisierter Kooperationsformen (Axelrod 1988) zu praktizieren. Ein freier Austausch und die Vermittlung von Informationen gehören dabei zu den wesentlichen Merkmalen der Netzwerk-Arbeit. Die Netzwerkformen liegen häufig quer zu den vorhandenen Strukturen, und sie zeichnen sich durch vielfältige Überlappungen mit anderen Organisationen aus. Ihr Arbeitsfeld ist eher praxisüberschreitend und tendenziell international ausgerichtet. Damit ist Networking auch eng mit den globalen Herausforderungen verbunden, die “Unsere gemeinsame Zukunft”³

betreffen und neuer Formen der internationalen Problemlösung bedürfen.

In einer weiteren Hypothese wird angenommen, daß Netzwerke besser als tradierte Organisationsformen in der Lage sind, selbstorganisiert angepaßte Problemlösungen zu generieren. Darüber hinaus scheinen Netzwerke flexibler auf die sich ständig verändernden Umfeldbedingungen reagieren zu können (vgl. Huber 1991) und fundamental prozeßorientierte Elemente zu enthalten. Diese positiv besetzten Attribute machen Netzwerke zu Hoffnungsträgern auf der Suche nach neuen Organisationsmodellen zur Bewältigung drängender Zukunftsfragen.

Aber auch Skepsis bleibt angebracht. Sind Netzwerke tatsächlich adäquate Problemlösungsinstanzen, oder geht in den informellen Strukturen nicht der Grad an Verantwortung verloren, der z. B. für sozialverträgliche Lösungen und globale Problembewältigungsstrategien unabdingbar ist? Auf einer anderen Ebene sind ebenfalls Zweifel anzumelden: Sind Netzwerke tatsächlich “steuerbar”, d. h. für bestimmte (gesellschaftlich sinnvolle) Zwecke wie zum Beispiel der Installation neuer dezentraler Aushandlungsprozesse zu instrumentalisieren? Schließlich: Handelt es sich bei der derzeitigen Welle der Verwendung des Begriffs Netzwerk in den meisten Fällen nicht um schlichten Etikettenschwindel, weil sich die weiterhin wirksamen Macht- und Entscheidungsstrukturen in den we-



sentlichen politischen und gesellschaftlichen Bereichen faktisch keineswegs geändert haben?

2. Vorgehen

Bevor diese Fragen oder Einwände untersucht werden können, muß möglichst präzise beschrieben werden, was Netzwerke eigentlich sind. Eingedenk beachtenswerter Einwände versucht das vorliegende Projekt der Frage nachzugehen, ob Netzwerke einen relevanten Beitrag für neue Formen der Partizipation, der Entscheidungsfindung und der Dezentralisierung von Macht und Kompetenzen leisten können. Die Erfahrungen aus den Netzwerk-Aktivitäten in den alternativen Bewegungen der letzten zwanzig Jahre scheinen diese Tendenzen zu bestätigen. Zu diesem Ergebnis kommen auch Dackweiler/Poppenhusen/Grottian/Roth (1990) in ihrer empirischen Untersuchung zur "Struktur und Entwicklungsdynamik lokaler Bewegungsnetzwerke in der Bundesrepublik", die eine relative Stabilität von Bewegungsstrukturen aufgrund vernetzter und gewachsener politischer und gesellschaftlicher Aktivitäten festgestellt haben. Zentrale darüber hinausgehende Frage ist allerdings, wie und in welchem Umfang Netzwerkformen Eingang in traditionelle und klassisch-vermachtete Organisationen und Entscheidungsstrukturen gefunden haben. Insbesondere ist die Diskussion von Interesse, ob und welche Unternehmensnetzwerke⁴ ent-

stehen und welche Folgen neue Unternehmensstrukturen und -kooperationen für die Partizipation der Betroffenen einerseits und für strukturpolitische Handlungsspielräume für staatliches Handeln andererseits haben können. Zu diesen Fragen liegen bereits eine Reihe von Untersuchungen vor, vgl. z. B. Grabher (1988) und Sydow (1991). Sensible, weil hochgradig interessenbesetzte Politikfelder, wie z. B. die Forschungs- und Technologiepolitik (Schubert 1991), eignen sich besonders als weiterführender Untersuchungsgegenstand. In welchen entscheidungsrelevanten Bereichen der Gesellschaft lassen sich Netzwerkstrukturen finden und welche Bedeutung haben sie für die Dezentralisierung und Demokratisierung von Macht und Kompetenzen?

Das Projekt zielt angesichts wachsender globaler Herausforderungen (internationale Arbeitsteilung, europäischer Binnenmarkt, Bevölkerungswachstum, Ozonloch und Treibhauseffekt etc.) auf die Identifikation neuer dezentralisierter Entscheidungsprozesse und ihr Verhältnis zu einer globalen Verantwortung und fragt somit nach sozialen Formen der Zukunftsgestaltung. Diese sehr abstrakt gehaltene Aussage wird im Projekt weiter operationalisiert. Am Institut für Arbeit und Technik des Wissenschaftszentrums NRW läuft beispielsweise seit kurzem ein Projekt, das sich mit regionalen Gestaltungsnetzwerken auf dem Feld der Struktur- und Technologiepolitik im Ruhrgebiet befaßt. Interessant könnte der Versuch sein, solche agierenden Ge-

staltungsnetzwerke teilnehmend zu beobachten und daraus Rückschlüsse für verallgemeinerbare Prinzipien zu gewinnen, die in den unterschiedlichen Arenen der Politik, der Wissenschaft und Technik, der Wirtschaft und der Kultur anwendbar sein könnten. Hinter diesem Gedanken einer aktiven Zukunftsgestaltung steht eine neues, modernes Politikmodell, wie es z. B. von Zöpel und Schuchardt (1988) beschrieben wurde, das auf Partizipation und die Einrichtung neuer Aushandlungsprozesse setzt. Gerade Nordrhein-Westfalen hat in den letzten fünf Jahren vielfältige, auch experimentell angelegte Versuche einer Neuformulierung der Forschungs- und Technologiepolitik begonnen. Das Landesprogramm "Mensch und Technik - Sozialverträgliche Technikgestaltung"⁵ und die jetzige "Zukunftsinitiative Nordrhein-Westfalen" sind Ausdruck solcher Versuche (vgl. Burmeister/Drüke/Väth 1990).

3. Ziele

Der Begriff "Netzwerk" ist im besten Sinne "interdisziplinär" verortet. Ihn in seiner Differenziertheit aufzuzeigen sowie seine Herkunft und seine etymologischen Ursprünge exemplarisch nachzuvollziehen, bilden den Ausgangspunkt einer wissenschaftlich fundierten Herangehensweise. Nach den bisherigen Kenntnissen liegen zwar vor allem im angelsächsischen Raum zahlreiche Veröffentlichungen vor, allein zum Teil-

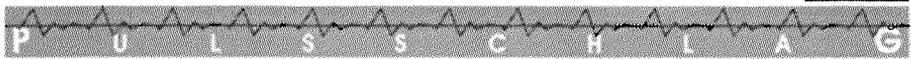
hema "Soziale Netzwerke und psychische Gesundheit" weist die kommentierte Bibliographie von Biegel, McCardle & Mendelsohn 1340 Arbeiten aus, Stand 1985 (vgl. Keupp 1987); allerdings beschränken sich die bisherigen Arbeiten auf spezifische Teilsichten. Insbesondere steht der Sozial- und Selbsthilfesektor⁶ im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses. Nach dem bisherigen Kenntnisstand fehlt bislang eine historisch angelegte und fachübergreifende "Geschichtsschreibung" der Entstehungsbedingungen von Netzwerken. Die naheliegende Hypothese, daß der Netzwerkbegriff seine Ursprünge der Informationstechnologie verdankt, erweist sich bei näherer Betrachtung zumindest als überprüfenswert. Der Soziologe Georg Simmel sprach z. B. bereits am Ende des 19. Jahrhunderts vom "Netzwerk der Gesellschaft" (Simmel: 1983, 292), als die ersten Radio-Netzwerke und die magischen Kanäle des Marshall McLuhan⁷ noch ferne Zukunft waren. Es erscheint deshalb durchaus lohnenswert, die "Entstehungsbedingungen" und den Kontext des Netzwerk-Begriffes eingehender zu untersuchen. Mit dem Versuch einer begrifflichen Klärung wird gleichermaßen intendiert, den Bedeutungswandel des Begriffs im Längsschnitt zu beleuchten. Der derzeitige inflationäre Gebrauch des Begriffs legt die Vermutung nahe, daß die gesellschaftlichen Bedingungen sich soweit gewandelt haben, daß sie heute "reif sind" für vielfältige Netzwerkbildungen. Welche Rückschlüsse daraus für die Bedeutung von Netzwerken für einen ökologisch-sozialen und

kulturellen Wandel zu ziehen sind, gehört zur zentralen Fragestellung des Projekts.

Bevor diese Fragestellung beantwortet werden kann, bedarf es einer Annäherung an die Fragen: Was ist ein Netzwerk? Wie arbeitet es, wie funktioniert es? Dabei geht es nicht um eine naturwissenschaftlich exakte Definition. Auch und gerade dieses soziale Phänomen entzieht sich einer solchen Absicht. Ziel des Projekts ist es deshalb, aus einer möglichst breit angelegten Identifizierung von nationalen und internationalen Netzwerken eine systematische Typisierung vorzunehmen. Dabei kann auf Vorarbeiten zurückgegriffen werden, wie z. B. von Schenk (1984). Der Versuch einer Typisierung und Beschreibung des Phänomens Netzwerk soll sich an grundlegenden Forschungsfragen des Projekts orientieren: Warum entstehen Netzwerke? Welche Rolle spielt die wissenschaftliche und technologische Entwicklung bei der Durchsetzung des Netzwerk-Gedankens? In welchen gesellschaftlichen Bereichen tauchen Netzwerke auf? Was unterscheidet Netzwerke von anderen Formen sozialer bzw. technischer Organisation? In welcher Beziehung stehen Netzwerke zu ihrer Umwelt? In erster Linie sollen dabei die Sphäre der Ökonomie, der Bereich der sozialen Bewegungen, das Feld kultureller Aktivitäten, die Entwicklung der Informationstechnologie sowie das weite Feld der Selbstorganisation als Schlüsselbegriff für neue Forschungsansätze in den Naturwissenschaften, insbesondere in der

neueren Evolutionstheorie, beachtet werden (vgl. Probst 1987, Maturana 1987, Krohn/Küppers 1990, diese Ansätze politikwissenschaftlich verarbeitend: Böhrer 1990). Der bewußt weitgefächerte Analysehorizont soll ein möglichst umfassendes Bild der Netzwerkbildung ermöglichen. Gleichzeitig sollen die analysierten und erfaßten Netzwerke der Erweiterung der am SFZ bestehenden Zukunftsdatenbank⁸ dienen. Die systematische Typisierung bildet eine wichtige Voraussetzung für die eingangs erwähnte Fragestellung, welchen Beitrag Netzwerke zum ökologisch-sozialen und kulturellen Wandel leisten (können). Mit der Systematik ist die Absicht verbunden, spezifische Muster der Problembewältigung durch Netzwerke zu erkennen bzw. zu fragen, ob es für unterschiedliche Gebiete jeweils verschiedene Varianten der Netzwerkbildung gibt.

Projektbegleitend kommt es darauf an, exemplarisch einige Netzwerke genauer - im Sinne von Fallstudien - zu untersuchen. Die Systematisierung soll dabei die Auswahl interessanter Beispiele für Netzwerke unterstützen. Ziel der Fallstudien wäre neben einer empirischen Fundierung der bisherigen Aussagen die Suche nach verallgemeinerbaren Prinzipien der Netzwerkarbeit und -methodik. Der hochgradig informelle Charakter der Netzwerke dürfte hierbei ein ernstzunehmendes Hindernis darstellen. Allerdings ist davon auszugehen, daß Netzwerke idealtypisch in der Praxis nicht vorkommen. Eher ist zu vermuten, daß Netzwerke in tradierte gesell-



schaftliche Organisationsformen wie z. B. in einen Verein oder betriebliche Entscheidungsstrukturen partiell übergehen. Einen Schwerpunkt der Fallstudien soll u. a. der Bereich neuer Managementstrategien (systemisch-evolutionäres Management, vgl. Königswieser/Lutz 1990) einnehmen.

Im Anschluß an die Auswertung der Fallstudien sind die Aussagen der Typisierung zu überprüfen und gegebenenfalls zu verändern. Wenn es gelingt, verallgemeinerbare Prinzipien der Netzwerk-Arbeit zu beschreiben, könnte der spannende Versuch unternommen werden, die gewonnenen Erkenntnisse in die Praxis zu transformieren. Bisher scheinen das oben erwähnte regionale Gestaltungsnetzwerk im Bereich der Struktur- und Technologiepolitik des Landes NRW sowie das Netzwerk-Projekt der IG Metall für die neuen Bundesländer⁹ interessante Ansatzpunkte zu sein. Es bestehen insbesondere für diesen Teil des Projekts die oben skizzierten generellen Bedenken, ob z. B. das Netzwerk-Konzept für eine aktive Zukunftsgestaltung hinreichend tragfähig ist oder ob es sich schließlich doch als postmoderner Etikettenschwindel bzw. als nichtssagende Sprechblase erweisen wird.

Klaus Burmeister / Weert Canzler

Anmerkungen

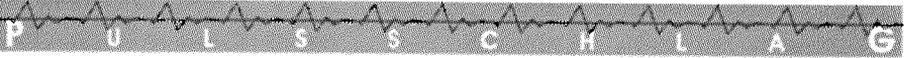
- ¹ Diese These vertrat Laszlo auf dem Symposium "Soziale Netzwerke" am 6. - 7. Oktober 1990 in Wien.
- ² Diese Definition von Netzwerk-Arbeit lag dem Symposium "Vernetzungen - Netzwerke und Zukunftsgestaltung" am 9. 12. 1989 in Berlin zugrunde, zu dem nationale und internationale Netzwerke eingeladen waren, die sich speziell der Zukunftsgestaltung verschrieben haben (vgl. *Burmeister/Canzler/Kreibich* 1991).
- ³ So lautet die deutsche Übersetzung des Berichtes der "Brundtland-Kommission", in dem das Konzept des "sustainable development" (dauerhafte Entwicklung) als gemeinsames Ausgleichsmodell für den ökonomischen, sozialen und ökologischen Nord-Süd-Konflikt erarbeitet wurde.
- ⁴ Hierbei können wir auf Erkenntnisse des Projekts "Zukunftsforschung und die Organisation von Zukunftswissen in Unternehmen" zurückgreifen, das in direkter Projekt-Vernetzung zeitgleich zu dem beschriebenen Vorhaben durchgeführt wird.
- ⁵ *Georg Simonis* vom Projektträger (SoTech) hat das Landesprogramm u. a. als "soziales und politisches Pilotprojekt" beschrieben, in dem vielfältige Netzwerkstrukturen zur Bewältigung sozialer Problemlagen entstanden sind (vgl. *Simonis* 1988).
- ⁶ Hierzu gab es bereits in den 80er Jahren einige summierende Veröffentlichungen, z. B. von *Lipnack und Stamps* (1982) und von *Krebs* (1988).
- ⁷ Insbesondere *McLuhan* hat frühzeitig die informationstechnologische Vernetzung und ihre globalen Konsequenzen ("global villa-

ge") thematisiert (vgl. *McLuhan* 1968).

- ⁸ In dieser Zukunftsdatenbank werden Institution der nationalen und internationalen Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung gespeichert. Bisher umfaßt die im Aufbau befindliche Datenbank rund 300 Datensätze. In dieser Datenbank sind Forschungseinrichtungen, Stiftungen, Vereine, Netzwerke und Institutionen zu finden, die sich mit Zukunftsfragen beschäftigen. Ein erster Teil, der im engeren Sinne zukunftsfororschungsrelevante Institutionen erfaßt, erscheint im Juli in dem Band "Zukunftsforschung und Politik" von *Kreibich/Canzler/Burmeister* im Beltz Verlag.
- ⁹ Präzise lautet das Vorhaben der IG Metall, Abteilung Technologie: "Modellhafte arbeitsorientierte Technologie- und Qualifikationsberatung in den neuen Bundesländern". Das Projekt soll von einem neugegründeten Verein mit dem Namen "Institut Zukunftswerkstatt Mensch - Umwelt - Technik (MUT)" durchgeführt werden.

Literatur

- Axelrod, R.*, Die Evolution der Kooperation, München, Oldenburg 1988
- Böhret, C.*, Folgen. Entwurf für eine aktive Politik gegen schleichende Katastrophen, Opladen 1990
- Burmeister, K./Driike, H./Väth, W.*, Sozialverträgliche Technikgestaltung als Aufgabe staatlicher Forschungs- und Technologiepolitik, Abschlussbericht i. E., Berlin
- Burmeister, K./Canzler, W.*, Zukunftsgestaltung durch Netzwerke. in: *Burmeister, K./Canzler, W./Kreibich, R.*, Netzwerke. Vernetzungen



und Zukunftsgestaltung, Weinheim/Basel 1991

Dackweiler, R./Poppenhusen, M./Grottian, P./Roth, R., Struktur und Entwicklungsdynamik lokaler Bewegungnetzwerke in der Bundesrepublik. Eine empirische Untersuchung an drei Orten, Verlängerungsantrag zum DFG-Projekt, Berlin August 1990

Grabher, G., Unternehmensnetzwerke und Innovation. Veränderungen in der Arbeitsteilung zwischen Groß- und Kleinunternehmen im Zuge der Umstrukturierung der Stahlindustrie (Ruhrgebiet) und der chemischen Industrie (Rhein-Main), discussion paper FS I 88-20 des Wissenschaftszentrums Berlin, Berlin 1988

Huber, J., Die Netzwerk-Idee Rückblick und Ausblicke, in: *Burmeister, K./Canzler, W./Kreibich, R.*, Netzwerke. Vernetzungen und Zukunftsgestaltung, Weinheim/Basel 1991

Jänicke, M., Staatsversagen. Die Ohnmacht der Politik in der Industrie-gesellschaft, München 1986

Keupp, H./Röhrle, B. (Hg.), Soziale Netzwerke, Frankfurt am Main/New York 1987

Königswieser, R./Lutz, Ch. (Hg.), Das Systemisch-Evolutionäre Management - Neue Horizonte für Unternehmen, Wien 1990

Krebs, H., Selbsthilfe-Netze. Über 200 Zusammenschlüsse von Selbsthilfe- und Initiativgruppen, Essen 1988

Krohn, W./Küppers, G., Selbstorganisation. Aspekte einer wissenschaftlichen Revolution, Braunschweig/Wiesbaden 1990

Laszlo, E., Evolution - Die neue Synthese, Wien 1987

Lipnack, J./Stamps, J., Networking. The First Report and Directory, New York 1982

Maturana, H. R./Varela, F. J., Der Baum der Erkenntnis, Bern und München 1987

Mcluhan, M., Die magischen Kanäle, Düsseldorf/Wien 1968

Netzwerke: Globales Denken oder Isolation? mit Beiträgen von *P. Henrici, E. Laszlo, V. Lomeiko, A. Martiny, H. v. Werra*, eine Publikation der Unisys (Schweiz) AG, Münsingen-Bern 1989

Probst, G., Selbstorganisation. Ordnungsprozesse in sozialen Systemen aus ganzheitlicher Sicht, Berlin/Hamburg 1987

Schenk, M., Soziale Kommunikation und Netzwerke, Tübingen 1984

Schubert, K., Politikfeldanalyse, Opladen 1991

Simonis, G., SoTech - Ein soziales und politisches Pilotprojekt, in: SoTech-Rundbrief 12, Oktober 1988

Simmel, G., Schriften zur Soziologie. Eine Auswahl, Frankfurt am Main 1983

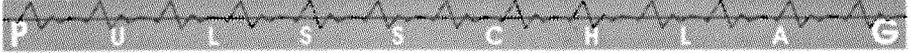
Sydow, J., Unternehmensnetzwerke. Begriffe, Erscheinungsformen und Implikationen für die Mitbestimmung, Manuskripte 30 der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 1991

Zöpel, Ch./Schuchardt, W., Politik und Technik - eine Zwischenbilanz aus sozialdemokratischer Sicht, in: *Zöpel, Ch.* (Hg.), Technikgestaltung durch den Staat, Bonn 1988

Gewalt ist in!

Kann eine friedenswissenschaftliche Studienwoche für Gewalt als Problem von Politik, Gesellschaft und Wissenschaft sensibilisieren?

Es war auch ein hochschuldidaktisches Experiment: in einer Theater- und Dokumentarfilmveranstaltung, über eine Collagenausstellung und ein Planspiel(1), in Vorträgen auswärtiger NachwuchswissenschaftlerInnen und im Rahmen eines ersten Symposiums zur Friedensforschung mit saarländischen ReferentInnen sich der "Gewalt im Alltag und in der Weltpolitik" zu nähern. Die friedenswissenschaftliche Studienwoche an der Universität Saarbrücken versuchte dabei nicht nur Gewaltphänomene in ihrer Vielschichtigkeit intellektuell und szenisch - durch das Stück "Gewalt im Spiel" des Duisburger Reibekuchentheaters über den sexuellen Mißbrauch von Frauen und Heranwachsenden (2) aufzudecken, sondern auch die längst fällige Diskussion um die regierungsoffizielle Kommissionsarbeit "Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt" zu stimulieren (3). Daß derzeit Gewalt im asymmetrisch sich integrierenden Deutschland - ein erstes Opfer war im Saarland in Saarlouis zu beklagen - sowie in den zwischengesellschaftlichen und -staatlichen Politiken in MittelSüdOsteuropa "in" ist, macht die Dringlichkeit einer Beschäftigung mit der Gewaltförmigkeit sozialer Beziehungen au-



genfällig. Dabei überrascht vielleicht allein, daß die Friedens- und Konfliktforschung bis jetzt keine Kritik an dieser millionenschweren und von ihren Ergebnissen her regressiven Auftragsarbeit geleistet hat (4). Mit einem erweiterten, nichtrestriktiven, auf das staatliche Gewaltmonopol fixierten Gewaltbegriff sich den Bedingungen und dem Entstehen von Gewalt zuzuwenden, stellt eine nach der Debatte der siebziger Jahre (5) weiterhin notwendige Herausforderung für die Friedensforschung sowie für andere Wissenschaften und Wissenschaftsansätze dar, die in den einzelnen Veranstaltungen unterschiedlich öffentlichkeitswirksam angenommen worden ist. Die Zahl der TeilnehmerInnen, die aus unterschiedlichen Bereichen und auch von außerhalb der Hochschule kamen, lag zwischen 3 und 133. Während bei fachphilosophischen Vorträgen und friedenspolitischen Informationsveranstaltungen weniger Zuspruch festzustellen war, wurden insbesondere Kulturveranstaltungen, die Vorlesung im Rahmen einer Einführung in die Friedens- und Konfliktforschung und ein Gesprächsabend recht rege besucht. Es wäre voreilig, aus der Beteiligtenperspektive eine Gesamtbilanz der Veranstaltungswoche Ende Oktober 1991 ziehen zu wollen. Dennoch lassen sich in dreifacher Hinsicht Perspektiven einer Weiterarbeit gegen Gewalt und Krieg als extremster Form der physischen Vernichtung hervorheben.

I.

Zwar ist Gewalt nicht allgegenwärtig, jedoch am Ausgang des 20. Jahrhunderts in "extensiven Kulturen" (6) mit einer industrialistisch-bürokratischen Produktionsweise und einer Vorherrschaft von Männern nicht nur in der etablierten Politik eine empirische Erscheinung. Bis Ende des Jahres 1991 waren allein im Irak nach zuverlässigen Berechnungen 180 000 Kinder im Gefolge der Militär- und wirtschaftlichen Drohpolitik gestorben. Daß es einerseits in Westeuropa möglich ist, einen erschütternden Dokumentarfilm über das zerschlagene Land in den Fernsehkanälen zu placieren (7) und andererseits Medien eine gewaltverschärfende und kriegsfördernde Wirkungsweise haben (8), gehört zu den derzeitigen Voraussetzungen von transnationaler und non-gouvernementaler Friedensarbeit, zu der auch eine während der Studienwoche vorgeschlagene Initiative von unten für eine deutsch-irakische Städtepartnerschaft gerechnet werden sollte.

II.

Die feministische Theoriebildung hat nicht nur vielfältiges Datenmaterial über Gewalt in zwischenmenschlichen und geschlechtlichen Beziehungen vorgelegt, sondern auch bedeutsame Erklärungsansätze für die Entstehung von Gewaltverhältnissen erarbeitet und auf die Unterscheidung von Macht und Gewalt hingewiesen. Daß so-

wohl die These von einer männlichen Vorrangstellung und Überlegenheit als auch die Annahme einer spezifisch-weiblichen Friedfertigkeit zu Deutungssystemen werden können, die selbst Gewalt mit hervorruft, wurde in der Diskussion mit dem Saarbrücker Gastdozenten Johan Gattung und dem Basler Philosophen Hans Saner (9) hervorgehoben. Symbolische Gewalt in kulturellen Zeichensystemen und in wissenschaftlichen Deutungssystemen können nicht nur Herrschaftsinstrumente sein, sondern - so zumindest der Kulturwissenschaftler Hans Saner - auch zum personenlosen Subjekt einer Gewaltausübung über die Köpfe, Körper und Herzen der Menschen werden. Die Symbolokratie, eine Herrschaft von Zeichensystemen in medienstüchtigen Gesellschaften, wurde kennbar gemacht als Problem der Gewalt in und im Austausch zwischen Kulturen, die mit einer Kulturalisierung sozialer Auseinandersetzungen in der Weltklassengesellschaft einhergeht.

III.

Wie auch immer eine Didaktik des Friedens und die Praxis einer nicht aggressionslosen Gewaltfreiheit in den nächsten Jahren auszusehen vermag, es bleibt ein Dissens in der Bewertung von Gewalt sowohl durch Politiker als auch Wissenschaftler festzustellen. Wonicht eine Beurteilung von Gewalt als inhumane Sozialpraxis vorgenommen wird, verschließt sich die Perspektive einer Gewaltverringerung weitgehend. Szenische Darstel-

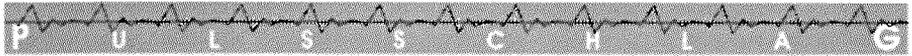


lungsweisen von Alltagsgewalt und der Gewalt in den internationalen Beziehungen auf dem Theaterboden, in einer abrüstungspolitischen Zukunftswerkstatt oder in einem zum Weiterdenken anregenden Vortrag bieten mit guten Gründen keine unmittelbar anwendbaren Konzepte für die Gewaltauflösung an, eröffnen jedoch sensibilisierende Zugänge zur Wahrnehmung von Gewalt und favorisieren letztlich eine Entscheidung für den Ausschluß von Gewalt in Mensch-Mensch- und Mensch-Natur-Beziehungen. Wir möchten diese Überlegung zuspitzen: Die politische Perspektive des Gewaltabbaus wird nicht nur stets auf einer intellektuellen Durchdringung von Gewaltphänomenen und Gewaltweisen (personale, strukturelle und kulturelle) angewiesen bleiben, sondern zunehmend in Szene gesetzte und Konflikte dramatisierende Wege einer personalen Gewaltverarbeitung bedürfen. Zu erwarten ist auch, daß nur dort Friedensstudien in Forschung und Lehre Aufklärung über Erscheinung und Wissen von Gewalt bringen, wo Wege der akademischen Ausbildung eine für konkrete Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit gangbar und realisierbar sind.

Johan Galtung, Dieter Kinkelbur und Martin Nieder

Anmerkungen

- (1) Das nachspielbare Planspiel "Internationale militärische Konflikte und ziviler Widerstand" von Dieter Kinkelbur und Kurt Südmersen ist in der Zeitschrift des Österreichischen Friedensforschungsinstitutes, Rochusplatz 1, A-7461 Stadtschlaining, Dialog "Zur Zukunft der Armeen?", 1990, Heft 19, enthalten.
- (2) Das Reibekuchentheater, c/o Uwe Frisch, Hülser Landstr. 1, 4152 Kempen, bietet im Anschluß an die Aufführung des Rote Grüze-Stückes "Gewalt im Spiel" eine Gesprächsmöglichkeit mit Interessierten an.
- (3) *Hans-D. Schmid / Jürgen Baumann u. a.* (Hrsg.): Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt, 4 Bde, Berlin 1990; siehe auch das Sondervotum von Roland Eckert zur Kommissionsarbeit, in: *Forschungsjournal NSB*, 1990, (1), S. 99f.
- (4) Verdienstvoll ist der kleine Sammelband von *Peter-Alexis Albrecht und Otto Backes*: Verdeckte Gewalt. Plädoyers für eine Innere Abrüstung, Frankfurt/Main 1990, in dem bezeichnenderweise eine Wortmeldung aus dem Kreis der bundesdeutschen Friedens- und Konfliktforschung fehlt. Zur Kritik des Kommissionsberichts siehe *Hans-Josef Legrand*: Kontrolle von Gewalt, in: *Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte*, 38. Jg. 1990, H. 5, S. 470-472.
- (5) *Eike Hennig*: "Was leistet das Konzept der "Strukturellen Gewalt"? in: *W. Heitmeyer, K. Möller und H. Sünker* (Hg.): Jugend - Staat - Gewalt. Weinheim/München 1989, S. 77-79, der die Debatte um einen kritischen Gewaltbegriff bis Ende der 80er Jahre nachzeichnet.
- (6) So *Johan Galtung*, der im Rahmen seiner Saarbrücker Vorlesungen und Diskussionsbeiträge seinen Aufsatz "Cultural Violence", in: *Journal of Peace Research*, 17 (1990) 3, S. 291-305, erläuterte.
- (7) Der Dokumentarfilm "Die Zeit nach dem Krieg" von *Carl A. Fechner* ist als Videokassette bei focus-film, Schwarzwaldstr. 45, W-7717 Immendingen, erhältlich.
- (8) Siehe dazu insbesondere die Beiträge von *Thomas Dominikowski* und den Gemeinschaftsbeitrag von *Johan Galtung in Löffelholz, Martin* (Hg.): Krisenkommunikation. Kriege und Konflikte als Medienereignisse. Opladen 1992
- (9) *Hans Saner* hat in Anschluß an und in Auseinandersetzung mit *Pierre Bourdieu* schon Anfang der 80er Jahre symbolische Gewalt als Aufgabenfeld kulturtheoretischer und friedenswissenschaftlicher Bemühungen bestimmt. Wichtige Veröffentlichungen in diesem Zusammenhang sind seine beiden Aufsatzsammlungen "Hoffnung und Gewalt. Zur Ferne des Friedens", Basel 1982, und "Identität und Widerstand", Basel 1988.



Sektion Politische Soziologie der DVPW

Die Sektion Politische Soziologie ist nach einer Reihe von Jahren im Rahmen des DVPW-Kongresses in Hannover am 09.10.1991 erstmals wieder zusammengetreten. Der vom Vorstand der DVPW bestellte kommissarische Sprecher, Prof. Dr. Hans-Dieter Klingemann, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Freie Universität Berlin, hatte dazu insbesondere auch die Mitglieder der Arbeitskreise und Arbeitsgruppen "Wahl- und Einstellungsforschung", "Parteienforschung", "Interessenverbandsforschung" und "Soziale Bewegungen" eingeladen, um über die Wiederbelebung der Sektion und ein gemeinsam interessierendes, mittelfristiges Veranstaltungsprogramm zu beraten. Mehr als dreißig Kolleginnen und Kollegen sind dieser Einladung gefolgt.

Die Sitzung wurde mit einem Referat des kommissarischen Sprechers zur Bedeutung und zur Geschichte der Sektion eingeleitet. Dabei wurde festgestellt, daß die Politische Soziologie nach wie vor zum Kernbestand des Faches Politische Wissenschaft gehört. Es wurde darüber hinaus die These vertreten, daß die alte Sektion an ihrer eigenen Produktivität gescheitert ist. Aus der Sektion seien sieben Arbeitskreise oder -gruppen hervorgegangen, die alle leb-

haften Zuspruch gefunden, bemerkenswerte Tagungen abgehalten und wichtige Publikationen hervorgebracht hätten. Gerade dieser Erfolg hätte dann aber dazu geführt, daß diese Arbeitskreise und -gruppen an einer Reintegration und Synthese der Forschungsergebnisse nur wenig interessiert gewesen seien.

Als Arbeitsfeld der Sektion Politische Soziologie in den kommenden drei Jahren, zu dem alle Arbeitskreise und -gruppen wichtige Aspekte beitragen könnten, wurde das Thema "Theorie und Empirie des Systems der Interessenvermittlung in demokratisch verfaßten politischen Systemen" zur Diskussion gestellt. Die Möglichkeiten, die dieses Thema bietet, wurden in zwei Referaten exemplarisch vorgestellt. Dr. Dieter Rucht, WZB, sprach über "Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung". Dr. Bernhard Weßels, WZB, referierte über "Vielfalt oder strukturierte Komplexität im System der politischen Interessenvermittlung?". Im ersten Referat wurden Forschungsrichtungen gesichtet, Grundkategorien präzisiert, die kollektiven politischen Akteure in einem räumlichen Modell verortet, ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede präsentiert und schließlich einige Thesen zum Wandel ihrer Strukturen und Wechselbeziehungen angeboten. Im zweiten Referat ging es um die empirische Ausfüllung des Themas. Hierbei wurden insbesondere die Konsequenzen der Komplementarität von Verbänden und Parteien für die Bindungskraft des intermediären

Systems und das Spannungsverhältnis funktionaler Bedeutungszunahme von intermediären Institutionen einerseits und der Erosion traditioneller Bindungen andererseits thematisiert. Die Kollegen PD Dr. Dieter Stöss, Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Schiller, Philipps-Universität Marburg, Prof. Dr. Brand, Technische Universität München, und Prof. Dr. Gabriel, Otto-Friedrich Universität Bamberg, haben diese Darstellungen aufgegriffen und überlegt, ob das Thema "Interessenvermittlung" den Arbeitskreisen und -gruppen eine gemeinsame Perspektive eröffnen könnte. Dies wurde, nach eingehender Aussprache, mehrheitlich bejaht.

In einem Kurzbeitrag hat Prof. Dr. Bossle, Julius-Maximilians-Universität Würzburg, die Arbeiten Otto Stammers skizziert und auf andere Traditionslinien der Politischen Soziologie hingewiesen.

Am Ende der Sitzung wurde Prof. Dr. Hans-Dieter Klingemann, WZB und Freie Universität Berlin, von den Anwesenden einstimmig zum Sprecher der Sektion Politische Soziologie gewählt. Er wurde gebeten, im Jahre 1992 eine Sektionstagung zum Thema "Strukturen politischer Interessenvermittlung" einzuberufen.

Prof. Dr. Hans-Dieter Klingemann, Sprecher der Sektion Politische Soziologie

Anschrift:

**Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
Reichpietschufer 50
D-1000 Berlin 30**

Material

Bürgerinformation

Um eine breite Bürgerdiskussion über die Erneuerung des Grundgesetzes zu befördern, hat das Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder eine kleine Informationsschrift herausgegeben. Sie enthält Vorschläge für eine neue Verfassung, Hinweise, wie der einzelne Bürger Einfluß nehmen kann und aktuelle Literaturhinweise zur Verfassungsdiskussion.

Bürgerinformation "Verfassung geht uns alle an!", Bonn/Berlin, Februar 1992, 18 S.; pro Exemplar DM 1,-, zehn Exemplare kosten DM 5,-, je zehn weitere Exemplare DM 4,- (Portofreie Zusendung zum Selbstkostenpreis und nur nach Vorauszahlung). Zu beziehen über Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder, Friedrichstr. 165, 0-1080 Berlin.

Soziale Verantwortung des Kapitals

Der Dachverband der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre will seine Arbeit für eine umwelt- und sozial-

verträgliche Erwirtschaftung von Dividenden intensivieren. Der Verband weist auf die Möglichkeit hin, daß Aktionäre ihm ihr Stimmrecht übertragen können, "damit wir in ihrem Namen die 'soziale Verantwortung des Kapitals' einfordern". Die kritischen Aktionäre treten seit Jahren auf Hauptversammlungen großer Aktiengesellschaften auf und machen Manager für Rüstungsexporte, gefährliche Chemieprodukte, für gesundheitsschädigende Arbeitsbedingungen, Ausbeutung der Dritten Welt, für Kredite an Südafrika und viele andere rücksichtslose Geschäfte öffentlich verantwortlich.

Kontaktanschrift:
Verband der kritischen
Aktionärinnen und Aktionäre,
Friedhofstr. 7,
6508 Alzey 1,
Tel. 06731/45450

Cash durch Kooperation

Weit über tausend verschiedene Fördertöpfe und Finanzierungswege soll es für selbstorganisierte Initiativen geben. Kein Wunder, daß der einzelne Projektberater selbst bei gutem Willen überfordert ist. Was lag näher, als die verstreute Beratungskompetenz zusammenzuführen.

Es gibt Ideen, die auf Anhieb so überzeugend sind, daß man sich fragt, warum sie nicht schon viel früher verwirklicht worden sind. Cash Coop, der Verband Finanzierungsberatung für Initiativen in Hessen und Thüringen, ist solch eine Idee: Finanzierungsexpertinnen und -experten aus Initiativen und Organisationen haben sich zusammengetan, um die "wertvollen" Informationen über Fördertöpfe und Finanzierungswege systematisch zu erheben, den gegenseitigen Austausch zu organisieren und neue Fördermöglichkeiten zu erschließen. Die Arbeitsstruktur beruht auf Selbsthilfe und Gegenseitigkeit: Alle Beteiligten bringen Informationen und Kontakte im Bereich Förderung in einen gemeinsamen "Know-How-Pool" ein - als Hilfsmittel dient eine EDV-gestützte Infothek - und erhalten im Gegenzug Zugriffsmöglichkeiten auf das gesamte dort angesammelte Finanzierungswissen.

Nähere Informationen und eine aktuelle Übersicht der kooperierenden Organisationen bei Cash Coop - Büro Kassel; Martin Mertens; Motzstr. 4; 3500 Kassel; Tel.: 0561/15791; Fax: 0561/103325 oder Cash Coop - Büro Frankfurt/Main; Jochen Reinnalda; Kasseler Str. 1 a; 6000 Frankfurt/Main; Tel.: 069/7381833

T R E I B G U T

Lesebuch zu Verfassungsfragen

Das Lesebuch zeigt, vermittelt durch spannende Dokumente, die von Berichten über primitive Gesellschaften bis zu Verfassungsäußerungen aus heutiger Zeit reichen, wie sehr unser aller Bewußtsein und Verhalten von Verfassungsfragen und den jeweils für sie geltenden Regelungen bestimmt wird.

Verfassung meint hierbei nicht allein die geschriebene Verfassung des politischen Sektors, im deutschen Falle das Grundgesetz. Verfassung meint vielmehr grundsätzlich alle auf Dauer geltenden Ziele (Normen) und institutionell geregelten Umgangsformen von Menschen in einer Gesellschaft. Die politisch-staatliche Verfassung bildet gleichsam nur deren Kopfbedeckung.

Wolf-Dieter Narr/Klaus Vack (Hrsg.), VERFASSUNG, Oder: Wie können wir in Zukunft leben? 61 Texte: Ein Lesebuch für die Bürgerin und den Bürger, 496 Seiten, kartoniert, illustriert, DM 30,-.

Kontakt: Komitee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal



Wege der Friedenswissenschaft

Herausgegeben von Regine Mehl, Ulrike C. Wasmuth, Thomas Dominikowski und Dieter Kinkelbur, ist "Wege der Friedenswissenschaft" eine neue Publikationsreihe im Lit-Verlag, Münster/Hamburg.

In Form von Sammelbänden, Tagungspublikationen und Monographien soll diese Reihe neuen und kritischen Themen und Ansätzen der Wissenschaft für den Frieden ein Diskussionsforum bieten. Sie will ein breites Spektrum an wissenschaftlichen Diskussionen und Bewegungen einbeziehen. Sie steht für Diskussionen aus der Friedensbewegung und Friedensarbeit ebenso offen wie etwa für die feministische Friedensforschung, Studien über innergesellschaftliche Konflikte oder naturwissenschaftliche Beiträge für den Frieden.

Kontakt: Lit-Verlag Dieckstr. 56 4400 Münster

Informationen über die Zukunft

PRO ZUKUNFT ist eine einzigartige Informationsquelle für alle, die sich über die wichtigsten Entwicklungen und Trends kundig machen wollen. Unsere

Zukunft, die Zukunft der Menschheit, ist das Thema einer schier unübersichtlichen Zahl von Publikationen: Bücher, Zeitschriften, "graue Literatur", Kongreßpapiere und so weiter.

PRO ZUKUNFT sichtet diese Informationsflut, strukturiert und bewertet sie und faßt die Essenz dieser zukunftsbezogenen Texte in komprimierten Inhaltsangaben zusammen. Dabei werden alle relevanten Wissensgebiete berücksichtigt: Ökologie, Ökonomie, Psychologie, Biologie, Ethik, Philosophie, Physik, Chemie, Technologie, Städtebau, Landwirtschaft, Arbeitswissenschaften, Erziehung und Bildung, Kybernetik, Dritte Welt, Medizin, und viele andere.

Die Internationale Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg, eine Gründung von Professor Robert Jungk, dem Nestor der Zukunftsforschung und des Wissenschaftsjournalismus, zeichnet für dieses im deutschsprachigen Raum einmalige Informationsmedium verantwortlich. Robert Jungk wird in jeder Ausgabe einen Kommentar zum jeweiligen Schwerpunktthema schreiben.

Kontakt: Beltz-Verlag Postach 100161 6940 Weinheim



Call for Papers

for the Conference on:

Soziale Bewegungen in Westeuropa

Annual Meeting of the Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen Saarbrücken, 13.-15. November 1992

After the revolutionary processes in Eastern Europe it is time to re-evaluate the status, problems and perspectives of new social movements in Western Europe. At the annual conference of the Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen (Research Group New Social Movements) social scientists, politicians, activists, etc. will meet to discuss the state of the art. Since the conference aims to combine the interest of researchers and practical politicians the conference language will be German.

Those who can give a comprehensive overview of the state of national movements or who can compare movements in different countries should contact:

Dr. Detlev Jahn
 Fachbereich 1 / Soziologie
 Universität - Gesamthochschule - Paderborn
 Postfach 1621
 D-4790 Paderborn
 Germany
 Tel. xx49-5251-602345
 Fax xx49-5251-602347

Zukunftsstudien

Wir stehen vor immensen und neuartigen Zukunftsaufgaben. Ökologische und soziale Probleme können nicht länger mehr nur im Schutzraum der Wissenschaft erarbeitet werden. Eine menschengerechte Zukunftsgestaltung muß sich auf globale und vernetzte Strategien stützen, Komplexität und Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung erfordern unkonventionelle und praxisorientierte Lösungen.

Solche konkreten Lösungen für Zukunftsprobleme zu erarbeiten, das ist das Ziel des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) mit Sitz in der Zukunftsmetropole Berlin, und des Sekretariat für Zukunftsforschung (SFZ) im Herzen des Ruhrgebiets, in Gelsenkirchen. Beide Institute arbeiten eng zusammen, sind gemeinnützig organisiert und unabhängig von parteipolitischen oder wirtschaftlichen Interessen. Die wichtigsten Ergebnisse und Erkenntnisse ihrer Arbeit

erscheinen in der Reihe
 ZukunftsStudien bei BELTZ:

Kontakt:
 Beltz Verlag
 Postfach 1001
 6940 Weinheim

Akten des Verfassungsschutzes öffnen

In Frankfurt hat sich die Initiative Offenlegung unserer Verfassungsschutzakten gebildet. Es sei höchste Zeit, so die Initiative, den Kalten Krieg auch in Westdeutschland zu beenden und die Bespitzelung mißliebiger Bürger durch den Verfassungsschutz einzustellen. Es sei unerträglich, daß die geheimdienstlichen Behörden des Verfassungsschutzes (VS) nach wie vor Informationen über Bürger sammeln und auswerten, "von denen wir nichts wissen und zu denen wir deshalb auch nicht Stellung nehmen können". Es sei eine durch kurzfristig einzurichtende Rechtsregelungen persönliche Einblicknahme für antragstellende Bürger zu gewährleisten. Diese Regelung müsse adäquat zum Stasi-Akten-Einsichtsgesetz sein, "ohne den Repressionsapparat der ehemaligen Staatssicherheit mit dem VS zu vergleichen". Den Verfassungsschutzämtern seien besonders in den Zeiten des Kalten Krieges

und einer vorwiegend administrativ-repressiven Auseinandersetzung mit der außerparlamentarischen Opposition auch illegale Verfahrens- und Operationsmöglichkeiten zugestanden worden, die in ihrem Wesen demokratischen Rechtsnormen verletzen.

Kontaktanschrift:
Initiative Offenlegung unserer Verfassungsschutzakten,
c/o IKO-Verlag,
Postfach 900965,
6000 Frankfurt 90

Umweltökonomische Gesamtrechnung

Die Notwendigkeit einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung hat Bundesumweltminister Dr. Klaus Töpfer unterstrichen. Töpfer sagte bei der Entgegennahme einer Stellungnahme des von ihm berufenen Wissenschaftlichen Beirats zur Konzeption einer umweltökonomischen Gesamtrechnung: "Viel zu lange haben wir in der Vergangenheit auf Kosten der Umwelt gewirtschaftet und unseren Wohlstand durch Abbau unseres Umweltkapitals subventioniert (...). Ich halte es für dringend erforderlich, von dieser Art des Wirtschaftens abzurücken. Die Umweltökonomische Gesamtrechnung wird hierfür wichtige Daten liefern."

Die angestrebte Umweltökonomische Gesamtrechnung soll den Zustand und die Entwicklung der Umwelt zahlenmäßig erfassen und auch die Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaftsprozess und Umwelt darstellen. Dabei sind eine Reihe schwieriger Probleme zu lösen, insbesondere das Problem der Zusammenfassung der vielfältigen Umweltdaten. Während die traditionelle Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auf Marktpreise zurückgreifen kann, bereitet es Schwierigkeiten, Umweltdaten in Geldeinheiten auszudrücken. Der Wissenschaftliche Beirat empfiehlt daher, sich zunächst auf die Sammlung von Mengenangaben von Emission und Immission sowie von Daten zum Flächenverbrauch etc. zu konzentrieren und diese in weiteren Schritten miteinander zu verknüpfen.

Jugendinitiativen

Die Jugendlichen insbesondere in den neuen Bundesländern sind nachhaltig ins Gerede gekommen. Alle Welt lamentiert über verbreitete Gewaltbereitschaft und "Null-Bock-Mentalität". Kaum einer der Kritiker hat sich aber wirklich einmal mit der Lebenssituation und mit den Vorstellungen der Jugendlichen auseinandergesetzt.

Diese Lücke zumindest in Teilen zu schließen, unternimmt der fünfte Band der Arbeitshilfen für Selbsthilfen- und Bürgerengagement der Stiftung MITARBEIT.

28 Beispiele von Jugendprojekten dokumentieren, daß sich die Jugendlichen keineswegs abgemeldet haben, sondern aktiv, einfallreich und hartnäckig an einer Veränderung der Situation arbeiten. Vom eigenen Lokalradio und alternativer Zeitung über Beschäftigungsprojekte und Behindertenarbeit, Ausländerinitiativen und Kulturzentren: kaum ein gesellschaftlicher Bereich, in dem Jugendliche nicht aktiv sind und neue, weitertreibende Initiativen versuchen.

Der zweite Teil der Arbeitshilfe gibt eine Orientierung über die Finanztöpfe und Finanzierungswege für selbstorganisierte Jugendinitiativen (EG-Programme, Förderung auf Bundes- und Landesebene, sonstige Fördermöglichkeiten) und versammelt wichtige Adressen und Kontaktmöglichkeiten.

Sippel, Hanns-Jörg: Jugendinitiativen - Praxismodelle und Finanzierungswege, Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 1992, 172 S., DM 6,-; zu beziehen über die Bundesgeschäftsstelle (Bornheimer Str. 37, 5300 Bonn 1) und den Buchhandel.

Termine

Europa im Umbruch: Neue Soziale Bewegungen im Schatten des Europäischen Binnenmarktes

Tagung der Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen am 13.-15. November 1992 in Saarbrücken

Europa befindet sich in einer Zeit des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Umbruchs. Die revolutionären Entwicklungen in Osteuropa und die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes führen dazu, daß wirtschaftliche Aspekte wieder in den Vordergrund rücken. Was geschieht aber mit den Anliegen von den Neuen Sozialen Bewegungen? Umweltprobleme, Bestrebungen nach Emanzipation, etc. scheinen an Bedeutung zu verlieren. Die objektiven Probleme werden jedoch immer drückender. Dies ist Grund genug eine erste Bilanz nach den osteuropäischen und deutschen Umbrüchen zu ziehen.

Im Mittelpunkt der Tagung soll die Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen in *Westeuropa* stehen. Wie haben die Bewegungen die Umbrüche überstanden und wie sieht die zukünftige Perspektive aus?

Autoren sind aufgerufen einen Beitrag vorzuschlagen, die entweder einen Zustandsbericht über bestimmte Ländern geben wollen oder Erfahrungen in mehreren Ländern vergleichend bewerten. Besonders soll die Entwicklung, der gegenwärtige Stand und die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten der nationalen Bewegungen eingeschätzt und beurteilt werden.

Inhaltliche Vorbereitung und Koordination der Tagung:

Dr. Detlef Jahn
FB 1/ Soziologie
Universität -Gesamthochschule-
Paderborn
Postfach 1621
4790 Paderborn
Tel.: 05251-60 2345

Projektfiananzierung

Wer eine grundlegende Orientierung im "Finanzdschungel" sucht, kann an einer Tagung der Stiftung MITARBEIT in der Europa-Akademie Werra-Meißner bei Kassel teilnehmen. Vom 19.-21. Juni haben Engagierte im Initiativbereich die Gelegenheit, Experten der Projektfinanzierung mal so richtig "auszuquetschen": AFG; EG-Förderprogramme im Bereich Beschäftigung, Ausbildungsförderung; Jugend, Kultur, Frauen, Behinderte; sozialpolitische Förderung (BSHG, KJHG); sonstige Finanzierung (Stiftungen, Sponsoring etc.). Geplant ist außerdem

eine Konzeptwerkstatt, in der exemplarisch Kosten- und Finanzpläne erarbeitet werden. Anmeldung und weitere Informationen:

Stiftung MITARBEIT
Frau Sylvia Fels
Bornheimer Str. 37
5300 Bonn 1

Annotation

Hans-Peter Müller:
**Sozialstruktur und
Lebensstile.**

**Der neuere theoretische
Diskurs über soziale Un-
gleichheit.**

Suhrkamp Frankfurt 1992, 435 S.

In diesem Buch wird der theoretische Rahmen für eine soziologische Analyse von Lebensstilen entworfen. Weil sie unter anderem Makro- und Mikroebene verknüpft und strukturelle und prozessuale Aspekte verbindet, dürfte sie sich zu einem besonders tauglichen Instrument für komplexe Sozialstrukturanalyse entwickeln. Sowohl das Ausmaß von Klassenstrukturierung als auch der Grad von Individualisierung in gegenwärtigen Gesellschaften werden sich im Zuge von Lebensstilanalyse empirisch untersuchen lassen. "Lebensstil" dürfte zu einem Grundbegriff wie "Klasse" und "Schicht" werden, und in der Konjunktion von Lebenschancen und Lebensstilen rückt ein zentrales Thema der klassischen Soziologie wieder in den Mittelpunkt: das Problem der Lebensführung.

*

Matthias Hastig:

Das Kom-Konzept.

**Das Modell
für erfolgsorientierte
Kommunikation.**

Peter Lang: Bern u.a. 1991, 163 S.

Nach den K-Regionen kommt das Kom-Konzept. Der öffentliche Gebrauch der Vernunft setzt geringende Kommunikation voraus. Ein Modell für erfolgsorientierte Kommunikation stellt jetzt Matthias Hastig vor. Sein Buch "zielt auf eine Darstellung kommunikativen Handelns in Wirtschaft und Gesellschaft". Dies betrifft sowohl die Anforderungen an erfolgreiches kommunikatives Handeln etwa in der Automobilindustrie oder in der frauen- und männer-spezifischen Kommunikation als auch "Optimierungsmöglichkeiten". Darüber hinaus werden Möglichkeiten der sinnvollen Gestaltung von Seminaren zum Kommunikationstraining dargestellt. Daneben geht es um die sprachliche Darstellung von Identität, ja Identity, sowie um "Strukturen der Telekommunikation".

*

Lau, Thomas

Die heiligen Narren

Punk 1976-1986

de Gruyter: Berlin/New York
1992, 192 S.

"Die heiligen Narren", eine soziologische Studie über Punk, be-

ginnt wie ein ethnologischer Bericht über eine dem Leser fremde und verschlossene Kultur: mit einem Glossar. Wähnt man sich als aufgeschlossener Konsument der Massenmedien, dem auch das Phänomen Punk nicht verborgen blieb, als informierter Zeitgenosse, so wird man bereits bei der Lektüre des Glossars eines Besseren belehrt. Man macht dabei die eigenartige Erfahrung, daß auf den folgenden Seiten tatsächlich ein "Stamm" untersucht wird, der obzwar mitten unter uns lebend, seine eigenen Regeln, Rituale und sprachliche Konventionen hat und über den man als Außenstehender nur ein vermeintliches Wissen besitzt.

*

**Klaus Farin / Eberhard Seidel-
Pielen**

Rechtsruck.

**Rassismus
in Deutschland.**

Rotbuch: Berlin 1992, 168 S.

Steine fliegen, und die schweigende Mehrheit applaudiert dem neonazistischen Mob. Rechtsradikale Dummköpfe prahlen vor laufenden Kameras mit ihren Gewaltaktionen, und der Staatsanwalt weiß von nichts. Innenminister erklären sich überfordert, während ihre Parteifreunde in Landtagswahlkämpfen die Atmosphäre durch populistische Parolen anheizen. Der häßliche Deutsche ist wieder da - auch in den fünf neuen Bundesländern. Hat zuviel Rotlicht braun gemacht? Wer sind eigent-

lich die Akteure aus der schwarzbraunen Szene? Was sind die Ursachen, und warum ist von ihnen so selten die Rede? Wie haben Politik, Polizei und Publizistik bisher reagiert? Und welche neuen Herausforderungen hat die Jugendarbeit in Deutschland bei ihrer Auseinandersetzung mit rechtsradikalen Einstellungen zu bewältigen? Nach ihrem Aufsehen erregenden Buch "Krieg in den Städten" legen Klaus Farin und Eberhard Seidel-Pielen ihre zweite Reportage über die Gewaltverhältnisse im neuen Deutschland vor.

*

Fred Pearce

Die grünen Macher

Rotbuch: Berlin 1991, 304 S.

Ursprünglich aus kleinen, regionalen Initiativen hervorgegangen, ist die ökologische Bewegung zu einem Unternehmen von globalem Ausmaß herangewachsen. Die Geschichte des rasanten Aufstiegs solcher Organisationen wie Greenpeace, Friends of the Earth und dem World Wildlife Fund verfolgt "Die grünen Macher" bis auf ihre verborgenen Anfänge zurück. Doch stellt Fred Pearce nicht bloß die Pioniere der grünen Großunternehmen vor. Er dokumentiert auch, welche Zwänge deren Söhne schließlich zu Managementprofis ökologischer Geopolitik gemacht haben. So präsentiert "Die grünen Macher" die erste, umfassende Darstellung des weltumspannenden Öko-Netzwerkes.

*

Kulturbehörde Hamburg (Hrsg.):

Hauptsache Kultur.

Bundesweiter Ratschlag zu Sozio- und Stadtkultur. Dokumentation

Dölling und Galitz-Verlag: Hamburg 1991, 256 S.

Hauptsache Kultur? Diese Formel scheint das Leitmotiv für die Gesellschaftspolitik der 90er Jahre zu sein. Unscharfe Konturen einer künftigen "Kulturgesellschaft" lassen allzu schnell vergessen, daß die vielfältigen Probleme unserer Zeit nicht durch opulente Stadtinszenierungen und kulturelle Geschäftigkeit gelöst werden können.

Hauptsache Kultur! Soziokulturelle Initiativen waren angetreten, gesellschaftsverändernde Kräfte zu entfalten. In zunächst starkem Kontrast zu sogenannter Hochkultur organisierten Theatergruppen, Medien-Initiativen, Geschichtswerkstätten, Stadtteilzentren, Bücherhallen und andere Projekte den Aufbruch in eine "bessere" Kulturwelt. Die Gesellschaft sollte grundlegend demokratisiert werden, der Alltag kreativ, die Kreativität alltäglich sein. Wie sieht die Bilanz aus? Was sind die Perspektiven?

Dieses Buch gibt eine Orientierung.

*

Michael Longeric

Die SPD als "Friedenspartei" - mehr als nur Wahltaktik?

Auswirkungen sozialdemokratischer Traditionen auf die friedenspolitischen Diskussionen 1959-1983

Peter Lang: Frankfurt/Main 1991

Die vorliegende Studie leistet einen Beitrag zur Erforschung des sozialdemokratischen Selbstverständnisses von der eigenen Partei als einer Friedenspartei. Ist die Selbstdarstellung der SPD nur wahltaktisch bedingt? Oderschöpft die Partei aus friedenspolitischen Traditionen, die Einfluß auf die aktuelle sozialdemokratische Politik haben?

Die Analyse von Parteitageprotokollen, Beschlüssen, Reden und sozialdemokratischen Publikationen, die Auswertung von Zeitungen und Zeitschriften sowie nicht zuletzt zahlreiche Gespräche mit Sozialdemokraten ergeben das Bild einer Partei, für die geschichtliche Erfahrung ein wichtiger Teil ihrer Identität ist. Insbesondere die erfolgreiche Ostpolitik Willy Brandts trug entscheidend zur Festigung des im Laufe der Parteigeschichte entstandenen kollektiven historischen Bewußtseins bei - eines Bewußtseins, das Identifikationsmöglichkeiten bot, Wir-Gefühle schuf und auch zur Abgrenzung von anderen Parteien diente.

*

B E W E G U N G S L I T E R A T U R

**Frank-Olaf Brauerhoch (Hrsg.):
Frankfurt am Main.
Stadt, Soziologie und
Kultur**

Vervuert-Verlag: Frankfurt/Main
1991, 213 S.

Die Stadt Frankfurt am Main hält an der Illusion immerwährenden Wachstums weiterhin fest. Die Folgekosten müssen von Modernisierungsgewinnern und -verlierern getragen werden. Die Autorinnen und Autoren legen die Widersprüchlichkeiten im städtischen Entwicklungsprozeß offen und analysieren die Bedingungen einer anderen Politik. Sie schauen hinter die Fassaden, überprüfen gängige Interpretationen über Frankfurt am Main und, wenn nötig, korrigieren diese. Kein eindeutig neues Bild wird dabei entstehen, auch kein marketinggerechter Spiegel Frankfurter Vielfalt, sondern ein Gang durch die Stadt und ihre Außenbezirke. Und je nach Interesse der Leserinnen und Leser wird durch die Lektüre ein "neues Frankfurt" entstehen, das und dafür stehen die Artikel - sich durch Eigenständigkeit gegenüber den kommunizierten Images von Frankfurt ausweist. Der Band enthält auch einen Beitrag, der Frankfurt als "Bewegungsmetropole" skizziert.

*

**Jens Geier u.a. (Hrsg.):
Vielfalt in der Einheit.
Auf dem Weg
in die multikulturelle
Gesellschaft.**

Schüren Presseverlag: Marburg
1991, 170 S.

Die multikulturelle Gesellschaft in den deutschen Großstädten - gibt es sie, und was macht sie aus? Die deutsche Einheit hat machen vergessen lassen, daß in den Großstädten Westdeutschlands viele Menschen aus der Ersten, Zweiten und Dritten Welt arbeiten und leben.

Das Buch wendet sich an Mitarbeiter und Sympathisanten von Ausländerinitiativgruppen, an Großstadtbürger, politisch Interessierte und Sozialwissenschaftler. Die Themen reichen von der Rechtsproblematik über Erziehungsfragen bis zu konkreten Gestaltungsvorschlägen. Es ist ein informatives Sachbuch und bietet mit einem Anschriftenverzeichnis einen zusätzlichen Service.

In einer kritischen Bestandsaufnahme werden die tatsächlichen Lebensumstände der ausländischen Mitbürger mit den sozialpolitischen Forderungen engagierter Gruppen konfrontiert.

*

**Roland Eckert u.a.:
Der Umgang mit dem
Jugendprotest**

Leske + Budrich: Leverkusen
1992, ca. 200 S.

Eine Pilotstudie zum Konflikttraining. Sie leistet einen theoretischen und praktischen Beitrag zur Erforschung neuer Formen der Konfliktintervention, die angesichts der möglichen zukünftigen ökologischen und ethnischen Konflikte immer wichtiger werden. Zwischen den Bestrebungen von Konfliktbeteiligten, ihre Interessen durchzusetzen, und dem Interesse der Allgemeinheit an Demokratie, Recht und Gewaltfreiheit gibt es eine "Schnittmenge". Wer seine Interessen durchsetzen will, muß Unterstützung einwerben und Dritte von der eigenen Position überzeugen. Er muß sich daher in seiner Präsentation seines Anliegen auch auf allgemeine Interessen beziehen können. Darum können aus dem Eigeninteresse von Konfliktbeteiligten Lernmotivationen entstehen, die sich im kognitiven Bereich auf die Position des Gegners beziehen, im normativen Bereich an demokratischen und rechtstaatlichen Regeln orientieren und emotional an der Fähigkeit der Spannungsbewältigung ansetzen. Diese Lernmotivationen können für eine pragmatische politische Bildung und als Ansatzpunkte für alternative Formen des Konfliktmanagements genutzt werden.

*

BEWEGUNGSLITERATUR

Heinz-Herman Krüger (Hrsg.):

Handbuch der Jugendforschung.

2. erweiterte und aktualisierte Auflage.

Leske + Budrich: Leverkusen 1992, ca. 500 S.

Das Handbuch der Jugendforschung ist inzwischen - und dies war auch die einhellige Prognose der Rezensenten - zu einem Standardwerk für den Bereich der Jugendforschung geworden.

Für die zweite Auflage wurden nicht nur alle bisherigen Beiträge überarbeitet und aktualisiert. Vielmehr sind auch sieben Beiträge zur Geschichte der Jugendforschung in der ehemaligen DDR, zur Jugend und Jugendforschung in Europa, zur Geschichte der Jugend und sowie zu den Themengebieten Jugend, Freizeit und Medien, Recht und Kriminalität, Jugend und Religion neu hinzugekommen. Dadurch sollen zum einen aktuelle deutsch-deutsche Entwicklungen sowie internationale Trends in der Jugendforschung stärker berücksichtigt werden. Zum anderen soll die Komplexität und Vielfalt der Sozialisationsinstanzen und -einflüsse, die die Lebenssituation von Jugendlichen charakterisieren, noch facettenreicher dokumentiert werden.

*

Gerard Braunthal:

Politische Loyalität und öffentlicher Dienst.

Der "Radikalenerlaß" von

1972 und die Folgen.

Schüren Presseverlag: Marburg 1992, ca. 220 S.

Dieses Buch ist die erste zusammenfassende Studie über den sogenannten Radikalenerlaß von 1972, der lange Jahre die innenpolitische Diskussion in der Bundesrepublik mitbestimmte. Auf der Basis von umfangreichen deutschen Archivquellen und Interviews von Politikern, Journalisten, Akademikern und direkt betroffenen Personen untersucht Braunthal die Fälle, das Umfeld und die Konsequenzen des Erlasses. Trotz seiner eigenen kritischen Einstellung dazu legt er sowohl die Ansichten seiner Befürworter als auch seiner Gegner dar.

*

C. Wolfgang Müller (Hrsg.):

Selbsthilfe.

Ein einführendes Lesebuch.

Beltz-Verlag: Weinheim 1992, 210 S.

In den 80er Jahren weitete sich die Selbsthilfebewegung in den Bereichen Krankheit, psychosoziale Versorgung, Süchte, dezentrale Kulturarbeit und Ausländerarbeit zu einer Massenbewegung aus, deren aktive Mitglieder die Zahl der aktiven Mitglieder eingeschriebener Parteien weit überflügelten. Das Lesebuch Selbsthilfe faßt wichtige Texte und Dokumente aus den letzten 15 Jahren bundesrepublikanischer Entwicklung in den Kapiteln »Selbsthilfegruppen:

was ist das?«, »Tätigkeitsfelder sozialer Selbsthilfe« und »Funktionswissen für Selbsthilfe-Gruppen« zusammen. Das Lesebuch ist eine Fundgrube für Leser, die wissen wollen, was Selbsthilfe ist und wie man sie macht.

*

Burkhard Wehner:

Die Katastrophen der Demokratie.

Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt 1992, 130 S.

Die Politiker versprechen, den Staat zugunsten der Verbraucher, der Arbeitnehmer, der Familien, der Rentner, des Mittelstands, der Bauern, der Frauen, der Steuer- und Beitragszahler, der Leistungsempfänger und auch der Umweltnutzer ins gesellschaftliche Interessengeflecht eingreifen zu lassen. Dem Bürger fällt es aber immer schwerer, sich für eine dieser Interessenträgerrollen zu entscheiden. Schwer wird dies auch deswegen, weil das Vertrauen in die Zielgenauigkeit und Nebenwirkungsfreiheit staatlicher Interventionen weigehend abhanden gekommen ist. Der Bürger beginnt zu lernen, daß er sich selbst meist in mindestens einer Eigenschaft schadet, wenn er in einer anderen Eigenschaft Versprechungen der Politiker einklagt. Der vorliegende Band orientiert sich an der These, daß der Überforderung des Sozialstaates nicht nur mit neuen marktwirtschaftlichen und sozialpolitischen Spielregeln, sondern auch mit einer Neuordnung der

politischen Entscheidungsverfahren entgegengewirkt werden muß.

*

Peter Lösche / Franz Walter:

Die SPD.

Klassenpartei - Volkspartei - Quotenpartei.

Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt 1992, 504 S.

Schon in der Weimarer Republik waren deutliche Ansätze zur Entwicklung der Sozialdemokratie zur Volkspartei vorherrschend. Aus heutiger Perspektive wird dieser Prozeß in all seinen Facetten rückverfolgt. Es entsteht die Geschichte der SPD innerhalb einer pluralistischen Massendemokratie. Peter Lösche und Franz Walter erläutern dabei die Großpartei SPD mit Hilfe des Begriffs der "lose verkoppelten Anarchie".

Sozialdemokratische Vielfalt, Widersprüchlichkeit und Unübersichtlichkeit kommen in mannigfaltigen Ausdrucks- und Erscheinungsformen daher. Wer etwa das Selbstverständnis der SPD zu begreifen sucht, kann nicht mehr, wie es Historikereinst taten, gleichsam exegetisch von Partei- und Aktionsprogrammen für alle Politikbereiche ausgehen. Dazu ist das 60seitige Berliner Programm von 1989 nicht nur viel zu langatmig und konturlos, sondern verbirgt auch die heterogenen Mentalitäten, Einstellungen und Verhaltensweisen, die sich bei Mitgliedern, Funktionären, Mandatsträgern und selbst in der Führungsspitze finden.

Rezeptionen

Claudia Bohn:

Habitus und Kontext.

Ein kritischer Beitrag zur Sozialtheorie Bourdieus.

Mit einem Vorwort von Alois Hahn.

Opuladen: Westdeutscher Verlag 1991, 153 S.

Cornelia Bohn unternimmt in ihrem Buch den Versuch, das Habituskonzept bei Bourdieu zunächst von seinen epistemologischen Grundannahmen her aufzurollen und zu erklären, um es dann anhand des Beispiels des sprachlichen Habitus und durch eine Konfrontation mit Luhmanns Systemtheorie zu kritisieren.

Der erste Teil ist eine durchaus gelungene, gut lesbare Einführung in das Habituskonzept. Die Autorin folgt dabei im Wesentlichen der Argumentation Bourdieus und bezieht seine Abgrenzungs- und Definitionsbemühungen (Kritik des Subjektivismus, Kritik des Objektivismus) mit ein.

Problematischer ist hingegen der Teil, in dem das Habituskonzept kritisiert wird. Seltsamerweise bezieht sich die Autorin inhaltlich gar nicht in erster Linie auf die im ersten Teil des Buches erarbeiteten epistemologischen Grundannahmen Bourdieus, sondern nimmt bei der Konfrontation mit sy-

stemtheoretischen Konzepten einen radikalen Perspektivwechsel vor. Die Nicht-Berücksichtigung des im ersten Teil erarbeiteten theoretischen Gerüsts wird zum Teil implizit damit begründet, daß Bourdieu seine eigenen theoretischen Postulate in der Forschungspraxis nicht durchhalte. Nun mögen sich zwar durchaus Argumente dafür finden lassen, daß Bourdieu durch die Hintertür strukturalistische Tendenzen einführt, die er zuvor theoretisch abgelehnt hatte; bei der Begründung ihres Vorwurfs vereinfacht die Autorin jedoch in unzulässiger Weise die Position Bourdieus. Wenn zum Beispiel behauptet wird, daß "die feldspezifische Brechung auf der Sachebene durch die strukturalistische Annahme der Homologie der Räume auf der Strukturebene wieder neutralisiert" werde (S.99), so liegt dem ein stark verkürztes Verständnis des Homologiebegriffs zugrunde. Bourdieu selbst hat immer wieder betont, daß homologe Position und identische Lage keinesfalls gleichzusetzen seien und daß der gleiche Habitus in unterschiedlichen Feldern unterschiedliche und sogar gegensätzliche Verhaltensweisen erzeugen könne.

Bourdieu ist in seiner Polemik gegen den Interaktionismus oft über das Ziel hinausgeschossen, und die Autorin bemerkt zurecht, "die Annahme, daß die Interagierenden alle ihre Eigenschaften und Merkmale in ihre Interaktion einbringen [fällt] hinter das eigene epistemologische Postulat des relationierenden Denkens zurück" (S.107). Anstatt solche Probleme bei Bourdieu jedoch vor dem Hin-

BEWEGUNGSLITERATUR

tergrund der theoretischen Grundannahmen weiter zu verfolgen und zu präzisieren, werden die Maßstäbe Luhmannscher Systemtheorie an Bourdieu angelegt: "Nimmt man Prozeßhaftigkeit, Selektionszwang und die daraus resultierende Kontingenz kommunikativen Geschehens ernst, und geht man davon aus, daß der Kommunikationsprozeß [...] ein emergentes soziales Geschehen ist [...], dann ist die Rede vom Habitus als praxisgenerierendes Prinzip auch nicht plausibel" (S.117). Überhaupt, läuft diese Vorgehensweise darauf hinaus, zu konstatieren: wenn Luhmann Recht hat, dann hat Bourdieu Unrecht. Der Versuch, eine Theorie mit Hilfe einer anderen auszuhebeln, müßte sinnvollerweise auf einer vermittelbaren Grundlage für den Theorievergleich durchgeführt werden.

Dieses Verfahren wiederholt sich, wenn die Autorin meint, Bourdieu überschätze die Einheit der Gesellschaft, unterschätze aber deren Differenzierung. Erkenntnisse aus systemtheoretischer Perspektive werden absolut gesetzt und der Theorie Bourdieus sehr unvermittelt gegenübergestellt. Natürlich sind Fragen bezüglich der Komplexität des Habitus in ausdifferenzierten Gesellschaften durchaus abgebracht. Die Behauptung, aufgrund der Fragmentierungstheese müsse ein Akteur über mehrere Habitus verfügen, scheint dagegen nicht schlüssig, da der Habitus bei Bourdieu als Resultat der Verinnerlichung komplexer, kampfgestützter sozialer Strukturen durchaus eine "zerrissene" und widersprüchliche Struktur haben

kann.

Das Buch kann seinen Anspruch, einen kritischen Beitrag zur Sozialtheorie Bourdieus zu leisten, nur sehr begrenzt einlösen. Dies ist umso bedauerlicher, da die Autorin im ersten Teil des Buches eine Grundlage für eine fruchtbare Theoriediskussion liefert. Was die formale Präsentation des Buches betrifft, hätte man dem von Druckfehlern und kleineren sprachlichen Ungenauigkeiten durchzogenen Manuskript eine sorgfältigere Korrektur dringend gewünscht.

Gerhard Reinecke, Hamburg

*

Dieter Rucht (ed.):

Research on Social Movements

The State of the Art in Western Europe and the USA

Frankfurt/Bolder: Campus Verlag/
Westview Press 1991. 464 S.

Seit den späten 60er Jahren hat sich das Bild politischer Auseinandersetzungen signifikant verändert. Mit Civil Rights Movement in den USA, Studentebewegungen, Anti-Atomkraft-Bewegungen, HausbesetzerInnenbewegungen, Frauenhaus- und Pro-Abtreibungskampagnen sowie einer bis in die 80er Jahre stetig wachsenden Zahl von BürgerInneninitiativen haben neue politische Akteure an den Konzepten politischer Interessenvertretung gerüttelt. Wäh-

rend US-amerikanische SozialwissenschaftlerInnen sich bereits seit Beginn der 70er Jahre theoretisch mit dieser neuen Art politischer Auseinandersetzung beschäftigt haben, hat der Boom der Bewegungsforschung in Europa erst 10 Jahre später eingesetzt. Die breite Palette von Fallstudien, die sich seither angesammelt hat, reflektiert nicht nur die facettenreiche Bewegungsvielfalt, die sozialkulturelle Dynamik und nicht zuletzt das häufig eng mit dem Forschungsinteresse verschränkte politische Engagement der BewegungsforscherInnen, sie ist auch ein Zeichen theoretischer Unsicherheit. Diese ist zentrales Thema in dem von Dieter Rucht vorgelegten Sammelband. Das Buch steht für das Interesse des Herausgebers, anhand von systematischen, methodologisch ausgereiften Vergleichsstudien das Feld der Bewegungsforschung zu befrieden.

Nach einer einleitenden Skizze der beiden zentralen Paradigmen, Resource Mobilization (RM) in den USA und Neue Soziale Bewegungen (NSB) in Europa (Klander-mans), geben neun Länderstudien Einblick in den jeweiligen theoretischen, methodischen und empirischen Forschungsstand. Auch die institutionelle Organisation und die Debatten werden in den Beiträgen aufgegriffen. Der Band enthält folgende Länderstudien: USA (Mayer), Großbritannien (Ruedig, Mitchell, Chapman, Lowe), Italien (Diani, Melucci), West-Deutschland (Rucht), Schweiz (Kriesi), Österreich (Pelinka), Schweden (Eyerman, Jamison), Dänemark (Gundelach), Nieder-

B E W E G U N G S L I T E R A T U R

lande (van Praag). Im dritten Teil des Buches stehen der RM Ansatz (Zald; kritisch: Kitschelt) und Touraine's Ansatz (Touraine; kritisch: Rucht) zur Diskussion. Tarrow und Neidhardt/Rucht greifen Klandermans' Überlegungen über Perspektiven komparativer Bewegungsforschung auf. Als zentrale Konzepte zur komparativen Analyse des "movement success" lassen sich in den drei Aufsätzen, "consensus mobilization" (Klandermans, Tarrow) und "collective protest" (Neidhardt/Rucht) herauskristallisieren.

Trotz (oder vielleicht gerade wegen) des vorgegebenen Leitfadens sind die Länderberichte sehr unterschiedlich ausgefallen. Abgesehen von den sehr ausführlichen und theoretisch fundierten Berichten über die USA und Italien, stellen die anderen Autoren übereinstimmend konzeptionelle Konturenlosigkeit und mangelhafte institutionelle Ausstattung fest - trotz Bewegungsvielfalt und theoretisch "dünner" Fallstudien.

Gleichzeitig stellen sie implizit die in der Einführung von Klandermans sowie in den perspektivischen Aufsätzen von Tarrow und Neidhardt/Rucht angesprochene Kooperation zwischen den beiden dominanten Paradigmen der Bewegungsforschung in Frage. Wenn beispielsweise in Schweden und Österreich im korporatistischen politischen System ein zentraler Hemmfaktor für die Entwicklung sozialer Bewegungen genannt wird, in der Schweiz und in West-Deutschland soziale Bewegungen weniger als Organisationen mit quantifizierbaren Mitgliederzahlen, sondern vielmehr als milieu-

bzw. netzwerkbestimmt charakterisiert werden, in den USA dagegen soziale Bewegungen in das pluralistische politische System mühelos einfließen können, dann muß Klandermans' Feststellung, "... the two approaches [RM und NSM] complement each other" (S. 29) oberflächlich erscheinen. Die sehr unterschiedlichen Verschränkungen zwischen politischem System, historischer Entwicklung, kultureller Spezifik und Bewegungspolitik, so legen die Länderstudien nahe, können nicht auf der Basis einer bloßen Addition zweier Forschungsansätze gelöst werden.

Dennoch, und hier liegt meines Erachtens die Stärke des Sammelbandes, ist ein Dialog über konzeptionelle Verschiedenheit sowie methodologische Innovation sehr zu Wünschen. Der dritte Teil des Buches greift dieses Projekt auf. Die Debatten zwischen Kitschelt und Zald über den RM-Ansatz und zwischen Touraine und Rucht zeigen nicht nur ontologische Differenzen auf, sondern könnten auch der Beginn für Auseinandersetzungen mit dem eigenen Paradigma sein. Kitschelts Vorschlag von "cross-national studies", die die Verkürzungen und Fragestellungen des jeweiligen Ansatzes herausarbeiten könnten (S. 342), ist ein erster Schritt in diese Richtung.

Länderstudien und Debatten zeigen, daß nicht nur die politische Kultur, sondern auch der Forschungsanspruch der WissenschaftlerInnen die "Paradigma-Wahl" (Zald) beeinflusst. Im Debattenteil des Buches muß Rucht's Kritik an Touraine erwähnt wer-

den. Hier bestätigt sich das Plädoyer für vergleichende Studien, ist doch Touraine's Arbeit sowohl konzeptionell wie auch methodisch ein Beispiel der Antikomparatistik (denjenigen, die sich durch Touraine's unübersichtliche und von Fußnoten nahezu unbelastete Ausführungen gelesen haben, ist Rucht's Kritik ein Genuß).

Als kritische Rezensentin mit Sympathien für besonders die sozialen Bewegungen, die sich als die unbequemsten für die Bewegungsforschung erweisen, wie z. B. feministische Frauenbewegungen und HausbesetzerInnenbewegungen, hoffe ich, daß Ruchts Prognose, "sharp theoretical controversies have ... not taken place, but are likely to occur in the future" (S. 180), bald produktiv verwirklicht werden kann.

Antje Wiener, Ottawa/Kanada

*

Aktuelle Bibliographie

- Angermüller, Jörg/Zech, Rainer:** Aus der Sackgasse der Selbstfesselung zu veränderten Politikformen. Umriss einer Politik als Kulturprojekt am Beispiel kommunaler Friedensarbeit, Expressum Verlag: Hannover 1991
- Bade, Klaus J. (Hrsg.):** Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart, Beck: München 1992
- Behrendt, Siegfried:** Selbstorganisation, Chaostheorie, Synergetik, Evolutionsstrategien und Netzwerkbildung. Bibliographie mit Schwerpunkt anwendungsorientierter Literatur, Sekretariat für Zukunftsforschung: Gelsenkirchen 1991
- Beyersdorf, Martin:** Selbstorganisierte Bildungsarbeit zwischen neuen sozialen Bewegungen und öffentlichem Bildungssystem, edition zebra: Hamburg 1991
- Böhme, Gernot:** Natürlich Natur. Über Natur im Zeitalter ihrer technischen Reproduzierbarkeit, Suhrkamp: Frankfurt/Main 1992
- Bosselmann, Klaus:** Im Namen der Natur. Der Weg zum ökologischen Rechtsstaat, Scherz: München 1992
- Brandes Volkhard:** Die kleinen Dinge des Lebens. Geschichten vom Utopieverlust, Brandes & Apsel: Frankfurt/Main 1992
- Buechler, Steven:** Women's Movements in the United States, Rutgers University Press: New Brunswick, New Jersey 1991
- Bugiel, Karsten:** Volkswille und repräsentative Entscheidung, Nomos: Baden-Baden 1991
- Club of Rome:** Die erste globale Revolution. Der vollständige Bericht. Hintergründe, Horizonte: Bad König 1992
- Dahrendorf, Ralf:** Der moderne soziale Konflikt, DVA: Stuttgart 1992
- De Fronzo, James:** Revolutions and Revolutionary Movements, Westview Press: Boulder, Colorado 1991
- De Leon, David:** Everything is Changing. Contemporary U. S. Movements in Historical Perspective, Greenwood Press: Westport, Connecticut 1988
- Diani, Mario/Eyermann, Ron (editors):** Issues in Contemporary Social Movements Research, Sage, Autumn: London 1991
- Dick, Ulla:** Netzwerke und Berufsverbände für Frauen. Ein Handbuch, Rowohlt: Reinbek 1992
- Eckert, Roland u.a.:** Der Umgang mit dem Jugendprotest, Leske + Budrich: Opladen 1992
- Eyerman, Ron/Jamison, Andrew:** Social Movements. A Cognitive Perspective, Polity Press: Oxford 1991
- Farin, Klaus/Seidel-Pielen, Eberhard:** Rechtsruck. Rassismus im neuen Deutschland, Rotbuch: Berlin 1992
- Glott, Peter:** Die Linke nach dem Sieg des Westens, DVA: Stuttgart 1992
- Grau, Günter (Hrsg.):** Verachtet, verfolgt, vernichtet. Dokumente zur nationalsozialistischen Politik gegen die Homosexuellen, Fischer: Frankfurt/Main 1992
- Hammond, John L.:** Building Popular Power. Workers' and Neighborhood Movements in the Portuguese Revolution, Monthly Review Press: New York 1991
- Hettling, Manfred (Hrsg.):** Revolution in Deutschland? 1789 - 1989. Sieben Beiträge, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 1992
- Hoffmann-Lange, Ursula:** Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik, Leske + Budrich: Opladen 1992
- Höllmüller, Irmgard u.a.:** Achtung Sozialstaat. Ein Handbuch, Europaverlag: Zürich 1992
- Hondrich, Karl Otto/Koch-Arzberger, Claudia:** Gesellschaftliche Solidarität heute, Fischer:

B E W E G U N G S L I T E R A T U R

Frankfurt/Main 1992

Johnston, Hank: Tales of Nationalism. Catalonia 1939-1979, Rutgers University Press: New Brunswick, New Jersey 1991

Jopp, Matthias (Hrsg.): Dimensionen des Friedens - Theorie, Praxis und Selbstverständnis der Friedensforschung, Nomos: Baden-Baden 1992

Kern, Bruno: Theologie im Horizont des Marxismus. Zur Geschichte der Marxismusrezeption in der lateinamerikanischen Theologie der Befreiung, Grünewald: Mainz/München 1992

Klandermans, Bert (editor): International Social Movements Research, Volume 3 (Peace movements in Western Europe and the United States), JAI Press: Greenwich, Connecticut 1991

Klein, Thomas u.a. (Hrsg.): Keine Opposition. Nirgends? Linke in Deutschland nach dem Sturz des Realsozialismus, Ch.Links: Berlin 1992

Kreuder, Thomas (Hrsg.): Der orientierungslose Leviathan. Verfassungsdebatte, Funktion und Leistungsfähigkeit von Recht und Verfassung, Schüren Presseverlag: Marburg 1992

Leif, Thomas/Legrand, Hans-Josef/Klein, Ansgar (Hrsg.): Die politische Klasse in Deutschland. Eliten auf dem Prüfstand, Bouvier Verlag: Bonn/Berlin 1992

Li, Peter/Mark, Steven/Li, Marjorie H. (editors): Culture and

Politics in China. An Anatomy of Tiananmen Square, Rutgers University Press: New Brunswick, New Jersey 1991

Ludwig, Ralf u.a. (Hrsg.): Flucht nach Deutschland, Schüren Presseverlag: Marburg 1992

McPhail, Clark: The Myth of the Madding Crowd, Aldine De Gruyter: New York 1991

Menzel, Ulrich: Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der Großen Theorie", Suhrkamp: Frankfurt/Main 1992

Minc, Alain: Die Wiedergeburt des Nationalismus in Europa, Hoffmann und Campe: Hamburg 1992

Molitor, Üte: Wählen Frauen anders? Zur Soziologie eines frauenspezifischen politischen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland, Nomos: Baden-Baden 1992

Moreau, Patrick: PDS. Anatomie einer postkommunistischen Partei, Bouvier: Bonn/Berlin 1992

Mühlenbruch, Brigitte/Geiling-Maul (Hrsg.): Gipfelstürme. Aspekte der Frauenforschung, Bouvier: Bonn/Berlin 1992

Müller, Michael/Kanonenberg, Andreas: Die RAF-Stasi-Connection, Rowohlt: Berlin 1992

Münkler, Herfried (Hrsg.): Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie, Piper: München 1992

Negt, Oskar/Kluge, Alexander: Maßverhältnisse des Politischen, S. Fischer: Frankfurt 1992

Nordlohne, Elisabeth: Die Kosten jugendlicher Problembewältigung, Juventa: Weinheim 1992

Pearce, Fred: Die grünen Macher, Rotbuch: Berlin 1992

Postman, Neil: Das Technopol. Die Macht der Technologien und die Entmündigung der Gesellschaft. Fischer: Frankfurt/Main 1992

Prott, Jürgen: Gewerkschafts- presse. Gegenöffentlichkeit durch Mitgliederzeitschriften, Schüren Presseverlag: Marburg 1991

Redaktion diskus (Hrsg.): Die freundliche Zivilgesellschaft. Rassismus und Nationalismus in Deutschland, Edition ID-Archiv: Amsterdam/Berlin 1992

Reuband, Karl-Heinz: Drogenkonsum und Drogenpolitik. Deutschland und die Niederlande im Vergleich, Leske + Budrich: Opladen 1992

Reusch, Wera/Wiener, Antje (Hrsg.): Geschlecht, Klasse, Ethnie. Alte Konflikte und neue soziale Bewegungen in Lateinamerika, Breitenbach Publishers: Saarbrücken/Fort Lauderdale 1991

Rüddenklau, Wolfgang: Störenfried. DDR-Opposition 1986-1989. Mit Texten aus den Umweltblättern, BasisDruck: Berlin 1992

B E W E G U N G S L I T E R A T U R

- Sartori, Giovanni:** Demokratietheorie, Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt 1992
- Scheuch, Erwin K./Scheuch, Ute:** Cliques, Klüngel und Karrieren. Über den Verfall der politischen Parteien - eine Studie, Rowohlt: Reinbek 1992
- Schlöder, Bernd:** Soziale Werte und Werthaltungen, Leske + Budrich: Opladen 1992
- Scott, Alan:** Ideology and the New Social Movements, Unwin Hyman: London 1990
- Seidler, John/Meyer, Katherine:** Conflict and Change in the Catholic Church, Rutgers University Press: New Brunswick, New Jersey 1989
- Senghaas, Dieter:** Friedensprojekt: Europa, Suhrkamp: Frankfurt/Main 1992
- Strübel, Michael:** Internationale Umweltpolitik. Entwicklungen, Defizite und Aufgaben, Leske + Budrich: Opladen 1992
- Ullmann, Wolfgang:** Verfassung und Parlament. Ein Beitrag zur Verfassungsdiskussion, Dietz: Berlin 1992
- Veen, Hans-Joachim/Hoffmann, Jürgen:** Die Grünen zu Beginn der neunziger Jahre. Profil und Defizite einer fast etablierten Partei, Bouvier: Bonn/Berlin 1992
- Wagner, Richard:** Völker ohne Signale. Zum Epochenbruch in Osteuropa, Rotbuch: Berlin 1992
- Waldmann, Klaus (Hrsg.):** Umweltbewußtsein und ökologische Bildung, Leske + Budrich: Opladen 1992
- Wasmuht, Ulrike C. (Hrsg.):** Konfliktverwaltung. Ein Zerrbild unserer Demokratie?, Analysen zu fünf innenpolitischen Streitfällen, Aufbau Taschenbücher: Berlin 1992
- Weber, Hermann:** Das Prinzip Links. Beiträge zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland 1848-1990. Eine Dokumentation. Ch.Links: Berlin 1992
- West, Guida/Blumberg, Rhoda Lois (editors):** Women and Social Protest, Oxford University Press: New York 1990
- Wette, Wolfgang (Hrsg.):** Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten, Piper: München 1992
- Winkler, Beate:** Zukunftsangst Einwanderung, Beck: München 1992
- Worldwatch Institute:** Report zur Lage der Welt 1992. Daten für das Überleben unseres Planeten, Fischer: Frankfurt/Main 1992

Hüthig Verlagsgemeinschaft
Heidelberg · Berlin
Deutscher Verlag
der Wissenschaften
O-1080 Berlin
Taubenstraße 10

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft

ZfG

gegründet 1953

Der Jahrgang 1991 enthielt u. a. folgende Beiträge:

Hartmut Boockmann: Über stadthistorische Darstellungen aus den neuen und den alten Bundesländern

Eberhard Diepgen: Erinnern für die Zukunft. Zur Ausstellung „Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941-1945“

Jörg-Peter Findeisen: Fürstendienerei oder Zukunftsträchtiges unter feudalem Vorzeichen. Einige Anmerkungen zur Kameralismus-Diskussion in der früheren DDR – das Beispiel Schwedisch-Pommern

Immanuel Geiss: Geographie und Mitte als historische Kategorien. Anmerkungen zu einem Aspekt des „Historikerstreits“

Willibald Gutsche: Illusionen des Exkaisers. Dokumente aus dem letzten Lebensjahr Kaiser Wilhelms II. 1940/41

Gerhart Hass: Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945. Zu einigen Legenden über seine Vorgeschichte und den Verlauf der ersten Kriegswochen

Harald Kleinschmidt: Galtons Problem. Bemerkungen zur Theorie der transkulturell vergleichenden Geschichtsforschung

Michael Lemke: Chance oder Risiko? Die Stalin-Note vom 10. März 1952 im außenpolitischen Konzept der Bundesregierung

Rolf Pfeiffer: Die neuseeländische Position zur Bildung eines „Commonwealth of Australasia“

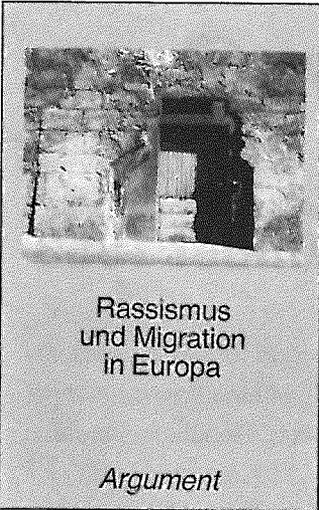
Ines Reich/Kurt Finker: Der 20. Juli 1944 in der Geschichtswissenschaft der SBZ/DDR seit 1945

Detlef Zimmer: Der Mensch in der Geschichte und die Biographie. Entropie eines klassischen Streitpunktes?

Die Zeitschrift für Geschichtswissenschaft ist eine Fachzeitschrift für Historiker, Geschichtslehrer, Archivare, Museologen und Studierende. Sie veröffentlicht Beiträge zu zentralen Problemen der deutschen Geschichte von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, zu wesentlichen Fragen der europäischen und Universalgeschichte sowie zu Fragen der Geschichtswissenschaft und der Geschichtsschreibung. Dokumentationen von Archivmaterialien machen neue Quellen zugänglich. In einem umfangreichen literaturkritischen Teil bringt die Zeitschrift Rezensionen, Annotationen und Berichte über Neuerscheinungen der geschichtswissenschaftlichen Literatur. Namhafte Historiker sind ständige Autoren der Zeitschrift.

Einzelheftpreis: 14,50 DM.
Abonnementbestellungen
direkt beim
Verlag

Anti-Rassismus



Rassismus und Migration in Europa

Argument-Sonderband AS 195
ca. 450 S., br., DM 38,—

Beiträge u.a. von Etienne Balibar, Lydia Potts, Robert Miles, Werner Ruf, Floya Anthias, Roxana Ng, Véronique de Rudder, Nira Yuval-Davis, Georg Auernheimer, Wolf-Dietrich Buckow, Helma Lutz, Colette Guillaumin, Maxim Silverman, John Solomos, Aleksandra Alund, Ferruccio Gambino, Catherine Wihtol de Wenden, Jürgen Link, Teun A. van Dijk, Clara Gallini, Wolf-Dieter Just, Henning Melber, Philip Cohen, Jeanne Gregory, Jean Marie Faux, Kees Groenendijk, Wolfgang Fritz Haug.

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Die Diskussionen um Einwanderungsquoten und die Verschärfung des Asylrechts werden mit zunehmender Härte geführt. Zugleich wächst die Abschottung gegen Migranten und Flüchtlinge auch in Ländern, die bisher eine eher liberale Einwanderungspolitik betrieben haben. Um diesen Prozeß zu analysieren und Gegenstrategien zu entwickeln, veranstaltete das Hamburger *Institut für Migrations- und Rassismusforschung* im September 1990 einen Kongreß — den ersten dieser Art überhaupt. Er sollte den Blick für die anstehenden Probleme schärfen und den geläufigen Fragestellungen Alternativen entgegensetzen. Der vorliegende Band dokumentiert die Vorträge, die auf dem Kongreß gehalten wurden.

Weitere Literatur zum Thema:

Robert Miles

Rassismus

Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs
A.d. Engl. v. Michael Haupt
191 S., br., DM 24,—

Miles »analytisches Interesse ist auf das theoretische Verständnis des Rassismus ausgerichtet. Vor allem gilt seine Aufmerksamkeit den Eingrenzungs- und Ausgrenzungsmechanismen in rassistischem Denken ...« *FAZ*

Etienne Balibar/
Immanuel Wallerstein

Rasse Klasse Nation

Ambivalente Identitäten
Übersetzt v. M. Haupt und I. Utz
279 S., br., DM 28,—

»In deutscher Sprache ist diese Sammlung so konkurrenzlos wie zukunftsweisend.« *literatur konkret*

Stuart Hall

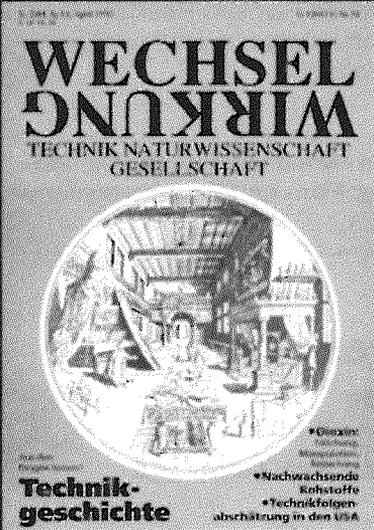
Ausgewählte Schriften

Hg. von Nora Räthzel
Vorwort von Gustav Klaus
240 S., br., DM 28,—

»Hall beweist einmal mehr, daß ... noch immer (nichtorthodoxer) Marxismus im höchsten Maße kritisch-produktiv sein kann.« *ZAST*

WECHSEL WIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT



Nr. 54, April 1992

Schwerpunkt: Technikgeschichte

Technik, Gesellschaft, Geschichte ... Technikphilosophie ... Hauptsätze der Thermodynamik mit überschrittenem Verfallsdatum ... Die Anfänge der Müllverbrennung ... Deutsche Auffahrten ... Blick zurück aus der Zukunft

Naturwissenschaft und Technik:

Dioxin - ein facettenreiches Problem ... Göttin Ariane fordert Waldopfer ... Nachwachsende Rohstoffe - ein Beitrag zum Klimaschutz?

Gesellschaft und Politik:

USA: Sozialverträgliche Technikgestaltung
- keine wertneutrale Technikfolgenabschätzung

Frauen:

Die Eltern oder der Vater der Relativitätstheorie? - über Mileva Maric-Einstein

Probeheft für DM 2,- in Briefmarken!

Bestellungen an WECHSELWIRKUNG,
Mariabrunnstr. 48, D-5100 Aachen

graswurzel revolution

20 Jahre

1972 - 1992

**anarchistisch,
antisexistisch, gewaltfrei**

**Großes Fest: 10. - 12. Juli in
Niederkaufungen bei Kassel**

Mehr zum Jubiläum, zur GWR-Geschichte und natürlich jede Menge aktuelle politische Theorie und Praxis monatlich in der neuen Graswurzelrevolution. Schnupperabo (4 Ausgaben): 10-DM-Schein an

**GWR, Schillerstr. 28,
W-6900 Heidelberg**

**Für eine
gewaltfreie und
herrschaftslose
Gesellschaft**

Klaus Kreimeier

NOTIZEN IN ZWIELICHT

Fernseh Alltag und Bildschirmwirklichkeit

Mit einem Vorwort von Claudia Lenssen

Frühjahr 1992, ca. 120 Seiten, Pb., 18 DM

ISBN 3-89472-021-2



SCHÜREN
Marburg - Berlin

Eine Auswahl von Kritiken deutscher Fernsehsendungen aus den letzten Jahren verschafft dem Zuschauer als Leser die geistige Freude des Wiedererkennens, nämlich die des Erkennens des bisher nicht Wahrgenommenen, oder sie weckt seinen Geist zum Widerspruch, zur Verteidigung seiner eigenen Fernseh-Realität. Wie auch immer, die Kommentare Klaus Kreimeiers sind scharfzüngige und kurzweilige Programmhinweise zur öffentlich-rechtlichen TV-Tristesse.

Der Autor:

Klaus Kreimeier (*1938) war Fernseh dramaturg beim Hessischen Rundfunk und Kulturredakteur beim Spiegel, später Dozent an der Film- und Fernsehakademie in Berlin. Er arbeitet jetzt freiberuflich als Kritiker.

Neue soziale Bewegungen und Polizei eine Bibliographie

erarbeitet von Manfred Walter und Kea Tielemann

* * *

Die vorliegende Bibliographie bietet einen schnellen Einstieg in die polizeiliche Diskussion, Standortbestimmungen etc.

Die dokumentierte Literatur ist überwiegend der polizeilichen Fachpresse, den Veröffentlichungen polizeinaher wissenschaftlicher Institute, Fortbildungsinstitutionen und den führenden Rechtszeitschriften entnommen.

Preis: 10,-- DM

Bestelladresse:

**Verlag CILIP, c/o FU Berlin, Malteser Str. 74-100, 1000 Berlin 46,
Tel. (030) 7792-462**
